

Wiener Landtag

24. Sitzung vom 4. Februar 2000

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

- | | | | |
|---|---------|--|---------------|
| 1. Entschuldigte Abgeordnete | (S. 3) | Berichterstatterin: LhptmSt Grete Laska | (S. 26 u. 47) |
| 2. Bekanntgabe, dass der Tätigkeitsbericht 1998/99 von der Umweltanwältin übermittelt wurde | (S. 3) | Redner: Die Abgen Mag Alexandra Bolena (S. 28), Susanne Jerusalem (S. 30) und Dr Wolfgang Ulm (S. 33), StR Karin Landauer (S. 34) sowie die Abgen Martina Malyar (S. 36), Brigitte Schwarz-Klement (S. 39), Dr Michael LUDWIG (S. 41) und Heinz Christian Strache (S. 43), Kinder- und Jugendanwältin Monika Pinterits (S. 46) und Dr Anton Schmid (S. 46) | |
| 3. Übermittlung des Jahresberichts über die Kommunikationsarbeit 1999 | (S. 3) | Abstimmung (S. 47) | |
| 4. Bekanntgabe, dass der Binnenmarktanzeiger (Scoreboard 5. Ausgabe) übermittelt wurde | (S. 3) | 11. Pr.Z. 343/99-GJS, P. 3: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Hilfe für Behinderte (Wiener Behindertengesetz 1986) und das Gesetz über die Regelung der Sozialhilfe (Wiener Sozialhilfegesetz – WSHG) geändert werden (Beilage Nr. 5) | |
| 5. Fragestunde: | | Berichterstatterin: LhptmSt Grete Laska | (S. 47 u. 54) |
| 1. Anfrage (S. 3); 2. Anfrage (S. 6); 3. Anfrage (S. 8); 4. Anfrage (S. 12) | | Redner: Die Abgen Jutta Sander (S. 47), Mag Franz KARL (S. 49), Brigitte Schwarz-Klement (S. 50), Helga Klier (S. 52) und Marco Smoliner (S. 53) | |
| 6. Pr.Z. 52/AL/00: Aktuelle Stunde zum Thema "Umfahrungsring Wien – Steigerung der Lebensqualität und Sicherung des Wirtschaftsstandorts" | | Abstimmung (S. 54) | |
| Redner: Die Abgen Gerhard Pfeiffer (S. 14), Mag Michaela Hack (S. 15) und Mag Christoph Chorherr (S. 16), StR Walter Prinz (S. 17) sowie die Abgen Günther Reiter (S. 18), Mag Gabriele Hecht (S. 19), Günter Kenesei (S. 20), Patrizia Fürnkranz-Markus (S. 21), Brigitte Reinberger (S. 22), Petra Bayr (S. 23) und Dr Rüdiger Stix (S. 24) | | 12. Pr.Z. 24-MDBLTG, P. 4: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Ehrenzeichengesetz, das Gesetz betreffend die Schaffung einer Einsatzmedaille des Landes Wien, das Wiener Rettungsmedaillengesetz und das Gesetz über die Symbole der Bundeshauptstadt Wien geändert werden | |
| 7. Mitteilung des Einlaufs | (S. 25) | | |
| 8. Pr.Z. 1283/99-MDBLTG, P. 1: Wahl eines Ersatzmitglieds des Bundesrats | | | |
| Redner: Abg Dr Rüdiger Stix (S. 25) | | | |
| Abstimmung (S. 26) | | | |
| 9. Begrüßung der beiden Kinder- und Jugendanwältin Monika Pinterits und Dr Anton Schmid | (S. 26) | | |
| 10. Pr.Z. 434/99-GJS, P. 2: Jahresbericht 1998/99 der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien | | | |

- (Beilage Nr. 4)
 Berichterstatterin: Amtsf StR
 Mag Renate Brauner (S. 54)
 Redner: Die Abgen Marco Smoliner (S. 54), Mag Franz KARL (S. 54) und Dr Helmut GÜNTHER (S. 55)
 Abstimmung (S. 55)
13. Pr.Z. 1393/99-MDBLTG, P. 5: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 und das Wiener Heilvorkommen- und Kurortengesetz geändert wird
 (Beilage Nr. 32)
 Berichterstatter: Abg Dr Elisabeth Neck-Schaukowitsch und Amtsf StR Dr Sepp Rieder (S. 55 u. 61)
 Redner: Die Abgen Mag Alexandra Bolena (S. 56), Susanne Jerusalem (S. 58) und Dr Johannes Hahn (S. 58) sowie StR Karin Landauer (S. 60)
 Abstimmung (S. 62)
14. Pr.Z. 3069/MDLF/00: Dringliche Anfrage des Abg Mag Christoph Chorherr sowie Freundinnen und Freunde, betreffend Auswirkungen auf Wien durch die drohende Isolation Österreichs im Falle einer VP/FP-Koalition
 Begründung durch Abg Mag Christoph Chorherr (S. 62)
 Beantwortung durch LhptmSt DDr Bernhard Görg (S. 64)
 Redner zur GO: Die Abgen Günter Kenesei (S. 66), Mag Gabriele Hecht (S. 66) und Michael Kreißl (S. 67)
 Redner: Die Abgen Mag Gabriele Hecht (S. 67), Mag Maria Vassilakou (S. 69), Mag Franz KARL (S. 72), Mag Hilmar Kabas (S. 73), Johann Hatzl (S. 76), Marco Smoliner (S. 78), Dr Matthias Tschirf (S. 79), Dr Wilfried Serles (S. 81), Dr Rüdiger Stix (S. 83), Dr Wolfgang Alkier (S. 86), Johann Driemer (S. 87), Michael Kreißl (S. 89), Kurt Wagner (S. 90), Josefa Tomsik (S. 91) und Barbara Schöfnagel (S. 93)
 Abstimmung (S. 93)
15. Pr.Z. 24-GFW, P. 6: Entwurf eines Gesetzes über den Kulturförderungsbeitrag (Kulturförderungsbeitragsgesetz 2000)
 (Beilage Nr. 6)
 Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Brigitte Ederer (S. 96 u. 97)
 Rednerin: Abg Mag Gabriele Hecht (S. 96)
 Abstimmung (S. 97)
16. Pr.Z. 19-MDBLTG, P. 7: Entwurf eines Gesetzes betreffend die Änderung des Gesetzes über die Regelung der Benützung von Straßen durch abgestellte mehrspurige Fahrzeuge (Parkometergesetz)
 (Beilage Nr. 1)
 Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Brigitte Ederer (S. 97)
 Redner: Abg Gerhard Pfeiffer (S. 97)
 Abstimmung (S. 98)
17. Pr.Z. 1515/99-MDBLTG, P. 8: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz vom 11. November 1960, womit der Bundespolizeidirektion Wien auf dem Gebiet der Straßenpolizei Aufgaben der Vollziehung übertragen werden, geändert wird
 (Beilage Nr. 34)
 Berichterstatter: Abg Heinz Hufnagl (S. 98)
 Abstimmung (S. 98)

(Beginn um 9.02 Uhr.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die 24. Sitzung des Wiener Landtags ist eröffnet.

Entschuldigt sind heute Herr amtsf StR Dr Marboe, Herr Abg Mag Ebinger, Herr Abg Ing Dr Geringer, Frau Abg Kunz, Herr Abg Pöschl, Herr Abg Rauchenberger, Frau Dritte Präsidentin Stubenvoll und Frau Abg Weber.

Die Umweltanwältin, Frau Dr Büchl-Krammerstätter, hat mir den Tätigkeitsbericht 1998/99 zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung übermittelt. Bevor wir diesen Bericht im Landtag einer ausführlichen Behandlung zuführen, werde ich diesen nach Rücksprache mit Herrn amtsf StR Svihalek, die bereits erfolgt ist, dem Ausschuss für Umwelt und Verkehrskoordination zur Vorbereitung zuweisen. (Unruhe im Saal.)

Darf ich um etwas Aufmerksamkeit bitten?

Vom Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Herrn Dr Wolfgang Streitenberger, wurde mir der Jahresbericht über die Kommunikationsarbeit 1999 übermittelt.

Von Herrn Wirtschaftsminister Dr Hannes Farnleitner habe ich den Binnenmarktanzeiger erhalten.

Die genannten Unterlagen habe ich allen Klubs zur Verfügung gestellt.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage wurde von Frau Abg Mag Maria Vassilakou gestellt und ist an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung gerichtet: *Welche Veränderungen im Wiener Wohnrecht planen Sie, um jenen 45 000 Wienerinnen und Wienern ohne österreichische Staatsbürgerschaft, die in erbärmlichen Wohnverhältnissen leben müssen, endlich humane, günstige Wohnungen anbieten zu können?*

Ich bitte um Beantwortung.

Amtsf StR Werner Faymann: Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren!

Die Anfrage, die sich im Wesentlichen mit der Frage beschäftigt, was in unserer Stadt für ausländische Mitbürger im Wohnbereich getan wird oder welche Änderungen bevorstehen, ließe sich mit einer Analyse sehr ausführlich beantworten. Ich möchte die Antwort aber nur kurz fassen.

Der Großteil unserer Förderungen ist nicht von der Staatsbürgerschaft abhängig. Das muss man immer wieder betonen, weil die Medien und auch politischen Parteien oder Politiker sich dessen oft nicht bewusst sind. 90 Prozent der Wohnungen, die wir errichten - die Wiener sprechen hier immer von "Genossenschaftswohnungen", obwohl es sich bei den Errichtern sowohl um private als auch um gemeinnützige Bauträger handelt -, sind für In- und Ausländer in gleicher Weise zugänglich.

Auch das Eigenmitteldarlehen, die Jungfamilienförderung, die Superförderungen et cetera sind von der Staatsbürgerschaft unabhängig. Von ihr ab-

hängig ist lediglich ein einziger Punkt im Neubau, und zwar die Wohnbeihilfe. Diese Wohnbeihilfe gibt es aber in der Stadterneuerung, also dann, wenn ein Haus saniert wird, auch für In- und Ausländer. Sie ist also dort ebenfalls unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

Ich sage das deshalb, weil manche sagen: Es ist ja ganz klar, dass ausländische Mitbürger nur in bestimmten Gebieten wohnen dürfen, denn dort, wo neu gebaut wird, dürfen sie ja nicht einziehen. - Das ist falsch. Es ist genau umgekehrt: 90 Prozent der Wohnungen, die wir errichten, nämlich diese so genannten "Genossenschaftswohnungen", sind für In- und Ausländer in gleicher Weise beziehbar.

Das heißt, wir können einen hohen Anteil an mietergeschützten und leistbaren Wohnungen anbieten. Es ist sehr stark eine Frage der Emotion auch von ausländischen Mitbürgern, ob sie sich in Neubaugebieten wohl fühlen. Hier kommt die Politik, dass immer mehr innerstädtisch gebaut wird, natürlich auch den Interessen ausländischer Mitbürger entgegen.

Es gibt aber auf der anderen Seite auch ein Informationsdefizit und daher gibt es die Informationskampagne - die ja mein Ausschuss genau kennt, weil ich dazu im Ausschuss auch schon einige Male Fragen beantworten durfte -, deren Ziel es ist, allen in der Stadt zu zeigen, welches Wohnungsangebot es gibt, so dass nicht falschen Gerüchten darüber, welche Wohnungen angeblich nur für österreichische Staatsbürger zu beziehen seien, geglaubt wird, sondern in dieser Frage durch Information die nötige Aufklärung geleistet wird. Das ist auch eine Bringschuld von uns als Stadt.

Zur Beantwortung Ihrer Frage, was ich noch ändern will: Dass darüber hinaus eine allgemeine Wohnbeihilfe eine weitere Verbesserung bringen würde, steht für mich außer Streit. Aber eine allgemeine Wohnbeihilfe, die für in- und ausländische Mitbürger eine weitere Verbesserung bringen würde, ist natürlich abhängig vom Geld, von der Berechenbarkeit. Ich glaube, es gibt kaum Tage, an denen man weniger als heute wüsste, wie es für die Stadt und die Einnahmen der Stadt weitergeht. Das ist wahrlich heute nicht der Tag, an dem man der Wiener Bevölkerung Zusicherungen oder Sicherheiten für derartige - wenn auch noch so sinnvolle - Maßnahmen geben könnte.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Vassilakou gestellt. - Bitte.

Abg Mag Maria Vassilakou (GRÜNE): *Sehr geehrter Herr Stadtrat!*

Heute um 12.00 Uhr wird in Österreich vorausichtlich eine Regierung angelobt, die unter Integration ganz andere Dinge versteht, als Gleichberechtigung und Sozialpolitik für alle Wienerinnen und Wiener. Gleichzeitig hat unseres Wissens die Wiener ÖVP bis gestern aber doch die Position vertreten, dass der Gemeindebau auch für ausländische MitbürgerInnen

geöffnet werden soll.

Wie sehen Sie das jetzt vor veränderter Lage? Wäre die Wiener SPÖ jetzt endlich soweit, sich den Forderungen der Wiener ÖVP, der GRÜNEN und des Liberalen Forums anzuschließen und ein deutliches Signal in eine andere Richtung dadurch zu setzen, dass man auch den Gemeindebau zugänglich macht?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Werner **Faymann**: Die gemeindeeigenen Wohnhausanlagen leisten im Bereich neuer Staatsbürger im Besonderen, aber ganz allgemein vor allem im Bereich sozial schwacher Menschen, die von Vereinen betreut werden und dringend wohnversorgt werden müssen, so viel, wie viele in diesem Haus nicht wahrnehmen wollen. Es ist daher auch eine Bringschuld von mir, das einmal aufzuzeigen. Ich glaube, dass eine Maßnahme, die völlig unabhängig von der Analyse der derzeitigen Situation ist, kein Signal abgeben würde. Das heißt, alles was in unserer Stadt an sozialen Problemen existiert, im Gemeindebau lösen zu wollen, ist aus meiner Sicht ein Signal in die falsche Richtung.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Fuchs gestellt. - Bitte.

Abg Georg **Fuchs** (ÖVP): Herr Stadtrat!

Derzeit werden für Wohnbeihilfe zirka 400 Millionen S verwendet. Eine "allgemeine Wohnbeihilfe", wie Sie sie genannt haben, kostet laut einer Berechnung der Arbeiterkammer ungefähr 1,5 Milliarden S - das hängt davon ab, wie man die Berechnung durchführt und welche Grenzen man einzieht. Seit der Verlängerung der Wohnbauförderung hat das Land Wien seinen Beitrag, das Landessechstel - also 1 Milliarde S -, gestrichen. Dieser Landesbeitrag wäre notwendig zur Integration beziehungsweise zur Verbesserung der Wohnsituation unserer ausländischen Mitbürger.

Jetzt kann man naturgemäß nicht alles aus dem Wohnbauförderungstopf nehmen. Werden Sie, Herr Stadtrat, sich dafür einsetzen, dass finanzielle Mittel für Wohnungsintegration und Wohnungsgeld auch von der Integrationsstadträtin Brauner zur Verfügung gestellt werden oder dass wieder die 1 Milliarde S des Landessechstels kommt?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Werner **Faymann**: Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich hoffe, Sie meinen nicht wirklich, dass 1 Milliarde S gestrichen wurde. Die Wahrheit - und der sind wir auch ein bisschen verpflichtet, der eine mehr, der andere fühlt sich ihr weniger verpflichtet - ist doch, dass die Infrastrukturleistungen im Zusammenhang mit einem Neubau in einer Stadt wie Wien, insbesondere in jenen Gebieten, in denen in der Vergangenheit gebaut wurde, natürlich ein Vielfaches an Kosten verursacht haben. Es ist eben nicht so einfach, dass man ein Haus errichtet und sich nicht um die Schule, den Kindergarten, die soziale Infrastruktur, Straßen et cetera kümmert. Das heißt, diese

1 Milliarde S, die für das Wohnen und das Wohnumfeld gedacht ist oder gedacht war, ist natürlich - wenn man das in den letzten Jahren addiert - bei weitem nicht ausreichend gewesen. Hier musste die Stadt in all den Gebieten, in denen wir gebaut haben, zusätzlich Geld aufwenden, da sie über diese Milliarde hinausgekommen ist.

Da man aber denselben Schilling schlecht zweimal ausgeben kann, wird es auch dem Wohnbaustadtrat nicht gelingen, dasselbe Geld, das schon - im Ausmaß von mehr als 1 Milliarde S - aufzuwenden notwendig war, noch einmal - nämlich für irgendeine Beihilfe - auszugeben. Ein Schilling bleibt ein Schilling, auch wenn jeder von uns gerne zaubern würde.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Madejski gestellt. - Bitte.

Abg Dr Herbert **Madejski** (FPÖ): *Sehr geehrter Herr Stadtrat!*

Auf Grund dieser Fragestellung kann man in diesem Hause sehr schön erkennen, wer für welche Anliegen massiv eintritt. Die linken Fraktionen und der linke Flügel Ihrer Partei hat offensichtlich hier noch immer nicht ganz begriffen, dass es auch sehr viele - ungefähr 200 000 - Wienerinnen und Wiener gibt, die an der Armutsgrenze leben, und nicht nur Zigtausende Ausländer, die ebenfalls in sehr desolaten Verhältnissen wohnen.

Wir als Freiheitliche, die heute um 12.00 Uhr in eine Regierung angelobt werden, sind selbstverständlich für alle Österreicher und alle Ausländer in Regierungsfunktion zuständig. Wir als FPÖ in Wien, als Opposition - als einzige Oppositionspartei in Wien -, haben den Anliegen der Wiener und Wienerinnen zu genügen und wir werden das auch tun.

Tatsache ist, meine sehr verehrten Damen und Herren und Herr Stadtrat, dass diese Gettoisierung, diese heute für viele Ausländer sicherlich ungute Situation durch einen von der SPÖ-Mehrheit vertretenen ungezügelter Zuzug, in den vergangenen Jahren oder Jahrzehnten zustande gekommen ist. Tatsache ist, dass, wie ich vorher gesagt habe ...

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs** (unterbrechend): Ich bitte um die Frage.

Abg Dr Herbert **Madejski** (fortsetzend): ... - die Frage kommt, weil sie sich aus meinen Ausführungen dann ableiten lässt - über 200 000 Wienerinnen und Wiener an der Armutsgrenze und auch in desolaten Mietverhältnissen, in desolaten Wohnungen leben.

Daher meine Frage - im Anschluss an die Frage von Kollegin Vassilakou -: Welche Veränderungen werden Sie im Wohnrecht herbeiführen, damit auch Inländer und Inländerinnen - ebenso wie Ausländer und Ausländerinnen - bessere Chancen haben, soziale Wohnungen, aber nicht nur im Gemeindebau, zu bekommen?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Werner **Faymann**: Herr Kollege!

Ihr großes Herz für in- und ausländische sozial

Schwache muss bei Ihrer Plakatkampagne auf der Rückseite gewesen sein! *(Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)*

Die politische Diskussion in unserer Stadt über das, was für sozial Schwache getan wird, ist uns ein großes Anliegen, und es zeigt sich ja auch, dass durch die hohe Neubauleistung in den vergangenen Monaten die Mieten im privaten Althaus gesunken sind. Das heißt, es geht nicht immer nur um rechtliche Voraussetzungen, denn im Mietrecht ist es uns ja wahrlich nicht gelungen, als Stadt Kompetenz und Verantwortung zu übernehmen; das ist Bundeskompetenz. Es ist uns aber, unabhängig von einer Verbesserung der mietrechtlichen Situation oder auch von einer Erfüllung jener zusätzlichen Wünsche, die wir als Stadt im Bereich des WGG immer gehabt hätten, gelungen, durch zusätzliches Angebot in den Wohnungsmarkt einzugreifen. Das zusätzliche Angebot hat dazu geführt, dass sich Menschen, sozial Schwache genauso wie durchschnittliche Verdiener, aussuchen können, ob sie eine neue Genossenschaftswohnung, eine neue Eigentumswohnung, eine wieder vermietete geförderte Wohnung oder eben eine Wohnung im privaten Althaus annehmen.

Dieses Aussuchen ist nicht in allen Bezirken Wiens in gleicher Weise möglich. Wenn jemand unbedingt im 7. Bezirk wohnen will, dann gibt es hier wenig an geförderten zusätzlichen Neubauten. Das heißt, dieses Wohnungsangebot zum Aussuchen ist nicht in allen Gebieten Wiens gleich verteilt, aber wenn man sich eine Wohnung, die man sich leisten kann, die gefördert, die subjektgefördert wird, die zusätzlich einkommensorientiert unterstützt wird, aussuchen will, so haben wir in den letzten Jahren viele solche gebaut und durch Sanierung geschaffen. Darauf sind wir stolz und diesen Weg werden wir auch weiterhin verstärkt gehen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Hack gestellt. - Bitte.

Abg Mag Michaela Hack *(Liberales Forum)*: Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Mit der Wortmeldung von Herrn Kollegen Madejski haben die Freiheitlichen gezeigt, dass es ihnen leider Gottes noch immer um das Ausspielen von Inländern gegen Ausländer geht. Denn wenn ich die Frage von Frau Kollegin Vassilakou höre, dann sehe ich, dass sie sich einfach Gedanken macht um die Wohnsituation von, wie sie schreibt, 45 000 Wienerinnen und Wienern. Das sind für mich Menschen und ich finde ihr Anliegen durchaus berechtigt.

Meine Frage an Sie geht eigentlich auch in den Sanierungsbereich hinein. Sie haben mit Beginn der Regierungsperiode eine Sanierungsoffensive in den erneuerungsdringlichen Zielgebieten gestartet, die Ihres Wissens und meines Wissens nicht mit dem Elan abläuft, der ursprünglich geplant war. Was sehr zögerlich anläuft, ist die Ankaufsoffensive, die ja von Ihrer Seite für die gemeinnützigen Bauträger geplant

war.

Halten Sie es nicht für sinnvoll, dass hier die Gemeinde selbst in Kooperation mit den Gemeinnützigen oder in Kooperationen mit Banken tätig wird, um Althäuser anzukaufen und diese dann den dort bereits wohnenden In- und Ausländern, sprich den dort wohnenden WienerInnen, in einer sanierten Form zur Verfügung zu stellen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Werner Faymann: Frau Kollegin, ich gebe Ihnen 100-prozentig Recht, dass diese Initiative insbesondere im Bereich des Ankaufs zu verstärken ist. Verstärken muss aus meiner Sicht nicht heißen, dass die Gemeinde Wien selbst etwas kauft. Das hat sie ja im Grundstücksbereich in der Vergangenheit oft getan und es war deswegen auch nicht immer günstiger, besser, schneller oder preiswerter.

Die Gemeinde, wenn sie ein Ziel verfolgt, kann sich verschiedener Instrumente bedienen. Es gibt gemeinnützige, aber auch private Bauträger, die innerstädtisch entweder Flächen oder Flächen und Häuser gekauft haben, um sie zu sanieren beziehungsweise um neu zu bauen. Das wünsche ich mir noch viel intensiver. Ich weiß, dass das eine Mischung von Maßnahmen notwendig macht, die das Planungsressort, aber auch mein Ressort betreffen.

Ich unterstütze alle diese Initiativen mit vollem Elan und möchte nur darauf verweisen: Gut funktioniert hat die Inanspruchnahme der Sanierungsmittel in den erneuerungsdringlichen Zielgebieten. Das hat sehr gut funktioniert: 9 000 Mieter leben in rund 340 Häusern, die hier generalsaniert wurden. Sehr gut funktioniert hat auch die Verwertung von untergenutzten Flächen, wo sehr vieles an Planungsleistung erfolgt ist oder auch schon an Neubauten in den erneuerungsdringlichen Gebieten vorhanden ist.

Die größten Hürden und die zähesten Probleme - wo man das Bohren von harten Brettern am deutlichsten merkt - treten tatsächlich dann auf, wenn man einem Privaten ein Haus abkaufen möchte, weil viele Private davon ausgehen, sie könnten bei dieser Gelegenheit eine goldene Nase verdienen und anscheinend davon leben, dass sie über die durch das Mietrecht vorgesehenen Zahlungen hinaus Beträge lukrieren. Hier liegen die Preisvorstellungen so weit auseinander, dass das tatsächlich das Härteste im Bohren von harten Brettern ausmacht, im Unterschied zu den erfreulichen Bereichen, die sich als Bilanz durchaus sehen lassen können.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Vassilakou. - Bitte.

Abg Mag Maria Vassilakou *(GRÜNE)*: Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Die neue Regierung wird schon eine Reihe von Änderungen mit sich bringen, auch im Bereich der Wohnbauförderung. Es hat in den letzten Tagen immer wieder auch Gerüchte gegeben, dass die Mittel gekürzt werden. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Superförderung erhalten bleibt? - Denn das

ist immerhin die Maßnahme, die sicherstellt, dass die sozial Schwächsten doch Zugang zu geförderten Wohnungen haben, und zwar im Übrigen alle sozial Schwachen, in diesem Fall auch die inländischen - damit Kollege Madejski auch beruhigt ist.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf StR Werner **Faymann**: Die Ankündigungen der neuen Regierung, die ich bisher kenne, geben aus meiner Sicht für Mieter in einigen Bereichen Anlass zu großer Besorgnis. Es ist nicht so, dass das Papier, das ich kenne, das Wort "Mietensenkung" oder "Betriebskostensenkung" tatsächlich mit entsprechenden Maßnahmen unterlegt. Das Gegenteil ist der Fall. Das heißt, sowohl der Mieterschutz als auch die Frage, ob wir als Stadt ausreichend Mittel bekommen werden, um diese soziale Stadt, diese Musterstadt Wien fortsetzen zu können, wird viel an Engagement, Einsatz und Auseinandersetzung erfordern. Davon gehe ich aus und ich hoffe, dass sich in diesem Hause auf Seiten der Sozialdemokraten auch andere finden werden, die mithelfen, den Mieterschutz und diese Stadt zu verteidigen. *(Beifall des Lhptm Dr Michael Häupl.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Danke. - Die 1. Anfrage ist damit beantwortet.

Die 2. Anfrage wurde von Herrn Abg Dr Matthias Tschirf gestellt und ist an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet: *Mit welchen Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben rechnen Sie im Jahr 2001?*

Ich freue mich, dass es ihr schon wieder so gut geht. - Alles Gute, Frau Stadträtin!

Ich bitte um Beantwortung.

Amtsf StR Mag Brigitte **Ederer**: Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Da die Steuerreform etappenweise wirksam wird und daher der natürliche Zuwachs aufgehoben wird, ist für die Ertragsanteile 2001 mit einer ähnlichen Größenordnung wie im Jahr 2000 zu rechnen, vorausgesetzt, Herr Abgeordneter, dass die Rahmenbedingungen ungefähr dieselben bleiben. Ich sage das deswegen, weil es im Koalitionsabkommen zwischen ÖVP und FPÖ zum Thema Finanzausgleich eine Formulierung gibt, die ich im Folgenden zitieren möchte: "Von Seiten des Bundes werden" - betreffend das Thema Finanzausgleich - "vor allem die bessere Zusammenführung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung, die Problematik des abgestuften Bevölkerungsschlüssels und einzelner Zweckbindungen, aber auch die Frage der wirtschafts- und standortpolitischen Zweckmäßigkeit von einzelnen Steuern und Abgaben in die Verhandlungen eingebracht."

Ich lese das deshalb vor, weil ein Infragestellen des abgestuften Bevölkerungsschlüssels für alle Städte und größere Gemeinden, aber vor allem natürlich für die Stadt Wien eine wirkliche Kriegserklärung wäre. Der Unterschied zwischen dem normalen Bevölkerungsschlüssel und dem abgestuften Bevölke-

rungsschlüssel sind jährlich 3,2 Milliarden S. Das würde also, wenn ich das richtig lese - im Detail ist es ja nicht formuliert -, bedeuten, dass die Stadt Wien dann um 3,2 Milliarden S weniger an Einnahmen hätte. Von den Werbesteuern et cetera spreche ich gar nicht. Das würde - das brauche ich den hier Anwesenden ja nicht zu sagen - doch erhebliche Schwierigkeiten finanzieller Art bedeuten.

Ich gehe davon aus, dass wir alle gemeinsam hier ein Bollwerk darstellen und durchsetzen, dass das nicht so kommt, wie es hier vorgesehen ist. - Danke.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die erste Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Tschirf gestellt. - Bitte.

Abg Dr Matthias **Tschirf** (ÖVP): *Frau Stadträtin!*

Es war ja schon in der Vorphase klar, dass die Ertragsanteile durch die Steuerreform und durch die Getränkesteuer entsprechende Veränderungen erfahren. Daher meine Frage: Denkt die Stadt Wien daran, auch Eigentumsanteile, etwa an Firmen oder Liegenschaften, zu veräußern, um die Verminderung der Ertragsanteile entsprechend auszugleichen?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Brigitte **Ederer**: Ich glaube, die Stadt Wien ist in dieser Frage nicht so homogen, dass man sie in diesem Zusammenhang als Gesamtstruktur betrachten könnte. Es gibt Ihre Partei, die, wie Sie wissen, als Koalitionspartner daran denkt. Es ist im Koalitionspakt nicht vereinbart. Ich persönlich - ich sage jetzt zu einem erheblichen Teil auch meine persönliche Meinung - halte wenig davon, dass man Energieunternehmungen privatisiert, weil ich davon ausgehe, dass es doch einen kleinen Rest an Gestaltungsmöglichkeit gibt, den man für die Wirtschaftspolitik ausnützen sollte. Hingegen könnte man im Bereich Liegenschaften Überlegungen der besseren Bewirtschaftung anstellen - ich habe ein Gespräch mit Herrn StR Faymann darüber geführt, allerdings noch nicht mehr.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Stark gestellt. - Bitte.

Abg Rudolf **Stark** (FPÖ): *Sehr geehrte Frau Stadtrat!*

Laut Berichten aus Brüssel könnte die EU entscheiden, dass ausgelagerte, privatisierte Sondergesellschaften, wie zum Beispiel auf Bundesebene die ASFINAG, ihren privatrechtlichen Status verlieren, wenn die Einnahmen in krassem Missverhältnis zu den Ausgaben stehen, wenn also zum Beispiel der Kostendeckungsgrad unter 50 Prozent liegen würde. Das hätte zur Folge, dass diese Gesellschaften, diese Institutionen wieder ins Budget eingegliedert werden müssten, was eine Budgetbombe sein könnte.

Meine Frage, sehr geehrte Frau Stadtrat: Besteht die Gefahr, dass diese EU-Vorschriften auch für Wien schlagend werden könnten? - Ich denke hier zum Beispiel an den ausgegliederten Wohn- und Schulbau und eventuell an die WIENER LINIEN. Um welche Größenordnung könnte es sich hierbei handeln und in welchem Verhältnis steht dies zu den Ertragsanteilen

an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin:

Amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Herr Abgeordneter!

Mir ist im Moment diese Gefahr für die Stadt Wien nicht bewusst. Mich überrascht auch die Frage.

Tatsache ist, dass natürlich die Frage der Kostendeckung und 50 Prozent eine Rolle spielen, da haben Sie Recht. Daher würde ich einmal antworten, dass man darauf achten muss, dass der Kostendeckungsgrad über 50 Prozent liegt, dann hat man dieses Problem nicht.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Hecht. - Bitte.

Abg Mag Gabriele Hecht (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich könnte mir vorstellen, dass die Verhandlungen mit einem Finanzminister Karl Heinz Grasser für Wien schwieriger verlaufen werden; als sie mit einem Rudolf Edlinger gelaufen wären.

Ich teile schon die Sorge, dass durch eine Änderung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels und der Ertragsanteile für Wien eine sehr schwierige Situation auf uns zukommt. Sie haben vorhin gesagt, dass wir alle gemeinsam Anstrengungen unternehmen müssen, um hier die Position von Wien zu verteidigen. Da wir bisher keinerlei Informationen darüber bekommen haben, mit welchem Konzept, mit welchen Positionen, mit welchen Forderungen, mit welchem Verhandlungsteam Sie in diese Finanzausgleichsverhandlungen gehen werden, würde mich schon interessieren: Werden Sie dem Landtag in den nächsten Monaten diesbezüglich eine Mitteilung machen beziehungsweise werden Sie das im Finanzausschuss thematisieren?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Zum Ersten, Frau Abgeordnete: Sie sind das letzte Mal zu spät gekommen. Wir haben im Finanzausschuss vereinbart, dass wir einen längeren Bericht über die Position der Stadt Wien in den Finanzausgleichsverhandlungen dort diskutieren werden. Der nächste Finanzausschuss ist meines Wissens am 21. Februar und einer seiner Tagesordnungspunkte ist ein "grundsätzlicher Bericht über die Finanzausgleichsverhandlungen und die Problematik, die es geben kann". - Das ist das Erste.

Wie wir uns im Detail positionieren werden, das kommt natürlich auf die Verhandlungsposition der anderen Gebietskörperschaften an. Ich kann Ihnen aber eines versichern: Egal, wie der Finanzminister heißt - das ist eigentlich ein zweitrangiges Thema -, er wird es schwer haben, wenn er uns etwas wegnimmt. Ich hoffe, Sie werden mich dabei unterstützen. Ich sehe mir das also einmal an und ich kann Ihnen garantieren, er wird es schwer haben, wenn er uns etwas wegnimmt.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Chorrherr. - Bitte.

Abg Mag Christoph Chorrherr (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Dank Internet haben wir alle die Möglichkeit gehabt, den Koalitionsakt zu studieren. Ich habe mir für diese Frage nur jene Passage angesehen, in der ÖVP und SPÖ ganz explizit den abgestuften Bevölkerungsschlüssel ansprechen, mit dem Ziel, im Koalitionsübereinkommen ... (Amtsf StR Mag Brigitte Ederer: SPÖ? - Entschuldigung ...!) Nein, nein, nein: In jenem Koalitionsakt zwischen ÖVP und FPÖ, der möglicherweise in ein paar Stunden Wirklichkeit wird, den zwei Parteien unterzeichnet haben, die immer sagen, sie werden Wien verteidigen, sie werden Wien verteidigen - ich denke da auch an den Vizebürgermeister.

Tatsächlich steht da drinnen, dass der abgestufte Bevölkerungsschlüssel angesprochen werden kann. Wenn das umgesetzt wird, dann bedeutet das meines Erachtens rund 4 Milliarden S an Einbußen für die Stadt Wien - ein schwerer Anschlag, den dann auch diese beiden Parteien zu verantworten haben.

Frau Stadträtin! Ich frage Sie: Was heißt es für die Zusammenarbeit mit einer Wiener ÖVP in der Landesregierung, wenn die Bundes-ÖVP maßgeblich hinter dem Vorhaben steht, Wien 4 Milliarden S wegzunehmen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin!

Amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Ich möchte nur einmal etwas Grundsätzliches zum abgestuften Bevölkerungsschlüssel sagen.

Ich habe schon gesagt, dass der Unterschied zwischen normalem Bevölkerungsschlüssel und abgestuftem Bevölkerungsschlüssel 3,2 Milliarden S betragen würde und das wäre für Wien eine wirklich erhebliche Schwierigkeit.

Wenn ich das politisch zu bewerten habe, so ist die dadurch vermittelte Botschaft, wenn man das liest, eigentlich ein Angriff auf die Städte. Wenn man das nun noch mehr auf den Punkt bringen möchte, dann könnte man sagen: Die meisten Bürgermeister in den Städten gehören der SPÖ an. Man könnte also sagen: Da hat man ein bisschen danach gesucht, womit man den Roten weh tun kann und das hat man dann hineingeschrieben.

Aber darum geht es hier für die Stadt gar nicht, sondern es geht darum: Die Kommunen investieren, viele Städte sind ein zentraler Motor der Wirtschaft, was ihre Investitionen betrifft. Die Kommunen brauchen Geld, um investieren zu können, um das alles zu gewährleisten, was wir täglich gewährleisten. Das ist, glaube ich, keine Frage. Herr Abg Tschirch hat auch gesagt, dass hier sogar noch zusätzliche Mittel mobilisiert werden sollten. Ich gehe davon aus - und ich habe eigentlich an dieser Wiener ÖVP bis dato nicht eine Sekunde Zweifel gehabt und ich wüsste auch nicht, warum ich solche jetzt haben sollte -, dass wir uns gemeinsam bemühen, das Geld aufzubringen, das wir für die Investitionen brauchen. In erster Linie muss ich den Krieg im Vorfeld führen,

wenn es diese Angriffe gibt. Ich bin aber eigentlich ganz sicher, dass mich da alle 100 Abgeordneten unterstützen werden und alles dafür tun werden, dass uns kein Groschen weggenommen wird. Ich will das jetzt gar nicht auf die ÖVP beschränken. Sie sind ja alle auf eine Stadtverfassung angelobt. Ich gehe davon aus, dass dies eine erhebliche Auseinandersetzung wird. Das nehme ich einmal an, wenn ich lese, was da drinnen steht. Das werden Diskussionen werden, sie werden versuchen, uns Geld wegzunehmen, und wir werden uns wehren. Ich glaube, wir haben nicht so schlechte Karten.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Tschirf. - Bitte.

Abg Dr Matthias **Tschirf** (ÖVP): *Ich möchte noch auf die Beantwortung der ersten Zusatzfrage zurückkommen.*

Hinsichtlich der Verkäufe von Energieunternehmen ist beispielsweise im Elektrizitätswirtschafts-Organisationsgesetz, das von beiden alten Koalitionsparteien festgelegt wurde, die Grenze von 49 Prozent eingezogen worden. Ist das dann in Wien undenkbar oder ist das ein Weg, der auch in Wien gefunden werden könnte?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StR Mag Brigitte **Ederer**: Herr Abgeordneter, ich habe betont, dass es sich um meine persönliche Meinung zu diesem Thema handelt. Ich sage Ihnen, warum ich wirklich skeptisch bin.

Neben dem Umstand, dass mir Privatisierungen möglicherweise auch sozusagen von meiner Herkunft und von meiner Ideologie her nicht sehr sympathisch sind - das gestehe ich gerne ein; falls Sie diesen Verdacht haben, so ist er berechtigt -, gibt es aber auch noch einen inhaltlichen Grund: Dieser besteht darin, dass ich davon ausgehe, dass wir einen kleiner werdenden Spielraum haben. Das ist unbestritten. Die Frage der Energiepreise, die Frage des Wettbewerbs haben diese Unternehmen schon in eine Situation geführt und führen sie weiterhin verstärkt in eine Situation, in der der Spielraum kleiner wird. Ich glaube, es gibt diesen Spielraum nach wie vor, viel kleiner, aber es gibt ihn. Ich würde sagen: 5 Prozent an Gestaltungsspielraum sind vorhanden.

Da besteht dann natürlich bei einem Partner - und das wäre bei dieser Größe wahrscheinlich in erster Linie ein ausländischer Partner, von dem man das meiste Geld erzielen könnte - die Gefahr, dass andere Interessen eine Rolle spielen. Man kauft sich hier sozusagen einen Markt, aber alles andere interessiert uns nicht: Die Frage des Umweltschutzes, die Frage, wie und mit welchen Schwerpunkten da jahrzehntelang Politik gemacht worden ist, das interessiert überhaupt niemanden mehr, weil andere Kriterien, wie reine Profitekriterien, aber auch die Frage des Marktkaufs - letztendlich läuft das sozusagen auf eine Aufteilung Europas unter einigen großen Konzernen hinaus -, eine Rolle spielen. Da habe ich einfach auch

ökonomische und wirtschaftliche Bedenken, ob wir uns in diese Abhängigkeit begeben sollten.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Damit ist die 2. Anfrage beantwortet. Vielen Dank!

Die 3. Anfrage wurde von Herrn Abg Dr Herbert Madejski gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet: *Derzeit ist geplant, den Lainzer Tunnel einröhrig, zweigleisig auszubauen. Ein Gutachten von Prof Aubauer stellt fest, dass dies zu erheblichen Risiken im Fall von Unfällen führt und nur der zweiröhrige Ausbau dieses Risiko reduzieren kann. Welche Gründe sprechen dafür, dass seitens der HL-AG - trotz der bekannten Risiken - weiterhin der einröhrige Ausbau forciert wird?*

Herr Landeshauptmann, ich bitte um Beantwortung.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Frau Präsidentin, ich eile. - Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter!

Das Verfahren zur eisenbahnrechtlichen Baugenehmigung des Lainzer Tunnels ist in einem Abschnitt noch anhängig. Die zuständige Behörde bin allerdings nicht ich, sondern bis heute Mittag das Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr und in Folge, so nehme ich an, das neu geschaffene Bundesministerium für Infrastruktur - wenn jedenfalls ein derartiges Ministerium Sinn haben soll, dann werden wohl die Eisenbahn und, wie ich hoffe, auch die Straße in einem dabei sein. Das Verfahren wird daher von diesem Bundesministerium durchgeführt.

Bereits mein Amtsvorgänger hat angeboten, die Kenntnisse und Erfahrungen im Sicherheitsbereich, die die Stadt Wien im Zusammenhang mit der Errichtung von Tunnels im dicht verbauten städtischen Gebiet erworben hat, auf Sachverständigenebene zur Verfügung zu stellen.

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr hat bislang davon Gebrauch gemacht und die Wiener Berufsfeuerwehr als Sachverständige im Zusammenhang mit den geplanten Sicherheitsmaßnahmen herangezogen.

Wie mir berichtet wird, liegt das Gutachten von Herrn Prof Aubauer dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr vor. Es ist ein so genanntes Privatgutachten, das von den Anrainern des Tunnelprojekts in Auftrag gegeben und im Rahmen des eisenbahnrechtlichen Baugenehmigungsverfahrens vorgelegt wurde. Die Würdigung dieses Gutachtens und aller anderen in dem behördlichen Verfahren vorgelegten Gutachten steht ausschließlich dem nunmehrigen Bundesministerium für Infrastruktur zu. Es wird seine Entscheidung, in welcher Bauweise das Tunnelprojekt der Hochleistungsstrecken AG genehmigt wird, nach gewissenhafter Prüfung der Erwägung aller Umstände und Risiken zu treffen haben. Wie ich sagte, läuft das Verfahren zu einem der vier Teilabschnitte noch.

Ich sehe keine Veranlassung, mich als Landeshauptmann zu diesem Privatgutachten im Rahmen des eisenbahnrechtlichen Baugenehmigungsverfahrens

rens beim Bundesministerium für Infrastruktur vorzeitig zu äußern.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Madejski. - Bitte.

Abg Dr Herbert Madejski (FPÖ): *Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!*

Ich glaube sehr wohl, dass Sie als Landeshauptmann, noch dazu wo dieser Lainzer Tunnel durch das Wiener Gebiet durchführt, sich hier durchaus auch einmengen können, durchaus Ihre Stellungnahmen abgeben können und durchaus auch Gehör finden werden.

In einem Gutachten der Firma Basler & Partner aus 1984 wurde das empfundene Risiko bei zweigleisigen, einröhrigen Tunnels mit 0,54 Toten pro Jahr - was auch immer das bedeutet, das ist ein statistischer Wert - festgelegt. Es wurde vollkommen außer Acht gelassen, dass bei Unfällen, die in einem zweiröhrigen Tunnel mit Gegenverkehr größer sind, die gesamten Verletzten, die Nachfolgewirkungen überhaupt nicht berücksichtigt worden sind.

In ganz Europa hat man sich dem Standpunkt der Deutschei und der EU angeschlossen, dass lange Tunnels zweiröhrig, eingleisig gebaut werden, eben wegen des Sicherheitsrisikos.

Ich würde Sie aber bitten, einen neuen Aspekt zu berücksichtigen: Es gibt nämlich auch Studien, die durchaus von anerkannten Fachleuten erstellt worden sind, wonach vertikale Ausstiege, so wie jetzt beim Lainzer Tunnel vorgesehen, bei einem Durchmesser der Ausstiege von 9 Metern, in Summe um nichts teurer kommen, als das Einplanen einer zweiten Röhre. Wenn man das für die Kilometerlänge zusammenrechnet, ergibt sich im Wesentlichen der gleiche Preis bei den derzeit vorgesehenen vertikalen Ausstiegen und beim Bau einer zweiten Röhre.

Ich möchte Sie daher fragen, sehr geehrter Herr Landeshauptmann: Wären Sie bereit, auch in Ihrem Einflussbereich einer Gegenüberstellung der Kosten für Vertikalausstiege im derzeitigen System und dem Bau einer Parallelröhre zuzustimmen, oder liegt Ihnen ein solches Gutachten vor? Und wenn ja, was sagt es aus?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael Häupl: Das waren mehrere Fragen in einen Komplex gepackt.

Zunächst einmal möchte ich festhalten, dass eine Untersuchung zur Frage der Vergleichbarkeit der europäischen Bauweise der zweiröhrigen gegenüber einröhrigen Tunnels ohnehin auch vom Herrn Vizebürgermeister in Auftrag gegeben wurde, so dass man diese Aussage, die Sie auch getätigt haben, wonach die Bauweise in ganz Europa tatsächlich so ist, auch verifizieren kann.

Ich halte nur zwei Dinge aus meiner Sicht fest. Erstens: Das Gutachten von Prof Aubauer beschäftigt sich im Wesentlichen mit einem durchaus nicht unwichtigen Punkt, nämlich mit der Frage, was passiert,

wenn ein ganzer Zug mit Sprengstoff durch den Tunnel fährt, es zu einem Unfall kommt und der Sprengstoff explodiert. Ich denke, das ist eine nicht ganz unwesentliche Frage. Insbesondere vor dem Hintergrund eines offensichtlich nunmehr gewünschten NATO-Beitritts ist die Frage des Transports von Sprengstoff nicht zuletzt auch durch Wien eine wesentliche.

Ich bin daher der Auffassung, dass man sich mit dem Gutachten ernsthaft auseinander setzen sollte. Ich kenne die Stellungnahmen, die es dazu gibt, und die Gegenstellungnahmen, in denen man sich mit dieser Frage auseinander setzt. Ich sage ganz offen: Ich bin, wie ich glaube, naturwissenschaftlich-technisch nicht ganz unvorgebildet, maße mir aber trotzdem nicht an, die Experten, die hier alle und sonder Zahl in diesem eisenbahnrechtlichen Verfahren beigezogen werden, in der Sache zu overrulen. Ich sehe darin auch keineswegs meine Aufgabe. Ich denke, dass es im Zuge dieses eisenbahnrechtlichen Verfahrens sehr viel mehr die Aufgabe von Leuten, die von der Sache wesentlich mehr verstehen als ich, ist, dies auch entsprechend zu begutachten. Ich bin weder NATO-Spezialist noch Sprengstoffspezialist und gedenke dies auch in Zukunft nicht zu werden. Ich bin aber überzeugt, dass insbesondere bei der neuen politischen Führung dieses Ministerium das hervorragend in der Sache würdigen und sich damit auch auseinander setzen wird.

Was nun die weiteren Sicherheitsfragen betrifft, so war es unser Wunsch - und es ist ja auch sicher kein Zufall, dass das frühere Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr dem nachgekommen ist -, dass man international anerkannte Sachverständige der Wiener Feuerwehr in diese Beurteilung beizieht. Die Position dieser Fachleute der Wiener Feuerwehr ist die, dass man diese Ausstiege aus dem Tunnel in möglichst kurzen Abständen errichten soll, denn das Problem besteht darin, dass das, wenn man kilometerlang versuchen muss, einen derartigen Ausstieg zu finden, dann nicht funktioniert. Dem ist man in der Planung und auch in dem eingereichten Projekt entsprechend nahe gekommen, und ich gehe davon aus, dass dies die zur Stunde aktuellste und auch bestmögliche Sicherheitsmaßnahme ist.

Sollte sich im Zuge des Verfahrens herausstellen, dass es noch bessere gibt, bin ich überzeugt davon, dass diese im Zuge dieses eisenbahnrechtlichen Verfahrens dann von den Fachleuten auch entsprechend vorgeschrieben werden, und ich werde mich natürlich diesen Vorschlägen, die dann aus diesem Verfahren hervorgehen, gerne anschließen.

Nach meinem Wissen ist dies aus der Sicht der Fachleute der Wiener Feuerwehr die zurzeit beste Variante der Sicherheit.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Hack gestellt. - Bitte.

Abg Mag Michaela Hack (Liberales Forum): *Sehr*

geehrter Herr Landeshauptmann!

Ich möchte ein bisschen aus dem Tunnel heraus und zum Schienenverkehr allgemein kommen, und zwar zu einem Problem, das beim Tunnel vor allem die Ein- und Ausfahrtsbereiche betrifft, nämlich jenem des Schienenverkehrslärms. Bisher ist es so, dass sich alle anderen Bundesländer bereits mit den ÖBB geeinigt haben, in welcher Form es eine finanzielle Beteiligung, eine Aufteilung der finanziellen Mittel, was die lärmseitige Sanierung anbelangt, geben kann. Wien hat hier bisher noch keine Einigung mit den ÖBB erzielen können.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es möglichst rasch auch hier zu einer Entscheidung darüber kommt, in welcher Form sich die Stadt Wien und die ÖBB in Zukunft bei der Sanierung mittels Lärmschutzmaßnahmen beteiligen werden?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Natürlich werden wir uns darum bemühen, dass der Lärmschutz in Österreich - in Wien ebenso wie im übrigen Österreich - von Seiten der ÖBB eingehalten wird. Ich möchte aber darauf verweisen - und jeder weiß, dass ich, wenn man mit mir etwas vereinbart, das auch einhalte -, dass es einen Beschluss der Landeshauptleutekonferenz gibt, in dem wir uns darauf festgelegt haben, dass wir uns in der Mitfinanzierung sowohl der Nebenbahnen als auch des Lärmschutzes seitens der Länder extrem zurückhalten, denn dies ist Aufgabe der Bahn. Dies ist Aufgabe der ÖBB.

Da nun aber zur Kenntnis zu nehmen ist, dass, obwohl man einen Beschluss der Landeshauptleutekonferenz gefasst hat, sich aber eigentlich landauf, landab - wie Sie nicht unrichtig hier vermerkt haben - niemand wirklich daran hält, sind natürlich auch wir dabei, dies entsprechend zu überlegen, dies aber auch in das Paket einzupacken, das nun lautet: Ausbau der Bahnlinien in der Stadt generell - ich verweise auf das 30-Milliarden-S-Paket -, Ausbau der Bahnhöfe. Dazu zählt sicherlich auch der Lärmschutz, denn - ich gebe Ihnen Recht - das ist vermutlich das eher größere Anrainerproblem, insbesondere beim Südtor des Tunnels, und dem muss aus meiner Sicht Rechnung getragen werden.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Kenesei gestellt. - Bitte.

Abg Günter **Kenesei** (GRÜNE): Herr Landeshauptmann!

Ich möchte an das anschließen, was Kollegin Hack bereits angesprochen hat, nämlich die Lärmschutzproblematik beziehungsweise die Belastung der Bevölkerung im Allgemeinen, nicht nur mit Straßenlärm, sondern in zunehmendem Maße auch mit Bahnlärm, sosehr natürlich die Verlagerung auf die Bahn zu begrüßen ist.

Es gibt aber natürlich auch verkehrstechnische

Probleme und da möchte ich Sie schon fragen, inwieweit die ÖBB hier von Seiten der Stadt Wien in die Pflicht genommen werden, wenn zum Beispiel in Zukunft auf der Donauländebahn 160 bis 180 Züge pro Tag - das heißt, alle acht bis neun Minuten rund um die Uhr 1 Zug - fahren werden, wobei wir wissen, dass wichtige Hauptverkehrsrouten, wie zum Beispiel die B 16 - Favoritenstraße, Himberger Straße -, aber auch andere Straßen mit dieser Donauländebahn kreuzen und gleichzeitig große Wohngebiete - Wienerberg, Hansson-Siedlung, Wienerfeld - an dieser Bahnlinie liegen. Die ÖBB haben bislang immer darauf hingewiesen: Wir waren als Erster da - nämlich als ÖBB und als Schienenstrang -, nur: Im Vergleich dazu war das Zugaufkommen in den letzten Jahren und Jahrzehnten ein marginales und nicht zu vergleichen mit dem kommenden.

Welche Maßnahmen können Sie hier vor allem der im Südraum von Wien wohnenden Bevölkerung ankündigen?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Herr Abgeordneter!

Ich kann das sehr gut nachvollziehen, denn ich wohne in der Nähe der Vorortelinie - auch ein Ort ständiger Diskussion -, und ich weiß auch von vielen Freunden, die in einem vergleichbaren Gebiet wohnen.

Von der Verbindungsbahn bis nach Kledering über den Ausbau der neuen S 7 bis hin zu den neu errichteten Bahnlinien in Floridsdorf: Wir nehmen alle mit großer Freude zur Kenntnis, dass der Bahnausbau in unserer Stadt funktioniert, wobei wir durchaus der Auffassung sind, dass man, wenn man das Verkehrsproblem in der Stadt lösen will, eine wesentlich höhere Diversifität und eine Aufteilung des so genannten Modal-Split braucht. Dazu gehört für die ÖBB aber auch - und da verschweige ich meine Meinung in keiner Weise -, dass man ähnlich wie beim Straßenbau Maßnahmen für den Lärmschutz setzt.

Ich könnte hier etwa auf die Lärmschutzmaßnahmen entlang der Autobahn in Niederösterreich und Oberösterreich und auf das Geld, das man hier dafür ausgegeben hat, verweisen, oder auch auf die sehr schönen Verzögerungen, die man bei der Westeinfahrt als Lärmschutzmaßnahme für die Anrainer errichtet hat. Ich sage es auch hier: Die Diskussion darüber, wer das nun bezahlt oder wer zuerst da war und Ähnliches, interessiert die Bevölkerung überhaupt nicht und das völlig zu Recht. Das ist teilweise eine absurde Diskussion, die man hier führt. Wir werden mit Sicherheit darauf drängen, dass dieses Lärmschutzproblem gelöst wird. Dabei werde ich auch hier, so wie ich das bei den Investitionen bereits getan habe, nicht abblocken und sagen, mit uns kann man über Zusatzfinanzierungen nicht reden - so wie das früher in dieser Stadt der Fall war -, sondern man kann mit uns darüber reden, nur: Das Ganze muss auch in ein vernünftiges Gesamtkonzept eingepackt

werden.

Denn wenn man diese Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen eines 10-Jahres-Projekts auch bei den ÖBB durchzieht, dann wird auch die Akzeptanz dieser notwendigen Ausbaumaßnahmen für den Einzelbahnverkehr wesentlich höher werden und dann werden diese Maßnahmen auch als wesentlich richtiger empfunden werden. Aber ich bin ganz sicher, dass wir hier substantiell vorankommen, denn so wie das bei der HL-AG hinzukriegen ist, so wird das, denke ich, auch bei den ÖBB der Fall sein.

Ansonsten müsste man natürlich weitreichendere Überlegungen anstellen, die in die Richtung der Fragestellung gehen, ob die ÖBB ihre Volksaufgabe, die sie eigentlich auch haben, tatsächlich erfüllen. Diese Diskussion müsste man dann unter Umständen führen.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die vierte Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag KARL. - Bitte.

Abg Mag Franz **KARL** (ÖVP): *Herr Landeshauptmann!*

Die Frage der Einröhrigkeit oder Zweiröhrigkeit des Lainzer Tunnels ist ja nur Teil einer Angstmacher- und Verunsicherungskampagne, die mit der Austrocknung von Hetzendorf beginnt und mit dem Einsturz von Häusern endet. Kollege Madejski hat hier nahtlos den Stafettenstab von BR Schodl übernommen, von dem sich die GRÜNEN ja erfreulicherweise in dieser Frage in gewisser Hinsicht distanziert haben.

Ich möchte dir daher eher eine positive Frage stellen: Welche Vorteile werden Hietzing und Meidling durch den Bau des Lainzer Tunnels aus deiner Sicht bekommen?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Lieber Herr Professor!

Zunächst einmal darf ich anmerken, dass man ja verschiedene Dinge gewöhnt ist. Ich erinnere mich noch daran: Wie ich das Vergnügen hatte, als Umweltstadtrat dafür Sorge zu tragen, dass die Alte Donau wieder in jenen Zustand versetzt wird, über den wir uns heute alle so freuen, war ich mit dahin gehenden Argumentationen konfrontiert, dass wir die Alte Donau austrocknen wollen, um dann in ihrem Bett Hochhäuser zu errichten. Es gibt ja wirklich nichts, was einem nicht an Argumentationen unterkommen würde, und daher ist es nicht besonders verwunderlich, dass man auch mit diesen Fragen konfrontiert wird.

Im Übrigen verweise ich schon auch darauf, dass der Alternativvorschlag zum Lainzer Tunnel ja den Ausbau der Vorortelinie zu einer entsprechenden Strecke vorgesehen hätte und "entsprechend" heißt im gegenständlichen Fall, dass natürlich all jener Güterverkehr, der nunmehr durch den Tunnel und zum Güterbahnhof gehen wird, über die Vorortestrecke zu führen gewesen wäre. Um das Lärmproblem dort zu lösen, hat man die Einhausung vorgeschlagen. Mir ist auch bis heute nicht bekannt, dass bei

diesem Ausbau der Vorortelinie zu einer solchen Gütertransportstrecke eine zweiröhrige Einhausung vorgesehen gewesen wäre. Aber vielleicht ist mir hier etwas entgangen. In all den Plänen, die ich gesehen habe - zugegebenermaßen waren das lediglich Skizzen, die den Zeitungen zu entnehmen waren; andere Unterlagen waren mir persönlich nicht zugänglich, - war das nicht zu erkennen. - Sei dem, wie dem auch sei.

Ich denke, dass es eine ganze Reihe von Vorteilen gerade für die Bevölkerung dort gibt. Die Bevölkerung wird zunächst einmal nicht mit dem Güterverkehr - und zwar jenem, den wir in sieben, acht oder zehn Jahren haben werden und der ja nicht mit dem heutigen vergleichbar sein wird - konfrontiert sein. Darüber hinaus wird sich aber natürlich auch der gesamte Personenverkehr wesentlich erleichtern, und in weiterer Folge werden sich - davon bin ich überzeugt - etwa durch Neuregelung der Verkehrslogistik, aber auch der Verkehrsorganisation dann auch die niveaugleichen Übergänge beseitigen lassen, so dass die heutigen Staus, die natürlich durch geschlossene Bahnschranken auch immer wieder hervorgerufen werden, beseitigt werden können.

Ich denke also, dass es sich um eine ganze Reihe von Vorteilen handelt, die die unmittelbar anrainende Bevölkerung gerade der Vorortelinie in Meidling und in Hietzing haben wird.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die fünfte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Madejski gestellt. - Bitte.

Abg Dr Herbert **Madejski** (FPÖ): *Eine kurze Replik zu meinem Vorredner: Der ÖVP hat es sicher nichts gebracht, sich den Argumentationen der GRÜNEN anzuschließen. Im Gegenteil, Sie werden von diesen laufend überall auch an Stimmen überholt. - Das nur zum Nachdenken für Kollegen KARL.*

Herr Bürgermeister! Ihre vorherige Antwort, in der Sie vom Sprengstoff gesprochen haben, war ein bisschen - entschuldigen Sie den Ausdruck - polemisch. Sie - gerade Sie - wissen selbst genau, dass hier nicht nur Sprengstoff gemeint ist, sondern jegliche Art von brennbaren oder explosiven chemischen Stoffen. Daher bitte nicht so tun, als ginge es darum, dass hier Sprengstoff durchgeführt würde, sondern es wird ja auch sehr viel anderes über die Bahn transportiert.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Es gibt in diesem Lainzer Tunnel derzeit unseres Wissens auch kein Lüftungssystem, das im Brandfall Rauchentwicklung verhindern würde. Dies wäre aber angesichts der Unfälle, die es in den letzten Jahren gegeben hat, sehr wichtig. Der von Ihnen angesprochene Feuerwehrdirektor von Wien ist durchaus ehrenwert und durchaus ein Fachmann; es ist aber interessant, dass er die Frage der Einröhrigkeit oder die Frage der Lüftung im Zusammenhang mit der Rauchentwicklung nur beim Lainzer Tunnel so sieht, wogegen er aber etwa beim Kaisermühlentunnel, der zwar ein Auto-

tunnel ist, bei dem aber die gleiche Situation vorliegt, sehr wohl darauf bedacht ist, dass es hier Querausstiege gibt.

Es gibt auch keine aerodynamischen Studien über Luftsäulenbewegungen in einem einröhrigen Tunnel, ebenso wenig über Druckstöße: Es gibt bei den rollenden Landstraßen sehr wohl Probleme mit den Planen im oberen Bereich. Wenn ich dann auch noch die Weichen - nämlich circa 30 im gesamten Bereich des Lainzer Tunnels - dazurechne, dann ist derzeit das Verhältnis zwischen Risiko, Baukosten und Sicherheit überhaupt nicht in dem anzustrebenden Ausmaß gegeben.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Ich bitte um die Frage, Herr Abgeordneter!

Abg Dr Herbert Madejski (fortsetzend): Ja, das ist eben leider ein großes Thema. Der Herr Bürgermeister und der Vorredner sind ja auch auf die Alternative eingegangen, die nicht gefragt worden ist.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Die Geschäftsordnung sieht kurze Fragen vor.

Abg Dr Herbert Madejski (fortsetzend): Herr Landeshauptmann!

Wie sehen Sie das, oder welche Erklärung haben Sie dafür, dass bis zur Wiener Stadtgrenze das Land Niederösterreich zweiröhrig baut und in Wien der Lainzer Tunnel einröhrig fortgesetzt wird? Gibt es hier verschiedene Sicherheitsrichtlinien, oder hängt das doch von den Regierungen und von den Sicherheitsfachleuten ab?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael Häupl: Zunächst einmal habe ich überhaupt nichts polemisch gemeint.

Ich kenne - wenngleich dies zugegebenermaßen nicht mit extremer Studienzeit verbunden war, aber doch mit Querlesen - das Gutachten von Prof Aubauer, ich kenne auch die Beurteilung dieses Gutachtens durch Prof Steinhauser und ich kenne die Gegenstellungnahme von Herrn Prof Aubauer dazu, denn man versucht sich auf eine solche Frage ja einigermaßen vorzubereiten.

Der Kernpunkt der Auseinandersetzung zwischen Herrn Prof Aubauer und Herrn Prof Steinhauser ist genau das, was ich angesprochen habe, nämlich die Frage des Sprengstoffs. Nun gestehe ich gerne zu, dass die Einbindung in die NATO-Frage als Element der Polemik dabei gewesen sein kann, aber in der Sache tut das dem ja keinen Abbruch - abgesehen davon, dass eine gelegentliche Polemik auch eine Würze des Parlamentarismus ist. Aber es steht fest: Das ist der wesentliche Punkt der Auffassungsunterschiede dieser beiden Herren. Dabei ist es konkret um "explosionsfähiges Material" gegangen und es heißt in der konkreten Ausführung - dazu muss man in der gleichen Zeile weiterlesen -: "transportierter Sprengstoff". Um diesen Punkt ist es also dabei gegangen. Daher habe ich in der Sache selbst gar nicht polemisiert, sondern das ist ganz einfach der Punkt. Das

muss man zur Kenntnis nehmen, so wie es ist.

Ich füge aber - ohne dies in irgendeiner Weise zu betonen - hinzu, dass ich nicht beabsichtige, zum Sprengstoffexperten oder auch zum Tunnelsicherheitsexperten zu mutieren. Hier gibt es Gott sei Dank einen österreichischen Rechtsstaat, hier gibt es Gott sei Dank einen Staat, in dem diese Fragestellungen etwa im eisenbahnrechtlichen Verfahren entsprechend gewürdigt werden und man sich damit auseinander setzt und man auch die Genehmigungen entsprechend zu erteilen hat. Der Abschnitt, der jetzt bewilligungspflichtig ist, ist genau der Verbindungstunnel. Alle anderen sind ja schon bewilligt, das ist ja schon in Ordnung.

Daher sollen auch hier diejenigen entscheiden, die zuständig sind. Das ist das neue Ministerium für Infrastruktur und das ist letztendlich auch der neue Bundesminister - der Ihnen ja nicht unbekannt sein dürfte -, der dieses Ressort zu verwalten hat.

Ich werde mich daher auf diese Entscheidung verlassen, werde mir ansehen, was das Ergebnis davon sein wird und das werden wir tun. Ich bin ganz sicher, dass in Wien vom Bundesministerium keine anderen Entscheidungen getroffen werden als in Niederösterreich. Denn wir sind eine einheitliche Republik und wir gedenken das auch in Zukunft zu bleiben.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die 3. Anfrage ist damit beantwortet. - Danke, Herr Landeshauptmann!

Die 4. Anfrage wurde von Herrn Abg Dr Alois Mayer gestellt und ist an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehrskoordination gerichtet: *Welche Aktivitäten sind nach dem ersten Zwischenbericht beim ÖKO-Business-Plan für 2000 vorgesehen?*

Herr Stadtrat, ich bitte um Beantwortung.

Amtsf StR Fritz Svihalek: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter!

Die Wiener Betriebe haben den ÖKO-Business-Plan voll angenommen. Wir haben 56 Betriebe bei einer großen Gala auszeichnen dürfen, und es hat sich gezeigt, dass die vier bestehenden Module - jenes für die Großbetriebe, jenes für die Klein- und Mittelbetriebe, das Modul "Betriebe und Klimabündnis" und jenes für Tourismusbetriebe - auch entsprechend erweitert werden können. Wir haben uns daher entschlossen, sechs Punkte neu zu formulieren und damit das bestehende Papier des ÖKO-Business-Plans Wien zu erweitern. Im Detail heißt das:

Erster Punkt: Es kommt ISO 14001 als fünftes Modul. Ab sofort wird im Rahmen unseres ÖKO-Business-Plans ISO 14001 angeboten. Das ist ein spezielles Angebot für jene Betriebe, die bereits ein Qualitätsmanagement aufgebaut haben und über diesen Weg die Umweltaspekte erweitern wollen. Ähnlich wie beim EMAS-Modul wird auch bei ISO 14001 ein langfristiges, im Management verankertes System zur laufenden Verbesserung der Um-

weltauswirkungen aufgebaut. Die beiden Programme, also EMAS und ISO 14001, unterscheiden sich vor allem darin, wie die Umwelteinwirkungen, die Umweltleistung und das Managementsystem nach außen kommuniziert werden. Bei EMAS ist eine verpflichtende Umwelterklärung vorgesehen, bei ISO 14001 in dieser Form nicht. Unsere Prognose ist, dass wir in diesem fünften Modul bis zu 15 oder 20 Betriebe im Jahr 2000 einbinden können.

Zweiter Punkt: Wir haben festgestellt, dass es ein hohes Bedürfnis gibt, dass die Unternehmen miteinander kommunizieren. Wir haben daher einen Klub gegründet, den Klub der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ÖKO-Business-Plans. Das bedeutet, dass wir regelmäßig allen Betrieben - also nicht nur jenen, die ausgezeichnet wurden, sondern allen Betrieben - als Plattform für Weiterbildung und Erfahrungsaustausch diesen Klub anbieten.

Dritter Punkt - und das ist besonders erfreulich -: Dadurch, dass der Andrang mitzutun, größer war als geplant, werden wir den Beraterstab von 9 auf 15 Beratungsfirmen aufstocken können. Das bedeutet, dass die Effizienz der Beratung für die Betriebe dadurch gestärkt wird.

Vierter Punkt: Wir werden auch an einigen Wiener Schulen diesen ÖKO-Business-Plan durchführen, natürlich in modifizierter Form, weil ja Betrieb und Schule nicht gleichzusetzen sind. Hier werden wir mit Workshops, mit Schwerpunkten, in Zusammenarbeit von Lehrern und Mitarbeitern, durch Haustechnik et cetera versuchen, diese Umweltprogramme anzubieten und entsprechend durchzuführen.

Fünfter Punkt: Wir werden auch unser Programm "Betriebe im Klimabündnis" bei öffentlichen und sozialen Einrichtungen anbieten. Hier gehen wir einen Weg, der unserer Auffassung nach vor allem für Jugendliche sehr sinnvoll erscheint und mit entsprechender Motivation ganz sicher umgesetzt werden kann.

Sechster und letzter Punkt: Wir werden - Sie haben es vielleicht schon erhalten - ein ÖKO-Business-Wien-Journal auflegen und außerdem gibt es seit einigen Wochen das gesamte Programm im Internet.

Das sind jene sechs Punkte, die wir auf Grund des großen Erfolgs für das Jahr 2000 neu anbieten können.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die erste Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Hack gestellt. - Bitte.

Abg Mag Michaela **Hack** (*Liberales Forum*): *Sehr geehrter Herr Stadtrat!*

Im Klimaschutzprogramm steht drinnen, dass der ÖKO-Business-Plan budgetär bis 2001 gesichert ist. Was soll nach 2001 Ihrer Meinung nach passieren?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Fritz **Svihalek**: Ich darf eine vorsichtige Korrektur anbringen: Bis 2002 ist er gesichert (Abg Mag Michaela Hack: 2001 steht hier!), aber das ist vielleicht nur ein Druckfehler. Aber unbeschadet dessen glaube ich, dass der Erfolg zeigt, dass wir das

natürlich weiterführen werden. Ich habe vor, bereits beim nächsten Budget, diese heutigen sechs Punkte wieder zu erweitern. Das hängt natürlich auch davon ab, ob es zusätzliche Betriebe gibt.

Aber aus meiner Sicht werden wir über den ersten Plan 2002 hinaus dieses gesamte Projekt weiterführen.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag Chorherr gestellt. - Bitte.

Abg Mag Christoph **Chorherr** (*GRÜNE*): *Herr Stadtrat!*

Erst jüngst haben Sie in einer Veranstaltung dem ÖKO-Business-Plan, dem das KliP, das Programm zu einer ehrgeizigen Umsetzung des Klimaschutzes, zugrunde liegt, volle Unterstützung zugesagt.

Mich würde interessieren: Was sind die ersten ganz konkreten Schritte, die in Abweichung zur bisherigen Politik im Klimaschutz in Ihrem Bereich umgesetzt werden?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Fritz **Svihalek**: Die ersten konkreten Schritte wurden im Bereich Öko-Kauf gesetzt. Wir haben nachweislich bereits in verschiedenen Abteilungen, auch über mein Ressort hinaus, Umstellungen eingeleitet und teilweise vorgenommen. Es fand bereits bei dieser Bilanz "Drei Jahre Klimaschutzprogramm" eine sehr engagierte Diskussion statt und es erfolgte vor allem eine gute Präsentation durch den Kollegen Philipp, der deutlich gemacht hat, wo es Veränderungen gibt.

Der zweite Bereich, der mir in diesem Zusammenhang sehr wesentlich erscheint, ist, dass es seit 1. Jänner entsprechende Förderungen und Unterstützungen im Wohnungsbereich gibt. Dies wurde vom Vertreter des Wohnressorts ebenfalls sehr gut und sehr initiativ dargelegt.

Ein dritter Punkt ist zum Beispiel - um das erwähnen zu dürfen -, dass wir in Vorbereitung sind, etwa budgetär im Radbereich dafür vorzusorgen, dass wir hinsichtlich dessen, was im KliP steht, entsprechende Schritte gehen können.

Also, es ist nicht nur politisch engagiert begonnen und in einem hohen Maße hier beschlossen worden, sondern es ist zu meiner großen Freude auch konkret bereits in diesem Punkt, wie ich gesagt habe, zu ersten Umsetzungsschritten gekommen.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Klucsarits gestellt. - Ich bitte.

Abg Rudolf **Klucsarits** (*ÖVP*): *Sehr geehrter Herr Stadtrat!*

Im ÖKO-Business-Plan geht es ja um die Reduktion der Umweltbelastung durch eine Ökologisierung der Produktionsabläufe. Auf der anderen Seite ergeben sich auch für die Betriebe Einsparungen von Ressourcen wie etwa Produktionsmaterial, Strom und Gas.

Herr Stadtrat, wie hoch sind laut Ihrer Einschät-

zung die wirtschaftlichen Einsparungseffekte für das einzelne am ÖKO-Business-Plan teilnehmende Unternehmen anzusetzen?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat.

Amtsfr StR Fritz **Svihalek**: Das ist sehr unterschiedlich. Ich kann Ihnen sagen, dass wir im ersten Jahr zirka 7 bis 8 Millionen S als Stadt investiert und damit erreicht haben, dass die Betriebe nahezu 60 Millionen S eingespart haben. Also, ich kann es nicht im Detail sagen, was ein einzelner Betrieb spart, das ist äußerst unterschiedlich von Branche zu Branche, aber ich kann genau sagen, dass durch ein Investitionsvolumen mit einem Impuls der Stadt zirka 60 Millionen S in diesem ersten Jahr von den Betrieben, die teilgenommen haben, eingespart wurden. Und das ist eigentlich eine sehr schöne Summe und lässt sich, wenn weitere Betriebe mitmachen, natürlich entsprechend erweitern.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die vierte Zusatzfrage wird von Frau Abg Reinberger gestellt. - Ich bitte.

Abg Brigitte **Reinberger** (FPÖ): Herr Stadtrat!

Sie haben jetzt angekündigt, es wird ein zusätzliches Modul geschaffen werden. Es wurde die Zahl der Berater von 9 auf 15 aufgestockt.

Daher meine Frage: Wenn es ein breiteres Angebot für die Unternehmen gibt, ist damit zu rechnen, dass dann auch der budgetäre Rahmen erweitert wird, weil ja doch wahrscheinlich mehr Betriebe angesprochen sind? Wie hoch, schätzen Sie, wird der Betrag an Fördermitteln sein, den Sie bereit sein werden, zur Verfügung zu stellen?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat.

Amtsfr StR Fritz **Svihalek**: Ich sage ganz offen, es ist in diesem Fall wirklich einmal ein positiver Effekt, mehr Geld zur Verfügung stellen zu können, weil ja auch mehr mittun. Ich sehe aber im Moment auf Grund der realistischen Einschätzung, dass zwar die Anzahl 56 hoffentlich überschritten wird, aber natürlich nicht in einem Ausmaß, das unabsehbar ist, kein Problem, es zu finanzieren. Das heißt, wenn diese Zuschüsse, die, wie ich vorher gesagt habe, so um die 7 Millionen S liegen, sich auf 10, 12 Millionen S hin bewegen, sehe ich kein Problem, das ohne irgendwelche große Maßnahmen zusätzlich zu budgetieren und zu unterstützen.

Sollte es sich ergeben, dass der Zulauf so sensationell hoch ist, dann müssen wir darüber reden. Aber wenn ich es realistisch sehe, dass sich die Zahl der derzeit 56 Betriebe etwa erhöhen wird, was wir wollen und was wir auch können, und eine Größenordnung von zirka 10 Millionen dazukommt, sehe ich eigentlich kein Problem, das ohne großes Umorganisieren durchführen zu können.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Mayer. - Ich bitte.

Abg Dr Alois **Mayer** (SPÖ): Die Antwort auf meine Frage war ausreichend. Ich verzichte auf meine Zusatzfrage.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Damit ist die Fragestunde beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Von Herrn Abg Gerhard Pfeiffer wurde eine Aktuelle Stunde mit dem Thema "Umfahrungsring Wien - Steigerung der Lebensqualität und Sicherung des Wirtschaftsstandorts" verlangt. Das Verlangen wurde gemäß der Geschäftsordnung von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet.

Ich bitte den Erstunterzeichner, Herrn Abg Pfeiffer, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit 10 Minuten begrenzt ist. - Herr Abg Pfeiffer, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg Gerhard **Pfeiffer** (ÖVP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Landtagsabgeordnete!

Zum gegebenen Zeitpunkt ist es sicherlich nicht gerade sehr populär, Überlegungen für Österreich und Wien im Zusammenhang mit der EU zu begründen. Dennoch stelle ich an den Anfang meiner Ausführungen zum heutigen Tag, zu dem Thema der Aktuellen Stunde, welches auf Wunsch der Volkspartei ausgewählt wurde, unsere Standfestigkeit auf den Werten der abendländischen Kultur, angeführt von Toleranz, Beachtung der Menschenrechte und Festigkeit des Glaubens, und unser klares, unerschütterliches Bekenntnis zu einem vereinten Europa.

Der Vorgang des Zusammenwachsens der Europäischen Regionen in einen Staatenbund mit Ausrichtung auf Frieden, Freiheit und Wohlstand mag vielleicht manchmal sowohl durch Ängste - ich erinnere nur an das Misstrauen, welches die Wiedervereinigung Deutschlands bei vielen Nachbarstaaten bewirkt hat oder gerade die jetzige Regierungsbildung in unserem Lande bewirkt - als auch durch Verletzung und Betroffenheit bei vielen Österreichern aus der Überreaktion, die sich in den letzten Tagen in manchen Partnerländern gezeigt hat, getrübt erscheinen. Dieses Zusammenwachsen ist aber ein unabdingbares Muss für die friedliche und gedeihliche Weiterentwicklung aller beteiligten europäischen Länder. Die Österreichische Volkspartei wird unbeirrt weiterhin die Europapartei bleiben, die ihre Tätigkeit zum Wohle unseres Landes und unserer Stadt in den Dienst der Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion und der Osterweiterung stellen wird.

Damit bin ich auch schon mitten im heutigen Thema. Die Entwicklung unserer Stadt ist unmittelbar mit ihrer Gestaltung als Knotenpunkt und Drehscheibe mit den zukünftigen Transeuropäischen Netzen verbunden. Über die derzeit festgeschriebenen höchstrangigen Verkehrswege wurde an dieser Stelle ja schon des Öfteren diskutiert. Die TEN-Verbindungen und die Korridore in den MOEL-Staaten sehen Wien derzeit abseits oder zumindest an Nebengeleisen.

Das darf so nicht bleiben, wenn wir nicht die Zukunft unseres Wien als Pensionisten- und Touristenstadt sehen wollen. Wenn wir im Gegenteil eine dy-

namische Entwicklung, pulsierendes Leben, Arbeitsplätze und attraktive Angebote und eine zukunftssichere Stadt für unsere Jugend haben wollen, dann müssen wir diese Attraktivität in der Sicherung des Wirtschaftsstandorts begründen. Und Wirtschaft war schon immer durch eine hohe Mobilität gekennzeichnet. Das wird trotz aller Informationstechnologie auch weiterhin so bleiben. Mobilität bedeutet Verkehrswege, erdgebundene wie Straße, Bahn und Fluss oder auch die Luftfahrt.

Alle diese Verkehrswege bereiten aber den Anrainern Ungemach vielfältiger Natur, heute insbesondere durch Emissionen jeglicher Art. Dies mindert die Lebensqualität. Was wir für die Zukunft unserer Stadt aber wollen, ist, dass sie sich durch eine hohe Lebensqualität und durch Rücksichtnahme auf Mensch und Natur auszeichnet. Und jetzt haben wir ein Problem: Einerseits Bewegung, Emissionen, Sicherheit und Wohlstand, andererseits Schutz- und Ruhebedürfnis, Gesundheit und Umweltqualität.

Wiederum komme ich auf frühere Aussagen meinerseits hier zurück. Es stellt sich uns ein politisches Problem, welches durch reine Interessenvertretung nicht lösbar ist. Aber ein konkreter Lösungsansatz ist ein Verkehrsring rund um unsere Stadt. Das gilt für den schienengebundenen Verkehr ebenso wie für den Straßenverkehr. Neben den radialen Verkehrswegen muss es auch eine großräumige Umfahrung geben, die einerseits die Drehscheibenfunktion erfüllen kann und andererseits auch die Schutzfunktion wahrnimmt. Hier auf Ratschläge einer kleinen und durch lokale Scheuklappen behinderten, aber umso lauter Gruppe von Fundamentalisten zu hören, für die jede Straße, die breiter ist als ein Radweg, bereits das Machwerk des Leibhaftigen darstellt, wäre wohl äußerst schädlich für das Gedeihen unserer Stadt.

Deren mediales Triumphgeheul beim Bekanntwerden einer so genannten Geheimstudie ist blinder Alarm. Diese Studie merkt einleitend an, dass die vorhandenen Leitbilder unserer Stadt und des umliegenden Niederösterreich den modernen Entwicklungen nicht mehr Rechnung tragen und aus Sicht des gerade in Entwicklung befindlichen Strategieplans verändert werden müssen.

Wir werden in diesem Zusammenhang den Bedürfnissen der Menschen im Südraum Rechnung tragen und die B 301 nach besten Kräften fördern. Wir werden den ganz und gar nicht unbegründeten Ängsten der Floridsdorfer bezüglich der Nordeinfahrt und den Notwendigkeiten der Donaustädter bezüglich Verkehrsanbindungen im Nordosten durch rasche Planung der B 305 Rechnung tragen und wir werden die Niederöreicher bei der Realisierung ihres 15-Milliarden-Projekts für den Ausbau der großräumigen Umfahrung Wiens beim neuen Infrastrukturminister unterstützen. Denn wir denken an die Menschen in unserer Stadt und ihre Bedürfnisse und an die Zukunft unserer Jugend, und wir werden uns auch durch noch so lautes Geschrei vorgestriger Zukunfts-

verweigerer sicherlich nicht beirren lassen (*Beifall bei der ÖVP.*)

Da wir auf die Ausbaupläne der Niederöreicher keinen bestimmenden Einfluss nehmen können, stellt sich für uns hauptsächlich die Routenführung für die Nordostumfahrung, die B 305, als Frage.

Als Donaustädter Betreuungsmandatar möchte ich klar und deutlich sagen, dass eine Routenführung über die Raffineriestraße raumplanerisch große Probleme aufwirft und vor allem im 22. Bezirk äußerst negativ gesehen wird. Das Problem ist sowohl der Biberhaufenweg, der entweder total vom Schwerverkehr zugedeckt würde oder bei Durchfahrtsverboten ein ungeheures Verkehrschaos für die Anrainer darstellte, die in ganz Donaustadt-Ost kilometerlange Umwege in Kauf nehmen müssten, als auch der Knoten Kaisermühlen, der derzeit fast jeden Tag in den Staumeldungen des Verkehrsfunks aufscheint.

Alles das ist unerträglich und ich hoffe inständig, dass die vertiefte Untersuchung des Herrn Planungsrats deutliche Akzente für den Lobau-Tunnel zeigen wird. Auch sehe ich hier noch nicht die Einwände gegen eine Routenführung östlich des Flugfelds Aspern, die gegen eine B 305 im Wiener Raum und damit gegen Betriebsansiedlungen sprechen sollen.

Alles in allem erhoffe ich baldige Festlegungen der straßenmäßigen Umfahrungen Wiens und deren ehesten Baubeginn, denn die Zeit drängt und die Konkurrenz schläft nicht.

Eines ist jedenfalls sicher: Die Umfahrung Wiens wird die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Wien bringen und die Lebensqualität für die Wiener Bürger im städtischen Raum erhöhen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren Abgeordneten nur einmal zu Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit 5 Minuten begrenzt ist.

Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Mag Hack zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Michaela **Hack** (*Liberales Forum*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

Wenn man über so ein wichtiges Planungsprojekt wie die Nordostumfahrung spricht, dann muss man sich, bevor man absolut dafür ist, wie das die ÖVP derzeit ist, oder auch konsequent dagegen ist, alle Konsequenzen und Alternativen anschauen und prüfen, bevor man eine Entscheidung trifft. Mit dem Wissensstand, den wir alle hier gegenwärtig haben, ist diese Entscheidung pro Nordostumfahrung derzeit meiner Meinung nach nicht zu treffen. Es kann sein, dass sich noch andere Informationen ergeben, aber wenn Sie sich anschauen, was bisher für eine Umfahrung spricht, dann ist das herzlich wenig.

Wir Liberale sind daher der Meinung, dass man einmal klären sollte, welche Funktion diese Umfahrungsstraße überhaupt haben sollte, und vor allem,

welche Alternativen es, was den Ausbau des öffentlichen Verkehrs anbelangt, gibt. Was würde es etwa bedeuten, wenn ich die Milliarden, die diese Straße kostet, in einen vorzeitigen oder verbesserten Ausbau des öffentlichen Verkehrs stecke, der ja auch mehr oder weniger Inhalt des Wiener Verkehrskonzepts ist und zu dem sich eigentlich auch die beiden Regierungsparteien, soweit ich das weiß, bekannt haben?

Sie wissen, dass gerade im Wiener Verkehrskonzept eine Veränderung des Modal-Split zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs geplant ist. Weitere Straßenausbauten, in dem Fall sogar sechsspürige Straßenausbauten, im Nordosten Wiens, der derzeit ohnehin wirklich spärlich mit öffentlichem Verkehr erschlossen ist, würden diese Veränderung des Modal-Split ganz sicher nicht vorantreiben.

Daher lassen Sie mich ganz kurz zur Situation des 22. Bezirks kommen. Ich habe schon angeführt, im Moment ist die Verkehrserschließung des Bezirks vor allem vom Stadtzentrum aus nicht besonders gut. Der öffentliche Verkehr soll zwar mit dem Ausbau der U 1-Nord spätestens 2003 verbessert werden, die U 2/5 ist für 2008 in Stadlau zu erwarten, aber was bis dahin passiert, ist eher traurig. Ich glaube auch, dass selbst mit dem Ausbau dieser beiden U-Bahn-Führungen weiterhin weite Teile des 22. Bezirks sehr schlecht erschlossen sind.

Die Konsequenzen sind klar. Im Moment ist es so, dass Sie, wenn Sie dort wohnen oder arbeiten wollen, zu einem sehr hohen Prozentsatz Ihre Wege mit dem Pkw erledigen müssen und der Umstieg auf den öffentlichen Verkehr absolut unattraktiv ist. Daher halte ich es für ganz wichtig, sich, wenn man neue Straßen baut, immer zu überlegen: Was würde es bedeuten, wenn ich das Geld in den öffentlichen Verkehr stecke, wenn ich wirklich dort auch denjenigen, die vielleicht keinen Pkw besitzen - solche gibt es ja auch noch -, eine Möglichkeit biete, mobil zu sein oder mobil zu werden.

Auf der anderen Seite ist der 22. Bezirk - das ist uns auch allen bekannt - ein Entwicklungsgebiet. Wir wissen auch, dass der 22. Bezirk bei der Ansiedlung von Fachmarktzentren an der Spitze sämtlicher Wiener Bezirke steht. Das Gleiche gilt auch, was die Wohnbebauung anbelangt. Auch hier gab es in den letzten Jahren eine verstärkte Wohnbebauung. Der Verkehr, vor allem der öffentliche Verkehr, hinkt dieser Entwicklung vehement nach, und ich halte das für einen schweren Planungsfehler der Vergangenheit, der meiner Meinung nach möglichst bald wettzumachen ist.

Ein wichtiger und wesentlicher Teil des 22. Bezirks ist unter anderem jener Teil, der zu dem Nationalpark Donauauen gehört. Dieser Nationalpark wurde am 26. Oktober 1996 eröffnet und stellt meiner Meinung nach in seiner Einzigartigkeit ein wirkliches Juwel für die Stadt Wien dar. Ich glaube, dass sich alle hier in diesem Haus zu dem Nationalpark bekannt haben und bis heute konnte mir niemand

glaubhaft erklären, wie eine mehrspurige Autobahn durch einen Nationalpark führen soll. Auch eine Untertunnelung würde laut allen bisherigen Expertisen dem Grundwasser extrem schaden und das Konzept des Nationalparks zunichte machen. Daher steht meiner Meinung nach eine Autobahn oder eine Straße durch den Nationalpark oder auch unter dem Nationalpark im krassen Widerspruch zu den ursprünglichen Ideen.

Das ist die derzeitige Situation, die wir im 22. Bezirk vorfinden - auf der einen Seite eine schlechte Anbindung an die Innere Stadt, auf der anderen Seite ... *(Der für die Redezeit eingestellte Wecker läutet.)* Ah, die Zeit ist schon fast zu Ende? - Gut.

Was wir uns jetzt vorstellen, ist, dass man sich, bevor man sich überhaupt über die Nordostumfahrung Gedanken macht, einmal mit dem Ausbau der Raffineriestraße beschäftigen sollte, der ja ganz sicher eine Entlastung der A 23 bringen würde, und auf der anderen Seite überprüfen sollte, welche alternative Verwendung der Mittel für den öffentlichen Verkehr im 22. Bezirk möglich ist und welche wirtschaftlichen Auswirkungen ein solcher Straßenbau auf die Situation in Wien und Niederösterreich mit sich bringt. *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Mag Chorherr zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Christoph **Chorherr** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Zum ersten Teil der Begründung von Kollegen Pfeiffer, der auf die allgemeine politische Situation eingeht, werde ich jetzt gar nichts sagen. Da werden wir heute um 16 Uhr eine, glaube ich, sehr heftige, sehr grundsätzliche Auseinandersetzung haben. Vielleicht nur ein einziger Satz dazu: Also, wenn die ÖVP eine Straße mit dem Wirtschaftsstandort Wien begründet, dieselbe Partei also, die sich die Rechtsextremen in die Regierung holt und dafür die Verantwortung trägt, so glaube ich, dass noch so viele Straßen um und in Wien den Wirtschaftsstandort nicht retten können. - Das vielleicht nur zu diesem Punkt. Grundsätzlich dann am Nachmittag um 16 Uhr.

Ganz kurz noch einmal unsere Argumente, warum wir das für ein derart rückschrittliches, falsches Konzept halten, das die wirklichen Lösungen, die morgen in diesem Bereich notwendig wären, verhindert. Es gibt da eine ganz einfache Formel, die Kollege Pfeiffer noch nicht verstanden hat und die lautet: Auf ein öffentliches Verkehrsmittel kann man nur umsteigen, wenn es auch fährt. Wer im 22. Bezirk zu Hause ist und dort unter anderem auf der Tangente staut, tut dies ja nicht deswegen, weil dort lauter Masochisten leben, die aus Jux und Tollerei sagen: Ha, heute wieder der Stau auf der Tangente! Super! Wieder eine Stunde vergeudet! Das sagt vielleicht eine Minderheit - der Kollege Pfeiffer und Ähnliche -, aber die Mehrheit würde sich dort gern rasch bewegen

Mehrheit würde sich dort gern rasch bewegen können.

Die wenigen politischen Weichenstellungen werden nur nicht gestellt. Die wirklich rasche Umsetzung - viel rascher als geplant - der U-Bahn ist nur ein Punkt. Andere Dinge kann man sofort machen. Wie lange diskutiert man bereits eine Straßenbahnverlängerung, die weiland Kollege Swoboda rasch umsetzen wollte, weil es kaum Straßenbahnen in diesem Bereich gibt. Nur 4 Millionen S würde es kosten, ein Schnellbus-System einzurichten, das rasch und sofort in wenigen Wochen umsetzbar wäre. Und so gibt es viele andere Dinge auch, die Sie sofort umsetzen könnten, die blockiert werden mit einer nebulösen Überlegung über eine Nordostumfahrung, die in Wirklichkeit das ist, was zum Glück als Begriff die Menschen auch zur Kenntnis genommen haben.

Es geht um die Frage: Wollen die Wienerinnen und Wiener eine Lobau-Autobahn oder nicht? - Gegen das ökologische Argument, dass wir mitten in Wien ein beliebtes und mit vielen Gesetzen geschütztes Nationalparkgebiet haben, bekannt als Lobau, möchte Kollege Pfeiffer jetzt mitten durch diese Lobau eine Autobahn bauen - vorläufig sagen Sie noch, tief unten durch - und die entsprechenden Mittel ausgeben, damit es dort auch zu einer Zerstörung kommt, ja kommen muss.

Das dritte falsche Argument für diese Lobau-Autobahn ist genau das Argument des Wirtschaftsstandorts. Es gibt keinen größeren Schaden für den Wirtschaftsstandort, als eine Lobau-Autobahn und eine Umfahrungsstraße zu bauen.

Noch einmal, warum das so ist. Es wird genau zu dem kommen, was im Süden Wiens passiert ist: Infrastrukturinvestitionen ziehen Siedlungsentwicklungen nach sich. Wenn es zur Zersiedelung im Süden Wiens gekommen ist, mit Wohnungen, aber auch mit hochrangigen Büros und anderen Einrichtungen - Stichwort Business-Park an der Alland-Autobahn durch die Wiener Städtische -, dann ausschließlich deswegen, weil dort eine Autobahn gebaut wurde. Diese Umfahrung wird zu einer vehementen Zersiedelung führen und vor allem das Geschäftsterben in der Innenstadt weiter vorantreiben. Dann haben wir vielleicht entlang dieser Umfahrungsstraße eine Reihe von Shopping-Centers, McDonald-Drive-Ins, Möbelhäuser et cetera. Dort werden die Grundstückspreise in die Höhe gehen und das Geschäftsterben in der Innenstadt wird weitergehen.

Das ist der wirtschaftspolitische Fehler und darum kandidiert die Grüne Wirtschaft bei der Wirtschaftskammerwahl in wenigen Wochen in Wien, wobei wir uns freuen, dass wir gerade in Kernbereichen, in denen bisher die ÖVP geglaubt hat, allein herrschen zu können, viele, viele Unternehmerinnen und Unternehmer finden, die diesem Konzept eine Abfuhr geben. *(Abg Gerhard Pfeiffer: Das werden wir ja sehen!)*

Wir werden weiter dafür eintreten, dass wir ers-

tens zukunftsfähige und nicht nur Windschutzscheibenprojekte in Wien umsetzen, und wir werden vor allem dafür sorgen, dass die ÖVP endlich dorthin kommt, wohin sie gehört, dass sie nämlich eine völlige Abfuhr durch die Wähler erfährt, und zwar auf Grund ihrer grundsätzlichen Politik, aber auch auf Grund ihrer völlig verkehrten Verkehrs- und Wirtschaftspolitik. - Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr StR Prinz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

StR Walter Prinz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es gibt leider Gottes oder Gott sei Dank auch Verkehrsteilnehmer, die nicht auf den öffentlichen Verkehr umsteigen können - weil manche glauben, die Forcierung des öffentlichen Verkehrs ist die allein selig machende Lösung -, nämlich der Wirtschaftsverkehr. Man kann den Lkw, den Lieferanten und den Lieferwagen nicht auf den öffentlichen Verkehr im Stadtgebiet umsiedeln. Das ist ein Faktum und daher wird Wien auch diese Umfahrungsstraßen brauchen.

Jetzt muss man sich einmal die Geschichte anschauen, wieso sich diese Situation bei uns so dramatisch entwickelt hat. Es gibt im Wesentlichen drei gravierende Fehler, die in den letzten 30 Jahren dazu geführt haben, dass wir die heutige Situation so antreffen, wie sie ist:

Erstens. Der U-Bahn-Bau wurde viel zu spät begonnen. Man hat herumexperimentiert. Wie Sie sich erinnern können, gab es eine Unterstraßenbahn und alle möglichen anderen Konzepte, die nicht den richtigen Erfolg gebracht haben.

Zweitens. Man hat mit einer ungezügelten Stadterweiterung, ohne die inneren stadtgestalterischen und Stadtreserven zu nutzen, eine Entwicklung eingeleitet, die uns heute die größten Probleme bringt. Die Wohnhausanlagen auf der grünen Wiese ohne Infrastruktur bereiten uns seit vielen Jahren Kopfzerbrechen.

Drittens - das ist auch ein entscheidender Punkt - hat man eine Autobahn, die Südosttangente, mitten durch das Stadtgebiet gelegt, anstatt von allem Anfang an bei diesem Straßenbauvorhaben eine Stadtumfahrung ins Auge zu fassen.

An diesen Fehlentscheidungen sind natürlich die Sozialdemokraten in erster Linie beteiligt. Sie haben seit dem Kriegsende in Wien die Verantwortung. Daher kann jetzt niemand so tun, als ob das ein Naturereignis wäre, vor dem wir stehen. Viele Jahre hätte man Zeit gehabt, das eine oder andere anders zu gestalten. Der Mangel der Forcierung des U-Bahn-Baus und die fehlende Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs reduziert, das ist ein Faktum, die Lebensqualität der Mitmenschen und Mitbürger in Wien.

Beim Arbeitsplatztourismus sind viele auf das Auto angewiesen. Es ist ja nicht so, dass die Leute aus reiner Hetz oder aus Vergnügen um 6 Uhr in der Früh von Hirschstetten nach Liesing fahren, um ihren Ar-

beitsplatz zu erreichen, sondern sie sind dazu gezwungen, weil auf der einen Seite der Stadt die Wohnungen errichtet und auf der anderen Seite der Stadt die Betriebe angesiedelt wurden. Diese Fehler sind es eben, die uns den Arbeitsplatztourismus einbringen.

Dazu muss man sagen, dass die ursprünglich geplante Trasse der Südosttangente sogar noch viel ärger war, als sie sich jetzt im 22. Bezirk darstellt. Denn ursprünglich wollte man diesen Straßenbau mitten durch Wohnhausanlagen in Stadlau führen. Ich darf Sie daran erinnern - Sie können sich das heute noch anschauen -, dass im Bereich Langobardenstraße, Erzherzog-Karl-Straße die Trasse freigehalten wurde, um diese Südosttangente zwischen den Wohnhäusern, zwischen den Gemeindebauten zu führen.

Meinem Freund, unserem verstorbenen Landesparteiobmann Pawkowicz, ist es damals mit vielen Argumenten gelungen, die jetzige Trasse zumindest in den Bereich der Eisenbahn in Stadlau zu verlegen, sonst hätten wir heute überhaupt mitten durch den 22. Bezirk diese so genannte Entlastungsstraße, die uns eigentlich in diesem Bereich großes Kopfzerbrechen macht.

Meine Damen und Herren! Es ist von der Nordostumfahrung die Rede, die ebenfalls wir enttabuisiert haben, denn viele Jahre hindurch durfte man das Wort gar nicht in den Mund nehmen. Diese Nordostumfahrung ist ein Teil eines Systems, das Wien braucht. Wir brauchen die Südumfahrung, wir brauchen die B 301 genauso wie die Nordostumfahrung. Auch eine Westumfahrung wird man einmal diskutieren müssen, denn durch die Wohngebiete und durch die alten Ortskerne im Norden und im Nordosten von Wien fließt heute der Transitverkehr, der Arbeitspendlerverkehr und bereitet den Menschen größte Probleme. Eine Westumfahrung wird notwendig sein, denn ohne entsprechende Maßnahmen zu setzen, gibt es keine Entlastung im Gürtelbereich und keine Revitalisierung dieser Gegend. Daher, meine Damen und Herren, wird diese Stadtumfahrung insgesamt notwendig sein.

Einen letzten Satz möchte ich noch zum Provisorium des Ausbaus der Raffineriestraße sagen. Für uns ist diese Raffineriestraße kein Ersatz für die Nordostumfahrung. Man kann es vielleicht kurzfristig als Angebot für eine Umfahrung, für eine Entlastung der Praterbrücke ansehen, aber insgesamt eine Lösung für den Nordosten von Wien ist das nicht. Vor allem würde es, wenn nicht ganz massive Maßnahmen gegen die Durchfahrt am Biberhaufenweg ergriffen werden, zu einer riesigen Belastung führen. *(Zwischenruf des Abg Günter Kenesei, da der Wecker läutet, der das Ende der Redezeit anzeigt.)* Warum regen Sie sich auf, Herr Kenesei, Sie reden oft viel länger über die Zeit hinaus. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg Günter Kenesei.)* Ja, schön. Ich kann mich erinnern, dass Sie oft viel länger überzogen haben.

Ich komme zum Schluss: Die Raffineriestraße ist, wie gesagt, keine Ersatzlösung für die Nordosttangente. Man kann sie kurzfristig in Betrieb nehmen, aber Lösung ist das keine. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Reiter zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Günther **Reiter** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Landtags!

Ihnen ist die GSD-Studie, Gestaltung des Straßennetzes im Donaueuropäischen Raum mit besonderer Beachtung des Wirtschaftsstandorts Österreich und Wien, sicher bekannt. Ausgangslage: Es gibt mit den westlichen Ländern intensive Verflechtungen und somit keine größeren Anforderungen hinsichtlich der Verkehrsinfrastruktur. Im Gegensatz dazu schaut im Osten Österreichs die Welt natürlich ganz anders aus. Es gibt stark wachsende Märkte der östlichen Nachbarstaaten und eine Neupositionierung der Wirtschaft und der Verkehrsinfrastruktur wird wichtig sein.

Für die Positionierung Wiens im internationalen Städtewettbewerb und auch zur weiteren Stärkung des attraktiven Wirtschaftsstandorts Wien ist eine zeitgemäße und zukunftsweisende Infrastruktur besonders wichtig. Dass Wien ein starker TEN-Knoten wird, ist auch für die gesamte Region wichtig. Es ist vielleicht auch erwähnenswert für Wien und sein Umland, dass Straßenzüge wie die Südumfahrung, aber auch die Nordostumfahrung als TEN-Strecken ausgewiesen werden sollen, weil diese Studie ganz nachdrücklich davon ausgeht, dass Straßenbaumaßnahmen auch die Funktionstüchtigkeit des TEN-Knotens Wien stärken werden. *(Beifall des Abg Dr Rüdiger Stix.)* - Danke für den Zwischenapplaus.

Im Grundsatz ist das verkehrspolitische Credo der Wiener Stadtregierung durchaus auch anerkannt, denn das geht in die richtige Richtung auch des Wiener Verkehrskonzepts: Auf der einen Seite ist die Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs wichtig, keine Frage, daneben muss es aber auch einen sinnvollen, einen entlastenden und vernünftigen Straßenbau in dieser Stadt geben, der es ermöglicht, der Wirtschaft den Autoverkehr ebenfalls zu gewährleisten.

Meine Kollegin Bayr wird nachher sehr ausführlich über Investitionen der WINER LINIEN und auf den öffentlichen Verkehr eingehen. Alleine heute sind es 4,3 Milliarden S, die die Stadt ausgibt. U-Bahn, Straßenbahn, Busbau und ULF-Niederflurbusse, Bevorrangungsmaßnahmen, U-Bahn-Bau und Lifteinbauten schlagen sich hier mit Millionenbeträgen zu Buche. Abg Bayr wird, wie gesagt, darauf noch eingehen.

Es geschieht sehr viel für den öffentlichen Verkehr. Das habe ich bewusst vorrangig gesagt, weil ich jetzt auch hinzufüge, dass es diesen Umfahrungsring um Wien geben muss; natürlich mit sensiblen Bürgerbeteiligungsverfahren, mit nachvollziehbarer Planung, mit Varianten.

Meine Damen und Herren! Es ist internationalen

Verkehrsexperten überhaupt nicht erklärbar, dass Wien eine der wenigen Großstädte ist, die keine Umfahrungsentlastungsstraßen wie B 301 und 305 haben. Und auch die Siedlungsentwicklung nicht nur im Süden, sondern leider auch im Norden hat sich dramatisch zugespitzt. Jeder Lkw-Unfall - dazu kommt es fast täglich - zeigt diese Dringlichkeit auf.

Darum, meine Damen und Herren, auch ein ernstes Wort an die GRÜNEN. Herr Klubobmann Chorherr! Ich kenne schon die Phobie und dieses reflexartige, undifferenzierte Neinsagen, wenn man über Straßenprojekte spricht, die aus meiner Sicht sinnvoll sind, aber ich verstehe nicht dieses subjektive Wahrheitsempfinden. Denn wie damals im Konferenzzentrum bei der öffentlichen Erörterung zur B 301 - ich war dort anwesend - diese angebliche Resolution der Wiener Ärztekammer - ich sage einmal von den GRÜNEN, ich nenne keinen Namen - verlesen wurde, war das wirklich höchst verwunderlich. Primarius Dorner hat dem ja auch entgegnet, dass hier natürlich keine Gesundheitsgefährdung stattfindet.

Also, noch einmal. Erster Punkt: Die B 301 ist ein wichtiges Straßenprojekt im Süden.

Zweiter Punkt: Nordostumfahrung; von den GRÜNEN über Pressemeldungen ebenfalls totgesagt, aber wir wissen, totgesagte Planungsprojekte leben länger. So muss im 21. und 22. Bezirk (*Zwischenruf des Abg Mag Christoph Chorherr.*) - ich kann leider in den 5 Minuten nicht auf die Zwischenrufe eingehen - die drohende Verkehrsflut verhindert werden. Eine großräumige Umfahrung Wiens ist notwendig. Darin liegt der Ansatz. Wenn bis zum Jahr 2010 - das ist eine Timing-Frage -, wie angesagt, die Nordautobahn an den Grenzen von Stammersdorf ist, dann muss man sich einen ersten Schritt überlegen. Dieser Bypass, der planerisch zu prüfen ist, heißt für mich Raffineriestraße, weil es sonst im Norden zu einem Verkehrskollaps kommt.

Also, noch einmal: Die große gemeinsame Lösung, das große gemeinsame Ziel der Bezirke Floridsdorf und Donaustadt ist sicher die Nordostumfahrung. Eine kurzfristige Überlegung ist der Bypass Raffineriestraße. Wir gehen aber davon aus, dass der Umfahrungsring zeitgerecht fertig wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluss. Die Wiener Stadtregierung unter Bgm Michael Häupl, aber auch VBgm Görg sind zur Lösung der Verkehrsprobleme aufgerufen.

Herrn VBgm Görg möchte ich abschließend ganz persönlich - ich hoffe, er hört es - zu seiner Prinzipientreue und zu seinem persönlichen Mut meine Anerkennung aussprechen im Zusammenhang mit seiner Ansicht: Keine Beteiligung der Freiheitlichen Partei an der Regierung! Ich bin sicher, meine sehr geehrten Damen und Herren des Landtags, die Stadtkoalition wird auch weiterhin die Interessen Wiens gemeinsam zum Wohle der Wiener Bürger vertreten. - Danke. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Mag Hecht zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Gabriele Hecht (*Liberales Forum*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Abg Pfeiffer hat gesagt, wir brauchen eine Nordostumfahrung, weil Wien sonst abseits ist oder auf einem Nebengleis innerhalb Europas steht. Doch das, was die ÖVP heute drüben am Ballhausplatz macht, das ist genau das. Die ÖVP ist meines Erachtens sehr mutig, an einem Tag wie heute von der Gefahr zu sprechen, dass Wien in Europa auf ein Abstellgleis gerät. (*Abg Mag Franz KARL: Sie sollten sich an das Thema der Aktuellen Stunde halten!*)

Sie begründen Ihren Antrag unter anderem auch damit, dass der Wirtschaftsstandort gefährdet sei und wie wichtig so eine Maßnahme für den Wirtschaftsstandort sei, aber die Gleise, die Österreich in das wirtschaftliche Abseits in Europa führen, legt heute die ÖVP. (*Beifall beim Liberalen Forum sowie der Abg Susanne Jerusalem.*)

Meine Damen und Herren! Ob Wien als Wirtschaftsstandort noch Zukunft hat oder nicht, das hängt sehr wesentlich auch vom Ansehen unseres Landes in Europa und in der ganzen Welt ab. Und wenn Sie sich alle Studien und Befragungen unter internationalen Managern anschauen, welche Gründe es sind, warum sich Unternehmen in Wien niederlassen, dann sind es vor allem die weichen Standortfaktoren, die Wien zu einem interessanten Standort für internationale Unternehmen machen, und nicht die harten Faktoren. Denn die Lohnkosten sind bei uns hoch, die Bürokratie ist bei uns hoch. Deshalb kommen die Unternehmen nicht her. Warum sie sich in Wien niederlassen, sind andere Gründe, etwa die hohe Lebensqualität, die wir haben, die Kultur, die wir haben, und es sind die politischen Verhältnisse, die wir haben.

Mit dem heutigen Tag, mit dem, was da drüben am Ballhausplatz passiert, schaffen wir politische Verhältnisse, die Wien als Standort unattraktiv machen! (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Es gibt bereits erste Reaktionen von internationalen Konzernen und von Managern, die sehr beunruhigt sind und die sich sehr wohl sehr genau überlegen, ob Wien als Ostzentrale und als Konzernstandort noch interessant ist. Es hat heute bereits eine Aussendung von der EU gegeben, dass weitere Konsultationen nicht erforderlich sind. Die Strafmaßnahmen gegen Österreich, die von den anderen 14 Staaten der Europäischen Union für den Fall einer Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen in Wien beschlossen worden sind, treten mit dem Amtsantritt der neuen österreichischen Bundesregierung am Freitag automatisch in Kraft. Weitere Gespräche zwischen den Regierungen der 14 EU-Länder seien nicht erforderlich.

Mit einem Wort, meine Damen und Herren, heute um 12 Uhr treten alle diese Maßnahmen in Kraft und

ab heute 12 Uhr laufen die Uhren in Österreich anders. Österreich ist ein isoliertes Land in der Europäischen Union.

Es gibt aber auch noch andere Gründe, warum der Wirtschaftsstandort Wien massiv leiden wird. (*Abg Gerhard Pfeiffer: Sie sollten sich schämen, dass Sie das hier noch ausbreiten! - Lebhaftes Rufe und Gegenrufe bei der FPÖ und bei den GRÜNEN.*) Das Thema heißt Wirtschaftsstandort.

Ostzentrale. Warum sollte ein internationales Unternehmen bei so einer Regierung eine Ostzentrale in Wien errichten? - Den Grund, warum sie das nicht mehr machen werden, kann ich Ihnen nennen: Weil Sie solche Ausländerbestimmungen und solche Arbeitsbestimmungen einführen werden, dass es für ein Unternehmen einfach nicht attraktiv ist, einen Konzernstandort in Wien zu haben, weil damit gerechnet werden muss, dass die Mitarbeiter aus den Oststaaten hier gar nicht arbeiten dürfen und hier gar nicht eingeschult werden können.

Der nächste Punkt: Tourismus. Es hat bereits Boykottandrohungen aus Deutschland und Holland gegen Österreich gegeben, dass hier nicht mehr Urlaub gemacht werden soll. Aber es gibt noch einen anderen Bereich, von dem Wien ganz hart betroffen sein wird, das ist der Kongresstourismus. Ich sage Ihnen heute: Sie werden es zu verantworten haben, wenn hier in Wien massive Einbrüche stattfinden. Denn es ist sehr wohl eine Imagefrage, wo ein internationaler Kongress stattfindet, und es muss nicht unbedingt Wien sein. Das muss man nicht einmal lange begründen, denn solche Entscheidungen fallen im Vorfeld, da muss niemand zu einem Mikrofon gehen und sagen, wir haben Wien nicht ausgewählt. Aber so wird dann die Entscheidung ausfallen und das ist eine schlimme Auswirkung für Wien und für den Wohlstand und für die Lebensqualität unserer Bevölkerung.

Und nicht zuletzt geht es auch darum, dass wir natürlich auch im internationalen Rating Gefahr laufen, das Triple-A zu verlieren. Es hat bereits Aussagen von renommierten Rating-Agenturen gegeben, die davor warnen, dass Österreich das Triple-A verlieren wird. (*Abg Gert Wolfram: Daran ist die vorherige Regierung schuld!*) Sie wissen alle, wir haben Milliarden S an Staatsschulden, Sie wissen alle, was eine Herabsetzung des Rating für Österreich bedeutet. Das bedeutet, dass wir für unsere hohen Staatsschulden wesentlich mehr Zinsen bezahlen müssen.

Angesichts dieser Situation ist es wirklich ein Armutszeugnis für die ÖVP, sich heute hierher zu stellen und zu sagen, wir müssen den Wirtschaftsstandort Wien retten, damit wir nicht ins Abseits geraten. Und da drüben am Ballhausplatz wird von Ihrer Partei genau das getan! (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Kenesei zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Günter Kenesei (*GRÜNE*): Sehr geehrter Herr

Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist wahrlich eine etwas skurrile Situation. Ich möchte jetzt gar nicht an das anschließen, was Kollegin Hecht gesagt hat, was alles sehr richtig und sehr wichtig ist, sondern ich möchte nur mit Blick auf die 125 Seiten, die seit gestern vorliegen, darauf hinweisen, mit welchem Strickmuster, mit welchem althergebrachten Strickmuster die ÖVP heute hier herinnen argumentiert, wie der Wirtschaftsstandort Wien zu sichern sei, denn die einzige Sicherungsmaßnahme wäre ein Umfahrungsring um diese Stadt.

Jetzt gibt es durchaus unterschiedliche Ansätze - der Kollege Pfeiffer hat gemeint, Lebensqualität sei einer der wesentlichen Faktoren -, wie man Lebensqualität für Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt definiert. Heißt Lebensqualität ein zusätzlicher Autobahnanschluss im Bereich der Hansson-Kurve mitten im Wohngebiet? Heißt Lebensqualität plus 70 Prozent Verkehrszunahme auf einer Radialstraße wie der B 16 in Wien auf über 35 000 Kraftfahrzeuge pro Tag? Ist das die Lebensqualität, die Sie den Wienerinnen und Wienern im Süden - und ähnlich wird es im Norden und Nordosten der Stadt sein - zumuten wollen? Oder sind es nicht vielmehr Maßnahmen, die eigentlich ergriffen werden müssten, um sowohl den Wirtschaftsstandort als auch die Lebensqualität abzusichern?

Und da gibt es einen Punkt, der mich ein bisschen stutzig gemacht hat in diesem Papier, das da vorliegt, das ist der Punkt, der sich mit den Umweltverträglichkeitsprüfungen beschäftigt. Gerade eine Partei, die immer sehr viel von der Bürgermitbestimmung gehalten hat, die gemeint hat, dass diskutiert werden soll, die Bürgerbeteiligungsmodelle und sonst was vorgelegt hat, hat jetzt in ihrer - ich weiß nicht, was das ist - "Regierungserklärung" - eigentlich war das gestern ja eine Vorregierungserklärung - unter anderem beim Bereich Umweltverträglichkeitsprüfungen stehen - straffen, kürzen, zurückdrängen. Das sind die drei Attribute, die der ÖVP-FPÖ-Regierung eingefallen sind, zum Thema Umweltverträglichkeit, zum Thema Lebensqualität - straffen, kürzen, zurückdrängen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn Ihnen auf Grund der letzten Wochen EU-Richtlinien offensichtlich fremd geworden sind und Sie sich nach den Maßnahmen, die die EU ausgesprochen hat, offensichtlich auch nicht mehr sehr viele Gedanken machen, diese EU-Richtlinien umzusetzen, haben diese nichtsdestotrotz ihre Gültigkeit. Daher ist es in keinen Einklang zu bringen, einerseits zu straffen, zu kürzen, zurückzudrängen und auf der anderen Seite die UVP-Richtlinien der Europäischen Union umzusetzen.

Jetzt weiß ich schon, dass es recht toll ist, einmal ein Projekt hinauszublasen - Nordostumfahrung, Südumfahrung und so weiter - und dann zu argumentieren, wieso es notwendig ist. Und wenn zu guter Letzt nichts mehr übrig bleibt, kommt dann der Wirtschaftsstandort ins Spiel. Das Einzige, was im Süd-

raum gestärkt würde, ist der niederösterreichische Wirtschaftsstandort, Sie brauchen sich nur anzusehen, welche Flächen bereits jetzt als Bauland gewidmet sind. Bis zur Kante der B 301 haben alle niederösterreichischen Gemeinden gemeinsam mit dem Land Niederösterreich Bauland gewidmet. Sie können sich ausmalen: Was jetzt die Möbelmeile im Norden der Stadt ist, wird dann die Baumarktmeile im Süden der Stadt sein. Die Begehrlichkeit der einzelnen Großbetriebe ist ja schon da.

Was Sie mit diesen Umfahrungen eigentlich tun, ist, der Wiener Wirtschaft nachhaltig Schaden zuzufügen. Wenn Sie nämlich Umfahrungsringe planen und so gut wie nichts für die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs sowohl im Norden als auch im Süden der Stadt tun - Stichwort Schnellbahnring, Ausbau der Schnellbahn und der öffentlichen Verkehrsmittel -, so zerstören Sie damit gleichzeitig die Wiener Wirtschaft und die gewachsenen Strukturen ganz nachhaltig.

Wir können als gesichert davon ausgehen, dass sich an diesem Umfahrungsring die Betriebe ebenso wie an der verlängerten Südosttangente, der B 302, ansiedeln werden. Gewerbeparks im Norden der Stadt geben ja ein Bild davon. Schauen Sie sich einmal die gewachsenen Strukturen in den Bezirkszentren des 21. und 22. Bezirks an, wie die zu kämpfen haben, mit diesen neuen groß angelegten ausschließlich mit dem Auto erreichbaren Agglomerationen an Einkaufszentren.

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren: Sie befinden sich auf dem Holzweg - nicht nur hier herinnen, sondern auch ein paar 100 Meter weiter bei der Angelobung einer schwarz-blauen Regierung - und Sie werden - da bin ich sicher - die Rechnung von den Wählerinnen und Wählern präsentiert bekommen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Fürnkranz-Markus zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Patrizia Fürnkranz-Markus (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte wieder zum ursprünglichen Thema der Aktuellen Stunde zurückkommen und möchte betonen, dass die Arbeit der ÖVP-Wien hier in dieser Stadtregierung vom Realismus geprägt ist, von einem Realismus ganz speziell auch in der Verkehrsfrage. Es ist dies eine wichtige Zukunftsfrage für uns - das wissen beide Regierungspartner -, weshalb wir uns auf realistische Argumente, Zahlen und Fakten stützen und uns nicht irgendwelche Dinge so aus der Bauchgegend hervorholen, um diese zurechtzubiegen und damit zu argumentieren.

Lassen Sie mich deswegen ein paar realistische Zahlen nennen, um das Ganze ein bisschen zu relativieren. Das Verkehrsaufkommen auf der Südosttangente ist in den letzten Jahren um 37 Prozent gestiegen. Auch der Pendlerverkehr wird nicht weniger, er wird immer mehr. Jeden Tag im Zeitraum zwischen 6

und 9 Uhr in der Früh passieren zirka 150 000 Pendler die Stadtgrenzen Wiens. Der Großteil kommt aus dem Süden und Südosten von Wien und zwei Drittel davon benützen das Auto. Es wird viel getan in Richtung Ausbau des öffentlichen Verkehrs, auch damit eben Pendler Wien leicht erreichen können, aber das sind nun einmal Tatsachen.

Es ist genauso eine Tatsache, dass in den nächsten Jahren - nämlich konkret bis zum Jahr 2021 - im niederösterreichischen Grenzland um zirka 30 Prozent mehr Menschen leben werden als heute. Das heißt, auch das Verkehrsaufkommen in diesem Bereich wird nun einmal größer werden.

Das sind Zahlen und Fakten, die unmittelbar für eine Umfahrung Wiens sprechen und die auch aufzeigen, dass die derzeitige Lösung der Südosttangente nicht das Gelbe vom Ei ist, dass da etwas getan werden muss. Aber nicht nur diese Zahlen bestätigen das, sondern auch andere, die mehr in die Zukunft gerichtet sind. So wird zum Beispiel der Autosättigungsgrad - das ist die Kennzahl über das Verhältnis zwischen Einwohnern und Autos - ebenfalls steigen, und zwar auch wieder um zirka 30 Prozent. Das heißt, es werden mehr Autos unterwegs sein.

Auch der Ostverkehr wurde in den letzten Jahren immer mehr und durch die Osterweiterung wird er sicherlich noch einen größeren Umfang annehmen, speziell in der Kategorie Lkw und Busse. Also, auch aus diesem Bereich wird mehr Verkehr in Richtung Wien unterwegs sein.

Das zeigt ganz eindeutig, dass Handlungsbedarf gegeben ist, um - auch wenn das ins Lächerliche gezogen wird - die Lebensqualität in Wien zu erhalten und sie noch zu steigern, aber auch um die Wirtschaft in Wien zu halten und den Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen.

Denn was braucht denn eine Wirtschaft, um attraktiv zu sein? - Sie muss in der Stadt vorankommen, es muss ein Lieferverkehr möglich sein. Es kann nicht so sein, dass der Lieferverkehr durch den täglichen Stau behindert wird. Das alles sind Dinge, die man nicht nur auf den öffentlichen Verkehr abwälzen kann. Es wird kaum ein Lieferant mit der Straßenbahn oder mit dem Bus die Produkte zum Endverbraucher bringen. Und da die Firmen sich immer weniger Lager halten, ist auch da eine Zunahme zu beobachten.

Was muss also getan werden? - Erstens muss es sicherlich zu einer Verkehrsvermeidung kommen - nur geht das nicht so schnell und nicht in dem Ausmaß, wie es vielleicht verschiedene Gruppierungen verlangen und wünschen - und zweitens natürlich auch zu einer Verkehrslenkung. Warum Verkehrslenkung? - Man muss versuchen, den Verkehr aus Wien, aus den Stadtzentren von Wien herauszubekommen, um dort die Lebensqualität zu steigern, um den Menschen, die nicht am Stadtrand von Wien wohnen, die Möglichkeit zu bieten, dass auch sie eine erträgliche Lebenssituation haben.

Deswegen ist es wichtig, eine Umfahrung um

Wien zu bauen, in welcher Variante auch immer, und die Wiener Stadtregierung wird sich für eine umweltverträgliche Lösung einsetzen. Es wird keine Umfahrung auf Teufel komm raus sein, aber sie ist notwendig. Sie ist notwendig sowohl für die Bevölkerung Wiens als auch für den Wirtschaftsstandort.

Und weil Sie uns vorwerfen, dass wir anscheinend ab 12 Uhr den Wirtschaftsstandort Wien gefährden, möchte ich dem Liberalen Forum nur sagen und ins Stammbuch schreiben: Es ist wirklich sehr traurig, Frau Abg Hecht, dass gerade Sie als sogenannte liberale Fraktion auch noch Öl ins Feuer gießen, anstatt sich auf die Seite derer zu stellen, die eben Österreich und damit gleichzeitig den Wirtschaftsstandort verteidigen. *(Abg Mag Gabriele Hecht: Ich verteidige doch nicht diese Regierung!)* Denn mit Ihren Reden und mit Ihren Aussagen werden Sie sicherlich noch mehr zu dieser unsäglichen Stimmung beitragen, die da angeheizt und geschürt wird. *(Abg Mag Gabriele Hecht: Jetzt bin ich schuld!)* Nein, Sie sind nicht alleine schuld. Aber gerade Sie, die Sie angeblich dieses liberale Denken haben, sollten sich nicht auf die Seite derer stellen, die dann auch noch sagen: Ätsch, ihr werdet schon sehen, der Wirtschaftsstandort Wien wird gefährdet werden, weil um 12 Uhr eine neue Regierung angelobt wird. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)*

Neue Regierungen können auch Veränderungen in einem positiven Sinn bedeuten. Und ich würde einmal diese Regierung arbeiten lassen, bevor ich mich da groß hinstelle, alles negativ betrachte und noch dazu die Öffentlichkeit in ihrer Meinung unterstütze, dass alles schlecht ist, was aus Österreich kommt, insbesondere wenn man jetzt in Richtung EU blickt. - Danke. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der FPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Reinberger zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Brigitte Reinberger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Jede Stadt, der das Wohl der Bewohner ein Anliegen ist, versucht, die Lebens- und Wohnqualität so hoch wie möglich zu halten, und dazu gehört auch, bestmöglich dafür zu sorgen, dass sie von den verkehrsbedingten Beeinträchtigungen entlastet werden.

Vor drei Tagen haben wir hier im Rathaus die Präsentation des Klimaschutzprogramms, kurz KliP genannt, erlebt, das, mit sehr viel Eigenlob ausgestattet, hier vorgestellt wurde. Beschlossen wurde es bereits im November gegen die Stimmen der Freien. *(Abg Heinz Hufnagl: Leider! Leider!)* Sowohl im November bei der Abstimmung als auch bei der Präsentation habe ich versucht, unsere Positionen darzulegen und habe auf die falsche Prioritätensetzung hingewiesen. Ich habe auch gesagt, dass Sie sich in viele kleine Einzelmaßnahmen, die uns unerfüllbar erscheinen, verzetteln. Und auch beim heutigen Thema zeigt sich, dass das KliP keine Lösung für

die tägliche Verkehrshölle auf der Südosttangente bietet, auf der sich täglich 60 000 bis 70 000 oder noch mehr Kfz dahinwälzen, zum Beispiel auf der Praterbrücke.

Meine Damen und Herren! Car-Sharing, Car-Pooling oder das Verdoppeln des Radverkehrsanteils lösen das Problem sicher nicht. Die lärm- und gestankgeplagten Anrainer erwarten von einer Umweltmusterstadt entsprechende vorbildliche Lösungen. Eine davon ist sicherlich der von uns immer und immer wieder geforderte Ausbau des U-Bahn-Netzes bis an die Stadtgrenzen und bis in die Satellitensiedlungen an den Stadtrand, verbunden mit ausreichend Park-and-ride-Plätzen. Aber auch davon ist im KliP nicht viel zu sehen.

Aber selbst wenn hier mehr geschieht, als im Klimaschutzprogramm und von den Politikern angekündigt, reduziert das nur einen Teil des vermeidbaren Individualverkehrs. 37 Prozent der Wege werden ohnehin in Wien bereits mit öffentlichen Verkehrsmitteln getätigt. Das ist sehr viel im internationalen Vergleich.

Was man - das ist heute schon gesagt worden - sicherlich nicht auf öffentliche Verkehrsmittel umlagern kann, ist der Gütertransport innerhalb der Stadt, und auch der Gütertransit durch unsere Stadt kann nolens volens nicht auf öffentliche Verkehrsmittel umgelegt werden, denn dem Versprechen, den Güterverkehr auf die Schiene zu bringen, kann man auch nur sehr eingeschränkt Glauben schenken. Die einzige logische und zwingende Konsequenz für diesen Bereich ist die Lösung in Form einer Stadtumfahrung.

Wenn das Klimaschutzprogramm meint, mit der Festlegung eines Road-Pricing im übergeordneten Straßennetz in Wien von 75 Groschen für Pkw und Lkw pro Kilometer bis im Jahr 2010 die auf uns zurollende und durchrollende Transilawine, die durch die Osterweiterung sich noch wesentlich verstärken wird, das Problem lösen zu können, dann irren Sie gewaltig, mit dem Klimaschutzprogramm auch alle gläubigen Verteidiger dieses Programms.

Die Wienerinnen und Wiener werden sehr erfreut darüber sein, denn was wird passieren? - Mit der Maut und dem weiteren Stop-and-go-Schleichen auf der Südosttangente werden immer weniger Transporte auf die Schiene, aber dafür umso mehr Fahrten von Lkw und Pkw durch die Nebenstraßen in Wien geleitet werden. Und was wird dort passieren? - Dort werden noch mehr Staus sein, die Luftqualität und damit die Wohnqualität werden auch dort sinken.

Im Interesse der Lebensqualität und der Wohnqualität der Wienerinnen und Wiener, aber im Besonderen der Anrainer der Durchzugsstraßen ist in Wien dringender Handlungsbedarf geboten. Ich weiß schon, dass diese Umfahrungsstraßen nicht unbedingt große Begeisterung aus der Sicht des Umweltschutzes hervorrufen. Aber so wie die GRÜNEN es sich vorstellen, keine Straßen, daher auch kein Verkehr, gehört ins Reich der Träumerei. Es ist höchste Zeit, aufzuwa-

chen und zu handeln. Es sind ehestens alle Maßnahmen zu setzen, um die Stadtumfahrung umzusetzen, und das in einer so umwelt- und naturschonenden Art wie möglich.

Und ich frage: Warum sollte ein Tunnel durch den Lainzer Tiergarten oder unter dem Lainzer Tiergarten zum Beispiel möglich sein und ein Tunnel woanders, nämlich unter der Lobau, so umweltunverträglicher sein, als der durch den Lainzer Tiergarten?

Meine Damen und Herren! Als Realist kommt man an der Inangriffnahme einer ganzheitlichen Lösung in Form einer Umfahrung auch als Umweltmusterstadt nicht herum. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Als nächste Redner ist Frau Abg Bayr gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Petra Bayr (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das Verkehrsproblem der Ostregion ist sicherlich eine höchst große Herausforderung, sowohl was den täglichen Personen- und Pendlerverkehr, den regionalen Güterverkehr, aber auch den Transitverkehr Ost-West und Nord-Süd betrifft.

Ein vorrangiges oder das vorrangige Ziel aus sozialdemokratischer Sicht ist es ganz sicherlich, diese Herausforderung vor allem und primär mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu bewältigen. Dazu gehört sowohl eine veränderte, dichtere und weitere Linienführung, eine Intervallverdichtung, aber auch eine Erneuerung des Fuhrparks.

Ganz besonders für den Südraum Wiens wünsche ich mir eine bessere Erschließung der Randgebiete mit öffentlichen Verkehrsmitteln, sinnvollere Radialverbindungen, um auch gegen dieses monozentristische Stadtsystem anzukämpfen, das wir immer noch haben, und einen besseren Modal-Split für Einpendlerinnen und Einpendler.

Gerade was Letzteres betrifft, ist es sicherlich notwendig, viele Attraktivierungen im VOR zu finden, sowohl was Dichte, was Takt, aber auch was Komfort betrifft, Park-and-ride-Möglichkeiten am Stadtrand zu geben, die so attraktiv sind, dass sie auch wirklich angenommen werden. Niederösterreich hat uns da ja einige versprochen. Es ist sehr viel noch nicht eingehalten worden, sie fehlen nach wie vor.

Es ist aber auch ein durchdachtes Zubringersystem von niederrangigen öffentlichen Verkehrsmitteln zu hochrangigen öffentlichen Verkehrsmitteln notwendig und ganz besonders für den Südraum wünschenswert eine Verlängerung der U 1 bis an den Stadtrand, mit einem intermodalen Knoten dort, mit attraktiven Umsteigerelationen, mit sozialer Infrastruktur und Park-and-ride-Plätzen, die wirklich dazu anreizen, auf das Auto zu verzichten, und den Individualverkehr in der Stadt vermeiden helfen.

Ich bin überzeugt, dass solche Maßnahmen im ÖV-Ausbau sehr wichtige Impulse für Wien sind, besonders was die Erhöhung der Lebensqualität betrifft, denn gerade für Gruppen, die mobilitätsmäßig benachteiligt sind und weniger über eigene Autos

verfügen können, wie zum Beispiel Frauen, Jugendliche, Kinder und ältere Leute, bringt das einiges an Mobilität. Es würde natürlich auch zu einer Sicherung und zum Ausbau des Wirtschaftsstandorts und zur Attraktivierung Wiens als Tourismus- und Kongressstadt führen.

Lassen Sie mich zu diesem Punkt, zu diesem letzten Punkt doch auch noch einiges anführen. Der Kollege Strobl hat mir gerade vorhin erzählt, dass gestern ein ARD-Bericht über die innenpolitische Situation Österreichs damit geschlossen hat, dass der Moderator oder die Moderatorin gesagt hat, ob sie noch einen Schistiefel nach Österreich setzen, werden sie in Zukunft mit ihrem eigenen Gewissen vereinbaren müssen. Es ist auch Tatsache, dass wir uns nicht nur in Österreich diesem Problem stellen werden müssen, und ich bin mir nicht so sicher, ob wir uns als Stadt Wien im Alleingang gegen einen Imageschaden, wie er uns gerade passiert, zur Wehr setzen können, was diese zukünftige Regierungskonstellation betrifft, die in weniger als einer Stunde mittlerweile angelobt werden wird.

Ich kann auch nicht ganz erkennen, was Kollege Pfeiffer mit dem Vergleich dieser Regierung mit der deutschen Wiedervereinigung meint. Also, nicht alles, was hinkt, ist auch ein Vergleich, Kollege Pfeiffer, aber soll sein.

Für mich steht diese Regierung sowohl für sozialpolitischen als auch für ökologischen Rückschritt, allein schon was die Insignien der Ressortverteilung bedeuten. Es gibt eine Quasi-Abschaffung des Umweltressorts, eine Quasi-Abschaffung des Frauenministeriums. Darum denke ich mir, dass wir uns heute hier als Landtag umso lauter und umso intensiver zu einem Ausbau des öffentlichen Verkehrs bekennen müssen, um damit auch wirtschaftlichen Schaden von der Stadt abwenden zu können.

Leider ist es aber so, dass wirtschaftliche Stabilität und Attraktivität gerade im öffentlichen oder im internationalen Vergleich nur mit sehr geringen Teilen der verkehrsmäßigen Infrastruktur bemessen werden. Viel mehr ist da natürlich ein politisches Image ausschlaggebend und das, denke ich mir, könnte schlechter nicht sein. Ich halte es einfach für einen verfehlten Patriotismus, jetzt herzugehen und den Mund zu halten, nichts mehr zu sagen, uns einen Maulkorb umbinden zu lassen. Das ist nicht Patriotismus, das ist mein Recht und meine Pflicht als Bürgerin dieses Landes, zu der Situation etwas zu sagen. Ich mache es dadurch nicht schlechter; das würde mir nicht gelingen, auch noch irgendetwas schlechter zu machen.

Der Schaden ist jetzt mittlerweile schon absehbar, der sich zum Beispiel dadurch ergibt, dass Ärztekongresse nicht mehr nach Wien kommen wollen, nicht mehr in Wien tagen werden. Und das sind Touristen, das sind Leute, die etwas 5 000 S pro Tag da lassen. Wie viele Kilometer U-Bahn könnten wir damit bauen, wie viele bessere öffentliche Verkehrsmittel könnten

wir damit schaffen! Es ist schade, dass wir das in Zukunft nicht mehr so gut können werden.

Die Aberkennung des Triple-A und sonstige Dinge sind bereits besprochen worden.

Um zum Schluss zu kommen: Ich denke, dass ein wirklicher Impuls in Richtung Wirtschaftsstandort Wien nur durch oder speziell durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs bewirkt werden kann. Da werden alle unsere Innovationen, alle unsere Finanzmittel hineinfließen müssen. Trotzdem bin ich der Meinung, dass wir auch um den Weiterausbau des hochrangigen Straßensystems nicht ganz herumkommen werden. Darum gibt es von meiner Fraktion auch zum gemäßigten, ökologisch verträglichen Ausbau dieses Straßensystems ein Bekenntnis. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Stix zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger Stix: Meine Damen und Herren! Herr Präsident!

Mir geht es wie wahrscheinlich Ihnen allen in den letzten Tagen. Ich werde gefragt von besorgten Bürgern, von Experten, von Journalisten - und ich werde natürlich auch gefragt von meinen Wählern beziehungsweise eben von denen, die durch mich vertreten sind. Das sind im Wesentlichen gute, alte, ordentliche Freiheitliche. Freiheitliche, die sich daran erinnern, dass wir ja schon einmal in einer Regierung waren, Freiheitliche, die sich daran erinnern, dass wir auch damals Schwierigkeiten mit einem neuen Bundespräsidenten hatten, Freiheitliche, die besorgt sind, wie es weitergeht, und die sich im Unklaren sind, was die jetzige Situation bedeutet.

Denen sage ich ehrlicherweise: Wie es weitergeht, weiß ich nicht. Ich bin kein Prophet. Alle analytischen Kenntnisse, jede Bildung sind überfordert, und ich frage, ob so etwas jemals ausreichend sein kann. Ich bin kein Prophet.

Aber was es bedeutet, kann ich sehr wohl sagen. Und ich sage: Seid froh, dass wir in der EU sind.

Das ist jetzt nicht sarkastisch gemeint. Die, die älter sind hier als ich, werden sich vielleicht erinnern.

Stellt euch vor, Frankreich oder die USA hätten in der völkerrechtlichen Position als Signatarstaat des Staatsvertrags gehandelt. Stellt euch das vor.

Stellt euch vor, wir wären in der jetzigen Situation, und Frankreich und die USA ... Frankreich als ein Mitglied der Europäischen Union, das allerdings in der Troika ist und demnächst Vorsitz hat, wir dürfen nicht vergessen, Portugal ist ja erst der Anfang, dann kommt der französische Vorsitz und die USA, jetzt außerhalb der EU, aber in der transatlantischen Gemeinschaft ... sie würden als Signatarmächte des Staatsvertrags agieren, und wir hätten nicht einmal den Filter der EU-Institutionen, insbesondere der doch an die Verträge gebundenen und daher auch deutlich moderater agierenden EU-Kommission. Das ist der eine Punkt.

Präsident Johann Römer *(unterbrechend)*: Herr

Abg Stix, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Ich verstehe eine Einleitung, ich verstehe alles, aber ich bitte Sie, schon auch zum Thema der Aktuellen Stunde zu sprechen.

Abg Dr Rüdiger Stix *(fortsetzend)*: Selbstverständlich, Herr Präsident!

Es tut mir Leid, wenn ich das vielleicht vorher zu wenig herausgestrichen habe, denn der Punkt sind die Transeuropäischen Netze, die - wie du, wenn du mir eine persönliche Anrede gestattest, Herr Präsident, seit 1991 weißt - mein Hauptanliegen sind, auch als Verkehrssprecher der guten alten Freiheitlichen Partei.

Wien steht und fällt in seiner Infrastrukturentwicklung mit den Transeuropäischen Netzen, mit den Transeuropäischen Netzen, die ja nicht nur die Hochleistungseisenbahnen sind - nicht zu verwechseln mit der Hochgeschwindigkeit -, sondern vor allem natürlich die Straßen - und nicht zu vergessen auch die Glasfasernetze.

Das heißt, Wien ist dadurch in der relativ besseren Situation, dass wir in der EU sind, und Reaktionen beispielsweise aus Frankreich oder aus den USA eben keine Reaktionen von Signatarmächten des Staatsvertrags, sondern im einen Fall von EU-Partnern, im anderen Fall von EU-Handelspartnern in der transatlantischen Gemeinschaft sind.

Andererseits: Wir sind momentan in der Situation, dass wir unsere überlebensnotwendigen Interessen fast nicht wahrnehmen können.

Daher - und der Herr Präsident wird es sicher mit Wohlwollen verfolgen - verweise ich auf alles, was ich seit 1991 als Mandatar gesagt habe, als guter alter freiheitlicher und als freier Mandatar gesagt habe. Ich brauche das nicht zu wiederholen in fünf Minuten, ich verweise aber darauf, möchte aber noch auf etwas anderes verweisen und möchte damit meine fünf Minuten beenden.

Die einzige Möglichkeit, die wir als Wiener haben - und da appelliere ich jetzt an alle Wiener Kolleginnen und Kollegen -, die einzige Möglichkeit, die wir haben - und auch da habe ich ein gutes Gewissen, das hat der Dr Hirnschall gesagt, das hat der Dr Pawkowicz gesagt, der leider nicht mehr unter uns weilt, das hat jetzt der Dr Häupl als Bürgermeister gesagt und ich habe jetzt den VBgm Dr Görg ähnlich verstanden -, die einzige Chance, die wir haben, ist, dass wir eine aktive Stadtaußenpolitik machen. Unsere einzige Chance.

Daher diesmal nicht nur kluge Ratschläge, die Sie von mir gewohnt sind, in entsprechender epischer Breite, keine klugen Analysen, sondern ein Appell, die einzige Chance - bei den GRÜNEN halt, bei den Transeuropäischen Netzen, was die Eisenbahn betrifft und was die Computernetze im Glasfaserbereich betrifft, bei allen anderen auch die Straßen -: Bitte, probieren wir wenigstens eine Gemeinsamkeit dahin gehend, dass wird ja die eh schon reichlich bedingungs- bumste Situation, in der wir uns befinden, nicht noch

dadurch verschärfen, dass wir auch nur einen Tag versäumen, als Wienerinnen und Wiener für Wien eine aktive Stadtaußenpolitik zu machen, um noch zu retten, was zu retten ist, in den Transeuropäischen Netzen, um die entscheidenden Infrastrukturvoraussetzungen zu gewährleisten, die wir eben brauchen. Nicht nur fürs Prosperieren des Standorts. Das ist der einzige Unterschied, den ich zum Kollegen Pfeiffer habe. Die wir brauchen - und damit möchte ich schließen - für unser wirtschaftliches Überleben. *(Beifall bei den freien Mandataren.)*

Präsident Johann Römer: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen von Abgeordneten des Liberalen Forums 3 und von der Freiheitlichen Partei Österreichs 1 vorliegen.

Vor Sitzungsbeginn sind folgende Anträge von Abgeordneten eingelangt, und zwar: Von den "Die Grünen - Grüne Alternative Wien" 1 und von der Freiheitlichen Partei Österreichs ebenfalls 1.

Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben.

Die Abgen Mag Alexandra Bolena und Marco Smoliner sowie Partnerinnen und Partner haben einen Antrag, betreffend Sozialhilfeleistungen für Migrantinnen und Migranten, eingebracht.

Dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt. Ich frage daher die Damen und Herren des Landtags, ob sie diesen Antrag unterstützen wollen, und bitte als Zeichen dafür, die Hand zu heben. - Danke. Damit ist der Antrag genügend unterstützt. Ich weise ihn der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Jugend, Soziales, Information und Sport zu.

Abg Mag Michaela Hack sowie Partnerinnen und Partner haben einen Antrag, betreffend Widmung Bauland Sondergebiet "Großprojekte mit verkehrsrelevanten Auswirkungen", eingebracht.

Dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt. Ich frage daher die Damen und Herren des Landtags, ob sie diesen Antrag unterstützen wollen und bitte als Zeichen dafür, die Hand zu heben. - Danke. Damit ist der Antrag genügend unterstützt. Ich weise ihn den amtsführenden Stadträten der Geschäftsgruppen Planung und Zukunft, Umwelt und Verkehrskoordination sowie Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zu.

Die Abgen Mag Helmut Kowarik, Heidrun Schmalenberg, Heinz Christian Strache und Frigga Wicke haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Novellierung des Wiener Landesrettungsgesetzes, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuss für Gesundheits- und Spitalswesen zu.

Abg Dr Wolfgang Alkier sowie Partnerinnen und Partner haben gemäß § 30 b Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Änderung des Landessportgesetzes, eingebracht.

Da dieser Antrag nicht genügend unterstützt ist, ersuche ich jene Mitglieder des Landtags, die diesen Antrag unterstützen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Damit ist der Antrag genügend unterstützt. Ich weise ihn dem Ausschuss für Jugend, Soziales, Information und Sport zu.

Von Abg Mag Christoph Chorherr sowie Freundinnen und Freunde wurde eine Anfrage an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft, betreffend Auswirkungen auf Wien durch die drohende Isolation Österreichs im Falle einer VP/FP-Koalition, gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieser Anfrage wurde von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet.

Gemäß § 36 Abs. 5 der Geschäftsordnung wird die Beantwortung der Dringlichen Anfrage vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen. Ist diese um 16.00 Uhr noch nicht beendet, wird die Landtagssitzung zur tagesordnungsmäßigen Behandlung der Dringlichen Anfrage unterbrochen und um spätestens 20.00 Uhr zur Erledigung der noch offenen Geschäftsstücke fortgesetzt.

Bevor wir die unter der Postnummer 1 vorgesehene Wahl vornehmen, ist über die Art der Abstimmung zu entscheiden.

Gemäß § 28 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag sind Wahlen mittels Stimmzettel vorzunehmen, wenn der Landtag nicht mit Zweidrittelmehrheit anderes beschließt. Ich schlage vor, die vorgesehene Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen. Ich bitte nun jene Damen und Herren des Landtags, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das ist einstimmig angenommen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Abg Dr Stix zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger Stix: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich kann es kurz machen. Mir ist schon klar, dass Sie heute auf andere Tagesordnungspunkte warten. Ich möchte nur der guten Ordnung halber hier wieder meiner persönlichen Verpflichtung Rechnung tragen, als Ordoliberaler, als Vertreter der guten alten Freiheitlichen.

Wir guten alten Freiheitlichen, zumindest ich mit 42, haben immer die Auffassung vertreten, dass der Bundesrat entweder aufgelöst oder aufgewertet werden soll. Ich möchte das jetzt deshalb hier festmachen und möchte ganz klar sagen: Es ist völlig unbenommen in der derzeitigen verfassungsrechtlichen Lage und in unserer Durchführungsgesetzgebung, dass die Parteien so nominieren, wie sie nominieren. Ich möchte auch deutlich trennen, bei aller Kritik, die ich an der jetzigen Führung der FPÖ habe, dass der eine oder andere Kollege der Freiheitlichen Partei gut ist, auch die, die nachnominieren sind. Den Dr D'Arar beispielsweise halte ich für einen ausgezeichneten Mann. Es hat nichts mit der Fraktion hier jetzt zu tun

- das gilt für alle fünf Fraktionen, pardon, alle vier Fraktionen muss man in dem Fall korrekterweise sagen -, und das hat nichts mit den Personen oder mit der Person oder mit den bestehenden Listen zu tun. Aber ich glaube, dass die gute alte Freiheitliche Partei, eben die Partei eines Broesigke, eines Hirnschall und derer, die eben jetzt im Nichtwählerbereich warten und die auf Freunde von mir und auf mich hoffen, nicht enttäuscht werden dürfen.

Und daher muss ich noch einmal relativ deutlich anmerken: Wir sind jetzt in einer neuen Situation, in einer neuen schwierigen Situation, und das ist nicht einmal das Hauptproblem. Aber die verfassungsrechtliche Reform, die Bundesstaatsreform, ist ein offenes Problem. Die Einsparung im bundesstaatlichen Bereich ist auch ein offenes Problem. Es gibt mehrere, glaube ich, sehr gute Lösungsvorschläge. Meines Erachtens einer der besten Lösungsvorschläge - ebenfalls aus der guten alten Freiheitlichen Partei - ist der, dass man Bundesratsmandatäre entsendet, so wie zum Beispiel in die Parlamentarische Versammlung des Europarates Nationalratsabgeordnete entsendet werden. Damit sparen wir uns blitzartig den gesamten Bundesratsapparat und die Bundesratsgehälter, aber der Bundesrat bleibt in der Form aufrecht.

Es gibt auch andere, weitergehende Möglichkeiten, aber sie müssen tatsächlich weitergehend sein. Eine der weitergehenden Möglichkeiten ist, dass man den Bundesrat direkt wählt, mit dem Effekt, dass der Bundesrat dann wahrscheinlich die stärkere Kammer ist als der Nationalrat.

Aber wie auch immer: Das ist eine Debatte, die Sie heute wahrscheinlich auf Grund der äußeren Situation ein paar 100 Meter von hier entfernt, nicht führen wollen.

Ich möchte nur der guten Ordnung halber anmerken: Jetzt, bei der Wahl, wo wir selbstverständlich mitmachen, meine Kollegen, die freie Mandatäre sind, auch ich mitmache, haben wir ein offenes Problem mit der Situation des Bundesrates, eine unbefriedigende Situation mit dem Bundesrat. Der Bundesrat kann in der jetzigen Form nicht bleiben.

Noch einmal, es gibt zwei Radikallösungen: Die eine ist der Vorschlag, ihn aufzulösen, was wahrscheinlich überzogen ist. Die andere Lösung ist, ihn aufzuwerten. Ich würde vorschlagen, dass wir gemeinsam, vielleicht wirklich alle Damen und Herren des Hauses, darangehen, ihn aufzuwerten, aber in einer sparsamen Form aufzuwerten, indem man ihm reale Kompetenzen gibt, die eben tatsächlich die lokalen, regionalen und Bundesländerinteressen vertreten, dass eben unsere Bundesräte, unsere Wiener Bundesräte dort drüben wirklich Wiener Interessen vertreten und nicht Parteiinteressen - ich will das bei meiner alten Partei in keiner Form ausschließen - und dass Sie dies -ungeachtet der Schwierigkeiten, die Sie außen haben - rasch und gemeinsam angehen. Das ist mein Appell an Sie und ich möchte das der guten Ordnung halber angemerkt haben.

Präsident Johann Römer: Herr Abg Prof Josef Rauchenberger hat sein an 6. Stelle gereihtes Mandat im Bundesrat zurückgelegt. Auf dieses Mandat rückte das an gleicher Stelle gereichte Ersatzmitglied, Frau Brunhilde Fuchs, nach.

Der Klub der Sozialdemokratischen Partei Österreichs des Wiener Landtags und Gemeinderats schlägt als neues Ersatzmitglied für die 6. Stelle Frau Abg Mag Christine Lapp zur Wahl vor. Wer von den Damen und Herren diesem Wahlvorschlag die Zustimmung erteilen möchte, den ersuche ich nun um ein Zeichen mit der Hand. -Danke. Das ist mit Stimmenmehrheit so beschlossen. Somit ist Frau Abg Mag Christine Lapp als das an 6. Stelle gereichte Ersatzmitglied des Bundesrates gewählt.

Die Postnummer 2 der Tagesordnung betrifft den Tätigkeitsbericht 1998/99 der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien an den Wiener Landtag.

Ich darf zu diesem Tagesordnungspunkt recht herzlich die Mitglieder der Kinder- und Jugendanwaltschaft begrüßen und bitte die Berichterstatterin, Frau LhptmSt Laska, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin LhptmSt Grete Laska: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich begrüße auch Frau Monika Pinterits und Herrn Dr Schmid ganz herzlich in unserer Mitte.

Die Diskussion und die Vorlage des Berichts der Kinder- und Jugendanwaltschaft 1998/99 gibt mir und gibt uns vor allem die Möglichkeit, den beiden ein Dankeschön zu sagen, ein Dankeschön für ihre Arbeit im Einsatz der Parteilichkeit für Interessen von Kindern und Jugendlichen, sowohl im Einzelfall als auch bei grundlegenden Fragen, die ungeheuer wichtig sind. Dieser Einsatz entspricht unserem Prinzip und meinem Prinzip des Lobbyismus für Kinder und Jugendliche als einer jener Gesellschaftsgruppen, die keine eigene Ständesvertretung haben. Sie brauchen uns Erwachsene, die die Lobby für ihre Interessen bilden sollen und müssen.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft hat in diesem Zusammenhang eine besondere Aufgabe, denn sie hat über dem, was wir in unserer Gesamtverantwortung tun müssen und auch - für meine Fraktion kann ich das sagen und auch für die Wiener Regierung - in hohem Ausmaß tun, nämlich lobbyistisch Entscheidungen zu treffen, ganz besonders die Parteilichkeit auf Seiten der Kinder und Jugendlichen zu stellen. Daher ist es vollkommen klar, dass bei diesem Rollenverständnis und bei diesem Auftrag an die Kinder- und Jugendanwaltschaft, wie sie gesetzmäßig in Wien vorgesehen ist, hier Positionen bezogen werden müssen, die dann im Kontext mit allen anderen Überlegungen letztendlich sicherlich nicht in jener eindeutigen Positionierung der Kinder- und Jugendanwaltschaft, aber doch in deren Mitwirkung umgesetzt werden.

Das gilt also für viele, viele Bereiche, die Wien betreffen, dieses Dankeschön gilt aber ebenso sehr für das Engagement im österreichweiten Kontext. Die

Kinder- und Jugendanwaltschaft hat ja die Aufgabe, Wien im Konzert der Kinder- und Jugendanwälte in ganz Österreich dementsprechend zu vertreten, die Positionen Wiens zu vertreten und zu versuchen, auf österreichischer Ebene ihre Aufgabenstellung auch umzusetzen.

Ich bedanke mich auch für die verantwortliche Tätigkeit in der Zusammenarbeit mit anderen Stellen, mit anderen Einrichtungen im Sinne der Vernetzungsarbeit, die wir leisten, aber vor allem auch im Zusammenhang mit anderen Bundesdienststellen und der Kooperation mit der Justiz, den Rechtsanwälten und all jenen, die in besonderen Fällen die juristische Position von Kindern und Jugendlichen im Auge zu halten haben und zu berücksichtigen haben.

Ich denke mir, dass das vor allem ein Punkt sein wird, auch in der österreichweiten Vernetzung, dem wir in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren ein besonderes Augenmerk schenken werden. Wir alle kennen ja die Grundlage dessen, was sich diese neue Regierung vorgenommen hat, was hier zum Thema Jugendschutz, zum Thema gemeinsame Ob- sorge und zum Thema Gewalt und Toleranz an Gesetzesvorlagen vorgelegt werden wird, welche Überlegungen, gesellschaftspolitischen Überlegungen durch Gesetzeskraft umgesetzt werden sollen, und letztendlich wird immer zu hinterfragen sein, ob das auch dem Prinzip des Schutzes von Kindern und Jugendlichen entspricht. Gerade beim Jugendschutzgesetz und bei Jugendschutzbestimmungen bin ich mir nicht ganz sicher, ob nicht unter dem Deckmäntelchen eines gesteigerten Jugendschutzes die Selbstständigkeit, die Kritikfähigkeit, das Erziehen zur Toleranz, zur Gleichwertigkeit und zur Partnerschaftlichkeit in der Gesellschaft ins Hintertreffen geraten wird.

Auch das Thema Gewalt wird ein Thema sein, das wir mit großer Aufmerksamkeit weiter verfolgen werden. Wir haben ja in Wien, gerade im vergangenen Jahr, in einer gemeinsamen Kampagne versucht, auf der einen Seite die Sensibilität zu heben, um damit zu verhindern, dass Erwachsene gegenüber Kindern Gewalt und Missbrauch überhaupt anwenden. Auf der anderen Seite konnte durch eine Initiative der Kinder- und Jugendanwaltschaft gemeinsam mit der Stadt Wien und vielen anderen die letzte Lücke in diesem Programm geschlossen werden, und zwar durch die Einrichtung des Soforthilfefonds für missbrauchte Kinder als einem geschlossenen System, das wir damit erreicht haben.

Das heißt, es wird die zukünftige Aufgabenstellung der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft natürlich eine sein, die weiterhin in Wien ihren Schwerpunkt hat, aber sehr wohl auch auf das Rück- sicht zu nehmen hat, was österreichweit passiert.

Die einzelnen Projekte möchte ich nur ganz kurz anschnitten, die vor allem auch im Bericht ihren Niederschlag finden. Es ist dies, wie ich schon erwähnt habe, der gemeinsame Kampf gegen Gewalt und Missbrauch an Kindern gewesen, es war dies die

Einrichtung des Soforthilfefonds. Es war hier sehr, sehr viel Bewusstseinsarbeit, die geleistet wurde, gemeinsam im Netzwerk der kindgerechten und jugendgerechten Vorgangsweise und der Jugendpolitik, wie ich das auch bei meiner Mitteilung letzstens erläutern konnte, für Kinder und Jugendliche in dieser Stadt.

Ein Schwerpunkt war auch die Partizipation. Im Zusammenhang mit der Partizipation lassen Sie mich auf einen Punkt eingehen, der mir aktuellerweise wichtig ist, wiewohl er nicht unmittelbar Kinder und Jugendliche, aber sehr wohl die Frage von demokratischen Entscheidungsvorgängen betrifft. Er wurde in letzter Zeit immer wieder diskutiert und ich möchte damit sozusagen diese Diskussion vorläufig einmal beenden.

Die Stadt Wien begrüßt grundsätzlich die Vorschläge des Kollegiums des Stadtschulrats für Wien - und das war die aktuelle Diskussion, die wir hier geführt haben -, im Zuge des Auswahlverfahrens für leitende Positionen im Schuldienst, ausgenommen die Pflichtschulen, ein Assessmentverfahren anzuwenden, wie das auch beim Magistrat der Fall ist. Für dieses Pilotprojekt, das im Kollegium beschlossen wurde, werden daher - unpräjudiziell für die Zukunft - analog der sonstigen Finanzierungsgrundlagen der Landesschulbehörde für die bis zum Ende des Schuljahres 1999/2000 anfallenden Auswahlverfahren 600 000 S inklusive Steuern zur Verfügung gestellt. Für die weitere Vorgangsweise nach Ablauf des Projekts ist seitens des Amtsführenden Präsidenten des Stadtschulrats in Verhandlungen mit dem zuständigen Ministerium eine klare Festlegung sowohl in inhaltlicher als auch in finanzieller Sicht vorzubereiten und den zuständigen Gremien vorzulegen. Ich meine, dass wir damit das tun, was ich in dem Zusammenhang für notwendig halte, nämlich ein Pilotprojekt abzuschließen, es dann zu beurteilen, inhaltlich festzulegen, wie es dort weitergehen soll, wo es vorzubereiten ist, nämlich auf der Ebene des Stadtschulrats mit der zugehörigen Bundesdienststelle, wie immer die sich in Zukunft zu dieser Frage stellen wird, weil das ja nicht nur eine Frage ist, die Wien betrifft, sondern österreichweit Bundesposten auszuschreiben sind und auch daran die Regierung der Zukunft oder der Vergangenheit gemessen werden kann.

Ich denke mir, dass das eine wichtige Entscheidung war, weil auch im vergangenen Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft, nämlich im Vorjahresbericht 1997/98, gerade das Thema Schuldemo- kratie ein besonderes war und ich darauf Bezug nehmen wollte.

Noch einmal ein herzliches Dankeschön an euch beide, ein Dankeschön für das Engagement im Sinne der Kinder und Jugendlichen dieser Stadt und ein Dankeschön vor allem für die große Kooperation im Sinne eines Netzwerks für Kinder und Jugendliche. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

Präsident Johann Römer: Danke. - Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Frau Abg Mag Bolena zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Alexandra Bolena (*Liberales Forum*): Herr Landtagspräsident! Frau Landesrätin! Werte Kinder- und Jugendanwälte! Meine Damen und Herren!

Auch ich möchte zunächst einmal feststellen, dass wir froh sind, dass es eine Einrichtung wie die Kinder- und Jugendanwaltschaft gibt und möchte dieser Einrichtung auch unseren Dank aussprechen. Es ist notwendig, dass Kinder und Jugendliche in dieser Stadt eine Stimme bekommen. Sie haben sie auf Grund ihres Alters und des Wahlalters in Wien ansonst nicht. Wir brauchen hier eine parteiiche Institution, die Kinder und Jugendliche hört und die diese Stimme auch nach außen trägt. In diesem Sinne ein Danke an die beiden Kinder- und Jugendanwälte. (*Beifall beim Liberalen Forum und bei den GRÜNEN.*)

Zum Bericht selbst. Ein Bericht, der periodisch erscheint, bietet die Möglichkeit, einen Rückblick zu halten und sich anzusehen: Welche Forderungen werden bereits zum wiederholten Mal gestellt, welche Forderungen wurden umgesetzt und bei welchen Forderungen geht nur sehr langsam etwas weiter? - Ich stehe auch nicht an, hier festzustellen und festzuhalten, dass wir froh sind, dass einige der Forderungen übernommen wurden. Wir glauben, dass dieser Soforthilfefonds für Gewaltopfer ganz wichtig und notwendig war und wir freuen uns sehr, dass er eingerichtet wurde.

Nichtsdestotrotz muss man auch kritisch hinterfragen: Welche Forderungen stehen bereits zum wiederholten Mal in einem Bericht, bei welchen Forderungen geht es einfach nicht so rasch und warum gelingt das nicht?

Ein Beispiel sind die Kinderschutzgruppen. Bereits im Bericht 1996/97 gab es die Forderung der Kinder- und Jugendanwaltschaft, Kinderschutzgruppen, wie eine im Preyer'schen Kinderspital existiert, wienweit in allen Krankenhäusern, die Abteilungen für Kinder haben, einzuführen. Wir brachten dann im Jänner 1998 einen entsprechenden Antrag ein und bekamen zwei Monate später vom zuständigen StR Rieder einen durchaus positiv formulierten Bericht, in dem er uns mitteilte, dass er in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Jugend, mit dem Minister Bartenstein - damals war er noch Jugendminister, jetzt ist er es auch noch, aber nicht mehr lange -, festgestellt hat, dass er diese Kinderschutzgruppen auch in anderen Spitälern umsetzen möchte.

Tatsache ist: Wenn man sich den jetzigen Bericht ansieht, ist diese Forderung noch immer enthalten und es wäre mir tatsächlich entgangen, gäbe es mittlerweile mehr Kinderschutzgruppen. Nachdem ich dieses Thema sehr aufmerksam verfolge und mir auch die Medienberichte dazu sehr aufmerksam ansehe, stehe ich nicht an, festzuhalten, dass ich glau-

be, es ist nichts passiert.

Meine Damen und Herren! Absichtserklärungen, dass man etwas machen wolle, das ist die eine Sache und die sind auch notwendig. Aber wenn diesen Absichtserklärungen keine Taten folgen, dann haben die betroffenen Kinder und Jugendlichen gar nichts davon, dann ist das einfach nur ein Ruhighalten der Opposition und auch ein Ruhighalten der Kinder- und Jugendanwaltschaft, aber das nutzt nichts. Ich bin daher sehr froh, dass wir in dem diesjährigen Bericht diese Forderung wieder drinnen haben, und wir werden nicht aufhören, weiter Druck zu machen und zu schauen, dass diese Kinderschutzgruppen, die uns versprochen wurden, tatsächlich etabliert werden.

Ein zweites Beispiel ist der Journaldienst, auch eine Forderung, die bereits im Bericht 1996/97 enthalten ist. Es geht darum, dass wir in der Zeit zwischen 15.30 Uhr und 7.30 Uhr - das ist die Zeit, wo die Ämter für Jugend und Familie geschlossen haben - in Wien keine Möglichkeit haben, im Fall einer Krise in der Familie, ausgebildetes Personal zu senden. Gibt es eine Konfliktsituation in der Familie, so treten in der Zeit zwischen 15.30 Uhr und 7.30 Uhr Polizeibeamte auf, um diesen Konflikt zu lösen. (*Zwischenruf der Berichterstatterin LhptmSt Grete Laska.*) Aber die Forderung steht noch immer im Kinder- und Jugendanwaltschaftsbericht drinnen. Wir können das gerne noch weiter diskutieren.

Tatsache ist, dass es so einen mobilen Dienst, der auch nach Hause kommt, wie es ihn in anderen Bundesländern und Landeshauptstädten gibt, nämlich in Graz heißt er Permanenzjournaldienst und in Vorarlberg Krisenbereitschaftsdienst - es steht hier, die Seite habe ich nicht, aber, Frau Stadträtin, es steht da drinnen, ich erfinde es ja nicht -, genau so eine mobile Einheit haben wir nicht. Zwischen 15.30 Uhr und 7.30 Uhr gibt es vielleicht die Krisenzentren, wenn man hingehet und sagt: "Grüß Gott, da bin ich." Aber wenn eine Konfliktsituation in der Familie ist, dann haben wir lediglich die Polizei, die vor der Türe steht. Und auch wenn sie geschult ist, glaube ich, dass uniformiertes Personal in einer Krisensituation vielleicht nicht das richtige Zeichen und das richtige Symbol für Kinder ist und da unter Umständen auch bei bestem Willen und bei bester Ausbildung mehr Schaden angerichtet wird als Gutes getan wird, nämlich in den Seelen der Kinder, die einfach mit der Situation nicht umgehen können und tatsächlich qualifiziertes Personal bräuchten, das zu ihnen kommt, nicht dass sie wohin gehen sollten. Das ist vielleicht der Unterschied.

Ein dritter Punkt ist die in der politischen Diskussion immer wieder so genannte Schutzbestimmung. Es geht um den so genannten Schutzparagraphen im Zusammenhang mit Homosexuellen. Interessant ist, dass der Genfer Ausschuss für Kinderrechte - das ist ein UN-Kinderrechtsausschuss - in seiner 20. Tagung eine Stellungnahme abgegeben hat, wo er diese Schutzbestimmung, wie sie in Österreich genannt

wird, endlich beim Namen nennt - dort heißt es nämlich "Geschlechtliche Diskriminierung", und genau um das geht es -, zum Thema macht und Österreich zum wiederholten Male auffordert und nicht als erste Einrichtung auffordert, diesen diskriminierenden Paragraphen endlich fallen zu lassen, sich endlich in internationales Recht einzuklinken und in eine internationale Gepflogenheit. Tatsache ist: Diese Forderung wird immer wieder erhoben; umgesetzt wurde sie nicht. Dieser Genfer Rat, empfiehlt nämlich eine Tiefenstudie, wo ich sage: Dieser Genfer Rat kennt wahrscheinlich die österreichischen Verhältnisse nicht, weil es gab einen Expertenrat, es gab eine Tiefenstudie im Parlament, es wurde festgestellt, dass dieser Paragraph tatsächlich eine geschlechtliche Diskriminierung darstellt. Tatsache ist: Genützt hat das gar nichts. Wir haben nach wie vor diesen sogenannten Schutzparagraphen. Und wenn ich mir die neue Regierung so ansehe, fürchte ich, wir werden ihn auch noch länger haben, bis halt irgendein internationaler Gerichtshof uns dazu verpflichtet, ihn aufzuheben. Ich glaube, es ist ein Armutszeugnis und es ist bedauerlich, dass es die bisherige Regierung nicht geschafft hat, da tatsächlich Veränderungen herbeizuführen, und man darauf wartet, bis man international dazu gezwungen wird.*

Ein vierter Punkt: Senkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen. Auch das ist eine Forderung, die sich immer wieder findet, eine Forderung, deren Erfüllung in Zukunft wie ich fürchte in weitere Ferne gerückt wird. Ich bedaure das sehr und die politische Entwicklung lässt mich tatsächlich nicht hoffen.

Ein kurzer Sidestep zu den Freiheitlichen. Sie haben im Ausschuss den Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft abgelehnt, mit dem Argument, er sei zu politisch. Jetzt verstehe ich das nicht ganz, weil die Kinder- und Jugendanwaltschaft hat die Aufgabe - und das ist auch im entsprechenden Gesetzestext so formuliert -, parteilich Stellung zu nehmen für Kinder und für Jugendliche. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft hat die Aufgabe, per lege sich anzusehen: Welche gesetzlichen Bestimmungen können sich nachteilig für Kinder und Jugendliche auswirken? Sie hat den Auftrag, Stellungnahmen abzugeben. Sie hat natürlich auch den Auftrag, sich in aktuelle politische Diskussionen einzumischen. Genau dafür wurde sie etabliert und dafür gibt es sie. Wenn man daher sagt, ich lehne den Bericht ab, weil mir die Stellungnahmen oder der Inhalt zu politisch sind, so glaube ich, dass es sich tatsächlich um ein Missverständnis handelt, das man vielleicht aufklären könnte. Ich bin durchaus der Meinung: Man muss nicht alles, was in diesem Bericht steht, inhaltlich teilen. Aber ob man deswegen den Bericht einer Institution, die ausschließlich dafür geschaffen wurde, parteilich für Kinder zu sein, ablehnt, das ist etwas, was man meiner Meinung nach nur schwer argumentieren kann. Vielleicht gelingt es Ihnen heute hier besser. Im Ausschuss war das ja nur ein Satz, näm-

lich: Der Bericht ist zu politisch. Vielleicht gibt es jetzt ein bisschen mehr Aufklärung darüber.

Vielleicht haben Sie auch gemeint, dass dieser Bericht zu sehr die Rechte der Kinder in den Mittelpunkt rückt, denn wenn man sich die Aussagen der Freiheitlichen Partei zur Kinder- und Jugendpolitik ansieht, so merkt man schon, dass es Ihrer Fraktion eher um Schutzbestimmungen geht. Es geht um Schutz, Kinder und Jugendliche sind schutzbedürftige Subjekte, und Aufgabe der Politik ist es, diesen Schutz zu gewährleisten.

Jetzt gebe ich Ihnen schon recht: Schutz von Kinder und Jugendlichen ist ein wichtiger Bestandteil jeder Kinder- und Jugendpolitik. Aber er ist nicht der einzige. Ganz im Gegenteil. Man braucht ein Powerment. Man braucht verstärkende Instrumente für Kinder und Jugendliche. Man muss sie ernst nehmen. Man muss ihnen die Möglichkeit geben, sich selbst zu artikulieren. Man muss ihnen die Möglichkeit geben, teilzuhaben an der Gesellschaft. Ich glaube, die Law-and-order-Politik, die Sie verfolgen, die stellt den Schutz zu sehr in den Vordergrund und Sie vergessen dabei die Rechte von Kindern. *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Ein fünfter Punkt betrifft das Jugendschutzgesetz. Auch da habe ich mir den Antrag von Ihnen, von der Freiheitlichen Partei, sehr genau angesehen, und dieser Antrag hat mich ebenfalls zu der Entscheidung gebracht, dass es Ihnen eben zu sehr um Schutz und zu wenig um Rechte geht.

Aber jetzt wieder im Zusammenhang mit dem Bericht und der Regierung. Das Jugendschutzgesetz, das Wiener Jugendschutzgesetz, ist kein zeitgemäßes. Das wissen wir. Das ist nichts Neues. Seit Jahren gibt es Bestrebungen, ein bundeseinheitliches Jugendschutzgesetz zu etablieren. Mit großer Verwunderung habe ich im Regierungsübereinkommen gelesen, dass es nun ein bundeseinheitliches Jugendschutzgesetz geben soll. Und da muss ich jetzt schon die ÖVP fragen: Warum ist Ihnen das eigentlich mit der SPÖ nicht gelungen? Was hat sich daran geändert? - Da steht noch nichts Inhaltliches drinnen. Das ist nur die Forderung nach einer bundeseinheitlichen Regelung. Also, mit der SPÖ war es nicht möglich. Jetzt finden wir es da drinnen. Wenn Sie mir das erklären könnten, das wäre wirklich aufschlussreich. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg. Ich freue mich darauf, wenn es tatsächlich gelingt.

Nach wie vor ist es allerdings notwendig, in Wien ein zeitgemäßes Jugendschutzgesetz einzuführen und zu formulieren, weil mein Glaube, dass dieses bundeseinheitliche Jugendschutzgesetz tatsächlich kommt, hält sich in Grenzen. Aber das werden wir ja sehen.

Auch dazu gibt es bereits jahrelange Forderungen der Kinder- und Jugendanwaltschaft. Auch dazu gab es wiederholt Anträge seitens der Opposition. Wir haben vor rund einem Jahr einen Antrag eingebracht. Und der jetzige Kinder- und Jugendanwaltschaftsbe-

richt erklärt uns auf vierzehneinhalb Seiten, was man alles machen sollte, was passieren sollte, was es für Vergleiche auch in anderen Bundesländern gibt. Und ich halte es auch für sehr notwendig. Das, was mir tatsächlich fehlt, ist der letzte Absatz. Den gibt es nämlich bei einigen anderen Kapiteln mit: Wie geht es weiter? Der fehlt mir. Aber vielleicht können wir das noch ein andermal klären. Es muss was passieren. Wie gesagt, ich glaube, das bundeseinheitliche Gesetz steht in weiter Ferne. Schauen wir wenigstens, dass wir in Wien etwas tun. Dafür sind wir verantwortlich. Das derzeitige Gesetz ist nicht zeitgemäß.

Und damit noch etwas. Immer wieder kommt das Wort "Partizipation". Ich halte es für notwendig. Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, an der Gesellschaft teilzuhaben. Aber Partizipation darf kein Schlagwort werden. Und wenn es auf den Lippen geführt wird, ohne tatsächlich auch umgesetzt zu werden, dann strapaziert man dieses Wort. Und genau bei der Zusammensetzung des Arbeitskreises zur Erarbeitung eines neuen Wiener Kinder- und Jugendschutzgesetzes habe ich das Gefühl, dass dieses Wort ein bisschen strapaziert wird. Denn wir haben im Arbeitskreis drinnen Magistratsdirektionen, wir haben drinnen die Bundespolizeidirektion, wir haben drinnen den Jugendgerichtshof, wir haben drinnen Jugendzentren, wir haben drinnen eine politische Vertreterin - aber keine Betroffenen. Ich glaube, es hätte so einem Arbeitskreis gut angestanden, hier auch wirklich Jugendliche mit einzubinden, wenn man das Wort Partizipation ernst nimmt. Ich bitte Sie, vielleicht ist es möglich, hier auch noch Betroffene einzubinden.

Ein zweiter Punkt: Ich denke, man kann Arbeitskreise machen, wo man politische Vertreter mit einbinden möchte oder wo man sie nicht mit einbinden möchte. Ich habe ein bisschen ein Problem, wenn man Vertreter einer einzigen Fraktion einbindet, denn ich glaube, das Wissen um die Thematik wäre an sich in allen Fraktionen vorhanden. Ganz glücklich bin ich damit nicht, wie gesagt, aber wir werden am Ergebnis dann messen, wie erfolgreich der Arbeitskreis war, und wir hoffen, dass es bald ein neues Jugendschutzgesetz in Wien geben wird.

Zum Schluss noch: Immer wieder - und das zieht sich quer durch alle Berichte der Kinder- und Jugendanwaltschaft in den letzten Jahren - wird kritisiert, dass es massive Informationsdefizite gibt, und zwar sowohl was das Jugendschutzgesetz als auch was die Kinderrechtskonvention betrifft. Und ich teile diese Kritik. Es gibt tatsächlich Informationsdefizite.

Aus diesem Anlass haben wir vor einem Jahr einen Antrag eingebracht, wo wir Sie, Frau Stadträtin, aufgefordert haben, eine Informationsoffensive zu starten. Das war zu dem Zeitpunkt, wo ganz Wien, alle Wiener Schulen mit Informationsbroschüren und CD anlässlich des Schubert-Jahres versorgt wurden. Wir dachten: Wenn man das anlässlich des Schubert-Jahres machen kann, wäre es vielleicht auch sinnvoll,

die Kinderrechtskonvention den Betroffenen einmal in einer adäquaten Form zur Kenntnis zu bringen.

Ihr Bericht kam damals sehr rasch. Allerdings war er ablehnend, weil Sie gemeint haben, Sie halten eine isolierte Aktion der Stadt Wien für nicht sinnvoll. Bedauerlicherweise muss ich feststellen: Es gab noch immer keine konzertierte Aktion aller Bundesländer. Also, denke ich, wäre eine Einzelaktion der Stadt Wien immer noch besser gewesen als gar keine. Aber so ist es. Hoffen wir nach wie vor auf eine gemeinsame Aktion. Mehr ist offensichtlich nicht möglich gewesen.

Aber zum Informationsdefizit für die Kinder, betreffend die Kinder- und Jugendanwaltschaft, möchte ich einen Beschlussantrag einbringen, wo wir, folgend dem Beispiel in Salzburg, in der Steiermark und in Oberösterreich, Sie, Frau Stadträtin, auffordern, die Möglichkeit eines Kinospots zu überprüfen, und zwar unter Einbindung all jener Einrichtungen und Institutionen, die in Wien mit dem Medium Film betraut sind. Vielleicht kann man das im Rahmen eines Wettbewerbs machen. Aber ich bin überzeugt davon: Wenn wir es schaffen, die Kinder- und Jugendanwaltschaft verstärkt bekannt zu machen, so dass sie dann noch mehr in Anspruch genommen wird, als sie derzeit bereits in Anspruch genommen wird, dann werden wir auch nicht umhinkönnen, irgendwann das Budget für diese Anwaltschaft etwas zu erhöhen. Auf dem direkten Weg ist es bisher nicht gelungen. Vielleicht gelingt es uns über diesen Umweg. Es ist ein Zuweisungsantrag und ich würde mich freuen, wenn er eine breite Zustimmung finden würde.

Zum Schluss bleibt mir nichts über, als den beiden Kinder- und Jugendanwälten zu danken, ihnen für ihre zukünftige Arbeit viel Glück zu wünschen. Wir brauchen eine solche Einrichtung in dieser Stadt und ich hoffe, dass es sie auch noch lange weiter geben wird. - Danke. *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Präsident Johann Römer: Ich teile Ihnen mit, dass sich Herr Abg Dr Alkier und Herr Abg Smoliner bis 14.00 Uhr entschuldigt haben, und erteile als nächster Rednerin Frau Abg Jerusalem das Wort.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Kinder- und Jugendanwälte!

Es fällt schwer, im Augenblick über die Kinder- und Jugendanwaltschaft - so wichtig sie auch ist - zu sprechen, wenn zum gleichen Zeitpunkt nicht weit weg die Entscheidungen über Österreich und für die nächsten Jahre fallen.

Ich möchte daher meine Rede damit beginnen, dass ich auf einen Punkt hinweise, den die Kinder- und Jugendanwälte in den letzten Wochen auch öffentlich als Wunsch gemacht haben, nämlich dass das Wahlrecht für Jugendliche eingeführt werden möge. Ich denke auch, wir sollten uns zu diesem Schritt bekennen und ihn in Wien endlich tun, um der Stimme der Kinder und Jugendlichen mehr Gewicht

zu verleihen und um damit dafür zu sorgen, dass sie mitreden können und mitbestimmen können, in welche Richtung Wien geht. Ich denke, es würde auch der Politikverdrossenheit oder sagen wir es besser der Politikerverdrossenheit entgegenwirken, würden wir den Jugendlichen signalisieren, dass ihre Meinung wichtig ist und dass ihre Meinung in der Entscheidung in Bezug auf eine Regierung eine wesentliche Rolle spielt.

Wir stehen derzeit vor der Tatsache, dass eine konservative Partei erstmals seit 1945 den Rechtsextremismus in eine Regierung hereinholt, und ich denke, dem könnte man entgegenwirken, indem man gerade der Jugend die Möglichkeit gibt, sich gut und ausreichend zu informieren, um dann tatsächlich in der Lage zu sein, sich ein Bild über die Parteien zu machen, und um mit ihrer Stimme auch eingreifen zu können. (*Abg Johannes Prochaska: Wer hat sie 1983 in die Regierung geholt?*) Mein Gedächtnis ist ein ausgezeichnetes, und ich denke, dass ich gerade Ihnen, Herr Prochaska, hier nicht zitieren muss, all jene Aussagen von Jörg Haider, die so klar und eindeutig zeigen, dass das faschistische Gedankengut ist und dass man damit ganz eindeutig den Rechtsextremismus in eine Regierung hereinholt.

Und es ist Ihrer Partei überlassen geblieben, genau das zu tun, nämlich die Rechtsextremisten hereinzuholen, für regierungsfähig zu erklären. Und Sie bekommen jetzt auch die Rechnung der EU präsentiert, die hier eine sehr eindeutige Stellungnahme abgegeben hat und die sehr eindeutig feststellt, dass Rechtsextremismus in der EU nichts verloren hat. Und ich möchte Sie auch darauf hinweisen, dass das eine sehr klare Stellungnahme und ein sehr klares Signal auch der EU-Mitgliedsländer an andere EU-Mitgliedsländer ist, dass hier klare Grenzen gezogen werden (*Abg Johannes Prochaska: Lesen Sie, was der dänische Ministerpräsident Rasmussen gesagt hat!*) und dass vollkommen klar ist: Der Rechtsextremismus erhält in Europa keinen Platz. Und es ist Ihrer Partei überlassen geblieben, auszusichern. Der Außenminister weiß seit langem, wie die Stellungnahmen aussehen werden, und weiß seit langem, was auf Österreich zukommt. Und ich habe es heute besonders skurril und provokant gefunden, dass Sie über den Wirtschaftsstandort Wien im Zusammenhang mit einer Straße sprechen, während Sie auf der anderen Seite eine Regierung bilden, die für den Wirtschaftsstandort Wien tatsächlich eine Gefahr bedeutet. (*Abg Johannes Prochaska: Zwiedenken heißt das beim Orwell!*)

Ich bin sehr froh, dass die Kinder- und Jugendanwälte in ihrem Bericht so oft und so eindeutig darauf hinweisen, wie wichtig diese Mitbestimmung für Jugendliche ist. Da gibt es auf vielen Seiten dieses Berichts einen Hinweis darauf und einen eindeutigen Hinweis darauf, dass auch die UN-Kinderrechtskonvention untrennbar mit der Mitbestimmung und Partizipation von Kindern und Jugend-

lichen verbunden ist und dass es diesbezüglich noch ein großes und weites Aufgabengebiet ist, das Österreich zu bewältigen hat.

Wir haben im Kollegium des Stadtschulrats gesprochen und verhandeln derzeit über eine Objektivierung des Bestellungsverfahrens für die Direktorenbestellung. Was derzeit an einigen wenigen AHS läuft, ist ein Pilotmodell, weiß Gott nicht das Gelbe vom Ei, aber ein kleines bisschen ein Fortschritt, weil eben diese Partizipation dort ein kleines Stück Berücksichtigung findet. Das Pilotmodell sieht nämlich neben einem Assessmentverfahren auch vor, dass die Schulen und damit die Schulpartner und damit die Schülerinnen und Schüler das Recht haben, zwei Bewerberinnen und Bewerber in das objektivisierte Verfahren zu schicken. Wir haben in der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe darüber gesprochen, dass nunmehr dieses Pilotmodell beendet ist und im Jahr 2000 die große Frage entsteht: Muss man zum alten Modell zurückkehren oder kann man sich dazu durchringen, das Pilotmodell zu verlängern, was Geld kostet, in etwa für ein ganzes Jahr 1,3 Millionen S. Wir haben daher in der Arbeitsgruppe beschlossen, und da waren alle Parteien dafür - (*Abg Mag Franz KARL: Beschlossen haben wir nichts, nur geredet!*), wir haben daher - ich werde versuchen, zu einer Ausdrucksweise zu kommen, die dann passt - im Kollegium darüber geredet, dass es sinnvoll wäre, das Pilotmodell auch für das Jahr 2000 durchführen zu können, und ich habe daher angeboten, hier einen Antrag einzubringen, um dieses Geld flüssig zu machen.

Es gab dann im Weiteren größere Probleme und es ist im Speziellen auch Herrn Abg Vettermann, der sich in seiner Partei sehr darum bemüht hat, zu verdanken und sicher auch auf den Druck von Seiten der GRÜNEN zurückzuführen, dass nunmehr 600 000 S einmal zur Verfügung gestellt werden, um das Pilotmodell zumindest für das nächste halbe Jahr abzusichern.

Und ich füge hinzu: Ich teile die Meinung der Sozialdemokraten, die mir bekannt gegeben wurde, dass es nicht Aufgabe des Gemeinderats ist, dieses Geld für die Bundesschulen à la longue zur Verfügung zu stellen. Das soll auch keine Präjudizierung sein. Es geht jetzt einmal nur darum, dieses Pilotmodell ein weiteres Jahr umzusetzen. Vielleicht brauchen wir auch nur ein halbes Jahr und vielleicht sind dann die 600 000 S, die jetzt einmal zur Verfügung stehen, tatsächlich genug.

Das heißt: Nachdem ich schon heute in der Früh einen entsprechenden Antrag eingebracht habe und nunmehr weiß, dass 600 000 S zur Verfügung gestellt werden, brauche ich den Beschluss- und Resolutionsantrag nicht mehr extra einzubringen.

Ich möchte aber auf Folgendes hinweisen: Es wurde in der Präsidiale darüber geredet, dass dieser mein Beschlussantrag nicht angenommen werden könnte, weil kein Zusammenhang mit dem Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft besteht.

Dazu möchte ich sagen, wenn das jemand behauptet, obwohl es in diesem Bericht mindestens siebenmal steht, dass es um die Mitbestimmung der Jugendlichen geht, dann hat er keine Ahnung davon, was eigentlich Sache ist. Ich möchte darauf hinweisen, dass ich als Abgeordnete diesbezüglich nicht der Gnade ausgeliefert bin, dass ein Präsident sagt: "Seien wir großzügig, lassen wir das zu.", oder: "Nein, heute haben wir keine Lust zur Großzügigkeit. Das wird nicht zugelassen.", sondern dass es mein Recht als Abgeordnete ist, einen Antrag einzubringen, der mit dem Gegenstand in einem unmittelbaren Bezug steht und dass nicht darüber diskutiert werden kann, ob ich das darf oder nicht darf. So viel möchte ich schon festhalten.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt 12.00 Uhr. Zu diesem Zeitpunkt findet gerade die Angelobung der Regierung, der neuen ÖVP/FPÖ-Regierung, statt. Erlauben Sie mir daher eine kurze Gedenkminute anlässlich dieser Angelobung.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (*unterbrechend*): Für Gedenkminuten haben wir andere Anlässe, Frau Kollegin. (*Abg Mag Franz KARL: Ich würde meinen, damit ist die Wortmeldung beendet!*) Ich bitte Sie, fortzusetzen.

Abg Susanne Jerusalem (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren, nachdem diese Gedenksekunden stattgefunden haben, möchte ich noch einige wenige Dinge zum vorliegenden Bericht sagen.

Das Erste und Wesentliche ist: Ich bedanke mich für den Bericht, den ich für einen ausgezeichneten Bericht halte. Ich halte ihn sogar für den Bericht, der jedes Jahr einlangt und den ich gerne lese. Man bekommt ja viele Berichte und man liest auch viele Berichte, vielleicht manche auch nur quer, aber der lebendigste Bericht ist der der Kinder- und Jugendanwälte. Es ist derjenige, der am meisten Einblick in die Arbeit und darin gewährt, wie die Arbeit weitergehen soll, der quasi eine Einladung ist, mitzudenken und vielleicht auch mitzureden. Das halte ich für eine ganz großartige Sache.

Ich möchte zum Thema "Freiräume" kurz etwas sagen, denn ich glaube, das ist jenes Thema, das die Kinder und Jugendlichen in ganz Wien am meisten bewegt. Immer wenn man mit ihnen redet, kommt man genau an den Punkt, dass sie zu wenig Freiräume haben und viel mehr Freiräume brauchen, nicht nur, weil sie sich das wünschen und wollen, sondern meiner Meinung nach geht es auch darum, dass das eine Maßnahme wäre, die sowohl die psychische als auch die physische Gesundheit der Kinder unterstützt und fördert, wenn sie die Möglichkeit hätten, sehr viel mehr selbst zu gestalten, aber auch sich viel mehr zu bewegen.

Als Freiraum bietet sich nahezu alles an. Wir brauchen uns nur vorzustellen, dass die Stadt eigentlich aus wenigen Inseln besteht, wo Kinder und Jugendliche überhaupt irgendwie sein können und wie einfach es wäre, diese Inseln zu verbinden.

Da gab es einmal einen ausgezeichneten Bericht, eine Studie. Ich glaube, es war damals die MA 18, die über den 15. Bezirk einen Bericht vorgelegt hat, wie man aus den Schulwegen, aus den Wegen von der Schule nach Hause und von zu Hause in den nächsten Park für die Kinder Streifräume und Freiräume durchgängiger gestalten könnte. Das war ausgearbeitet bis ins Detail. Darin wurde auf jeden möglichen Punkt eingegangen und es wurden Vorschläge ausgearbeitet, die meiner Meinung nach wirklich umsetzbar sind und nicht wahnsinnig viel Geld kosten.

Ich möchte aber daran erinnern, dass es bei uns schon an ganz kleinen Dingen scheitert. Es ist tatsächlich so, dass Eltern ihre 6-jährigen Kinder oft nicht einmal einkaufen gehen lassen können, weil unüberwindliche Straßen dazwischen sind oder weil es einfach nicht geht. Es ist in Wien - ich habe das schon oft kritisiert - nicht einmal möglich, nach dem Winter, wenn sich die Zebrastreifen mehr oder weniger in Luft aufgelöst haben oder quasi grau in grau sind, zu veranlassen, dass die Bezirke ihre Zebrastreifen nachziehen, damit man sie zumindest sieht und die gefahrlose Überquerung der Straße möglich wird.

So gäbe es viele kleine Sachen, die gemacht werden könnten, auch in den Parkanlagen, wo es nach wie vor nicht so ist, dass die Kinder eingeladen werden, um mitzureden, um mitzubestimmen, um Vorschläge zu machen, wie so ein Park gestaltet werden könnte, wo mir zwar StR Svihalek in einer Anfragebeantwortung mitteilt, dass eine Wasserstelle in jedem Park vorgeschriebener Standard in Wien ist, aber wenn man dann in die Parkanlagen geht, muss man feststellen, dass die wenigsten eine Wasserstelle haben. Auch da ist der 15. Bezirk ein gutes Beispiel. Dort gibt es zwar in den ganzen Parks, die dort überall sind, kaum Wasserstellen, so dass die Kinder gar nicht wissen, was sie tun sollen, dafür gibt es oben in der Wasserwelt eine Anhäufung von Wasserstellen, die kein Mensch braucht. Dort ist ein Brunnen neben dem anderen. Das sind lauter vollkommen unüberlegte Dinge, die den Kindern und Jugendlichen in keiner Weise zugute kommen.

Kinder bespielen alles. Es ist vollkommen egal, was. Jede Straßenbahnhaltestelle, jedes Wartehäuschen, jede Stange von einer Straßenbahnhaltestelle wird dazu verwendet, sich anzuhalten und sich im Kreis zu drehen. Alles wird bespielt. Wo auch immer Kinder stehen und gehen, beginnen sie, sofort zu spielen, ob es mit Kieselsteinen ist oder wenn sie zu hüpfen oder zu singen beginnen oder sonst irgendetwas.

Es wäre wahnsinnig leicht, diese Stadt für Kinder beispielbar zu machen, gäbe es das, dass in den Abteilungen, wo Leute damit zu tun haben, sich das durchsetzt und man tatsächlich zu dem Schluss kommt, dass man die beispielbare Stadt will und nicht, dass Kinder quasi in Gettos verbannt sind, nämlich Getto zu Hause - da kann man sie nicht ge-

scheit hinauslassen -, Getto Schule und Getto Spielplatz. Dazwischen ist nichts, weil die Stadt gefährlich, ungemütlich, nicht belebbar und nicht beispielbar ist. So soll das in Zukunft nicht sein. Ich denke, das sind die Kinder- und Jugendanwälte auf dem allerbesten Weg, die richtigen Probleme aufzuzeigen und dagegen etwas zu tun.

Erlauben Sie mir nun eine allerletzte Bemerkung zum Thema "Alkohol": Es geht unter anderem darum, ob in das neue Jugendschutzgesetz ein Paragraph hineinkommt, der den Anbietern von Alkohol - also den Gastwirten oder den Geschäften - Vorschriften zur Abgabe von Alkohol macht. Ich denke doch, dass das hineinkommen soll. Ich sehe im Augenblick eine in meinen Augen viel zu große Nachlässigkeit und Sorglosigkeit, was den Umgang mit Alkohol gegenüber Kindern und Jugendlichen betrifft.

Ich nenne nun ein einziges kleines Beispiel: Am Karlsplatz ist man auf die hervorragende Idee gekommen, dass man einen riesengroßen Automaten hinstellt, aus dem man sich Getränke und Naschereien herausholen kann. Gleich daneben ist die evangelische Schule, am Karlsplatz sind überhaupt immer viele Kinder und Jugendliche, kein Zufall, wegen der vielen U-Bahnen gehen viele Leute durch. Jedes Kind kann sich dort Alkohol aus diesem Selbstbedienungsgerät herausholen. Darin ist alles und nichts zu teuer.

Ich bin dort eine Weile gestanden, weil nämlich dieses Selbstbedienungsgerät nicht nur dem kleinen türkischen Geschäftsmann mit seinem Süßigkeitenladen, der sehr viel für diesen Standort gezahlt hat, einfach den Garaus macht, sondern ich bin dort gestanden und habe geschaut, ob es innerhalb eines bestimmten Zeitraums passiert, dass dort auch Kinder hinkommen und Alkohol herausnehmen. Es ist passiert. Es ist tatsächlich so, dass sich das mittlerweile offensichtlich herumgesprochen hat. Ich halte das für vollkommen unnötige Sachen. So etwas gehört meiner Meinung nach einfach abgestellt. Der Betreiber soll dort keinen Alkohol hineintun und Punkt. Es kann keine Hexerei sein, das abzustellen.

Ich bin darüber hinaus absolut der Meinung, dass man an Gastwirte und an Geschäfte in geeigneter Form herantreten muss und auch Strafen für den Fall, dass sie an Kinder und Jugendliche - es geht dabei vor allem um Kinder - Alkohol hergeben, die Gefahr verniedlichen und verharmlosen, aussprechen muss.

Es gäbe noch viele Punkte, über die man lange und ausführlich reden könnte. Das möchte ich jetzt nicht tun, sondern ich beende meine Rede damit, dass ich mich einfach bei den Kinder- und Jugendanwälten noch einmal bedanken möchte. - Danke. *(Beifall der Abg Mag Alexandra Bolena.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Es hat sich für den Rest der Sitzung auch Frau Abg Mag Hecht entschuldigt.

Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Ulm zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wolfgang Ulm (ÖVP): Sehr geehrte Frau

Präsidentin! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Sehr geehrte Vertreter der Kinder- und Jugendanwaltschaft! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, dass dieser Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien in einem Punkt sehr bedeutsam ist, und zwar was die schon im letzten Gemeinderat von der Frau Vizebürgermeisterin angesprochene Änderung des Jugendschutzgesetzes betrifft. Ich denke mir, dass nun mit diesem Sonderthema im Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft der Startschuss zur Diskussion dieses wichtigen Themas gegeben wurde und ich möchte gleich damit beginnen, einen Beitrag zu dieser Diskussion zu liefern.

Ich denke mir, besonders erfreulich ist es, dass nun Förderungskriterien für die finanzielle Förderung von Jugendorganisationen angesprochen werden, dass die Förderung der Jugendarbeit nunmehr festgeschrieben werden soll, und zwar - wie es aussieht, wie der Vorschlag nun lautet - nicht in einem eigenen Gesetz, sondern eingearbeitet in das Jugendschutzgesetz, oder auch Jugendgesetz, wie es vielleicht einmal heißen mag.

Ich habe schon bisher immer darauf hingewiesen, dass solche Richtlinien, was gefördert werden soll, unter welchen Voraussetzungen das zu evaluieren ist, erforderlich sind. Es gibt sehr positive Beispiele in anderen Jugendgesetzen, wie das gestaltet werden könnte. Ich denke zum Beispiel an das niederösterreichische Jugendgesetz, das noch nicht so alt ist. Es stammt aus dem Jahr 1998. Darin gefällt mir sehr gut, dass dezidiert erklärt wird, was gefördert werden soll, nämlich beispielsweise Jugendtreffs, andere Jugendaktivitäten, Jugend- und Schülerzeitungen, Förderung der Jugendarbeit oder auch die Auszeichnung jugendfreundlicher Dienstleistungsbetriebe. Was dieses Jugendgesetz aus unserem Nachbarbundesland besonders auszeichnet und was wir uns vielleicht auch als Beispiel nehmen könnten, ist die Sprache, die dort verwendet wird. Es ist nämlich eines der wenigen Gesetze, das gut lesbar und in einer Art und Weise verfasst ist, dass es auch von Kindern und Jugendlichen gelesen und verstanden werden kann.

Wenn zum Beispiel eine jugendliche Gruppe, Jugendliche, ohne in einem Verein zusammengeschlossen zu sein oder auch zusammengeschlossen in einer Jugendorganisation - wie auch immer -, überlegt, wie sie einen Jugendtreff organisieren könnte, so könnte sie das dort nachlesen. Dort steht nämlich im § 3 bei der Förderung von Jugendtreffs und anderen Jugendaktivitäten unter Punkt 1: "Was wird gefördert?" Es kommt dann sofort die Antwort, nämlich: "Einrichtungen, die eine sinnvolle, gemeinsame Freizeitgestaltung ermöglichen und wo ein Betreiben nicht aus kommerziellen Gründen erfolgt." Dann wird die Frage aufgeworfen, wer denn so eine Förderung erhalten kann und es kommt gleich eine ganz einfache Antwort, nämlich: "Jugendorganisationen oder auch rechtlich nicht organisierte Gruppen, so es sich

nur um Jugendliche unter 25 Jahren handelt." Es wird die Frage gestellt, was notwendig ist, um so eine Förderung zu erlangen. Da steht dann, dass ein entsprechender privatrechtlicher Vertrag abgeschlossen werden muss, dass es sich entweder um eine Jugendorganisation oder um Jugendliche handeln muss, die sich zusammenschließen - wobei in diesem Fall Personen gegenüber der Behörde namhaft gemacht werden müssen -, die Aktivitäten selbst zu betreiben sind und nicht kommerziellen Zwecken dienen dürfen. Dann wird noch die Frage aufgeworfen, wo diese Förderung zu beantragen ist. Als Antwort gibt das Gesetz: "Das Förderungsansuchen ist formlos an das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung zu richten."

Es ist dort also dem Gesetzgeber gelungen, fast wie in einer Aufklärungsbroschüre vorzugehen und allgemein verständlich Normen, Förderungsrichtlinien, festzuschreiben.

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass sich dem Sonderthema "Änderung der Wiener Jugendschutzbestimmungen" eine Arbeitsgruppe angenommen hat. Es hätte mich gefreut, wenn diese Arbeitsgruppe bereits die Betroffenen angehört hätte. Ich kann da nur die Kritik von einer meiner Vorrednerin teilen. Fünf Beamte, ein Vertreter einer gemeindenahen Organisation und eine Landtagsabgeordnete waren in dieser Gruppe, die Betroffenen waren es aber leider nicht, nämlich die Kinder und Jugendlichen. Und das, wo an anderer Stelle in diesem Bericht eindeutig steht, wie wichtig die Partizipation ist, die Teilnahme der Kinder und Jugendlichen an allen Dingen, die sie betreffen. Was betrifft sie wohl mehr als dieses Gesetz?

Ich glaube, man muss bei Veränderungen sehr vorsichtig sein, die die Rechtsstaatlichkeit und den Rechtsschutz betreffen. Ich bin auf Grund meines Berufs immer sehr skeptisch, wenn in einem Gesetz eine Umkehr der Beweislast vorgesehen wird. Ich bin auch skeptisch, wenn entgegen den bundesverwaltungsrechtlichen Vorschriften bei einer Verwaltungsstraftat der Versuch für strafbar erklärt wird. Ich bin auch sehr vorsichtig, Zutrittsrechte für Behördenorgane vorzuschreiben, denn auch die Polizei braucht einen Hausdurchsuchungsbefehl, um das Hausrecht nicht zu verletzen. All diese Dinge müssen natürlich berücksichtigt werden und man darf nicht leichtfertig den Behörden Rechte einräumen, ohne dabei den Rechtsschutz Einzelner zu verletzen.

Ich glaube, wir werden sehr genau diskutieren müssen, wie lange nun das allgemeine Ausgangsrecht für Jugendliche tatsächlich bestehen soll. Es gibt eigentlich einen sehr radikalen Änderungsvorschlag, nämlich, dass sich die Kinder und Jugendlichen an öffentlichen Orten nunmehr um ein bis zwei Stunden länger aufhalten können sollen, als das bisher der Fall war. So weit geht kein anderes Jugendschutzgesetz. Es ist wirklich zu überlegen, ob nun der 13-Jährige tatsächlich statt bis 9 Uhr bis 10 Uhr oder

11 Uhr ausgehen können soll, ob der 15-Jährige das bis 1 Uhr tun können soll oder der 17-Jährige bis 2 Uhr. Ich kann mir vorstellen, dass es dieses Ergebnis nach einer ausführlichen Diskussion gibt, aber wir müssen uns dessen bewusst sein, dass wir hier am weitesten innerhalb von Österreich gehen.

Ein bisschen skeptischer bin ich, was die Altersgrenze bei Boxkämpfen und die versuchte Angleichung der Bestimmungen des Fußballs an die Bestimmungen des Boxkampfes betrifft. Vorgeschlagen wird eine Privilegierung des Boxkampfes, weil die Altersgrenze von 14 auf 12 Jahre gesenkt werden soll, und eine Diskriminierung der Fußballstätten, weil es dort zu einer Anhebung des Alters kommen soll. Da bin ich noch nicht davon überzeugt, dass das wirklich sinnvoll ist.

Jedenfalls freut es mich, dass diese Diskussion nun gestartet worden ist. Es freut mich auch, dass die Kinder- und Jugendanwaltschaft diesen wesentlichen Diskussionsbeitrag geleistet hat. Es steht ausdrücklich im Jugendwohlfahrtsgesetz festgeschrieben, dass es Aufgabe der Kinder- und Jugendanwaltschaft ist zu begutachten, Gesetzesbestimmungen, Verordnungen und Änderungen von Gesetzesbestimmungen und Verordnungen anzuregen. Ich glaube, dass das eine sehr sinnvolle und wichtige Arbeit ist, wichtiger als plakativ politische Forderungen zu postulieren, die es allerdings auch darin gibt.

Ich glaube auch, dass man die Detailarbeit ein bisschen genauer machen könnte, weil ich beispielsweise in einer Sachfrage auf Widersprüche gestoßen bin. Zum einen sagt man, was die Definition betrifft, ein 13-Jähriger fühlt sich nicht mehr als Kind und man sollte daher eine andere Begriffsbestimmung finden, anders schaut das allerdings bei einer Stellungnahme zum ABGB, zum Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch, aus, wo angemerkt wird, dass darin alle Personen, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, als Kinder bezeichnet werden sollten und dies damit begründet, dass die Erfahrung aus Gesprächen mit Kindern und Jugendlichen gezeigt hat, dass dafür eine wesentlich höhere Akzeptanz beziehungsweise Identifikationsbereitschaft besteht. Solche Widersprüche in der Detailarbeit gibt es auch in diesem Bericht. Das soll aber nichts daran ändern, dass es mich sehr freut, dass das Thema von der Kinder- und Jugendanwaltschaft aufgegriffen wurde, dass nun im Mittelpunkt einer Debatte die Kinder stehen, denn der Umgang mit den Kindern und das Einsetzen für die Kinder in unserer Stadt ist, glaube ich, ein entscheidender Gradmesser für die Qualität in unserer Gesellschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als nächste Rednerin ist Frau StR Landauer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

StR Karin **Landauer**: Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Kollegin Jerusalem ist leider nicht da. Ich

wollte ihren Vorwurf, dass wir eine rechtsextremistische Partei sind, aufs Entschiedenste zurückweisen und ich stelle fest, dass wir jeglichen Extremismus - ob links oder rechts - ablehnen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es wurde jetzt sehr viel über das Sonderthema der Änderung des Jugendgesetzes gesprochen. Ich finde, es ist ein sehr wichtiger Themenbereich in diesem Bericht. Was mich wundert, ist, dass dieser Arbeitskreis im Mai 1998 ins Leben gerufen worden ist, fünfmal getagt hat und bis jetzt - wir schreiben das Jahr 2000 - bezüglich einer Änderung oder einer Novelle des Jugendschutzgesetzes noch nichts geschehen ist.

Was mich auch verwundert, ist der letzte Absatz der Kinder- und Jugendanwälte, wo geschrieben wird: "Selbstverständlich wäre ein solcher Harmonisierungsbedarf gegeben. Diesbezüglich werden auch wieder Anstrengungen unternommen, die Bundesländer zu einer gemeinsamen Vorgangsweise zu gewinnen. Es ist jedoch zu vermuten, dass diese Causa noch etwas länger dauern wird, da eine solche Harmonisierung schwer mit anderen Bundesländern zu akkordieren ist. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien spricht sich für eine Zielvorgabe etwa bis zum Jahr 2005 aus, ab dem eine gemeinsame Regelung in Kraft treten sollte. Bis dahin kann ja verhandelt werden."

Ich denke mir, fünf Jahre Verhandlungen sind eigentlich für mich undenkbar. Ich verstehe es auch nicht ganz, warum man meint, bis dorthin könnte man verhandeln, noch dazu, wenn man sich das Beispiel vor Augen führt, das Frau Kollegin Jerusalem gesagt hat, mit dem Karlsplatz, wo Kinder bei einem Automaten sich jederzeit Alkohol nehmen können. Kinder können das in jedem Supermarkt! Unsere diesbezüglichen Initiativen wurden in diesem Hause bis dato immer abgelehnt!

Ich glaube, dass eine Änderung des Jugendschutzgesetzes, eine Harmonisierung des Jugendschutzgesetzes, bis 2005 ein Vorbeigagieren an den Problemen der Kinder und Jugendlichen ist und dass das ein Hauptgrund ist, warum wir diesen Kinder- und Jugendanwaltbericht ablehnen.

Das nächste Kapitel ist: "Kinderfreundliche Wartezimmer in Amtshäusern". Sie stellen fest, dass in Wien genau 14,75 Prozent der Gesamtbevölkerung Kinder von 0 bis 15 Jahren sind und daher kinderfreundliche Wartezimmer in Amtshäusern benötigt werden. Sie fragen dann auch, wie es weitergeht und meinen, dass Sie beim Herrn MagDior Dr Theimer waren, ein sehr positives Gespräch geführt haben und dass Ihnen der Herr Magistratsdirektor Unterstützung zugesagt hat. Der Herr Magistratsdirektor hat nun wiederum die MD-VO Amtsräumlenkung beauftragt. Die Umsetzung von Strategien - also auch diese Vorgangsweise - erscheint mir nicht zielführend im Sinne der Kinder.

Sehr interessant finde ich, wenn die Kinder- und Jugendanwaltschaft eine Reisestudie erstellt und

diese mit der Bemerkung schließt: "Die Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien wird den Markt weiter beobachten." - Dieser Satz muss für die Kinder, die in Wien an der Armutsgränze leben, wie eine Ohrfeige sein. Die UNO-Kinderrechtskonvention enthält Stellungnahmen des Genfer Ausschusses für Kinderrechte. Ihre Bemerkungen haben Sie kursiv dargestellt. Ich glaube, dass es einfach zu wenig ist, Kommentare kursiv darzustellen und nicht Initiativen zu setzen, damit die UNO-Kinderrechtskonvention auch in Wien umgesetzt wird.

Beim Jugendmedienschutz wäre viel zu tun, doch Sie, die Anwälte der Kinder und Jugendlichen, sagen dazu unter anderem - ich zitiere -: "Hier könnten wir lernen aus den Fehlern früherer Drogenpräventionen. Es kann nicht Ziel sein, Horrordarstellungen darzustellen und heraufzubeschwören. Es geht letztlich darum, die Persönlichkeit der Jugendlichen zu stärken und sie so unreflektiertem Medienkonsum kritisch begegnen zu lassen." - Zitat Ende. Glauben Sie wirklich, dass Sie mit zynischen Bemerkungen zur Drogenprävention einen zeitgemäßen Jugendschutz gegen den Medienmissbrauch erreichen werden? - Ich glaube nicht.

"Kinder- und jugendfreundliches Planen, Bauen und Wohnen" ist eines Ihrer Lieblingsthemen, wenn man sich auch den letzten Kinder- und Jugendanwaltschaftsbericht vor Augen führt. Bei diesem Kapitel fällt mir ein, dass eine 20-Jährige beim Herrn Dr Schmid war und ihn um Hilfe gebeten hat. Ich weiß schon, Sie werden jetzt wieder sagen, das ist ein Einzelbeispiel, aber in diesem Kinder- und Jugendanwaltschaftsbericht sind viele Einzelbeispiele enthalten. Ich möchte dieses Beispiel vorbringen, weil es eigentlich zeigt, wie falsch manches Mal von den Kinder- und Jugendanwälten gearbeitet wird.

Diese 20-Jährige war bei Herrn Dr Schmid, weil sie eine 16-jährige drogensüchtige Schwester hat, die ebenfalls einen drogensüchtigen Freund hat, und hat um Hilfe gebeten, was sie tun soll, damit die 16-Jährige von den Drogen vielleicht wieder wekommt. Man muss dazusagen, dass das Elternhaus eine Gärtnerei ist. Die Gärtnerei ist in Konkurs. Die Eltern sind geschieden. Die Töchter leben beim Vater. Der Vater ist arbeitslos, hat eine neue Lebenspartnerin und wohnt ein paar Meter vom Elternhaus entfernt. Die 20-Jährige ist Zahnarztassistentin - jeder von Ihnen wird wissen, was eine Zahnarztassistentin verdient - und muss für die Stromrechnung, für die Heizung, für die Telefonrechnung und so weiter aufkommen. Wie gesagt, sie war beim Jugendanwalt Dr Schmid mit der Bitte um Hilfe, weil sie mit der finanziellen Belastung und mit ihrer 16-jährigen drogenabhängigen Schwester eigentlich völlig überfordert ist. Die Antwort war, dass man da leider nichts machen könne, das sei so und er würde ihr empfehlen, dass sie auszieht, weil sie dann nicht mehr die Stromrechnung und so weiter bezahlen muss. Die 20-Jährige will sich aber um ihre 16-jährige Schwester kümmern und hatte eigentlich erwartet, beim Kinder- und Ju-

gendanwalt für die 16-jährige Schwester Hilfe zu erhalten.

Solange Sie an den Problemen der Kinder und Jugendlichen so vorbeigehen, glauben wir, dass Kinder und Jugendliche arm dran wären, wenn Sie volle Parteienstellung in allen Kinder und Jugendliche betreffenden Angelegenheiten erhielten. Denn Sie sind sicherlich nicht der Anwalt der Kinder, wie Sie dies in Ihrem Forderungskatalog als zweiten Punkt niedergeschrieben haben!

Für den von mir gerade geschilderten Fall ist die Zielsetzung der Kinder- und Jugendanwaltschaft - ich zitiere -: "Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Ausbeutung" - eine 20-Jährige muss Strom, Heizung, Telefon und so weiter bezahlen, weil die Familie zerbrochen ist -, "Gewalt und Benachteiligung durch Erwachsene." - auch das trifft auf diesen Fall zu. Daher sage ich, dass es nicht einmal dieses Papier wert ist, wo Sie diese Zielsetzung geschrieben haben, weil Sie die Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt leider Gottes im Stich lassen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Malyar zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Martina **Malyar** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst einmal ganz herzlichen persönlichen, aber auch fraktionellen Dank von uns allen, von der SPÖ-Fraktion, für Ihre Arbeit! Wenn Sie so lieb sind und dieses herzliche Dankeschön auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergeben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aus dem Bericht ist herauszulesen, dass es ein erneuertes Team ist, dass einige neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazugestoßen sind, kombiniert mit einem altbewährten Team, sozusagen Altes und Neues. Wieder neue Einflüsse zu geben, ist sicherlich ein sehr gutes Konzept. Man sieht am Bericht, aber auch an den Vorschlägen, die darin enthalten sind, dass das zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen offenbar schon Früchte trägt. Deswegen auch nicht nur in unser aller Namen herzlichen Dank, sondern im Speziellen möchte ich hier als Sprachrohr für diejenigen stehen, die noch nicht das passive Wahlrecht erlangt haben, um hier stehen zu dürfen, nämlich als Sprachrohr für die Kinder und Jugendlichen. Auch von unseren Kindern für Ihr Engagement einen herzlichen Dank an Sie und Ihr Team! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte in diesem Zusammenhang - wenn ich schon von der personellen Zusammensetzung spreche - allerdings auch erwähnen, dass Frau Dr Gebhart bis zum Sommer in der Kinder- und Jugendanwaltschaft sehr engagiert tätig war und sich dann anderen Aufgaben zugewandt hat. Ich möchte auch ihr noch im Nachhinein ein Danke für ihre jahrelange Arbeit sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Bericht, der uns vorliegt, zeigt, dass Wien ei-

ne Stadt für jene ist, die Hilfe brauchen. 3 300 Kinder und Jugendliche haben die Einzelhilfe im abgelaufenen Berichtsjahr in Anspruch genommen. In all diesen 3 300 Fällen stecken persönliche Schicksale dahinter. Für mich ist es ganz wichtig zu erwähnen, dass ich stolz darauf bin, in einer Stadt zu leben, die den Schwächsten in unserer Gesellschaft, nämlich den Kindern und den Jugendlichen, diese Hilfe ange-deihen lässt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir sehen in den Kindern und Jugendlichen nicht nur gleichwertige Partnerinnen und Partner, sondern wir sehen in ihnen auch besonders schützens- und förderungswerte kleine und größere Persönlichkeiten. Mit diesem ideologischen Hintergrund möchte ich auch den Bericht und die Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde, in unserer Stadt, in unserem Bundesland, besonders beleuchten.

Dieser Bericht zeigt, dass wir in unserer konkreten Arbeit, vor allem in der konkreten Arbeit der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin und zuständigen Ressortleiterin, Taten sprechen lassen und im Gegensatz zu anderen Körper- und Regierungsmannschaften in Österreich keine politische Präambel brauchen, die uns sozusagen dokumentieren lässt, dass wir uns für die Schwächsten in unserer Gesellschaft, für die Armen, Schwachen und Ausgegrenzten, weiterhin vehement engagieren werden - so wie wir es in den letzten Jahrzehnten auch gemacht haben! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein Punkt, den ich besonders hervorheben möchte, ist der Punkt des Jugendgesetzes. Hier soll auf Vorschlag der Kinder- und Jugendanwaltschaft nicht nur in der Ostregion - sprich Wien, Niederösterreich und Burgenland - ein abgestimmtes Jugendgesetz geschaffen werden, was ich persönlich für äußerst sinnvoll halte, weil es nicht mehr abgeschottete Bereiche gibt, sondern vor allem in einem Zeitalter großer räumlicher Mobilität eine Zusammenarbeit über Stadt- und Bezirksgrenzen hinweg sowieso logisch und sinnvoll ist.

Was mir sehr gut an Ihrem Sonderthema im Bericht gefällt, ist, dass Sie vorschlagen, ein Partizipationsmodell zu entwickeln, um mit den Kindern und Jugendlichen von Anfang an an diesem Gesetz mitzuarbeiten. Mir persönlich gefällt es sehr gut, dass die Kinder und Jugendlichen im Zuge dieses Modells selber Demokratie lernen und selber Demokratie erleben. Wenn die Kinder und Jugendlichen in dieser Form von Anfang an in demokratische Entscheidungsprozesse einbezogen werden, denke ich, ist durchaus ein nächster interessanter Schritt, über allgemeine Partizipation - sprich über eine Senkung des Wahlalters - zu diskutieren und das näher zu beleuchten, wie Kollegin Martina LUDWIG uns noch erläutern wird.

Wir sehen, dass die Sozialdemokraten in der Stadt in den Kindern und Jugendlichen gleichwertige Partner sehen und wir nicht das Bild vor uns haben, dass wir Erwachsenen schon genau wissen, was für die

Kinder gut ist, sondern wir sie als gestandene Persönlichkeiten akzeptieren und respektieren. Dieses Menschenbild des Humanismus, dass wir jeden Menschen - egal welcher Hautfarbe, welchen Geschlechts, welchen Alters - akzeptieren und vor allem respektieren, ist ein Menschenbild, das heute und vor allem zu dieser Stunde noch wichtiger sein wird als je zuvor! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Anlässlich dieser für Österreich, würde ich sagen, historischen Stunde möchte ich doch auch die Zeit nützen. Ich hoffe, Sie sind mit meinem Exkurs zur Familien- und Jugendpolitik einverstanden, weil ich Sie beide sehr gut kenne und weiß, dass Sie auch für Zukunftsvisionen und Szenarien durchaus zu gewinnen sind und immer in die Zukunft schauen, nicht nur - wie es im Bericht ist - auf das vergangene Jahr zurückblicken. Begeben Sie sich mit mir auf eine Reise in die Familien-, Kinder- und Jugendpolitik, durch ein Programm einer rechten Regierungskoalition.

Wie schaut diese Politik, meinen Sie, aus? - Der jetzige Herr Bundeskanzler Dr. Schüssel hat in seiner Pressekonferenz klar gesagt, dass mit diesem Programm Österreich das familienfreundlichste Land der Erde sein wird. Nun, Worte kann man gegenüber Journalisten finden. Wie schaut die Praxis aus? Was steht sozusagen in diesem Koalitionsübereinkommen?

Als Erstes eine langjährige Forderung, nämlich Kindergeld für alle. Kindergeld für alle, auch für jene, die es nicht brauchen, weil sie reich sind und weil sie genug Geld zur Verfügung hätten, ein Familiengeld, das vor allem eine Umverteilung von unteren Gehaltsgruppen nach oben bedeutet. Von uns Sozialdemokraten, die wir für Hilfe für die Schwächeren eintreten und sagen, soziale Transferleistungen für Menschen und für Familien, die sie brauchen, wird es dazu in keinem Fall eine Zustimmung geben!

Es wird immer angedeutet und auch Herr Lhptm Haider hat das in seiner gestrigen Pressekonferenz gesagt, mit dem Kindergeld, Familiengeld - wie immer es auch heißen wird -, wird es eine echte Wahlfreiheit geben, ob eine Frau zu Hause bleibt oder dann wieder in den Beruf einsteigt. Was ist in Wirklichkeit der ideologische Hintergrund? - Der ideologische Hintergrund ist das, was auch Herr Haider oftmals publiziert hat, nämlich dass Frauen zu Hause bleiben sollen, berufstätige Frauen in Wirklichkeit Rabenmütter sind und die FPÖ den berufstätigen Frauen ein schlechtes Gewissen macht, wenn sie ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen geben. Der Wiedereinstieg nach jahrelanger Absenz vom Arbeitsmarkt ist - das wissen wir, die wir mit den Frauen sprechen sowie aus eigener Erfahrung, genau - nach einer langen Babypause beziehungsweise Kinderpause wahnsinnig schwierig. Aus diesen ideologischen und auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen lehnen wir das Kindergeld für alle ab. Es ist ein Trugschluss zu glauben, es bestünde die Wahlfreiheit. Wahlfreiheit besteht, wenn die Kinderbetreuungsplätze dafür vorhanden

sind und wenn ich gleichzeitig selbst zu Hause bleiben kann. Erst wenn diese Entscheidung da ist, kann ich von einer Wahlfreiheit sprechen. Deswegen halten wir an der Forderung nach wie vor fest, einer Tat, die die letzte Regierung gemacht hat. Ich fordere hiermit den Bund auf, wiederum eine Kindergartenmilliarde für die Errichtung von Kinderbetreuungsplätzen als wirkliche Wahlfreiheit für die Frauen und Männer auf die Bundesländer zu verteilen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein weiteres Gustostück aus dem Papier - soweit es die Zeit zugelassen hat, hat man halt quergelesen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs *(unterbrechend)*: Frau Abgeordnete, darf ich Sie bitten, dass wir heute den Kinder- und Jugendanwaltschaftsbericht diskutieren und nicht das Koalitionsübereinkommen. - Bitte.

Abg. Martina Malyar *(fortsetzend)*: Ja, gerne.

Im Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft wird sehr oft - das ist die Hauptintention ihrer Einrichtung und auch ihres Berichts - gefordert, speziell die Gewalt in der Familie näher zu beleuchten. Die Gewalt in der Familie hat viele Ursachen. Eine der Ursachen ist, dass die Eltern sehr oft gestresst sind und für die Erziehungsaufgaben von heute oft nicht wirklich mit dem Handwerkszeug gerüstet sind. Dazu gehört zum Beispiel, dass man genügend Zeit hat, um Freizeit mit den Kindern zu verbringen. Die neue Regierung hat vor - das muss man sich vorstellen -, im ersten Dienstjahr, nach einem Wiedereinstieg nach einer Babypause, wenn das Kind drei bis vier Jahre alt ist, wenn die Frau wieder in einen Beruf einsteigen will, dass sie im ersten Jahr mit einer Urlaubskürzung zu rechnen hat. Eine Urlaubskürzung, wo Kindern nicht die ausreichende Zeit gegeben werden kann, dient nur dem Unternehmer. Und wer schaut durch die Finger? - Vor allem wieder die Arbeitnehmerin. Deswegen treten wir entschieden gegen diese Maßnahme und für eine Wiederherstellung des ungekürzten Urlaubsanspruchs bei Wiedereintritt in den Beruf ein! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn wir vom Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft ausgehen und den Schwerpunkt darin setzen, in einer sozialen Gesellschaft eine gleichberechtigte Ausgangsposition für Jugendliche anzustreben, möchte ich erwähnen, dass die Zukunft unserer Jugendlichen - gerade was die Ausbildung und die Bildung betrifft - nicht sehr rosig aussieht, denn wenn ich daran denke, dass Studiengebühren wieder eingeführt werden sollen, dann kann sich das jemand leisten, der ein Gut besitzt, das zirka 100 Millionen S Wert aufweist, aber für den Arbeiter und die allein erziehende Arbeiterin sind das Kosten, die für den Sohn oder für die Tochter nie aufgebracht werden können. Deswegen finden wir auch die Maßnahme einer Studiengebühr nach wie vor unsozial und lehnen diese Einführung vehement ab! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Viele der Kinder und Jugendlichen von den 3 300 Fällen, die im Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft beschrieben sind, rufen an und suchen Hilfe,

weil sie zu wenig Perspektiven sehen, zu wenig Möglichkeiten am Beschäftigungsmarkt. Was macht die neue Regierung jetzt? - Sie macht einen schlanken Staat, sie baut 9 000 Arbeitsplätze ab. Was heißt das für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen? - Das heißt, weniger Arbeitsplätze und eine Erhöhung der Jugendarbeitslosigkeit. Selbst wenn der Bund auf diese zusteuert, weiß ich, dass unsere politischen Vertreter - allen voran der Herr Landeshauptmann - mit aller Kraft dafür sorgen werden, dass man diesem Bundestrend entgegensteuert und sämtliche Maßnahmen ergreifen werden, damit das Wirtschaftsleben besonders im Hinblick auf Perspektivmöglichkeiten für die Kinder und für die Jugendlichen in unserer Stadt weiterhin erhalten bleibt.

Das führt mich gleich zu Wirtschaft und Internationales. Es ist völlig logisch, dass, wenn Boykottmaßnahmen getroffen werden, die Wirtschaft darunter leiden wird. Wir haben das schon in der Aktuelle Stunde diskutiert. Das ist in Wirklichkeit eine Perspektivlosigkeit für die Kinder und Jugendlichen, wo die Bundesregierung jetzt schon ein Schäufelchen nachlegt und immer weiter an dieser Uhr dreht. *(Abg Mag Franz KARL: Kollegin Malyar, werden Sie - ich meine, Ihre Fraktion - beim Behindertengesetz und beim Ehrenzeichengesetz auch über die Bundesregierung reden?)*

Die internationalen Kontakte und der Studentenaustausch werden wesentlich reduziert werden. Wenn ich mir die Reaktionen aus dem Ausland bezüglich des Koalitionsübereinkommens anschau *(Abg Gert Wolfram: Sie sind schon wieder beim Koalitionsübereinkommen! Das ist nicht das Thema!)*, dann haben wir die Erfahrung gemacht, dass einzig und allein Serbien diese neue Regierung gutheißt. Ich bin neugierig, ob die Tochter von Herrn Dr Haider in Zukunft nicht mehr in London, sondern in Belgrad studieren wird! Das werden wir alle uns sehr genau anschauen! *(Abg Brigitte Schwarz-Klement: Das geht Sie überhaupt nichts an! Wo sind wir denn?)*

Nächstes Thema: Unsere Söhne, unsere Kinder, schicken wir in den Krieg, wenn wir der NATO beitreten. Das ist ein Kernthema, das wir immer wieder angeschnitten haben, wo wir sagen - kein Beitritt zur NATO, keine Aufgabe der Neutralität. Dabei bleiben wir mit all unserer demokratischen Überzeugung! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich weiß schon, dass Sie sehr nervös sind, wenn man Sie mit der Realität konfrontiert. *(Abg Mag Franz KARL: Also, nervös sind wir nicht! - Abg Dr Matthias Tschirf: Der sozialdemokratische Minister Scharping hat zum Beispiel als Erster NATO-Truppen ins Ausland geschickt!)* Ich glaube, ich habe die letzte Zeit verschlafen. Ich kann mich nicht an einen österreichischen Minister namens Scharping erinnern. Aber vielleicht habe ich irgendetwas in der letzten Zeit versäumt. *(Abg Mag Franz KARL: Nein, es geht um die Internationale! Die spielt nämlich eine große Rolle!)*

Im Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft wird immer wieder erwähnt, wie wichtig die Integration vor allem ausländischer Kinder ist. Was wird die Kinder in Zukunft erwarten? - In den Klassen soll der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf im Bereich der sprachlichen und soziokulturellen Integration einen Richtwert von einem Drittel nicht überschreiten. Wenn in irgendeiner Klasse dieser Richtwert überschritten wird - egal von welcher Nation -, dann müssen die Kinder quer durch Wien auf die verschiedenen Bezirke aufgeteilt werden. Ich halte das für außerordentlich kinderfeindlich! So etwas hat es zu anderen Zeiten, nämlich noch zu Zeiten der Diskriminierung der Schwarzen, in Amerika gegeben. Wahrscheinlich hat Ihr Parteiführer dort die Geschichte falsch gelesen! So etwas hat es nämlich gegeben! Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass man die Kinder in Wien herumschiebt, von einem Bezirk in den nächsten. Das halte ich für unpädagogisch, für unsensibel und für wirklich kinderfeindlich! *(Beifall bei der SPÖ. - Abg Dr Herbert Madejski: Das Gegenteil ist der Fall!)*

Ich will mir die anderen Kapitel im Detail ersparen, aber dass man die Kinder und Jugendlichen, wenn sie später einmal arbeitslos sein sollten, für eine gemeinnützige Pflichtarbeit - gemäß einem Berliner Modell für Langzeitarbeitslose - heranzieht, ist, so denke ich mir, eine schallende Ohrfeige ins Gesicht von Sozialarbeitern, die - wie Sie als Politikerinnen und Politiker - wissen, dass man diese Sozialarbeit lange lernen muss, damit man sie ordentlich durchführen kann. Dies zeigt jede Desensibilisierung für die wirklichen Probleme in unserem Lande. Nicht Worte, sondern Taten sollen sprechen.

Ich erinnere nur kurz daran, dass es eine große Auseinandersetzung im 5. Bezirk gab, wo die Freiheitliche Partei vehement Hausbewohner unterstützt hat, die gegen den Lärm, der von Kindern aus einem Kindergarten gekommen ist, aufgetreten sind. Wenn das Ihre Kinderfreundlichkeit ist, dann frage ich mich, was Sie anstatt schöner Sonntagsreden sonst noch alles im Köcher haben.

Als sozialdemokratische Fraktion sind wir auf jeden Fall gegen unsoziale, unausgewogene und ungerechte Ideen und Gesetze. Wenn Sie hier Sonntagsreden halten, dass Sie sich von jeglicher extremen Weltanschauung distanzieren, so möchte ich Sie nur mit den Fakten konfrontieren. Der Klagenfurter VBgm Gaugg definiert 1993 den Begriff "Nazi" als "neu, attraktiv, zielstrebig und ideenreich". *(StR Karin Landauer: Ich habe geglaubt, wir diskutieren über die Kinder- und Jugendanwaltschaft!)* In so einer ideologischen Rahmenbedingung wollen Sie die Kinder und Jugendlichen groß werden lassen!

Der Herr Haider ist nicht alleine. In der FPÖ gibt es eine Reihe von Mitgliedern, die nachweislich rechtsextremes Gedankengut verbreiten. Der Herr Haider hat am 5.10.1990 darauf hingewiesen, dass "nicht die braune Brut in Gefahr ist, sondern das rote Ge-

sindel" - Zitat vom "Standard". (StR Karin Landauer: *Gott sei Dank haben wir jetzt einen Klima-Wechsel!*) "Rote und schwarze Filzläuse, die mit Blausäure bekämpft werden sollen" - "profil" vom 25.4.1994. (StR Karin Landauer: *Was hat denn das mit dem Kinder- und Jugendanwaltschaftsbericht zu tun?*) "Die Sozialpartnerschaft muss aus ihren bisherigen Funktionen ausgeschaltet werden." - "profil", 25.4.1994. (Abg Susanne Kovacic: *Wollen Sie sich noch ernst nehmen?*)

Ich bin sicher, dass die Gewerkschaften viele Punkte in diesem Programm finden werden, die absolut arbeitnehmerfeindlich sind (Abg Dr Herbert Madejski: *Die müssen Sie aber erst suchen!*), die jetzt genau das umsetzen, was Ihr Führer seit Jahren und Jahrzehnten angekündigt hat. Ich freue mich jetzt schon auf die politische Herausforderung, mit Ihnen darüber diskutieren zu können.

Im Jahr 1990 hat Haider in der "Presse" gesagt: "Bundeskanzler und Vizekanzler sollte man verpacken und zum Müll werfen." (StR Karin Landauer: *Hören Sie, wir sind beim Kinder- und Jugendanwaltschaftsbericht!*) *

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Frau Kollegin, Tagesordnungspunkt ist der Kinder- und Jugendanwaltschaftsbericht, nicht Zitate von Kärntner Abgeordneten und Landeshauptleuten, bitte sehr! (Abg Josefa Tomsik: *Es gehört schon dazu, was Kinder lernen! Das gehört sehr dazu, Frau Kollegin! Was Kinder lernen!*)

Abg Martina Malyar (fortsetzend): Ja, gerne.

Im Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft wird mehrmals, Frau Präsidentin, darauf hingewiesen, dass die Gewalt bei den Kindern und Jugendlichen durchaus zunimmt und ernst zu nehmen ist. (StR Karin Landauer: *Ihre Linksextremisten haben das Burgtheater besetzt! Darauf können Sie stolz sein!*) Mit meiner Wortmeldung und mit meiner freien Meinungsäußerung wollte ich eigentlich dokumentieren, dass politisch dieser Boden für Gewalt und für Rechtsextremismus hier in Österreich durch Zitate von Textpassagen der Freiheitlichen Partei eindeutig nachzuweisen ist. (StR Karin Landauer: *Sie können wirklich stolz darauf sein, dass Ihre Linksextremisten das Burgtheater besetzt haben!*) Wenn diese die Wahrheit nicht ertragen kann, dann kann ich nur empfehlen, dass Sie sich das in einer stillen Minute durchlesen. Wir jedenfalls lehnen diese Geisteshaltung ab! Sie widerspricht unserem Menschenbild! (Beifall bei der SPÖ. - StR Karin Landauer: *Die Sozialistische Jugend hat zur Burgtheaterbesetzung aufgerufen! Ich glaube, Sie wissen nicht, was Sie sagen!*)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nur der Anfang, die Ouvertüre von heute. Meine Partei und ich freuen uns schon auf weitere politische Auseinandersetzungen und Diskussionen. Ich weiß nicht, wen Herr Dr Haider mit "Bundeskanzler und Vizekanzler" gemeint hat. Es stehen keine Namen dabei. Die Frage ist, ob er noch immer zu dieser Textpassage

steht oder er das auf andere Personen zurechtgemünzt hat. Die Sonntagsrede, dass Sie sich vom Rechtsextremismus distanzieren, nehme ich Ihnen jedenfalls nicht ab! (StR Karin Landauer: *Wir nehmen Ihnen Ihre Rede auch nicht ab! Wer hat denn das Burgtheater besetzt?*) Sie können uns allerdings mit Ihren Taten und Worten in Zukunft vom Gegenteil überzeugen. (StR Karin Landauer: *Es ist ja völlig absurd, was Sie da daherreden!*) Bei dieser geistigen Hemisphäre, in die wir unsere Kinder und Jugendlichen in den nächsten Jahren bringen werden, solange Sie dieses Land regieren werden, kann ich eigentlich für die Jugend nur schwarz sehen! (Abg Dr Elisabeth Neck-Schaukowitsch: *Schwarz-blau!*) Schwarz-blau sehen! Es ist eine sehr schwarze Zukunft, die ich im Moment vor mir sehe. Um kurz mit Hans-Peter Heinzl's Worten zu sprechen: "Gute Nacht, Österreich!" (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Schwarz-Klement zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Brigitte Schwarz-Klement (FPÖ): Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Geschätzte Jugendanwaltschaft! Meine Damen und Herren!

Eigentlich muss ich sagen, ist es müßig, auf diese Rede jetzt zu replizieren. (Abg Josefa Tomsik: *Das können Sie auch gar nicht!*) Dieser Machtverlust muss für Sie sehr schmerzhaft sein! (Abg Harry Kopietz: *Meine Schmerzen halten sich in Grenzen!*) Es ist traurig, was für ein Schauspiel Sie hier abgeben! Eigentlich tut es mir direkt Leid, dass nicht mehr Publikum hier ist, das Ihre Schmerzen mit Tränen beweint! (Beifall bei der FPÖ.)

Ich habe so viel Unsinn - wie jetzt von der Kollegin - auf einem Haufen noch nie gehört! (Abg Godwin Schuster: *Oh doch, von Ihnen!*) Wir wissen alle, unser Bildungsniveau ist ziemlich weit unten, aber, Frau Kollegin Malyar, dass Sie nicht lesen können, das muss ich schon Ihnen überlassen, denn ich kann mir nicht vorstellen, wo Sie gelesen haben, dass wir Kinder und Jugendliche zur Sozialarbeit heranziehen wollen! So einen Unsinn habe ich mein Leben lang noch nicht gehört, nicht gesehen und schon gar nicht irgendwo geschrieben gesehen! (Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte aber jetzt zum Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft kommen, der uns seit einigen Tagen, besser gesagt, seit einigen Wochen, vorliegt und heute hier diskutiert werden soll. Aber eigentlich kommt immer wieder etwas anderes. Ich habe jedoch diesen Tagesordnungspunkt zum Anlass genommen, das Gesetz, mit dem das Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz 1990 geändert wird, wieder einmal genau durchzulesen und bin mir sicher, dass dieses Gesetz, das die Aufgaben der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft genau definiert, nicht Ihnen allen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Wiener Landtags, geläufig ist.

Daher möchte ich es Ihnen nicht länger vorenthal-

ten und zitiere das Landesgesetzblatt für Wien, Jahrgang 1994, ausgegeben am 8. Februar 1994. Darin steht: "Der Wiener Landtag hat beschlossen: Das Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz 1990, LGBl für Wien Nr. 36/1990, wird wie folgt geändert." - Dann kommen einige ganz bestimmte Passagen, die ich jetzt auslasse und der Punkt 3 besagt: "Die Stelle der Kinder- und Jugendanwälte ist öffentlich auszuschreiben. Der für Jugendwohlfahrt zuständige Ausschuss des Gemeinderats hat sämtliche Kandidaten, die sich auf Grund der öffentlichen Ausschreibung beworben haben, anzuhören und die sechs geeigneten Kandidaten, drei weibliche und drei männliche, dem zuständigen amtsführenden Stadtrat vorzuschlagen. Die Kinder- und Jugendanwälte werden auf Vorschlag des zuständigen amtsführenden Stadtrats von der Landesregierung jeweils auf die Dauer von fünf Jahren bestellt." - Dann kommen die Passagen, wie man dieser Stelle verlustig werden kann, und im Punkt 6 heißt es: "Den Kinder- und Jugendanwälten kommen insbesondere folgende Aufgaben zu: Erstens. Die Beratung von Minderjährigen, Erziehungsberechtigten und gesetzlichen Vertretern in allen Angelegenheiten, die die Stellung des Minderjährigen und die Aufgaben des Erziehungsberechtigten betreffen; zweitens die Vermittlung bei Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen über Pflege und Erziehung; drittens die Aufgabe von Empfehlungen, soweit sie sich auf die Interessen von Kindern und Jugendlichen beziehen; viertens die Begutachtung und Anregung von Gesetzesbestimmungen und Verordnungen, soweit Interessen von Kindern und Jugendlichen berührt werden; fünftens die Informationen über die Rechte und Pflichten und über die Interessen von Kindern und Jugendlichen sowie die Aufgaben der Kinder- und Jugendanwaltschaft; sechstens die Kinder- und Jugendanwaltschaft hat der Landesregierung bei Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich, über ihre Tätigkeit und die dabei gesammelten Erfahrungen zu berichten. Die Landesregierung hat diesen Tätigkeitsbericht dem Landtag vorzulegen."

Es geht dann noch weiter. Unterschrieben ist das Ganze von Herrn Lhptm Dr Zilk und vom LADior Bandion.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wäre die Angelegenheit nicht so ernst, könnte man jetzt scherzhaft meinen, dass dieses Landesgesetzblatt aus dem vorigen Jahrhundert stammt. Tatsache ist aber, dass die Installierung der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien gerade einmal sechs Jahre alt ist. Das heißt, sie ist schulreif geworden, ein Zeitpunkt, zu dem die Lernfähigkeit am größten sein soll. Das, sehr geehrte Damen und Herren, lässt mich hoffen, dass die Kinder- und Jugendanwaltschaft in Zukunft weniger politisch agiert und sich wieder mehr ihrer eigentlichen Aufgaben besinnt. Das heißt aber auch, dass sie sich wieder vermehrt um die Anliegen und Probleme unserer Kinder und Jugendlichen annimmt, denn

davon haben wir sicherlich genug.

In der Theorie sind die Kinder unsere erklärten Lieblinge. Das Herz der Sozialdemokratie schlägt für Kinder und Familien, aber sichtlich nur vor laufenden Kameras. Denn viele junge Paare fragen sich, ob sie sich Kinder heutzutage noch leisten können. Familienpolitik hatte bis heute, 12.00 Uhr, beschämend wenig für Familien übrig, sie hat die Familien sogar zu Bittstellern degradiert. Die Familienpolitik wurde gegen Wirtschaftspolitik und längst überfällige Budgetsanierungen ausgespielt. Langfristige Absicherungen von Familien waren nicht gefragt.

Sehr geehrte Damen und Herren der SPÖ! Eine Als-ob-Familienpolitik hat nicht die Zukunft im Blick und damit kein Herz für Kinder! Familienpolitik soll und muss vielmehr eine einzigartige zentrale Rolle einnehmen und Impulse und Forderungen an alle anderen politischen Bereiche richten. Wir Freiheitliche werden dafür sorgen, dass Sie endlich erkennen, dass die Kinder es sind, die unser Land am Leben erhalten und die Gesellschaft bereichern, dass sie die besten Zukunftsinvestitionen sind. Ich lege dies Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der Kinder- und Jugendanwaltschaft, dringlichst ans Herz.

Eigentlich wollte ich Ihnen jetzt das Vorwort zu diesem Bericht vorlesen. Ich glaube aber, es wird zu lange. Ich möchte Ihnen trotzdem empfehlen, es zu lesen, es ist nämlich ein schönes Vorwort und ich möchte es nicht weiter kommentieren. Nur, sehr geehrte Damen und Herren, die Realität sieht in Wirklichkeit anders aus. Fast täglich - und das schon seit Jahren - finden wir in den Zeitungen wahre Horrormeldungen über Gewalt unter Jugendlichen.

"Wie ein Flächenbrand: Die Saat der Gewalt" - tituliert eine Zeitung die Zustände und Vorkommnisse an einzelnen Schulen. Auch hier möchte ich Ihnen nicht den ganzen Artikel, sondern nur ein Stück daraus vorlesen: "Wie ein Flächenbrand: Die Saat der Gewalt: Attacken mit Springmessern, auf wehrlose Gegner eintreten mit Eisen an den Schuhen. An vielen Schulen ist Krieg. Gewalt ist die schrecklichste Kinderkrankheit dieser Generation. Sie gedeiht in einem Klima der Gewalt, das wir geschaffen haben." (Abg Renate Winklbauer: Ja, das ist es! Sie haben es geschaffen!)

Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen das ganz genau vorlesen. Darin wird nämlich genau auf Ihre Problematik und auf Ihre Versäumnisse hingewiesen. (Abg Kurt Wagner: Komischerweise sagt das etwas ganz anderes aus!) Das ist eine Zeitung aus dem vergangenen Jahr. (LhptmSt Grete Laska: Sie haben eh "wir" gesagt!)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Bitte setzen Sie fort.

Abg Brigitte Schwarz-Klement (fortsetzend): Ich habe gerade gesagt, das ist eine Zeitung aus dem vergangenen Jahr. Aber die Gewaltbereitschaft an unseren Schulen wird deswegen nicht geringer. Vielmehr ist sie im Steigen begriffen. Die Gewalttäter

werden immer jünger, wie erst gestern ein Bericht in einer Wiener Tageszeitung beweist. Ich zitiere: "Neunjähriger wurde in Wien von Klassenkameraden verletzt: Streit um Jausenbrot, Schüler mit Schere ins Auge gestochen. Ein Streit um ein Jausenbrot in einer Volksschule in Wien-Hietzing hätte einem Neunjährigen beinahe das Augenlicht gekostet. Ein Klassenkamerad attackierte den Buben mit einer Schere und verletzte ihn im Gesicht. Der Streit eskalierte zwischen den Kindern und als sich der eine weigerte, seinem Kontrahenten das Jausenbrot zu geben, warf der andere mit einer Schere nach dem Buben und traf ihn am Augenlid. Blutend brach dieser Schüler zusammen." - Zitat Ende.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage Sie nun, woran es liegt, dass unsere Jugendlichen, aber auch schon unsere Kleinen, derartige Gewaltbereitschaft zeigen und selbst die Schule keinen Einhalt mehr bieten kann. Denken wir doch einmal an unsere Kindheit, an unsere Jugend zurück, denken wir an unsere Schulzeit zurück. War es damals nicht selbstverständlich, dass die Schule und der qualifizierte Lehrkörper sehr wohl einen Beitrag zur Erziehung der Schüler geleistet haben?

Dass heute Bildung und Erziehung harmonisch ineinander greifen sollen, darüber, glaube ich, sind wir uns alle einig. Verantwortungsvoll sprechen wir aus, dass Schüler fürs Leben lernen. Das kann aber nur heißen, dass wir den erzieherischen Teil als verantwortungsvolle Lehrer nicht allein den Eltern überlassen und umgekehrt. Die Tatsache, dass sich das Wiener Schulwesen seit Jahrzehnten in den Händen einer Partei befindet, ist nicht ohne Folgen geblieben. Traurigerweise müssen wir feststellen, dass unsere Erziehungskultur am moralischen Tiefpunkt angekommen ist! (*Abg Inge Zankl: Siehe Haider!*) Das deshalb, weil der sozialistische linke Einfluss bürgerliche Werte - dazu gehört nun einmal auch die Erziehung - zerstört hat, und zwar grenzenlos! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Freiheit kann nicht grenzenlos sein. Heute haben wir mit den Problemen einer desorientierten und durch grenzenlose Freiheit fehlgeleitenden Jugend leider zu kämpfen. Wenn Wertbegriffe wie Rechte und Pflichten deutlich an Unschärfe zugenommen haben, wenn sich heute Lehrer zwar für gerechte, aber strenge Beurteilung beziehungsweise Noten rechtfertigen müssen, dann ist bei vielen meiner Kolleginnen und Kollegen im Laufe der Zeit der Idealismus der stillen Resignation gewichen. Sehr geehrte Damen und Herren, meinen Sie nicht auch, dass da irgendetwas faul ist? - Gesunkenes Bildungsniveau, dafür aber steigende Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen, spricht, glaube ich, Bände.

Die Jugendkriminalität wird immer härter. Ich zitiere aus einer Tageszeitung vom Montag, dem 10. Jänner 2000. Darin steht: "Neue Strategien gegen Jugendbanden: Kinder - Opfer von Gewalt und Erpressung in Parkanlagen, Spielplatzterroristen im-

mer brutaler, Stänkereien, Erpressung, offene Gewalt: Neuerdings scheint es auf unseren Schulspielplätzen wie im Wilden Westen zuzugehen. Bevor die Jugendlichen auch hier zu Lande aufeinander losgehen, sind gute Ideen gefragt, und es ist nicht immer nur der Ruf nach der Polizei, um Konflikte aus der Welt zu schaffen" - da wird wieder ein Beispiel angeführt -, "obwohl manchen Eltern bisweilen wirklich nichts anderes übrig bleibt, als die Exekutive zu alarmieren, so wie jenem Vater eines 8-jährigen türkischen Buben in Wien, der feststellte, dass aus der Familienkassa rund 25 000 S fehlen. Als er den Sohn zur Rede stellte, weinte der Kleine bitterlich und erzählte von seinem Martyrium durch zwei ältere Spielplatzgänger, die ihn seit Jahren bedrohten und schlügen, wenn sie Geld benötigten. Der 14-Jährige und der 17-Jährige wurden - so der Sicherheitsreferent von Wien-Meidling - festgenommen und wegen des Verdachts auf Erpressung ins Jugendstrafgericht eingeliefert."

Dann wird noch ein weiterer Fall geschildert: "Besonders tragisch endete das Duell zweier Anführer verschiedener Banden im Matzner Park in Wien-Penzing. Bei der Auseinandersetzung stach einer den anderen auf dem Fußballplatz nieder. Heute, Montag, beginnt im Landesgericht der Mordprozess." - Zitat Ende.

Sehr geehrte Damen und Herren! Solche Berichte über Kinder und Jugendliche - seien es jetzt Opfer oder seien es Täter - erschüttern und deprimieren mich zutiefst. Ob Sie es glauben oder nicht, ich bin trotzdem seit heute 12.00 Uhr guten Mutes und ich spreche jetzt ganz bewusst von einer Zweiklassengesellschaft in diesem Land, nämlich von der einen, die sich für ihr Tun und Handeln in der Vergangenheit immer aus der Verantwortung stehlen durfte, und von der anderen, von uns Freiheitlichen, nämlich der Klasse, die jederzeit für ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegt (*Aufregung bei der SPÖ.*) und daher alles daransetzt, dass in der Zukunft bürgerliche Werte wie Erziehung und Moral wieder jenen Stellenwert bekommen (*Abg Godwin Schuster: Frau Präsidentin, bitte!*), damit eine fröhliche, höfliche, gebildete, aber auch wohlerzogene Jugend von heute die stadtragenden Bürger von morgen werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg LUDWIG gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Martina LUDWIG (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Sehr geehrte Kinder- und Jugendanwälte! Meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Schwarz-Klement, ich weiß nicht, ob Ihre Kolleginnen und Kollegen Ihnen das verzeihen werden, wenn sie das, was Frau Kollegin Malyar hier gesprochen hat, als Unsinn bezeichnen, weil Kollegin Malyar hat eigentlich nur die Aussagen Ihrer Kolleginnen und Kollegen zitiert! Die haben Sie anscheinend

nervös gemacht! Wenn Sie das als Unsinn bezeichnen (*Abg Brigitte Schwarz-Klement: Aber als gewaltigen Unsinn!*), ist das Ihr Problem, aber sie hat nicht mehr gemacht, als zu zitieren!

Sie können weder hier im Saale, noch in Wien, noch in Österreich, selbst bis in die USA, nicht mehr bluffen, weil selbst bis in die USA weiß man, was Ihre Partei nicht nur in der Vergangenheit von sich gegeben hat, sondern gerade auch in jüngster Zeit von sich gibt. Das wird Ihnen auch übel genommen, und zwar nicht deshalb, weil man eine andere politische Meinung hat, weil es einen anderen ideologischen Hintergrund gibt, sondern deshalb, weil es einerseits an die furchtbarste Zeit zurückerinnert und andererseits allgemein gültige und anerkannte Menschenrechte in Frage stellt. Das nimmt man Ihnen übel, nicht nur in diesem Saale, sondern bis hinaus in andere Kontinente. Das ist ein Problem, das leider nicht nur das Problem Ihrer Partei, sondern mittlerweile auch das Problem dieser Republik ist.

Wenn Sie von Gewalt reden, dann stimmt es, Gewalt kann auch die Sprache sein und ist Saat von Gewalt. Wenn ich mir diese Zitate hier angehört habe oder wenn ich mir den Wahlkampf Ihrer Wiener Organisation wieder in Erinnerung rufe, dann denke ich mir, dass auch so eine Sprache Saat sein und dazu beitragen kann, dass Menschen nicht miteinander reden, sondern aufgehetzt durch Rednerinnen und Redner Ihrer Partei auf andere Mittel zurückgreifen.

Ich muss Ihnen sagen, ich selbst war auf der PädAk und habe dort studiert, aber das, was Sie gerade - und zwar als Lehrerin im 21. Jahrhundert - als Ihre Vorstellung vom Lehrerinnen- und Lehrerdasein geschildert haben, nämlich zu glauben, dass man mit Law-and-order-Politik in Schulklassen junge Menschen dazu bringen kann, dass sie sich ordentlich verhalten, möchte ich nicht länger kommentieren. Ich habe eigentlich geglaubt, dass das im letzten Jahrhundert - kann man jetzt schon sagen - abgelegt worden ist, aber nicht dass ich das im 21. Jahrhundert hier im Wiener Landtag von einer Abgeordneten noch hören muss! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Jetzt möchte ich eigentlich zum Bericht kommen. Ich möchte auch persönlich - das haben zwar alle gesagt, aber ich möchte es auch sagen, weil ich es für ganz wichtig halte - den Kinder- und Jugendanwältinnen und vor allem ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein herzliches Dankeschön aussprechen, nicht nur für diesen ganz tollen Bericht, den wir hier haben und über den wir heute diskutieren, sondern vor allem für ihr Engagement, nicht nur in der so genannten Einzelfallhilfe, sondern auch im Input, im Anstoßgeben für neue Entwicklungen, für neue Ideen, die die Politik manchmal ganz notwendig hat. Gerade da haben Sie im letzten Jahr sehr viele Initiativen gesetzt. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken!

Ich möchte auch gleich auf einen ganz konkreten

Punkt eingehen. Das ist der Themenbereich "Partizipation von jungen Menschen, von Kindern und Jugendlichen in dieser Stadt und in diesem Land". Politik und die gesamte Lebensweise wird von Erwachsenen gemacht. Fast alle Entscheidungen - man müsste sie durchgehen, aber ich denke, fast alle Entscheidungen -, die diese Erwachsenen treffen, treffen auch Kinder und Jugendliche, die eigentlich gar nichts beziehungsweise sehr wenig im Vorfeld mitzureden haben und mitreden können. Ich denke - so beschreiben Sie das auch -, gerade die Kreativität und die Fantasie von jungen Menschen, von Kindern, auch deren Elan, sind für uns, für die Gesellschaft und vor allem für die Weiterentwicklung dieser Gesellschaft, sehr wichtig und sehr kostbar. Jugendliche und Kinder stellen vieles in Frage, wofür die Erwachsenenwelt oft schon blind ist.

Mir geht es um die Weiterentwicklung in dieser Demokratie, in der wir leben, was für mich bedeutet, dass wir darauf schauen sollten, dass immer mehr Menschen - ob groß oder klein - die Möglichkeit haben, letztendlich politische Entscheidungen mitzutreffen beziehungsweise mitreden zu können. Was kann die Politik da tun? - Die Politik muss sich Kindern und Jugendlichen öffnen. Auch das schreiben Sie in Ihrem Bericht. Die Frage ist nun, was das konkret heißt, weil diese Grundsätze geben gerade wir Politikerinnen und Politiker sehr oft und sehr gerne von uns. Die Frage ist: Was heißt es konkret, wenn sich die Politik öffnen soll?

Die erste und sehr schnelle Antwort, die heute schon vielen eingefallen ist, ist Wahlaltersenkung einerseits beziehungsweise Senkung des Alters für Jugendliche, um bei Volksabstimmungen und Volksbefragungen mitmachen zu können. Auch ich bin sehr dafür, dass wir einen sehr breiten Diskussionsprozess zu dem Thema beginnen. Ich möchte meine persönliche Meinung nicht verschweigen, auch ich würde eine Wahlaltersenkung auf 16 Jahre begrüßen, aber ich bin ebenso davon überzeugt, dass allein diese Senkung des Wahlalters, das heißt, diese bloß formale Beteiligungschance, nicht die Lösung sein kann, vor allem für die Anliegen, welche Kinder und Jugendliche sehr oft äußern, nämlich konkrete Mitsprache- und Mitmachmöglichkeit, besonders in Bereichen, die sie konkret betreffen.

Auch ich weiß aus vielen Gesprächen und Diskussionen - gerade mit Kindern und Jugendlichen -, dass die Senkung des Wahlalters nicht Punkt Nummer eins auf ihrer persönlichen Wunschliste ist, wenn es um Mitsprache- und Mitmachmöglichkeiten geht. Das heißt, es geht um Mitsprache- und Mitmachmöglichkeiten in ihrem ganz unmittelbaren Lebensbereich. Ich denke mir, die Kommunalpolitik ist sehr stark gefordert, sozusagen ganz konkrete und ehrliche Mitsprache- und Mitmachmöglichkeiten zu geben. Wir haben sehr viele Anhaltspunkte und ich denke auch, dass es sicherlich nicht so sein kann, dass man bei einer Sache einlädt, wo sie ein bisschen mitsprechen und

mitreden können, aber dann vergessen wir es wieder, sondern dass wir sie konkret im Bezirk, vor Ort, einbeziehen und mitentscheiden lassen können.

Es gibt bereits Modelle in Wiener Bezirken, wo versucht wird, Kinder und Jugendliche vor allem auf Bezirksebene mitreden zu lassen. Das sollten wir sehr ausbauen. Aber auch - ich denke mir, das muss im Vorfeld sein, bevor Wahlaltersenkungen und Ähnliches eingeführt werden sollten - die wirkliche Vorbereitung auf demokratische Entscheidungsprozesse halte ich für wichtig. Ein Punkt könnte beispielsweise die Einführung der politischen Bildung ab der 5. Schulstufe als Pflichtfach sein, aber da gibt es sicherlich noch sehr viele andere Möglichkeiten. Nichtsdestotrotz glaube ich, dass der Themenbereich "Partizipation von jungen Menschen, Wahlaltersenkung" einen offenen Diskussionsprozess benötigt. Ich denke, dass wir sicherlich zu sehr interessanten und fruchtbaren Diskussionen in der nächsten Zeit kommen werden.

Ein zweiter Punkt, der im Bericht enthalten ist, der heute schon kurz angesprochen wurde, mir persönlich sehr wichtig ist und eine Initiative im letzten Jahr war, die vor allem für die betroffenen Kinder ganz wichtig ist, ist das so genannte SOFHI, nämlich die Soforthilfe bei Gewalt, die einerseits die Clearingstelle umfasst, das heißt, umfassende Information sofort gibt, wenn sie gebraucht wird, und andererseits kostenlose AnwältInnen für jene zur Verfügung stellt, die sich keine leisten können, und weiters kostenlose Therapiemöglichkeit, und zwar sehr rasch, anbietet.

Gerade ich - Sie wissen, dass ich auch in der Frauenhausbewegung engagiert bin - weiß, dass das oft ein ganz großes Problem ist, diese rasche und kostenlose Unterstützung sowohl bei Anwaltskosten als auch bei Therapiekosten. Das war bisher wirklich ein ganz großes Problem. Ich denke mir, mit der Initiative der Kinder- und Jugendanwaltschaft konnte hier konkret angesetzt werden, bedanke mich ganz herzlich für diese Initiative und hoffe, dass wir gemeinsam noch viele finden, die diesen Fonds unterstützen.

Als dritten Bereich - auch er wird im Bericht kurz angemerkt - möchte ich einen sehr aktuellen Themenbereich ansprechen, der sich auch im Regierungsprogramm der Parteien ÖVP und FPÖ wiederfindet, und zwar leider in einer Form, wo ich meine, dass das die Rechte der Kinder nicht ausbaut, sondern ganz das Gegenteil passiert. Dies ist ein sehr gefährlicher Bereich. Ich spreche die gemeinsame Obsorge an.

Kinder leben ohnedies in einer sehr schwierigen Situation, wenn sich Eltern trennen, wenn sich Eltern scheiden lassen wollen. Das, was jetzt in diesem Regierungsprogramm beinhaltet ist, nämlich das Recht auf gemeinsame Obsorge ohne der so genannten Abkühlphase, das heißt, das sofortige Recht, nach einer Trennung gemeinsame Obsorge beantragen zu können, halte ich für ein ganz großes Problem,

was die Problemstellungen, die Kinder und Jugendliche in Trennungssituationen jetzt schon haben, drastisch verschärft wird. Aus vielen Gesprächen mit AnwältInnen und ExpertInnen wissen wir, wie bei Trennungssituationen von einzelnen Elternteilen Druck gemacht wird, nämlich auf den anderen im Bereich von Trennung, im Bereich von Scheidung, und zwar, was das Kind betrifft, auch mit der Drohung, gemeinsame Obsorge zu beantragen. Ich empfehle Ihnen in diesem Zusammenhang die Seite 47 im vorliegenden Bericht. Diejenigen, die bei diesem Problembereich oft übrig bleiben, sind die Kinder.

Kinder brauchen gerade in diesem Moment ganz klare Orientierung. Sie müssen sich irgendwo anhalten, orientieren können. Dort, wo es keine Probleme gibt, wo sich Vater und Mutter gemeinsam um das Kind kümmern wollen, was auch heißt, dass sie Zeit mit diesem Kind verbringen, dass sie gemeinsam in Gesprächen entscheiden, welche Schule das Kind besucht oder auch andere Dinge, wo sie gemeinsam das Kind betreuen und erziehen, können sie das ohnehin schon jetzt tun. Das funktioniert auch. Auch ich kenne viele, wo das funktioniert, aber dort gab es auch keine größeren Probleme. Dort gab es keine Probleme. Die können das jetzt schon tun.

Dort, wo es nicht funktioniert, wo es Probleme bei Trennungen, bei Scheidungen gibt, wo es diese problematische Situation für Kinder gibt, dort können sie das jetzt nicht - das stimmt -, dort werden sie das aber auch bei der gemeinsamen Obsorge nicht können. Wer darunter leidet, ist das Kind. Also, das, was hier geplant wird - und zwar sofort, ohne diese berühmte Abkühlphase -, ist nicht im Sinne der Kinder und vergrößert nicht die Rechte der Kinder, sondern das sind ganz klare Interessen, die nur Erwachsenen dienen, ich füge noch hinzu, in der Mehrzahl der Fälle auch Vätern. Es hat sich nicht ohne Zufall eine Initiative von Vätern gegründet, die sozusagen keinesfalls Kinderrechte ausbaut, sondern das Leben für Kinder in derartigen schwierigen Situationen, wo ich große Probleme schon jetzt sehe, drastisch verschärft wird.

Ich hoffe, dass hier auf Grund von vielen Gesprächen mit Experten vielleicht doch noch überlegt wird und die eine oder andere Abänderung in diesem Punkt getroffen werden kann, ansonsten fürchte ich ganz furchtbare Zustände in den Gerichtssälen, die auf den Rücken der Kinder ausgetragen werden.

Abschließend möchte ich nochmals der Kinder- und Jugendanwaltschaft für den Bericht danken, für ihre Arbeit danken, und hoffe, dass wir gemeinsam - beispielsweise im Bereich der Partizipation - gute neue Modelle für Wien entwickeln können. - Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Strache zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Heinz Christian **Strache** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann-vertreterin!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu den sozialistischen Vorrednern kann man eigentlich nur festhalten, dass sie heute eine absolute Themaverfehlung geleistet haben. Es ist natürlich verständlich, warum das so ist, denn der Abschied von der Macht tut weh und ist schmerzhaft. Genauso ist es auch verständlich, dass heute Abg Malyar, wie sie am Rednerpult war, ihre Rede missbraucht und nicht über die Jugendanwaltschaft, über den Tätigkeitsbericht, gesprochen hat. (*Abg Godwin Schuster: Glauben Sie nicht, dass das auch dazugehört?*) Sie hat ihre Rede missbraucht, wie letztlich ihre Fraktion in den letzten Jahren die Macht in diesem Staat missbraucht hat. Das tut natürlich weh. Da reagiert man halt so. Das ist natürlich für uns alle irgendwo auch verständlich. (*Abg Kurt Wagner: Missbraucht hat von uns überhaupt niemand etwas, Herr Abgeordneter!*) Auf der anderen Seite muss man festhalten, dass 38 Prozent der Jungwähler nicht umsonst uns gewählt haben, weil sie ganz einfach sehen konnten, dass Sie in den letzten 30 Jahren nicht wirklich etwas erreicht und umgesetzt haben.

Ich möchte aber jetzt trotzdem zum Kern des Themas kommen und das nicht so vollziehen, wie es die Vorredner der Sozialisten gemacht haben, nämlich die Rede zu missbrauchen, um auf andere Themen zu sprechen zu kommen.

Wir sind uns, glaube ich, alle darin einig, dass die Einrichtung der Kinder- und Jugendanwaltschaft wichtig, richtig und gut ist und dass die Kinder- und Jugendanwaltschaft selbstverständlich eine Lobby für unsere Kinder und Jugendlichen zu sein hat. Darin sind wir uns alle einig. Man muss aber trotzdem als Oppositionspartei festhalten, dass es gewisse Verhaltensweisen gegeben hat, die einfach kritisch zu betrachten sind.

Da hat es natürlich einige gegeben, denn zum Beispiel habe ich einen Pressedienst vor mir liegen, in dem damals die Jugendanwaltschaft zum Thema "Kindesmissbrauch" Stellung bezogen und ein neues Modell für die Tätertherapie vorgeschlagen hat. Dabei frage ich mich schon, warum man sich eigentlich nicht Sorgen um die betroffenen Kinder und Jugendlichen macht. Warum macht man sich von Seiten der Jugendanwaltschaft eigentlich Gedanken über die Tätertherapie? - Ich glaube, das ist nicht wirklich der Ansatzpunkt, den man verstehen kann. (*Abg Godwin Schuster: Sie sicher nicht!*) Eigentlich hätte sie für die Opfer da zu sein, nämlich für die Kinder und Jugendlichen, und sich nicht darüber Gedanken zu machen, wie erwachsene Täter zu behandeln sind. Das sind alles Dinge, die man nicht unbedingt verstehen kann und die man gerne erklärt haben würde.

Wir haben heute bereits von mehreren Rednern den Vorschlag gehört, das Wahlalter zu senken. Dazu gibt es auch den Vorschlag der Jugendanwaltschaft, das Wahlalter auf 14 Jahre zu senken. Das wird dahingehend argumentiert, dass der Beginn der Strafmündigkeit auch in ein Wahlrecht münden sollte.

Diesbezüglich muss man aber festhalten, dass die Strafmündigkeit bei einem 14-Jährigen einer Jugendstrafgesetzgebung entspricht und keine Erwachsenenstrafgesetzgebung ist, gerade beim jungen Menschen in der Phase vom 14. bis zum 18. Lebensjahr ein langsamer und wichtiger Prozess stattzufinden hat, nämlich in die Demokratie hineinzuwachsen, und auch in den Prozessen, die es heute schon gibt, wie Jugendparlament, Diskussionen und Schuldiskussionen, die Jugend ganz bewusst mit Politik in Kontakt gebracht wird, um ihr die Möglichkeit zu bieten, sich intensiv damit zu beschäftigen.

Ich bin aber auch felsenfest davon überzeugt, dass ein 14-Jähriger noch nicht die Möglichkeit hat, zu entscheiden, welche Partei für ihn die richtige ist, weil er einfach in diesem Prozess noch nicht so weit fortgeschritten ist, auch durch die Schule noch in gewisse Abhängigkeiten gebracht wird und dort manchmal dementsprechend eine politische Agitation gegenüber den Kindern und Jugendlichen vorhanden ist. Deshalb ist es so wichtig, dass gerade in dieser Phase des Prozesses die Jugendlichen sich auch nach der Schulzeit, im Leben draußen, in der Arbeit und im Bereich außerhalb der Schule, selbst entwickeln können, selbständig werden und in dieser Selbständigkeitswerdung erkennen, dass nicht all das, was man ihnen von Seiten der Lehrer vermittelt hat, richtig sein muss. Das ist eine Situation, die wachsen muss.

Es ist auch nicht die eigentliche Problematik der Jugendlichen. Ich habe das immer wieder bei den diversen Schuldiskussionen, die geführt worden sind, erlebt, wo auch Abg Jerusalem bei einer Diskussion dabei war und von vielen Schülern angesprochen worden ist, dass es gar nicht das Interesse der anwesenden Schüler sei, dass jetzt das Wahlalter für sie gesenkt wird und dass sie das auch nicht verstanden haben. Sie haben eher zum Ausdruck gebracht, dass sie von den Politikern erwarten, dass diese für sie da sind und endlich die Probleme, die es in ihrem Bereich gibt, lösen und umsetzen. Es war für mich durchaus interessant, dass gerade die 15-Jährigen und 16-Jährigen - die waren in dem Alter und auch älter - überhaupt keinen Bedarf verspürt haben, dass man das Wahlalter senkt.

Wir haben heute auch schon zum Thema "Gewalt in den Schulen" einiges gehört. Natürlich ist diese vorhanden und man kann sie nicht ausschweigen oder aussitzen. Da muss man reagieren und sich Gedanken darüber machen, warum die Gewalt an den Schulen vorhanden ist. Warum werden immer mehr Kinder und Jugendliche gewalttätig und das letztlich mit immer schlimmeren Methoden? - Man schreckt auch nicht mehr davor zurück, wenn das Opfer am Boden liegt und sich nicht mehr wehren kann, so wie das vielleicht früher noch der Fall war, sondern tritt dann erst recht noch einmal hin und versucht erst recht, das Opfer noch einmal zu verletzen. Da sind alles Dinge, wo man sich wirklich denken muss: Wo liegt das Problem oder wodurch entstand es? - Da

muss man sich Lösungsansätze überlegen, Hilfestellungen in psychologischer Richtung an den Schulen leisten und direkt an den Schulen Stellen einrichten, damit man dem entgegentreten kann.

Das ist letztlich heute schon angesprochen worden mit dem Soforthilfefonds, der für missbrauchte Kinder und natürlich für alle problematischen Fälle vorhanden sein soll. Das sind Ansätze, sage ich jetzt einmal, wo es gerade bei der Gewalt notwendig ist, dass sich die Jugendanwaltschaft meiner Meinung nach stärker einsetzt.

Ich habe eine Presseaussendung vor mir liegen, die ich noch ansprechen möchte, weil ich mir auch meine Gedanken darüber gemacht habe, wie sich damals die Jugendanwaltschaft über die Polizeiaktion in der Zohmannngasse zu Wort gemeldet hat. Zu verstehen ist in dieser Presseaussendung, wie fürchterlich diese Polizeiaktion war. Letztlich möchte ich anmerken, dass gerade die Jugendanwaltschaft - das könnte man gerade im Drogenbereich erwarten - auch die Betroffenen in Schutz zu nehmen hätte, sich eher Sorgen und Gedanken über die Jugendlichen und Kinder machen sollte, die mit Drogen in Kontakt geraten, und sich eigentlich gegen die Drogendealer aussprechen sollte. Da erwarte ich mir nicht, dass man in einem Pressedienst Stellung für die Herrschaften der Polizei bezieht, die gegen Drogendealer vorgehen und diese verhaften. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Da hätte ich mir vorstellen können, dass man klar und deutlich sagt, selbstverständlich ist es wünschenswert und richtig, dass die Polizei gegen Drogendealer vorgeht, weil es um den Schutz unserer Kinder und Jugendlichen geht und auch dieses Problem letztlich in der Stadt ein immer stärkeres wird, da immer mehr Kinder und Jugendliche, und zwar immer jüngere, zu Drogen greifen und sich die Probleme wahrscheinlich in den nächsten Jahren weiter verschärfen werden, weil man heute schon bei Umfragen und Gesprächen mit Jugendlichen merken kann, dass die Berührungsängste immer weiter sinken und auch die Aufklärung durch die Verharmlosung, die ich bereits das letzte Mal bei der Debatte schon kurz angesprochen habe, sehr niedrig ist, nämlich auch Verharmlosung von Seiten verantwortlicher Politiker, die in diesem Bereich immer wieder zu verstehen geben, dass diese weichen Drogen eigentlich nicht gefährlich, keine Einstiegsdrogen sind und nichts passieren kann, aber letztlich die Realität draußen leider Gottes doch anders aussieht. Da kann man eigentlich nur den Appell an alle richten, dass man dieses Drogenproblem als solches viel ernster nimmt und endlich auch den Ernst der Situation begreift.

Wir haben natürlich heute kurz das Jugendschutzgesetz angesprochen. Diesbezüglich kann ich immer wieder nur darauf aufmerksam machen, dass es - für all jene, die meinen, dass man die Selbständigkeit der Länder nicht aufheben soll - die Möglichkeit gibt, über ein zwischenstaatliches Abkommen ein einheitliches Jugendschutzgesetz in ganz Österreich

umzusetzen. Dabei braucht man auch nicht die Autonomie der Länder zu beschneiden. Man kann das sozusagen machen, indem sich die Länder zusammensetzen und sich darauf einigen, einen gemeinsamen Vorschlag österreichweit umsetzen, ohne die Autonomie in dem Fall aufzuheben. Das wäre sicherlich etwas Wichtiges, dass gerade das Jugendschutzgesetz endlich adaptiert, auf die heutige Zeit angepasst wird und dass man das dementsprechend österreichweit umsetzt, weil die Probleme in Österreich für Jugendliche überall die gleichen und nicht unterschiedlich zu betrachten sind.

Dann habe ich mir noch etwas aufgeschrieben, was ich der Kollegin Malyar auf Grund ihrer Wortmeldung, die sie vorher getätigt hat, sagen wollte. Ich habe hier ein Plakat zum Aufruf zur gestrigen Demonstration. Wie Sie wissen, hat es gestern eine Besetzung des Burgtheaters gegeben. Jetzt kann man natürlich auf dem Standpunkt stehen, das ist etwas Unterstützenswertes, dass sich die Sprache der Besetzung und letztlich die Sprache der Gewalt durchsetzt. Ich meine, dass das, was gestern in diesem Bereich stattgefunden hat, kein gutes Zeichen für unser Land war und Sie letztlich diesem Land keinen guten Dienst erweisen, indem Sie permanent Öl ins Feuer gießen, indem Sie permanent versuchen, in diesem Land eine demokratische Partei nicht so darzustellen, wie sie ist, nämlich zutiefst demokratisch (*Abg Harry Kopietz: Das hat die FPÖ in Kärnten schon längst getan!*), und dass Sie sich auch den Vorwurf gefallen lassen müssen, dass Sie unser Land in den letzten Wochen im Ausland schlecht gemacht haben, indem Sie selbst durch ein Eigeninteresse, Ihre Macht zu erhalten, auch in Kauf genommen haben, dass unser Land darunter leidet, indem Sie über die sozialistische Internationale ganz bewusst ein Stimmungsbild aufgebaut haben (*Abg Marco Smoliner: Das Stimmungsbild haben Sie schon selbst aufgebaut!*) und damit letztlich ganz bewusst in Kauf genommen haben, diesem Land einen Schaden zuzufügen. Das ist etwas, was die Bevölkerung durchschaut, nicht akzeptiert und auch nicht gutheißt! Die Bevölkerung erkennt das und wird Ihnen das sicherlich auch bei den kommenden Wahlen in Wien im Wahlergebnis präsentieren, dass sie es nicht gutheißt, wenn Parteien aus egoistischen Motiven ein gesamtes Land in den Schmutz ziehen, weil das ist letztlich passiert! Das wird sie nicht gutheißen und diese Rechnung wird Ihnen 2001 präsentiert werden! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Johann Römer: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Bevor ich der Berichterstatterin, Frau LhptmSt Laska, das Schlusswort erteile, darf ich die beiden Kinder- und Jugendanwälte, Frau Pinterits und Herrn Dr Schmid, ersuchen, ihre Stellungnahmen zum Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft vor dem Plenum abzugeben.

Ich erteile der Kinder- und Jugendanwältin Frau

Monika Pinterits das Wort.

Kinder- und Jugendanwältin Monika Pinterits: Herr Präsident! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine Damen und Herren!

Herzlichen Dank all jenen, die unseren Bericht gelobt haben und all jenen, die kritische, aber konstruktive Vorschläge gemacht haben. Die anderen, die unseren Bericht - ich weiß noch immer nicht, warum - abgelehnt haben, würde ich bitten, dass wir darüber diskutieren. Es ist ganz wichtig, dass wir alle kooperieren, damit es den Kindern und Jugendlichen immer besser geht, damit die Kinder und Jugendlichen immer mehr Rechte haben. Es ist wirklich sinnvoll, darüber zu diskutieren und nicht einmal im Jahr unterschiedliche Diskussionen zu führen. Ich denke mir, es kann zu unterschiedlichen Diskussionen kommen, keine Frage, wir sind gerne bereit dazu. Das ist das Erste.

Das Zweite ist, wir sehen uns selbstverständlich als Kinder- und Jugendanwälte, als LobbyistInnen für Kinder und Jugendliche. Es ist uns ein Anliegen, sie in allen Belangen zu vertreten. Um vertreten zu können und Diskussionen liefern zu können, die sinnvoll sind, ist es ganz wichtig, dass diese Diskussionen in einer Situation erfolgen, wo kein Rassismus und keine Intoleranz gedeihen können, sondern wo Menschenrechte und UN-Kinderrechte ein Thema sind. *(Beifall der Abg Josefa Tomsik.)*

Ich hoffe, wir werden alle in dieser Richtung miteinander arbeiten, zum Wohle unserer Kinder und unserer Jugendlichen in Wien. - Danke. *(Beifall bei der SPÖ, bei der ÖVP, beim Liberalen Forum und bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann Römer: Ich erteile nun Herrn Kinder- und Jugendantwalt Dr Schmid das Wort.

Kinder- und Jugendantwalt Dr Anton Schmid: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, dass ich ganz kurz zu einigen Punkten Stellung nehme, die heute in der Diskussion gefallen sind.

Bezüglich des Jugendschutzgesetzes darf ich sagen, dass wir in nächster Zukunft sehr wohl vorhaben, Jugendliche einzubinden. Es ist der Vorwurf erhoben worden, dass wir Jugendliche in die allererste Diskussion nicht eingebunden haben. Ich bin mir nicht sicher, ob Jugendliche einen guten Eindruck von dieser ersten juristischen Diskussion gehabt hätten, sondern sie sich nicht wieder gedacht hätten, da sitzen ein paar zusammen, die wahrscheinlich nicht viel Ahnung von uns haben. Leider wissen die Jugendlichen nicht, dass diese Dinge auch wichtig sind. Ich kann Ihnen aber garantieren, dass wir die Jugendlichen, wenn es wirklich um die Inhalte geht, sehr wohl einbinden.

Der zweite Punkt war, dass es in Wien geplant ist, dass das Fortgehen für Jugendliche am längsten sein soll. Meines Wissens nach ist zumindest in Salz-

burg eine ähnliche Situation bereits Gesetz, bei uns ist dies aber noch nicht ausdiskutiert. Ich bin mir jedoch sicher, dass die Jugendlichen unseren Vorschlag, den wir gemacht haben, weitaus stärker hinsetzen würden.

Der nächste Punkt ist die Harmonisierung des Jugendschutzgesetzes. Es wurde gesagt, dass unser Vorschlag bis zum Jahr 2005 ein utopischer ist, dass das nicht richtig ist. Ich bin im Jahr 1984 stellvertretender Landesjugendreferent geworden und bereits in diesem Jahr wurde österreichweit unter den Landesjugendreferenten diskutiert, dass die Harmonisierung Platz greifen sollte. Das nur dazu, wie lange solche Prozesse bei uns dauern.

Bezüglich der kinderfreundlichen Warteräume wurde gefragt, warum wir den komplizierten Weg über den Magistratsdirektor gehen. Wenn man sich das Budget der Kinder- und Jugendantwaltschaft anschaut, dann ist es ganz klar, dass wir nicht die finanziellen Mittel haben, um hier zu helfen. Daher brauchen wir die Unterstützung der Verwaltung, um die Warteräume in den Ämtern wesentlich kinderfreundlicher zu gestalten.

Die Reisestudie: Es wurde gefragt, warum wir den Markt beobachten. Ich bin froh, denn ich war selbst heuer wieder auf der Reisemesse und habe festgestellt, dass in den meisten Angeboten, die von den Reisebüros derzeit vorgelegt werden, bereits verstärkt auf Kinder- und Jugendfreundlichkeit sowie Familienfreundlichkeit Rücksicht genommen wird. Ich denke, dass wir hier einen großen Erfolg gehabt haben.

Es wurde mir vorgeworfen, dass ich Jugendliche im Stich lasse. Ich würde jetzt gerne die Tür aufmachen und alle Jugendlichen, die ich in diesen fünfzehn Jahren unterstützt habe, hereinlassen, um das Gegenteil zu beweisen. Wenn diese 20-Jährige sich von mir falsch verstanden oder nicht unterstützt gefühlt hat, tut es mir Leid. Ich stünde auch nicht an, wenn es falsch gewesen wäre, mich zu entschuldigen, aber ich bin sicher, dass ich nicht falsch gehandelt habe. Ich will nur den Fall nicht hier diskutieren.

Dann war der letzte Punkt, wozu ich etwas sagen will, warum wir die Tätertherapie unterstützen. Würden wir nicht die Tätertherapie unterstützen, dann würden diese Täter noch einmal und immer wieder zu Tätern werden. Daher ist es wichtig, dass wir uns die Tätertherapie ganz genau anschauen und darauf achten, dass da etwas weitergeht.

Weil es auch kurz angesprochen wurde, dass die Kinder- und Jugendantwälte Österreichs auch in Zukunft - so wie sie es bisher getan haben - tätig sein werden, kann ich Ihnen versichern, sehr geehrte Damen und Herren, so wie sie es bisher getan haben, werden sie auch in nächster Zukunft parteipolitisch unabhängig die Situation der Kinder und Jugendlichen in Österreich kommentieren. - Danke. *(Beifall bei der SPÖ, bei der ÖVP, beim Liberalen Forum und bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann Römer: Ich danke den beiden

Kinder- und Jugendanwälten für die Teilnahme an unserer Debatte und erteile der Frau Berichterstatterin das Schlusswort.

Berichterstatterin LhptmSt Grete Laska: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kinder- und Jugendanwälte!

Auch ich bedanke mich für die zum Großteil sehr konstruktive Diskussion und die breite Zustimmung, die es zum Bericht gibt. Nachdem die Freiheitlichen schon im Ausschuss gegen den Bericht gestimmt und auch heute dokumentiert haben, das zu tun, möchte ich hierzu eingehend auf den Vorwurf oder die Begründung, warum diese Ablehnung erfolgt, klarstellen, dass ihrer Ansicht nach dieser Bericht zu sehr politisch abgefasst ist. Ich weiß, dass es sinnlos ist, aber als Pädagogin gebe ich nicht auf, an das lebenslange Lernen zu glauben und mich zu bemühen, wo immer es geht, noch Meinungsänderungen - zumindest auf der Ebene des Erklärens - zu erreichen.

Ein Landesgesetzblatt - Sie, Frau Kollegin, haben es zitiert - ist der Ausdruck eines politischen Willens. Das Landesgesetzblatt für Wien, mit dem die Kinder- und Jugendanwaltschaft im Jahr 1994 beschlossen wurde, definiert ganz genau die Aufgabenstellung der Kinder- und Jugendanwaltschaft. Jeder einzelne Punkt, der hier angesprochen worden ist - Sie haben es vorgelesen, wiewohl nicht kommentiert, aber zumindest vorgelesen -, ist der politische Gesetzauftrag, sich mit den jeweiligen Punkten auseinander zu setzen. *(Abg Brigitte Schwarz-Klement: Sie wollen mich ganz bewusst nicht verstehen!)* Es gibt nichts im Leben, Frau Kollegin, das nicht politisch ist. Dass Sie aus Ihrem politischen Verständnis und aus der neuen Klassentheorie, die Sie uns heute vorgestellt haben, andere Schlüsse ziehen oder die Maxime Ihres Handelns offensichtlich nur von Ihrer Klasse bestimmt ist *(Abg Heinz Christian Strache: Es wird Ihnen nicht gelingen, einen Klassenkampf zu initiieren!)*, ist eine Tatsache, mit der Sie sich auch rund zwei Stunden nach der Angelobung einer Regierung, für die es notwendig war, eine eigene Präambel festzusetzen, wahrscheinlich noch auseinander setzen werden müssen, auch mit Ihrem Parteiohmann, denn wenn die Unterzeichnung der Präambel nicht einmal eineinhalb Stunden gehalten hat, weil im Wiener Gemeinderat von Mitgliedern der Freiheitlichen Partei Reden gehalten werden, die mit dieser Präambel nicht im Einklang zu sehen sind, werden Sie einen Erklärungsnotstand haben.

Eine einzige Äußerung werde ich aus dem Protokoll herausnehmen und vergrößern lassen. Sie sollten sich diese dort hinhängen, wo früher einmal der Spiegel gehangen ist. In den können Sie sich nicht mehr schauen, aber dort sollten Sie sich Ihre Aussage hinhängen, nämlich - ich zitiere wörtlich, damit es keine Missinterpretation gibt: "Wir haben die Gewalt gesät." *(Abg Heinz Christian Strache: Das war ein Zitat, das meine Kollegin vorgelesen hat!)*

Jawohl, Frau Kollegin, Sie haben die Gewalt ge-

sät! *(Abg Heinz Christian Strache: Sie selbst haben das getan!)* In diesem Sinne wünsche ich Ihre Ablehnung! Eine Zustimmung wäre heute leicht! - Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die den vorliegenden Tätigkeitsbericht 1998/99 der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das ist mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Es liegt uns ein Beschluss- und Resolutionsantrag der Liberalen vor. Es geht darin um einen Kino-Spot für die Kinder- und Jugendanwaltschaft. In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an das zuständige Mitglied der Landesregierung, die amtsführende Stadträtin für Jugend, Soziales, Information und Sport, verlangt.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Zuweisung dieses Beschlussantrags zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Dieser Antrag ist somit einstimmig zugewiesen.

Von der Sozialdemokratischen Partei wurde der Wunsch herangetragen, die Sitzung wegen einer wichtigen Besprechung zu unterbrechen. *(Abg Mag Heidemarie Unterreiner: Was ist das für eine wichtige Besprechung?)*

Ich unterbreche daher jetzt die Sitzung für 30 Minuten und bitte Sie, um 14.20 Uhr wieder im Saal zu sein.

(Sitzungsunterbrechung von 13.52 Uhr bis 14.22 Uhr.)

Präsident Johann Römer: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Die Postnummer 3 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Hilfe für Behinderte - Wiener Behindertengesetz 1986 - und das Gesetz über die Regelung der Sozialhilfe - Wiener Sozialhilfegesetz, WSHG - geändert werden.

Die Berichterstatterin hiezu ist Frau LhptmSt Laska. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin LhptmSt Grete Laska: Sehr geehrte Damen und Herren!

Meiner eigenen und einem Initiativantrag der Abgeordneten aller hier im Haus vertretenen Parteien folgend, ist Ihnen heute die Vorlage einer Gesetzesnovelle zur Abstimmung vorgelegt. Ich bitte Sie, dieser zuzustimmen.

Präsident Johann Römer: Danke. - Gemäß § 30 c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Sander. Ich erteile es ihr.

GR Jutta Sander *(GRÜNE)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die GRÜNEN werden dieser Änderung des Behin-

dertengesetzes selbstverständlich zustimmen. Es sind ein paar kleine Verbesserungen, ein paar Details in einer Fülle von Dingen, die es für behinderte Menschen in dieser Stadt zu erledigen gibt.

Natürlich werden wir auch dem Fünf-Parteien-Abänderungsantrag bezüglich der Interessenvertretung zustimmen, wobei ich hier als Detail am Rande erwähnen möchte, dass wir uns insofern über die Wünsche der Personen in der Interessenvertretung hinweggesetzt haben, als die eigentlich nicht selbst die Leitung dieser Interessenvertretung haben wollten. Es ist aber, glaube ich, doch ein Zeichen der Zeit, derartige Interessenvertretungen selbständig zu leiten, je nach Bedarf die entsprechenden Personen aus der Landesregierung hinzuzuziehen und sich auch selbst eine Geschäftsordnung zu geben. Insofern finde ich es sehr begrüßenswert, wie dieser Abänderungsantrag vorliegt.

Es gibt aber, wie gesagt, noch eine Reihe anderer gesetzlicher Regelungen, die im Interesse der behinderten Menschen in dieser Stadt geändert werden müssen, eine Menge Änderungen, die nicht nur den behinderten Menschen zugute kommen, aber ein Gutteil der realen Integration darstellen sollen. Ich möchte auf ein paar Punkte hinweisen, die ganz sicher in der nächsten Zeit eine gesetzliche Änderung brauchen. Sie brauchen auch eine reale Änderung draußen, damit die betroffenen Personen in ihrem Leben wirklich erleben können, dass Integration und Antidiskriminierung stattfinden.

Dazu gehört die Änderung der Gemeindewahlordnung. Denn es darf doch nicht sein, dass behinderte Menschen nur sehr wenige Wahllokale - die Zahl steigt, ich nehme es zur Kenntnis, aber doch sehr wenige Wahllokale - in Anspruch nehmen können und praktisch nicht die Möglichkeiten haben, wie ich sie habe. Ich bekomme meinen Wahlzettel, ich weiß, wohin ich gehe, ich brauche keine Wahlkarte, wenn ich nicht woanders hingehen möchte. Aber behinderte Personen müssen, wenn sie nicht entsprechend gehfähig sind, sich praktisch automatisch eine Wahlkarte besorgen. Auch wissen sie nicht, ob das Lokal, das sie sich aussuchen, wirklich behindertengerecht zugänglich ist. Aus unserer Sicht müsste und muss jeder Wahlort eine behindertengerechte Wahlmöglichkeit haben.

Die Parteienverhandlungen, die zurzeit laufen, zeigen das aber gerade nicht. Denn darin ist eigentlich ein Vorschlag enthalten, der so wie im Bund aussieht: Ein Wahllokal für behinderte Menschen pro Bezirk - oder so - wäre wohl genügend. Es ist Gott sei Dank mehr, aber es muss noch viel mehr sein!

Es gibt keine geeigneten Wahlschablonen für blinde Menschen. Sie sind immer noch auf die Hilfe von nicht Blinden angewiesen, das heißt, dass eine geheime Wahl für einen blinden Menschen nur in sehr bedingtem Rahmen stattfindet.

Ferner gibt es folgendes Detail im § 70 der Gemeindewahlordnung. Dort geht es darum, dass eine

ärztliche Leitung in speziellen Fällen das Wahlrecht einfach untersagen kann. Dazu sage ich ganz klar und deutlich: So kann es doch nicht sein, dass irgendjemand einem Menschen das Wahlrecht untersagen kann! Auch wenn es in diesem Saal keine große Lust gibt, an der Gemeindewahlordnung zu rütteln - denn es wäre dann vielleicht ein bisschen mehr daran zu rütteln -, so ist es, sagen wir einmal, ein Armutszeichen, wenn es der Wiener Landtag in den nächsten Monaten nicht zustande bringt, diesbezügliche Änderungen der Gemeindewahlordnung durchzusetzen und zu beschließen.

Noch kurz ein paar andere Punkte, die zur Integration dringend notwendig wären und für die nicht nur gesetzliche Voraussetzungen, sondern auch die Sorge dafür, dass die Umsetzung in der Praxis funktioniert, erforderlich sind: Das betrifft die Bauordnung, dazu gehört auch der Schulbetrieb, nämlich dass viele Schulen, die integrieren sollten, für behinderte Kinder nicht zugänglich sind; dazu gehört weiters, dass der Fahrtendienst nicht funktioniert, wie er funktionieren soll; dass Geschäfte, Restaurants und Kulturbetriebe, auch wenn sie heute umgebaut werden und vielleicht vorher keine Stufe am Eingang hatten, dann doch wieder eine haben - und die Baubehörde sagt nicht Nein. Das kann es doch nicht sein!

Es ist auch darauf hinzuweisen, dass die Mitnahme von Begleitpersonen bei den WIENER LINIEN noch immer vorgeschrieben ist - denn daraus muss man ja ableiten, dass die betroffene Person angeblich nicht selbst abschätzen kann, ob sie eine Begleitperson braucht oder nicht - und dass die Badener Bahn noch immer auch von Seiten der Stadt Wien subventioniert wird, obwohl die Waggonen, die dort erstanden werden, weiterhin nicht behindertengerecht zugänglich sind. Ich habe das von diesem Pult aus schon sehr oft gesagt, und ich glaube, das wird leider noch sehr oft zu sagen sein, bis die WIENER LINIEN und die Badener Bahn ihre Probleme endlich erkennen und auch beheben. Denn das Erkennen allein ist leider nicht genug.

Wir investieren in dieser Stadt auch für Verkehrssignalanlagen, ohne dass sie für blinde Menschen automatisch brauchbar, benutzbar sind. Leider zeigen die Tatsachen, dass, wenn es eine behindertengerechte Ampel, eine Ampel mit Hörsignal gibt, diese oft von irgendwelchen anderen Schildern umstellt ist, von temporären Halteverboten, von irgendwelchen Plakaten verkleistert, gut zugeklatscht mit Kleber, so dass der blinde Mensch automatisch ordentlich in diese Kleistermasse greifen muss. Wir würden das alle nicht wollen, aber das sind Zustände, dass man darauf schauen muss, dass sich das Gesamtklima in dieser Stadt verändert.

Abschließend noch ein Wort zu den Schulen: Die Integration in der Schule läuft nach außen hin recht gut. Ich möchte aber sagen, dass ich kürzlich in einer Diskussion mit Eltern von behinderten Kindern gehört habe, dass eigentlich viele der jetzt neu hinzukom-

menden Eltern die enorme Kraft, die man braucht, um die Rechte auch zu erkämpfen, nicht haben und dass diese Eltern jetzt wieder sagen: Dann gebe ich mein Kind doch lieber in eine Sonderschule, weil das für mich irgendwie einfacher ist. - Das kann auch nicht die Zukunft sein, Kinder wieder auszugrenzen, Integrationsmaßnahmen zurückzunehmen und es den Betroffenen und ihren Familien so schwer zu machen, dass sie diese Integrationsmaßnahmen nicht wirklich annehmen wollen oder können.

Diese Beispiele könnte man wahrscheinlich stundenlang fortsetzen. Ich bin überzeugt davon, dass auch Ihnen noch einige dazu einfallen würden. Aber es genügt nicht, das hier nur zu erklären, sondern wir brauchen die rasche Umsetzung, die rasche Veränderung von hinderlichen Paragraphen. Ich hoffe, dass diese Arbeitsgruppe, die jetzt arbeitet und sich laufend trifft, sehr rasch über das Diskutieren hinaus zu viel effizienteren und weiteren Ergebnissen kommt, dass wir nicht bei den "Peanuts" stecken bleiben und dass die betroffenen Personen in dieser Stadt rasch bemerken, dass hier nicht nur geredet, sondern auch gehandelt wird. - Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag KARL zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Franz KARL (ÖVP): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Angesichts des heutigen Tages und auch diverser Debattenbeiträge - wobei ich nicht den meiner Vorednerin meine - ist es nicht ganz leicht, euphorisch zu werden. Ich möchte aber trotzdem euphorisch sein: Ich halte dieses Gesetz samt dem Abänderungsantrag und zwei weiteren Gesetzesänderungen, die wir heute beschließen, denn doch für eine Sternstunde des Parlamentarismus und der Erfolge für behinderte Menschen!

Lassen Sie mich zuerst sagen, warum ich es als Sternstunde des Parlamentarismus sehe. Es war nicht leicht - obwohl die Vorschläge zu diesem Gesetz von der Magistratsdirektion kommen -, dies als Initiativantrag von Abgeordneten unverändert durchzusetzen. Es hat eine doch recht heftige Auseinandersetzung im Ausschuss gegeben. Erfreulicherweise ist dann im nächsten Ausschuss dieses Gesetz unverändert vorgelegt worden. Ich möchte das ausgesprochen positiv erwähnen.

Meine Damen und Herren! Diese Arbeitsgruppe, die Kollegin Sander schon erwähnt hat, hat beschlossen - und zwar alle Fraktionen haben das beschlossen -, dass wir die Gesetzesänderungen nicht in Form von Regierungsvorlagen in dieses Haus bringen lassen, sondern in Form von Initiativanträgen, damit sich die Legislative wirklich wieder auf ihre ureigenste Arbeit besinnt.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch sagen, dass wir sehr vorsichtig vorgegangen sind, weil immer die Sorge besteht, ob solche Anträge dann

legistisch ganz exakt formuliert sind. Ich möchte hervorheben, dass der Kronjurist des Hauses - der Bereichsdirektor OSR Ponzer - hierfür eine ganz, ganz ausgezeichnete Unterstützung leistet, für die ich ihm an dieser Stelle aus ganzem Herzen Dank sagen möchte.

OSR Ponzer - ich möchte dieses Beispiel bringen - wurde von mir an einem Freitag um 12 Uhr ersucht, eine legistische Umarbeitung vorzunehmen. Am Montag darauf um 13 Uhr hatte ich diese Arbeit bereits in der Hand. Das ist meiner Ansicht nach wirklich eine Leistung, die es verdient, dass man sie würdigt! Es hat auch der Herr Bürgermeister über meine Bitte hierfür Dank ausgesprochen. *(Beifall bei der ÖVP und des Abg Dr Rüdiger Stix.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme nun dazu, warum ich es auch für eine Sternstunde für behinderte Menschen halte. Wenn in einer einzigen Sitzung fünf Bestimmungen abgeändert werden, dann halte ich das für ein bisschen mehr als "Peanuts". Ich darf - vor allem, um mich nicht noch bei zwei anderen Tagesordnungspunkten zu Wort melden zu müssen - gleich hier vermerken, welche behinderend-diskriminierenden Bestimmungen heute noch bei anderen Tagesordnungspunkten abgeschafft werden.

Wir beschließen in Kürze das Krankenanstaltengesetz. Darin gibt es einen § 44 a, der bisher vorsah, dass Kinder bis zu drei Jahren mit einer kostenlosen Begleitperson im Spital sein können. Wir haben hier behinderte Menschen mit einbezogen, und es heißt der letzte Satz des § 44 a Abs. 1 nunmehr: "Von der Einhebung eines Entgelts ist abzusehen, wenn der Patient auf die Mitbetreuung durch die mit aufgenommene Begleitperson angewiesen ist." - Das heißt, behinderte Menschen mit einer Begleitperson können kostenlos auch diese Begleitperson ins Spital mitnehmen. Das wäre der erste Punkt, der übrigens auch in dem Papier der Magistratsdirektion vom 19. Mai 1999 enthalten ist.

Der zweite Punkt betrifft das Wiener Parkometergesetz, das wir auch heute abändern. Hier geht es darum, dass behinderte Menschen bisher, wenn sie selbst ein Fahrzeug lenkten, von der Bezahlung des Kurzparkzonentarifes befreit waren. Nun ist es auch möglich, wenn sie nicht selbst fahren, sondern geführt werden, diese Begünstigung in Anspruch zu nehmen. Ich glaube, dass das eine ganz wichtige Sache ist. Auch diese geht auf einen Initiativantrag zurück. Da aber noch andere Punkte des Parkometergesetzes auch geändert wurden, hat man das in einem gemacht.

Nun komme ich direkt zu dem Gesetz, das wir heute hier beschließen sollen. Es geht um die Aufhebung des § 13 Behindertengesetz und um eine Änderung im Wiener Sozialhilfegesetz. Ich glaube, ich brauche das nicht in Einzelheiten auszuführen. Aber es ist so, dass wir noch eine weitere Bestimmung im Wiener Behindertengesetz seit längerer Zeit verhan-

delt haben, verhandelt in der schon angesprochenen Arbeitsgruppe, in der eine Rechtsbereinigung behindertendiskriminierender Bestimmungen vorgenommen wird. Diese Arbeitsgruppe trifft sich im monatlichen Rhythmus und ich bin zuversichtlich, dass wir noch viele gute gesetzliche Arbeit leisten werden, um behinderte Menschen von ihren Diskriminierungen zu befreien.

Im konkreten Fall geht es um § 46 des Wiener Behindertengesetzes. Darin ist derzeit vorgesehen, dass die Sozialstadträtin den Vorsitz in der Interessenvertretung der Behinderten führt. Kollegin Sander ist insofern einem Irrtum unterlegen, als es die Interessenvertretung nicht abgelehnt hat, dass ein Behindelter den Vorsitz führt. Die Interessenvertretung wollte vielmehr, dass die Sozialstadträtin der Interessenvertretung ohne Stimmrecht angehört, so wie es auch jetzt in diesem Gesetz steht.

Die Arbeitsgruppe und auch die Abgeordneten waren aber der Meinung, dass Behindertenfragen Querschnittsmaterien sind. Der gewählte Vorsitzende der Interessenvertretung kann natürlich jederzeit die Sozialstadträtin einladen. Ich bin davon überzeugt, dass sie, wenn eine solche Einladung dringlich ausgesprochen wird, auch kommen wird.

Ich halte diese Regelung für besser, als einen Automatismus, bei dem man dann auch meint: Es ist gar nicht so wichtig oder so erwünscht, dass ich da bin. Eine solche Einladung kann jeden anderen Stadtrat ebenfalls betreffen! Denn die Frau Vizebürgermeisterin hätte zum Beispiel zur Bauordnung sachlich überhaupt nichts zu sagen, da wäre es selbstverständlich klüger, Herrn StR Faymann einzuladen.

Ich darf Ihnen den gemeinsamen Abänderungsantrag aller fünf Fraktionen vorlegen. Kleinere Details haben sich noch verändert, aber ich will ihn Ihnen nicht vorlesen, er ist fast vier Seiten lang! Es geht im wesentlichen darum, dass der Vorsitzende der Interessenvertretung der behinderten Menschen aus dem Kreise der Behinderten selbst gewählt wird. Ich darf Sie bitten, auch diesem Abänderungsantrag zuzustimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Selbstverständlich gibt es noch viele Rechtsmaterien, die entsprechend überarbeitet werden müssen. Kollegin Sander hat mit der Gemeindewahlordnung ein solches Gesetz konkret erwähnt. Es ist auch in der Bauordnung sicherlich noch einiges zu verändern. Ich darf Sie alle bitten, dass Sie Ihre Unterstützung geben, dass diese Dinge hier auch mit Initiativanträgen der Abgeordneten aller Fraktionen beschlossen werden können.

Ich möchte auch Danke sagen für die konstruktive Arbeit in dieser Arbeitsgruppe. Ich würde mir wünschen, dass in allen politischen Bereichen so gearbeitet werden könnte wie in der Behindertenpolitik. Das halte ich für etwas sehr Positives und so sollte es bleiben! *(Beifall bei der ÖVP und der Abg Brigitte Schwarz-Klement.)*

Präsident Johann Römer: Der Abänderungsantrag ist genügt unterstützt und wird in die Verhandlung mit einbezogen.

Als nächste Rednerin ist Frau Abg Schwarz-Klement zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Brigitte Schwarz-Klement (FPÖ): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann-Stellvertreter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vor uns liegt der Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Hilfe für Behinderte - Klammer auf: Wiener Behindertengesetz 1986, Klammer zu - und das Gesetz über die Regelung der Sozialhilfe - Klammer auf: Wiener Sozialhilfegesetz, Klammer zu - geändert werden, und so steht es in der Tagesordnung. Was steckt dahinter? Was ist damit gemeint? Was war die Ausgangslage?

Ich denke, sehr viel davon hat Ihnen Kollege KARL schon erläutert und erklärt, auch, was in diesen fünf Punkten gemeint ist. Ich möchte diese Ausführungen noch so weit ergänzen, dass ich Ihnen vielleicht ein bisschen etwas über die Interessenvertretung im Besonderen erkläre und erzähle.

Die Interessenvertretung der Behinderten wurde unter StR Stacher ins Leben gerufen, mit dem Zweck, die damalige Stadtregierung in Fragen behinderter Menschen zu beraten. Den Vorsitz führte selbstverständlich der Stadtrat, mit eingebunden war der Leiter der MA 12 - des Sozialamts -, mit eingebunden wurden weiters der Vorsitzende der Gemeinderätlichen Behindertenkommission und sein Stellvertreter. Das heißt aber auch, dass die Interessenvertretung über viele Jahre und über lange Zeit hinweg natürlich ein Heimspiel der SPÖ war. Dass Sie damals nicht mehr für die behinderten Menschen in unserer Stadt herausgeholt und nicht mehr getan haben, ist eine traurige Anmerkung meinerseits am Rande.

Etwas mehr Leben kam 1991 in die Interessenvertretung, als die Freiheitliche Partei zweistärkste Kraft in Wien wurde und somit die Stellvertretende Vorsitzende der Gemeinderätlichen Behindertenkommission in die Interessenvertretung entsandt wurde. Trotzdem hatte ich aber - Sie verzeihen mir den Vergleich - ständig das Gefühl eines Pingpong-Spiels. Die Behinderten sprechen Wünsche aus - ping. Die Vorsitzende lehnt ab, kein Geld - pong. Die Behinderten freuen sich über und bedanken sich für eine Subvention - ping. Die Vorsitzende meint, jetzt ist Schluss damit - pong. Und so weiter.

Nun könnte man heute fast juchhe rufen, dass es jetzt - fast schon zum Ende dieser Legislaturperiode - gelungen ist, diesen einen Punkt des Arbeitsübereinkommens der Koalitionsregierung in die Tat umzusetzen, nämlich: Der Vorsitzende der Interessenvertretung soll aus dem Kreis der Vertreter der organisierten Behinderten gewählt werden. - So weit, so gut.

In der 25. Sitzung der Interessenvertretung der Behinderten, am 20. Jänner 2000, entstand eine heftige Diskussion zu Punkt 2, in dem es darum ging, ob der jeweilige Stadtrat für Soziales und der Leiter

der MA 12, des Sozialamts, an der Interessenvertretung teilnehmen sollen. Herr Kollege KARL hat Ihnen das schon genau ausgeführt, genau erläutert. Das Endergebnis liegt heute mit diesem Abänderungsantrag vor.

Dieser Abänderungsantrag wurde in den gemeinsamen Sitzungen des Arbeitskreises und der Interessenvertretung erarbeitet. Jetzt möchte ich nicht Herrn Kollegen KARL nachsprechen, aber ich muss wirklich sagen, dass es ein sehr angenehmes und sehr konstruktives Arbeiten in diesem Arbeitskreis ist. Auch ich möchte mich für die Mitarbeit und den Zeitaufwand aller Teilnehmer herzlichst bedanken.

Sehr geehrte Damen und Herren! Eines möchte ich aber noch anfügen. Wie viele Anträge seitens der Freiheitlichen wurden abgelehnt, die genau diese Verlangen beinhaltet haben, die heute in diesem Abänderungsantrag enthalten sind! Unter anderem gehört dazu - auch das wird bereits im Arbeitskreis diskutiert -, die ÖNORM B 1600 endlich für verbindlich zu erklären. Hier hat man vor einem Jahr und vor noch längerer Zeit bereits erklärt: Das geht nicht, das kann man nicht machen, das ist ein Unsinn. - Das waren die "starken" Argumente gegen mein Begehren.

Aber wie Sie wissen, höhlt steter Tropfen den Stein. Jetzt könnte es doch bald so weit sein, dass in Wien barrierefreies Bauen Einzug hält. Zu lange schon sind behinderte Menschen durch Barrieren in allen wichtigen Lebensbereichen erheblichen Diskriminierungen ausgesetzt. Auch hier wurden von Frau Kollegin Sander schon einige Beispiele angeführt. Ich möchte sie noch um einige bereichern.

Es gibt sehr viele Schulen, die nicht barrierefrei errichtet und auch nicht barrierefrei adaptiert worden sind. Wenn ein Kind mit einem Rollstuhl eine solche Schule besucht, bleibt es dem Engagement von Eltern und Lehrern überlassen, wer das Kind über die Stufen befördert und wer nicht. Bei den Kosten für die notwendige Adaptierung erklären sich überdies die verschiedensten Behörden, wenn auch nicht allesamt, für unzuständig.

Ein Lieblingsbeispiel einer diskriminierenden Haltung ist für mich der Hackinger Steg, die berühmte Brücke über den Wienfluss, die mit einem Aufwand von 30 Millionen S umgebaut wurde und wieder nicht behindertengerecht ist. Trotzdem hat diese Brücke einen Preis für Architektur erhalten. Das war damals der Loos-Preis, aber gerade Loos hatte besonderen Wert auf Funktionalität gelegt. Ich denke daher, das ist ein besonderes Beispiel dafür, wie man eben nicht vorgehen soll.

Weiters ist es immer noch störend und wird keine Rücksicht darauf genommen, wenn Geschäfte, Restaurants oder Kulturbetriebe umgebaut und neu eröffnet werden, aber für behinderte Menschen nach wie vor unzugänglich sind. Sie können nicht einmal mit dem Einkaufswagen durchfahren, geschweige denn, dass ein behinderter Mensch mit dem Rollstuhl

durchfahren kann.

Noch immer - auch darüber gab es schon viele Diskussionen, auch mit dem Herrn Bürgermeister, der gemeint hat, es wäre totes Recht - gibt es jene Beförderungsbedingungen der WIENER LINIEN, in denen enthalten ist, dass ein behinderter Mensch - ein Rollstuhlfahrer - eine Begleitperson braucht, um die öffentlichen Verkehrsbetriebe, die WIENER LINIEN zu benutzen. Ich glaube, das ist wirklich mehr als diskriminierend. Damit sollte endlich aufgeräumt werden! *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Ich möchte aber nicht nur bei den Rollstuhlfahrern oder den Körperbehinderten bleiben, ich möchte auch einige Beispiel sinnesbehinderter Menschen ansprechen. Es gehen mir zum Beispiel beim ORF noch immer Untertitel zu den diversen Sendungen ab. Mir gehen Einschaltungen mit Gebärdendolmetschern bei aktuellen Informationssendungen nach wie vor ab. Ich denke, es ist nicht sehr zielführend, wenn eine Sendung am Sonntag Vormittag sehr wohl in Gebärdensprache gedolmetscht wird, aber die anschließenden Bildeinschaltungen ohne Untertitel laufen und natürlich auch kein Gebärdendolmetscher vorhanden ist. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass die Gebärdensprache in Österreich endlich anerkannt wird, dass diese Diskriminierung endlich ausgeräumt wird und dass damit endlich Schluss gemacht wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Traurige Tatsache ist, dass ich diese Beispielliste endlos fortsetzen könnte. Ich möchte aber jetzt kurz ein Kapitel der Behindertenpolitik ansprechen, das für mich - wenn auch nicht unmittelbar, so doch mittelbar - in diesen Bereich hineinfällt. Das ist - Sie werden es nicht glauben - der Fahrtendienst.

Die bisherigen Vereinbarungen, die die Stadt Wien mit diversen Fahrtendienst-Unternehmungen abgeschlossen hat, sind samt und sonders schief gelaufen. Ich möchte nur an das Desaster mit dem "Club Handicap" erinnern. Aber auch die letzte Unternehmung mit der Firma Haas ist nicht gerade ein Ruhmesblatt der Stadt Wien geworden.

Von Anbeginn an - die behinderten Bürger unserer Stadt sind leider immer die Leidtragenden - haben wir Freiheitliche die jetzige Konstellation kritisiert und auf die verschiedensten Mängel aufmerksam gemacht. Sie erinnern sich sicherlich daran. Sie werden sich auch daran erinnern, wie von der zuständigen Frau Stadträtin und ihren Mitarbeitern regelmäßig alles beschönigt und gesundgebetet wurde. Erst jetzt haben Sie, Frau Stadträtin, in einer mündlichen Anfragenbeantwortung die damaligen Probleme zugegeben, und jetzt haben wir es schriftlich.

Interessant ist dazu ein Artikel vom 16. November in der "Presse". Hier möchte ich nicht den ganzen Artikel zitieren. Es geht darin um den Fahrtendienst, um das Chaos, das vorhanden war: "Bleiben Sie doch zu Hause." - Sie wissen, was es da für Probleme

me gegeben hat. Wir haben sie schon öfters hier in diesem Gremium diskutiert.

Es hat sich nur leider nichts geändert, obwohl kurz darauf, nämlich im Dezember, eine Ankündigung von der Frau Stadträtin herauskam, exakt am 1. Dezember. Diese möchte ich Ihnen vorlesen: "Neue Firmen für Fahrtendienst. In 14 Tagen werde der Fahrtendienst für Behinderte wieder reibungslos funktionieren", kündigte Sozialstadträtin Grete Laska an. Insgesamt sechs Firmen werden künftig den Transportdienst durchführen.

Nicht nur, dass es für diese sechs Firmen keine Neuausschreibung gegeben hat, sondern dass sechs Jahresverträge in Notkompetenz - was ja direkt lächerlich ist - vergeben wurden, funktioniert der Fahrtendienst auch nach wie vor nicht. Es geht auch nicht reibungslos ab. Da kommt die Kritik nicht nur von uns Freiheitlichen, da kommt Kritik von allen Seiten. Erst am vergangenen Montag, nämlich am 17. Jänner, war wieder ein großer Artikel in einer der Wiener Tageszeitungen: "Behindertentransporte - neue Firmen, neue Probleme."

Ich nehme an, Sie kennen diesen Artikel. Ich möchte die Redezeit nicht unnötig verlängern, aber es steht hier unter anderem eine weitere Überschrift: "Die Neuvergabe der Fahrten könnte trotz längerer Wartezeiten auch zu Mehrkosten führen." - Hört, hört!

Besonders große Probleme treten aber im Bereich des Freizeitfahrtendienstes auf, denn da setzt die Stadt Wien vermehrt auf Taxis. Wir Freiheitliche sagen dazu: Es ist an sich keine schlechte Lösung, aber es ist auch keine umfassende Lösung. Denn ein Großteil der behinderten Menschen ist auf Grund der Behinderung gar nicht in der Lage, ein Taxi zu benutzen, da sie Spezialtransporte benötigen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wie auch immer - das ist nicht nur eine freiheitliche Feststellung, sondern sie steht auch in diesem Artikel vom 17. Jänner -, die Administration beziehungsweise der hohe Verwaltungsaufwand sind mehr als kompliziert. Dann kommen womöglich noch höhere finanzielle Belastungen auf uns zu. Es ist mir daher unerklärlich, warum Sie den freiheitlichen Vorschlag, den ich im Dezember eingebracht habe, nicht einmal zur Diskussion zugelassen haben.

Aber vielleicht haben Sie damals nicht richtig zugehört, daher möchte ich Ihnen noch einmal erklären, worum es geht. Für behinderte Menschen in dieser Stadt stellt der Fahrtendienst quasi ein öffentliches Verkehrsmittel dar. Es ist daher nahe liegend, die Verantwortlichkeit für den Behindertenfahrtendienst den WIENER LINIEN zu überantworten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Ganze könnte im Rahmen eines von der EU geförderten Projekts geschehen. Genauer gesagt, ist es der Europäische Sozialfonds, der für dieses integrative Projekt in Frage kommt. Oder - ich weiß nicht - kann es sein, dass Sie nicht wissen, was im NAP und im WAFF geschrieben

steht? - Sie wissen sicherlich genau, dass man auf diese Art und Weise Arbeitsplätze für Behinderte im Rahmen eines Projekts - und jetzt sage ich, öffentliche Verkehrsmittel für behinderte Wiener und behinderte EU-Bürger - schaffen kann und schaffen muss. Es kann doch nicht angehen, dass ein Rollstuhlfahrer problemlos zum Beispiel von Stockholm nach Wien fliegen kann, in Schwechat aber vor dem fast unlösbaren Problem steht, ein geeignetes Transportmittel in die Stadt zu finden. Meine Damen und Herren, das ist eigentlich eine Blamage für die Bundeshauptstadt!

Ich komme zum Schluss und halte fest: Es ist traurig, dass im Jahr 2000 immer noch behinderte Mitbürger diskriminiert werden. Die Wiener Landesregierung erscheint mir über weite Strecken unflexibel und integrationsunwillig. Weiters steht fest - ich glaube, da sind Sie mit mir einer Meinung -, dass es höchste Zeit ist, dass auch in Wien europäische Grundstandards für behinderte Menschen und für unsere behinderten Mitbürger eingerichtet werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Klier zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Helga Klier (SPÖ): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine Damen und Herren!

Ganz zu Beginn möchte ich einmal die Wertigkeit in den Medien hervorheben, die Behinderte in unserer Stadt und Behindertenpolitik haben. Denn wenn ich heute in der Früh im "Kurier" einen Absatz mit sechs Zeilen lese über das, was sich heute hier herinnen abspielen wird und was wir beschließen werden, muss ich sagen: Sechs Zeilen sind ein bisschen mager.

Wenn ich dann sehe, dass gleich darüber ein Artikel über diesen Ottfried Fischer steht, der heute irgendwelche Fitness-Veranstaltungen hat, dann muss ich fragen: Welche Wertigkeit hat denn in anderen Bereichen, bei den Medien, die gesamte Behindertenpolitik? - Ich muss sagen, das finde ich schon ein bisschen armselig. - Das war jetzt aber eigentlich nur zu Beginn. *(Beifall des Abg Mag Franz KARL und bei der SPÖ.)*

Jetzt zum eigentlichen Thema. Da möchte ich Kollegen KARL vorerst einmal dafür danken, dass er mit akribischer Genauigkeit die Gesetzestexte gelesen und so die Vorbereitung für diese Arbeitsgruppe überhaupt geschaffen hat.

Wir danken natürlich - und mit mir meine ich meine Fraktion - auch dem neuen Leiter der MA 12, Herrn Sepp Schmidt, der sich hier sehr wohl eingebracht hat, aber ganz besonders glaube ich - und das wäre hier besonders zu erwähnen -, auch Herrn Mag Krispl danken zu müssen. Er ist selbst Behinderter und weiß daher aus Eigenem, wie schwer es als Behinderter ist, sich hier durchzusetzen, und welche Probleme es hier gibt.

Die Gesetzesänderungen selbst möchte ich eigent-

lich nicht mehr durch besprechen, ich glaube, das wurde bereits zur Genüge getan. Kollege KARL hat das gemacht und ich möchte das hier sicher nicht wiederholen.

Eingehen allerdings möchte ich auf die Interessenvertretung. Ich glaube, dass es hier ein besonders wichtiger, wegweisender Punkt in dem ganzen Programm ist, denn es ist ein ganz wesentlicher Schritt in Richtung Selbstbestimmung. Wichtig war uns vor allem bei dieser Bereinigung, dass es auch zu einem sehr klaren und gut leserlichen Text für alle Beteiligten gekommen ist, ohne diese, nun ja, Paragraphenreiterei, oder wie immer Sie es bezeichnen wollen.

Gefreut hat uns natürlich, dass diese ganzen Änderungen von der breiten Masse aller Fraktionen getragen wurden. Auch da möchte ich mich bedanken.

Aber keiner der bisherigen Redner - und das finde ich auch ein bisschen eigentümlich - hat sich bisher die Mühe gemacht, auch zu sagen, was wir als Behindertenkommission und als Vertreter der Behinderten in letzter Zeit geleistet haben. Es kam mit keinem Wort, dass wir die Gehörlosenambulanz, die nach sehr schwierigen Verhandlungen endlich in Wien eingerichtet werden konnte, geschaffen haben, dass die Mitnahme von Blindenhunden zu Veranstaltungen, in U-Bahnen und Schnellbahnen mittlerweile möglich ist, dass die U-Bahnen und zum Teil auch Schnellbahnen mit Aufzügen nachgerüstet werden konnten, dass diese Nachrüstung immer noch vonstatten geht, dass wir mittlerweile ein flächendeckendes Blindenleitsystem eingeführt haben. Weiters gibt es aber auch den erst kürzlich getroffenen Beschluss, dass in diesem Haus bei Sitzungen des Landtags oder Gemeinderats sehr wohl Gebärdendolmetscher für Menschen, die auf der Galerie sitzen und die uns vielleicht nicht hören können, übersetzen, was wir sprechen. Auch das gehört einmal erwähnt, glaube ich.

Und es gibt noch einige andere Dinge. Obwohl wir uns bemüht und vieles durchgebracht haben, gibt es immer noch sehr viele Dinge, die wir auch weiterhin machen müssen. Es ist natürlich den Behinderten immer noch zu wenig, auch uns als Behindertenkommission ist es immer noch zu wenig und geht es uns immer noch zu langsam, aber wir werden auch künftig daran arbeiten.

Dass es auch in anderen Bereichen noch Änderungen geben muss, auch das hat Kollege KARL schon gesagt.

Dennoch, meine Damen und Herren, steht außer Zweifel, dass wir in Wien bisher äußerst gute und effiziente Behindertenpolitik gemacht haben (*Beifall bei der SPÖ.*) und das über alle Parteigrenzen hinweg.

Dass das künftig so bleiben wird, können wir nur hoffen. Auf Grund der politischen Lage muss ich Ihnen aber ehrlich sagen, ich bezweifle es fast. (*Abg Mag Franz KARL: Das wäre sehr schade!*) Gerade behinderte Menschen waren bei einer gewissen Fraktion schon einmal Zielscheibe von Aggressionen. Sie

mussten sich damals um ihr Leib und Leben sorgen und viele haben es nicht überlebt.

Wir wünschen uns nur, dass diese Zeit nie wieder kommt, aber wir Sozialdemokraten - und da können Sie sicher sein - werden alles tun, behinderten Menschen auch künftig ein wirklich menschengerechtes, ein gutes Leben, beziehungsweise (*Abg Brigitte Schwarz-Klement: Ein anständiges Leben!*) ein lebenswertes Leben und Dasein zu ermöglichen. Für uns sind behinderte Menschen vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Smoliner zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Marco Smoliner (*Liberales Forum*): Meine Damen und Herren!

An und für sich sollte das sehr kurz und schnell gehen. Ich musste mich nur nach Frau Schwarz-Klement zu Wort melden, das war auf Grund einiger Dinge, die sie gesagt hat, dringend notwendig.

Frau Schwarz-Klement, Sie sind nur mehr hier in diesem Haus Oppositionspartei, Sie haben Regierungsverantwortung. Es gibt eine freiheitliche Sozialministerin, die leider heute angelobt wurde, es gibt auch eine ÖVP-Bildungsministerin. (*Abg Johannes Prochaska: Gott sei Dank, endlich!*)

Meine Damen und Herren! Wir werden genau beobachten, wie es zum Beispiel - Sie haben das heute lamentiert, Frau Schwarz-Klement - mit der Gebärdensprache aussieht, wann die endlich anerkannt werden wird. Sie sind am Zug, Ihre Partei ist (*Abg Johannes Prochaska: Falls die Hausbesetzer aus dem Ministerium wieder draußen sind!*) leider, muss ich sagen, leider, am Zug. Jetzt können Sie einmal beweisen, was Sie können, und wir werden sehr aufmerksam schauen, was Sie zusammenbringen, außer zu lamentieren. Denn bisher haben wir noch nicht viel von Ihnen gehört. (*Abg Johannes Prochaska: Den Ballhausplatz haben sie besetzt!*) Entschuldigen Sie, es kann niemand etwas dafür, dass Sie eine Untergrundregierung haben, die sich nur im Untergrund bewegen darf, zwischen Bundespräsident und Bundeskanzleramt, weil Sie sich nicht über den Ballhausplatz trauen. Das ist ja nicht mein Problem, sondern eines Ihrer Regierung, Herr Klubobmann. Die erste Untergrundregierung der Zweiten Republik, Sie bewegen sich im wahrsten Sinne des Wortes in Ihrer Regierungsfunktion unter jeder Kritik. Die Kritik ist zwei Meter über dem Geheimgang (*Abg Johannes Prochaska: In der Hand von Terroristen!*), wo Sie sich zwischen Bundeskanzleramt und Hofburg versteckt Hin-und-her-Bewegen.

Meine Damen und Herren! Aber vielleicht noch eine Kleinigkeit, die ich mir leider nicht verkneifen kann, zu Frau Kollegin Schwarz-Klement. Frau Kollegin Schwarz-Klement, nachdem Sie jetzt leider einer Regierungspartei angehören, bin ich sicher, dass Sie dafür sorgen werden, dass weder in Kärnten noch irgendwo sonst in Österreich Plakate auftauchen, die

einen joggenden Sunnyboy zeigen, wo darunter steht: "Nur in einem gesunden Körper wohnt auch ein gesunder Geist." Und darum möchte ich Sie dringend ersuchen. - Danke. *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Präsident Johann **Römer**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Frau Berichterstatterin das Schlusswort.

Berichterstatterin LhptmSt Grete **Laska**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte um Zustimmung.

Präsident Johann **Römer**: Danke. - Wir kommen nun zur Abstimmung.

Es liegt ein Abänderungsantrag vor, der von Vertretern aller Parteien eingereicht worden ist, und ich bitte jene Damen und Herren des Landtags, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist einstimmig angenommen.

Ich bitte nun jene Damen und Herren des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke, das ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist somit in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Die Postnummer 4 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Ehrenzeichengesetz, das Gesetz betreffend die Schaffung einer Einsatzmedaille des Landes Wien, das Wiener Rettungsmedaillengesetz und das Gesetz über die Symbole der Bundeshauptstadt Wien geändert werden.

Die Berichterstatterin hiezu ist Frau amtsf StR Mag Renate Brauner. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte Sie, diese gesetzliche Grundlage zu diskutieren und dann das Gesetz zu beschließen.

Präsident Johann **Römer**: Danke. - Gemäß § 30 c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben. - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Smoliner. Ich erteile es ihm.

Abg Marco **Smoliner** *(Liberales Forum)*: Meine Damen und Herren!

Diesmal auch so kurz, aber weniger scharf.

Ich bringe einen Beschluss- und Resolutionsantrag ein, der sich mit Landesgesetzen zur Schaffung von Ehrenzeichen oder Einsatzmedaillen befasst. Wir ha-

ben in diesem Landesgesetz, meine Damen und Herren, noch immer Strafandrohungen drinnen. Da wird man mit 10 000 S oder einigen Wochen Arrest bestraft, wenn man ein solches Ehrenzeichen entgegen den Bestimmungen trägt.

Ich halte das für nicht zeitgemäß, dass man Leute auf gut Deutsch gesagt, in den Häfen steckt, weil sie sich eine Ehrenmedaille, die sie vielleicht irgendwo gefunden haben oder geschenkt oder geerbt bekommen haben, umhängen und in der Öffentlichkeit gesehen worden sind, und ich ersuche bitte wirklich, diesen Unfug abzuschaffen und dazu bringen wir einen Antrag ein.

"Der Wiener Landtag spricht sich dagegen aus, dass Landesgesetze zur Schaffung von Ehrenzeichen Strafandrohungen enthalten. Die Landesregierung wird ersucht, die entsprechenden Gesetze zu überarbeiten."

In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung.

Und nochmals, meine Damen und Herren, Arrest der dort drinnen steht, ist nicht nur Primärarrest, sondern Arrest wird auch verhängt, wenn eine Geldstrafe uneinbringlich ist. Also, raus mit allen Strafbestimmungen aus diesen Gesetzen, die haben dort wirklich nichts verloren. - Danke! *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag KARL zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Franz **KARL** *(ÖVP)*: Herr Präsident! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Grund meiner Wortmeldung ist Kollege Smoliner, der ja schon im Ausschuss zu Recht über die Problematik von Arreststrafen gesprochen hat. Ich bin allerdings in einem Punkt nicht seiner Meinung. Ich glaube, dass man – und es geht ja hier nicht nur um Ehrenzeichen, sondern auch um die Symbole der Bundeshauptstadt – diese schon in gewisser Weise schützen und die Strafbedingungen nicht ersatzlos streichen sollte.

Daher habe ich den anderen Weg gewählt und bringe zusammen mit Kollegen Schuster einen Abänderungsantrag für die Artikel 1 und 2 ein, der den Arrest, und zwar den Primärarrest, streicht. Nach der noch gültigen Bestimmung könnte ja jemand in den Arrest gehen, ohne dass man ihm vorher eine Geldstrafe gegeben hat. Das will ich wirklich nicht und ich glaube, das wollen wir alle nicht.

Auf der anderen Seite meine ich aber doch, dass man etwa das Wappen und auch Ehrenzeichen nicht missbräuchlich verwenden sollte und dass es durchaus angebracht ist, hier mit Geldstrafen, wenn das bewusst und provokant gemacht wird, vorzugehen.

Ich darf noch einen zweiten Punkt erwähnen. Ich habe gerade in einer Wortmeldung beim letzten Tagesordnungspunkt Herrn Bereichsdirektor Ponzer sehr gelobt. Ich bin bei diesem Tagesordnungspunkt mit ihm nicht ganz einer Meinung. Ich werde auch noch

versuchen, juristisches Unterfutter für meine Meinung zu finden, dass es diesem Hause fast unzumutbar ist, in den nächsten eineinhalb Jahren fast alle Wiener Gesetze nur deswegen zu novellieren, weil irgendwelche Schillingbeträge in Eurobeträge umgewandelt werden müssen.

Nach meiner Rechnung würde eine ungeheure Gesetzesflut auf den Tisch dieses Hauses kommen, wenn eben jedes einzelne Gesetz geändert wird, indem man dort den Schillingbetrag durch einen Eurobetrag ersetzt. Und ich glaube mich richtig zu erinnern, dass es auch auf Bundesebene so etwas wie ein Euro-Umstellungsgesetz gibt. Daher meine ich, dass es auch hier möglich sein müsste, etwa durch Aufzählung, 10 000 S werden durch soundso viele Euro ersetzt, 100 S werden durch soundso viele Euro ersetzt und so weiter, bei der Euro-Umstellung mit einem Schlag alle Wiener Gesetze sozusagen auf die richtige Schiene zu bringen.

Ich werde mich bemühen, ich weiß nicht, ob es möglich ist, aber ich glaube wirklich, dass das eine Gesetzesvereinfachung wäre. Es soll natürlich nicht zu einer Erhöhung kommen, das ist ja auch bereits klar ausgesprochen worden, so dass es also praktisch zu einer Abrundung der Beträge kommen muss.

In diesem Sinne bitte ich, dem Abänderungsantrag und dem vorliegenden Gesetzesantrag zuzustimmen.

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr GÜNTHER zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Helmut GÜNTHER (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Kollege KARL hat sich als profunder Rechtsbereiniger bewiesen. Selbstverständlich ist es eine richtige Überlegung, dass man das so machen könnte, die Schilling- in Eurobeträge in einem einzigen Gesetzeswerk auszutauschen. Es ist richtig, dass man hier Bestimmungen verändert, aber das Gesetz tritt erst mit 1.1.2002 in Kraft und ich bin überrascht, dass man es uns heute schon vorlegt. Wenn das jetzt bei jeder Landtagssitzung so geht, dass wir ein paar Gesetze zu beschließen haben, wo Eurobeträge einzusetzen sind, ist das sicher nicht der richtige Weg und darum ist der Vorschlag vom Kollegen KARL in dem Bereich zu unterstützen.

Jetzt zu der Änderung. Es ist wirklich überraschend, dass wir heute, wenn der Junior, der hoffnungsvolle, das erste Mal auf den Opernball geht, seinen neuen Frack einweiht und darauf den Orden von seinem Großvater, der Sektionschef in irgendeinem Ministerium war, trägt, das dann gleich mit Strafe bedrohen. Dass die Primärarreststrafe weggehört, dem stimme ich 100-prozentig zu. Ich glaube aber, dass in Zeiten wie heute, zum Beispiel das Modell, welches im Rettungsmedaillengesetz drinnen ist, dass, wer des Öfteren widerrechtlich diese seine Orden oder seine Ehrengaben anderweitig verwendet, diese wieder einzuziehen sind, beispielgebend sein

könnte. Ich glaube, dass das ein durchaus gutes Modell wäre und man von Strafdrohungen, sowohl als Arreststrafe als auch als Geldstrafe, abkommen sollte. Darum glaube ich, dass man das Gesetzeswerk in der Form nochmals überarbeiten sollte. Vielleicht findet man in einer anderen Art und Weise eine Regelung, die ohne finanzielle Aufwendungen und ohne das Problem, dass man vielleicht nach dem Opernball dann gleich 14 Tage in das Gefängnis wandert, auskommt. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Johann Römer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen.

Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es liegt ein Abänderungsantrag der Abgen Mag Franz KARL und Godwin Schuster vor. Er betrifft § 6 Abs. 2.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die diesem Abänderungsantrag die Zustimmung geben möchten, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist mit Stimmenmehrheit so angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke, das ist ebenfalls mit Stimmenmehrheit in erster Lesung angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Beschluss- und Resolutionsantrag des Liberalen Forums. Hier geht es um die Strafbestimmungen betreffend Ehrenzeichen in Wiener Landesgesetzen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an das zuständige Mitglied der Wiener Landesregierung, die amtsführende Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal, verlangt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dieser Zuweisung ihre Zustimmung geben können, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist die Minderheit, der Antrag wird nicht zugewiesen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Ich danke, somit ist dieses Gesetz in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Die Postnummer 5 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 und das Wiener Heilvorkommen- und Kurortengesetz geändert werden.

Für den Berichterstatter spricht Frau Abg Dr Neck-Schaukowitsch. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Abg Dr Elisabeth Neck-Schaukowitsch (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich ersuche um Annahme des Entwurfs eines Ge-

setzes, mit dem das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 sowie das Wiener Heilvorkommen- und Kurortengesetz geändert werden.

Präsident Johann Römer: Gemäß § 30 c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen diese Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall, ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. - Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Mag Bolena. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Mag Alexandra Bolena (*Liberales Forum*): Herr Landtagspräsident! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Das uns vorliegende Krankenanstaltengesetz hat durchaus seine Verbesserungen, das soll man auch gar nicht unter den Tisch stellen oder unter den Tisch kehren. Die Mitaufnahme von Eltern in Krankenhäuser, wenn ihre Kinder in diese eingeliefert werden, ist ganz sicher eine sehr positive Entwicklung, die wir auch so ansprechen und durchaus befürworten. Im Großen und Ganzen erweckt dieses Krankenanstaltengesetz aber doch den Eindruck, als wäre es eine Pflichtübung. Der Wille zu durchgreifenden Veränderungen, der Wille, jetzt tatsächlich massive Verbesserungen, massive Qualitätssicherungsmaßnahmen unterzubringen, der ist nicht erkennbar. Und in Folge dessen werden wir diesen Gesetzesentwurf, auch wenn wir noch einmal betonen wollen, dass wir die positiven Veränderungen wirklich befürworten und uns sehr darüber freuen, insgesamt ablehnen.

Ein Beispiel ist der § 17. Hier können wir nachlesen, dass der Patient, die Patientin, spätestens bei der Aufnahme über das Leistungsangebot und die Ausstattung eines Krankenhauses informiert werden muss. Wir hatten im Ausschuss genau über diesen Paragraphen sehr ausführlich und sehr lange zu diskutieren, und ich denke, dass der Paragraph durchaus positiv klingt, aber doch bei weitem noch zu wenig ist.

Im Ausschuss haben wir dann mit dem Herrn Generaldirektor-Stellvertreter, mit Herrn Dr Kaspar, lang und breit diskutiert, was eigentlich tatsächlich notwendig wäre, um sicherzustellen, dass diese Bestimmungen nicht nur Alibimaßnahmen sind, und da hat er dann gesagt, dass eigentlich ein Bench-Marking, genau das, was wir nämlich wollen, ein Vergleich für erbrachte Leistungen in den Wiener Spitälern zwischen den einzelnen Abteilungen, notwendig wäre, um wirklich Qualität sicherstellen zu können, dass das aber alles sehr schwierig ist und so einfach nicht geht.

Da gebe ich ihm schon Recht. Ich bin auch davon überzeugt, dass das nicht so schnell geht und dass das sehr schwierig ist und auch auf Widerstände stößt. Allerdings bin ich überzeugt davon, wenn man die internationalen Entwicklungen rechtzeitig erkannt hätte, wenn man rechtzeitig bereit gewesen wäre, hier die notwendigen und entscheidenden Schritte zu setzen, dann wäre es heute möglich, tatsächlich ein

Bench-Marking durchzuführen, ein Bench-Marking hinsichtlich des medizinischen Qualitätsstandards, und dann müsste man im Ausschuss nicht argumentieren, dass das zwar theoretisch und prinzipiell wirklich sinnvoll wäre, aber eigentlich zu schwierig umzusetzen ist, und es daher nicht machen kann, und stattdessen halt einen Alibi-Paragraphen, würde ich das jetzt nennen, einführt, wo man den Patienten spätestens bei der Aufnahme über das Leistungsangebot informiert. Ich glaube, das ist tatsächlich zu wenig und mit ein Grund, warum wir dieses Krankenanstaltengesetz ablehnen.

Ein zweites Beispiel. Da ging es um die Konsiliarärzte und auch da konnten wir im Ausschuss lange diskutieren. Das war ein Einwand, der vom Kollegen Hahn von der ÖVP kam, der gemeint hat, dass diese Einschränkung für Konsiliarärzte dazu führt, dass in Ordensspitälern Schwierigkeiten auftreten werden, weil das Modell der Konsiliarärzte dort stark verbreitet ist.

Als Antwort in dieser Diskussion kam dann, dass diese Formulierung nichts anderes ist, als das, was bereits jetzt im Bundeskrankenanstaltengesetz enthalten ist und man das daher hineinschreiben muss. Dann sage ich, okay, wenn man das da hineinschreiben muss, dann schreiben wir es halt hinein, aber man muss sich schon überlegen, was das eigentlich heißt. Das heißt, dass wir in Wien nicht möchten, und dass offensichtlich auch das Bundeskrankenanstaltengesetz das nicht will, dass Konsiliarärzte verstärkt auch auf Abteilungen medizinisch arbeiten können, wo es in diesen Häusern eigentlich keine Abteilung dafür gibt. Und das Argument war, dass das deswegen Sinn macht, um einerseits eine schleichende Ausweitung des Angebots zu unterbinden, weil es dem Krankenanstaltenplan widersprechen würde, aber das zweite Argument war das der Qualitätssicherung. Wenn man immer mehr Konsiliarärzte in den einzelnen Abteilungen hat, dann wisse man ja nicht, so meinte der Stadtrat, wie häufig bestimmte Leistungen erbracht werden, das heißt, man wisse auch nicht, wie qualitativ diese Leistungen sind.

Und damit wurden wir letztlich in unserem Argument bestätigt, das nämlich heißt, es ist ganz entscheidend, von ganz entscheidender Bedeutung, wie oft eine bestimmte Leistung in einem bestimmten Krankenhaus auf einer bestimmten Abteilung erbracht wird, um sicherstellen zu können, dass auch ein bestimmter Qualitätsmaßstab, ein bestimmter Qualitätsstandard, eingehalten wird.

In der folgenden Diskussion war es dann ganz interessant, weil ich habe das Argument aufgegriffen und den Stadtrat gefragt, ob es nicht - um bei seiner Argumentation zu bleiben - auch Sinn machen würde, in diesem § 17, den wir jetzt im Wiener Krankenanstaltengesetz haben, der die Patienteninformation vorsieht, auch eine Frequenzzahl, eine Anzahl über die Häufigkeit der erbrachten Leistungen festzuschreiben, um eben genau diese Qualitätssicherung,

dieses qualitätssichernde Element auch dem Patienten zugänglich zu machen.

Da herrschte zuerst einmal ein bisschen betretenes Schweigen, weil - das war so meine Interpretation, und ich glaube, da wird mir auch niemand widersprechen - man das ursprünglich eigentlich nicht vorgehabt hatte. Aber im Zuge der Diskussion war dann klar, dass man sich diesem Argument nicht verschließen konnte, und ich bin sehr gespannt, wie das dann tatsächlich bei dieser Patienteninformation aussieht, ob Patienten in Wien auch die Möglichkeit haben werden zu erfahren, wie oft eine bestimmte Leistung an einer bestimmten Abteilung von einem bestimmten Arzt erbracht wurde, weil das, meine Damen und Herren, ist tatsächlich ein entscheidendes Qualitätsmerkmal.

Und wenn es diese Information nicht gibt, dann wird ein grundlegendes Patientenrecht, nämlich das Patientenrecht auf Information, unterbunden, und das kann nicht Intention dieses Gesetzes sein. Und darum hoffe ich tatsächlich, dass wir hier auch eine Information über die Anzahl der erbrachten Leistungen bekommen werden.

Jeder Patient in dieser Stadt soll das Recht haben zu erfahren, welche Leistungen in einem Spital an einer Abteilung erbracht werden, welche Alternativen es gibt und ganz entscheidend - und ich hoffe, das haben wir tatsächlich mit der Diskussion im Ausschuss erreicht -, auch wie oft eine bestimmte Leistung erbracht wird, weil letztlich ist das ein grundlegendes Argument für eine Entscheidung, für ein oder auch gegen ein bestimmtes Haus.

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf die Stellungnahme der Wirtschaftskammer eingehen, die nämlich im Begutachtungsverfahren gemeint hat, dass die Informationspflicht eine verzichtbare bürokratische Auflage sei, und wo ich sagen muss, selten habe ich eine Stellungnahme gesehen, die von einer solchen sachlichen Unbedarftheit war. Ich denke, das muss man sich als Wirtschaftskammer schon auch trauen, so etwas in eine Stellungnahme hineinzuschreiben, weil sachlich argumentierbar ist es keinesfalls. Ich weiß nicht, was das ist, also ich hätte es mir an Stelle der Wirtschaftskammer verkneifen, aber es steht halt da und dagegen kann man nichts machen.

Das, wogegen man argumentieren muss - und das möchte ich hier auch mit aller Deutlichkeit tun -, das ist die Stellungnahme der Stadt Wien auf diese Stellungnahme der Wirtschaftskammer. Die Stadt Wien entgegnet nämlich der Wirtschaftskammer, dass diese neue Bestimmung lediglich eine Konkretisierung der alten Bestimmung ist und die Wirtschaftskammer sich daher nicht aufregen soll. Das heißt, es wird in Wahrheit gar keine bürokratische Auflage sein, sondern im Prinzip ist es ohnedies so wie bisher. Aber, meine Damen und Herren, wenn das tatsächlich gemeint ist, dann ist das zu wenig, denn bisher hat es nicht funktioniert und so habe ich mir gedacht, gut,

jetzt haben wir den § 17, der ist zwar nicht sehr umfassend, aber besser als gar nichts.

Aber wenn die Stadt Wien in ihrer Stellungnahme sagt, es ist lediglich eine Konkretisierung des Bestehenden, dann macht mich das gar nicht froh, weil dann wird gar nichts weitergehen, dann wird nichts gemacht werden. Ich habe bis jetzt nichts von einer Information gegenüber den Patienten gemerkt, und wenn diese Bestimmung auch nichts dazu beitragen wird, dann werden wir auch in Zukunft nichts merken und dann ist dieses Gesetz vollkommen überflüssig und dann kann ich nicht einmal den kleinen Vorteil erkennen, den ich bisher erkannt hätte, wenn ich diese Stellungnahme tatsächlich ernst nehme. Aber vielleicht hat sie wirklich nur dazu gedient, die Wirtschaftskammer ruhig zu stellen, dann will ich das gerne so stehen lassen und hoffen, dass es wirklich inhaltliche Verbesserungen gibt.

Ich glaube, wenn man gewollt hätte, dass in diesem Krankenanstaltengesetz tatsächlich bemerkenswerte und zukunftsweisende Verbesserungen für Patienten drinnen sind, dass qualitätssichernde Maßnahmen dokumentiert werden, dann hätte man das hineinschreiben können. Es wäre mehr möglich gewesen. So aber erweckt dieses Krankenanstaltengesetz ein bisschen den Eindruck, eine Pflichtübung zu sein, und die wirklich entscheidenden Fragen, nämlich machen wir das Richtige richtig und wie können wir das Richtige im Gesundheitswesen besser machen, die werden auch mit diesem Krankenanstaltengesetz nicht thematisiert und bleiben weiter im Raum stehen.

Ein ganz letzter Punkt: Nachdem heute auch die Regierungsbildung vorgenommen wurde und die Freiheitlichen das alte Papier, das es zwischen der SPÖ und der ÖVP gab, als Papier der Grauslichkeiten bezeichnet haben, möchte ich eines in Richtung der neuen Regierung sagen - jetzt ist sie ja schon angelobt -: Dieses Papier ist, was die Maßnahmen im Krankenversicherungswesen betrifft, auch ein Papier der Grauslichkeiten. Das ist aber gut versteckt.

Denn wenn man sich nur das Kapitel "Gesundheitswesen" ansieht, so sind da durchaus Maßnahmen, die auch meine Unterstützung finden werden. Wenn man allerdings zum Kapitel "Sozialversicherung" kommt, dann steht hier drinnen: "Die Krankenkassenträger werden ermächtigt, einen Selbstbehalt bis zu 20 Prozent in ihren Satzungen zu definieren." - Also, das klingt tatsächlich nach ziemlicher Grauslichkeit, weil was ist, wenn ich eine ... Frau Wicke, Sie sind dann dran, ich verstehe Sie leider nicht, ich würde gerne darauf eingehen. *(Abg Brigitte Schwarzklement: Die Krankenscheinegebühr wird dafür abgeschafft!)* Die Krankenscheinegebühr beträgt 50 S im Quartal, und wenn ich einen schweren medizinischen Eingriff habe, dann geht der in die 10 000 S und wenn ich hier ... *(Abg Michael Kreißl: Schauen Sie, ich bin bei der BVA, ich habe das schon seit 20 Jahren!)* Erstens zahlen Sie weniger Versiche-

rungsbeiträge, zweitens haben Sie in Ihrem Papier nicht einmal festgehalten, ob das nur für stationäre oder ambulante Leistungen gilt.

Wenn Sie sagen, das gilt nur für ambulante Behandlungen, sage ich, nun gut, aber dann möchte ich noch eines in Erinnerung rufen. Sie setzen sich ja auch ganz stark für die Ausweitung der Tageskliniken ein. Wenn wir Tageskliniken haben, dann sind auch die Leistungen, die dort erbracht werden, ambulante Leistungen und die sind mittlerweile sehr teuer, weil mittlerweile auch sehr kostenintensive Methoden - Gott sei Dank - in tagesklinischen Strukturen angewandt werden können, und das geht für Betroffene unter Umständen in Zigtausende Schillinge. Ich bin sehr gespannt, wie sich diese Oberflächlichkeiten in Ihrem Regierungsprogramm dann im Detail tatsächlich niederschlagen.

Und ich wünsche Ihnen viel Erfolg in den Verhandlungen untereinander, in den Verhandlungen mit den Ärztevertretern, in den Verhandlungen mit den Spitälern und vor allem in den Verhandlungen mit den Patientenvertretern. Darauf bin ich wirklich gespannt. *(Beifall beim Liberalen Forum. - Abg Brigitte Schwarzklement: Das ist liberal!)*

Präsident Johann **Römer**: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Jerusalem zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Susanne **Jerusalem** (GRÜNE): Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte zumindest jene drei Punkte hervorheben, die meiner Kollegin Alessandra Kunz, die heute leider nicht hier ist, besonders am Herzen gelegen sind.

Erstens. Die Qualität und Ausführlichkeit und Informationskraft der Informationsbroschüre.

Zweitens. Die Hospizbetten beziehungsweise die Finanzierung der Hospizbetten.

Drittens. Die psychologische und psychiatrische Versorgung von Patienten.

Ich kann das kurz machen. Es ist über meiner Meinung nach wichtig für uns alle, für die Patientinnen zum Beispiel, wenn sie sich danach erkundigen, wie gut ein Spital ist oder was ein Spital überhaupt leistet, wenn sie überhaupt einmal erst schauen, in welcher Spital sie gehen wollen, dort die notwendigen Informationen zu bekommen.

Was man dann in so einer Situation überhaupt nicht braucht, ist eine Broschüre, die eine reine Werbebroschüre ohne große Aussagekraft ist, die über das Leistungsspektrum und die Qualität der Leistungen wenig Auskunft gibt, da unter diesen Bedingungen dann der Entscheidungsspielraum für die Patientinnen und Patienten keineswegs größer wird. Natürlich ist es für Patienten interessant zu erfahren, wie oft wurde die besagte Operation in diesem Spital schon durchgeführt, wie oft hat der Arzt schon operiert, wie oft hat er diese Diagnose überhaupt zu stellen gehabt, wie viele Entbindungen haben stattge-

funden und wie viele davon waren Kaiserschnitte.

Vor allem aber wäre es natürlich auch interessant, mit welchem Erfolg das Spital arbeitet, wie viele Wiederaufnahmen in einem bestimmten Zeitraum nach der Entlassung aus der jeweiligen Abteilung stattgefunden haben. Das wäre eine Information, mit welcher Patientinnen und Patienten tatsächlich etwas anfangen können. Das heißt, die grüne Forderung lautet ganz einfach: Es ist eine echte Informationsbroschüre aufzulegen, aus der man jene Informationen herausholen kann, die man braucht, und zwar, bevor man ins Spital geht. Das ist das eine.

Die anderen Punkte betreffen Dinge, die einfach in dieser Novelle nicht behandelt wurden und auch das ist natürlich zu kritisieren, denn da gibt es eklatante Mängel zu beobachten.

Der erste Punkt ist die Finanzierung der Hospizbetten. 80 Prozent dieser Finanzierung müssen ja selbst geleistet werden und wenn man davon ausgeht, dass auch junge, unterhaltspflichtige Menschen solche Hospizbetten in Anspruch nehmen müssen, dann kommt man unterm Strich zu der Tatsache, und ist leider damit konfrontiert, dass wenn man jung ist, Kinder hat, unterhaltspflichtig ist und ein niederes Einkommen hat, der Aufenthalt in einem Hospiz einfach nicht leistbar ist und daher leider nicht in Frage kommt.

Die grüne Forderung lautet daher ganz simpel: Hospize als Krankenanstalten anzuerkennen und über die Sozialversicherung zu finanzieren, wie das - so höre ich bitte, ich weiß es nicht - angeblich auch in anderen Bundesländern der Fall sein soll. Und wenn das in anderen Bundesländern geht, müsste es eigentlich entsprechend auch in Wien möglich sein.

Der dritte und letzte Punkt bezieht sich auf die psychische und psychiatrische Betreuung von Patientinnen während ihres Spitalsaufenthalts. Das ist seit 1994 an sich geregelt, aber in Wirklichkeit ist es so, dass die Stellen nicht im entsprechenden Ausmaß eingerichtet wurden und es daher auch auf diesem Gebiet zu einem eklatanten Mangel in der Versorgung kommt.

Eine extreme Unterversorgung ist in den gynäkologischen, in den geburtshilflichen Abteilungen, in den onkologischen Abteilungen und in den Abteilungen für chronisch Kranke zu bemerken.

Insgesamt lautet das Fazit aus diesen Bemerkungen: Diese Novelle leidet an Magersucht und wird daher von den GRÜNEN abgelehnt. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Hahn zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Johannes **Hahn** (ÖVP): Frau Präsidentin! Herr Stadtrat!

Ich möchte Sie auf einige andere Punkte bei dieser geplanten Krankenanstaltengesetz-Novelle hinweisen, insbesondere auf die Neuregelung für die Begleitpersonen, weil sich da gerade meine Kollegin Hampel-

Fuchs so viele Jahre sehr engagiert hat und es ist erfreulich, dass wir berichten können, dass es mit der anstehenden Novellierung möglich sein wird, dass auch Kinder beziehungsweise Jugendliche über dem 3. Lebensjahr bis zum vollendeten 15. Lebensjahr nunmehr begleitet werden können, wenn sie sich ins Spital begeben müssen, und ich glaube auch, dass eine sehr vernünftige Regelung hinsichtlich des Kostenersatzes, wenn er notwendig sein sollte, gefunden wurde, weil in der Vergangenheit beziehungsweise bis jetzt einfach hier Kosten von im Schnitt etwa 700 S pro Tag für Begleitpersonen angefallen sind. Ich glaube, die künftige Regelung wird dazu geeignet sein, dass in der Tat hier eine Möglichkeit geschaffen wird, dass eben auch Kinder über dem 3. Lebensjahr entsprechend begleitet werden können.

Ein weiterer Punkt, auf den ich hinweisen möchte, sind die nunmehr sehr präzisierten Grundsätze für den zu erlassenden Wiener Landeskrankenanstaltenplan, den wir in den nächsten Monaten diskutieren werden müssen. Ich glaube auch, dass das im Zusammenhang mit einer strategischen Neuorientierung und Neupositionierung der Wiener WIKRAF Spitäler einhergehen muss, und zwar top down, zunächst AKH, dann die Schwerpunktspitäler und dann eben die Standardkrankenhäuser.

Ich glaube, es ist daher auch nicht notwendig, was in den letzten Monaten wiederholt vorgekommen und geschehen ist, dass von Seiten der ÖPIG-Geschäftsführung einzelne Wiener Ordenskrankenhäuser mehrfach sozusagen konsultiert und konfrontiert wurden, mit neuen strategischen inhaltlichen Ausrichtungen hinsichtlich ihres zukünftigen Leistungsangebots, und dass es hier gelegentlich zu völlig diametralen Aussagen innerhalb von wenigen Wochen oder wenigen Monaten einzelne Spitäler betreffend gekommen ist.

Es ist keinem Unternehmen - und in diesem Zusammenhang kann man ein Spital durchaus als Unternehmen betrachten - zuzumuten, wenn ihm zum Beispiel von Seiten seines Eigentümers oder anderer Stellen eine permanent wechselnde grundsätzliche strategische Neuausrichtung vorgeschrieben oder vorgeschlagen wird. Das führt nur zur Verwirrung, aber nicht gerade dazu, dass Vertrauen in die Spitalplanung geschaffen wird.

Ich möchte aber auch aus gegebenem Anlass eine Feststellung treffen, weil vor wenigen Tagen StR Rieder - ich glaube, es war zu Wochenbeginn - aus Anlass der herrschenden Grippeepidemie gesagt hat, es zeige sich, dass wir mit den Spitalsbetten gerade unser Auslangen finden und es könne zu keiner Reduktion der Spitalsbettenkapazitäten kommen. Nun, darüber könnte man diskutieren. Man könnte dann darüber diskutieren, wenn wir im Gesundheitsbereich weiterwursteln wollen wie bisher. Aber ich glaube nicht, dass wir das alle zusammen vorhaben und daher muss auch das zur Disposition gestellt werden. Und zur Disposition muss es auch deshalb gestellt

werden, weil sich auch alle mehr oder weniger darüber im klaren sind, dass die Gesundheitskosten grosso modo gedeckelt sind, dass also hier nicht mit weiteren, zumindest exorbitanten, Zuwächsen zu rechnen ist und wir wissen auch, dass das Spital die mit Abstand teuerste Variante im Bereich der Gesundheitsversorgung ist.

Es ist auch kein Geheimnis, dass die Österreicher und auch die Wiener absolute Weltmeister beim ins Spital gehen sind. Das wird auch durch entsprechende Zahlen deutlich. Jeder vierte Österreicher ist im Schnitt einmal pro Jahr im Spital. Im Vergleich dazu, in Spanien, in Portugal, in den Niederlanden, da ist es etwa jeder Zehnte. Die Norweger oder Schweizer sind im Schnitt auch offensichtlich gesünder, was allerdings nicht anzunehmen ist, aber jedenfalls haben sie kein so riesiges Bedürfnis, ins Spital zu gehen, da ist es nur jeder Siebente. Und der Durchschnitt in der Europäischen Union liegt bei sechs.

Natürlich schlägt sich das auch in der Spitalsbetendichte nieder und gemeinsam mit der Bundesrepublik sind wir auch da Spitzenreiter im europäischen Vergleich, nämlich mit 6,6 Spitalsbetten bezogen auf 1 000 Einwohner. Die Schweden vergleichsweise, aber auch die Norweger und Portugiesen kommen je mit 3,4 Betten pro 1 000 Einwohner aus, und der europäische Durchschnitt liegt bei 4,4 Betten.

Und natürlich ist das auch - um einen letzten Ziffernvergleich zu bringen - im Bereich der Krankenhausverweildauer evident, wo im Schnitt jeder Österreicher 1,8 Tage pro Jahr im Spital liegt, der europäische Durchschnitt ist 1,2. Und Länder oder Einwohner aus Schweden, Spanien, Portugal oder Norwegen bringen es auf weniger als 1 Tag Spitalsaufenthalt pro Jahr.

Es ist doch nicht so - und ich glaube, da sind wir uns auch wieder einig -, dass die Österreicher kränker sind, als unsere Freunde und Kollegen im benachbarten europäischen Ausland, sondern es ist einfach so, dass gerade im Gesundheitsbereich jene Angebote angenommen werden, die vorliegen, und es ist in vielen Bereichen für den Betroffenen bequem, attraktiv und auch ganz angenehm, sofort ins Spital zu gehen.

Und ich glaube, es ist ganz einfach notwendig und es ist ein *ceterum censeo* von vielen von uns in Gesundheitsdebatten, dass Voraussetzungen geschaffen werden, um den niedergelassenen Bereich zu attraktiveren, dass wir mehr Tageskliniken schaffen, dass wir einfach im Bereich der ambulanten Versorgung ein Angebot legen, dem der potentielle Patient sozusagen nicht widerstehen kann. Und ich glaube, es gibt viele Möglichkeiten, heute schon und noch mehr in der Zukunft, vom stationären Bereich in den ambulanten Bereich zu switchen.

Und in dem Zusammenhang ist es natürlich auch wichtig, die Gesundheitsförderung massiv zu betreiben und ich freue mich, dass wir in den nächsten Wochen seitens der Wiener Koalitionsregierung auch

ein dementsprechendes Gesundheitsförderungsprogramm vorstellen werden können.

Es sind also Maßnahmen zu schaffen, um unser effektives Gesundheitssystem auch weiterhin auf diesem Standard zu halten. Das erfordert aber auch - und vor allem - eine Senkung der Spitalskosten im Sinne einer intelligenten Umstrukturierung unseres Gesundheitsbudgets.

Und daher meine ich, dass die Zahl der Wiener Spitalsbetten nicht ein festgeschriebenes Dogma auf alle Zeiten sein darf. Ich möchte aber noch einmal alle sehr herzlich einladen, die vorgeschlagene Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz mit Ihrer Stimme zu unterstützen. - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächste Rednerin ist Frau StR Landauer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

StR Karin Landauer: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit der Aufnahme ins Krankenhaus wird die Patienteninformation zur Pflicht. Sehr richtig, das kann man nur unterstreichen. Nur, wenn man sich den bestehenden § 17 a ansieht, dann muss man feststellen, dass dieser eigentlich komplett novelliert gehört hätte, denn die darin enthaltenen Patientenrechte erscheinen uns nicht als wirklich ausreichend.

Der Ausbau der kostenlosen Aufnahme von Eltern kranker Kinder oder behinderter Patienten ist geplant. Schon bisher konnten Kinder unter 3 Jahren gratis ins Spital begleitet werden. Dies soll bis zum 15. Lebensjahr zu gestaffelten Gebühren nun möglich werden. Eltern von bis zu 3-Jährigen dürfen künftig gratis bei ihrem Kind im Spital nächtigen. Ebenfalls gratis ist der Spitalsaufenthalt für Eltern, die chronisch kranke Kinder Tag und Nacht betreuen. Treffen die Altersklausel und der Begriff "chronisch krank" auf das Kind nicht zu, so müssen die Eltern 669 S für jeden Tag bezahlen, an dem sie ihr Kind rund um Uhr betreuen. Zudem enthält das Gesetz einen Passus, dass die 669 S Tagesgebühr von Pflegepersonen auf maximal 14 Tage pro Jahr beschränkt ist, egal ob das Kind oder der behinderte Patient den Spitalsaufenthalt unterbricht oder ihn später im selben oder in einem anderen Wiener Krankenhaus fortsetzen muss.

Das klingt, finde ich gut, nur wenn man ausrechnet 669 S mal 14, so sind das knapp 10 000 S. Wir glauben, dass dieser Betrag für viele Menschen, vor allem für viele Alleinerzieher, nicht leicht leistbar sein wird. Daher wäre interessant zu erfahren, wie die gestaffelte Gebühr sein wird und wie viele Rooming-in-Betten es in Wien gibt. Ich habe es nicht im Gesetz gesehen, deswegen habe ich jetzt hier danach gefragt.

Wir Freiheitliche sind der Ansicht, dass dieses neue Wiener Krankenanstaltengesetz keine Verbesserung für die Eltern darstellt und daher ist das mit ein Grund, warum wir diese Novelle ablehnen.

Die Krankenanstaltengesetz-Novelle enthält außerdem die Regelung für die Streitigkeiten zwischen der

Stadt und dem Gesundheitswesen. Generell übernimmt die Sozialversicherung nur die Kosten für den Aufenthalt im Akutspital. Wird der Patienten zum Pflegefall, trägt die Kassa nicht mehr die Spitalskosten. Das neue Gesetz sieht vor, dass in diesen Fällen nur die Kosten für einen Pflegeheimplatz verrechnet werden, obwohl der Patient im äußerst teuren Akutbett auf einen Pflegeheimplatz wartet. Das Gesetz besagt, dass der Patient zum Tagsatz von 1 100 S im Spital bleiben kann, bis der Pflegeplatz in einem Pflegeheim gefunden ist. Können sich das Patienten und Angehörige nicht leisten, so wird gar nichts verrechnet werden.

Was ist eigentlich neu an diesem Gesetz, welche soziale Staffelung wird es geben, wie viel haben die Angehörigen zu bezahlen? - Wir Freiheitliche sind der Ansicht, dass dieser Ansatz der falsche ist. Wir haben schon x-mal Anträge auf Schaffung von Übergangsbetten verlangt, diese wurden von Ihnen, meine Damen und Herren, immer abgelehnt.

Um die Patienten nicht zur Kasse zu bitten, sollten Sie, meine Damen und Herren des Wiener Landtags, endlich den extramuralen Bereich ausbauen, den niedergelassenen Arzt in die Hauskrankenpflege einbeziehen und so den Patienten die Pflege zu Hause ermöglichen.

Eines der Ziele der Gesundheitsreform ist es, die Zahl der Tage, die die Patienten pro Jahr im Spital verbringen müssen, ohne Qualitätsverlust zu reduzieren. Seit 1998 konnte die niedrigste Zahl an jährlichen Spitaltagen verzeichnet werden, trotz der höheren Fallzahl.

Bevor Patienten in einem Akutbett auf einen Pflegeheimplatz warten müssen, müssen alternative Versorgungsstrukturen aufgebaut werden. Wir stehen hier noch am Anfang und der Bedarf wird in den kommenden Jahren noch enorm steigen.

Einige wenige Ansätze gibt es bereits, wie zum Beispiel die Geriatriebetten und psychosoziale Versorgungseinheiten sowie Palliativmedizin. Die Spitäler werden zur Offenlegung aller Firmen- und Patientenzuwendungen aufgefordert, um so jede Grauzone zur Kuvertmedizin oder firmenabhängigen Medizin auszuschließen. Wenn es dem Hospiz im Geriatriezentrum Am Wienerwald nicht möglich gewesen wäre, Benefizveranstaltungen zu organisieren, hätten viele Patienten in diesem Hospiz nicht betreut werden können.

Wir sind für die Offenlegung aller Sponsoren, dies kann gar keine Frage sein. Doch denke ich mir, dass man sich auch fragen sollte, woran unser Gesundheitssystem krankt, wenn man für lebenswichtige Projekte, für Patienten Sponsoren suchen muss.

Eine so halbherzige Novelle haben wir Freiheitliche schon lange nicht mehr gesehen, es gibt überhaupt keine substanziellen Verbesserungen. Und aus diesen Gründen lehnen wir Freiheitliche diese Novelle ab.

Wenn wir Qualität mit Erfolg gleichsetzen wollen, hören wir vom Wiener Patientenanwalt Prof Pickl, dass es bei den medizinischen Eingriffen keine abso-

lute Erfolgsgarantie gibt. Bei Menschen können Zwischenfälle oder Nachfolgekomplikationen niemals ausgeschlossen werden. Für Qualitätssicherung gibt es bisher nicht einmal eine Vorlesung.

Daher fragen wir uns Freiheitliche, was bedeutet für Sie Qualität? - Im Vorjahr wurden in Österreich insgesamt rund 200 klinisch toten Patienten Organe zur Transplantation entnommen, was im europäischen Vergleich einen Spitzenwert darstellt. Bei uns ist dies möglich, weil wir keine verpflichtende Nachfrage bei den Angehörigen haben. Würde man die Angehörigen fragen, so ginge die Antwort in den meisten Fällen in Richtung Nein. Patientenanwalt Prof Pickl ist davon überzeugt, ich zitiere: "Es wäre schlecht für alle jene Patienten, die auf lebensrettende Organe warten. Unsere Lösung steht meiner Meinung nach ethisch weit über der deutschen Zustimmungslösung." Zitat Ende.

Für die Menschen, die auf eine Transplantation warten, ist unsere Lösung sicherlich die menschlichere, trotzdem sollte es die Pflicht geben, die Bürger und Bürgerinnen in unserer Stadt über diese Gesetzeslage aufzuklären. Hier ist der Gesetzgeber gefordert. Wir Freiheitliche treten für eine Regelung ein, die eine Informationspflicht beinhaltet. Ein Gesetz, das den Eltern die Entscheidung über eine Organentnahme am verstorbenen Kind vorbehält, muss mit langfristiger Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit gekoppelt sein. Die Angehörigen müssen die Zusammenhänge verstehen, damit man eine Entscheidung nicht nur nach bestem Gewissen, sondern auch nach bestem Wissen treffen kann. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In dem Blatt "Unser Wien" kann man auf Seite 4 lesen: StR Rieder, "Mehr Information bei Organentnahme". Ich zitiere: "StR Rieder initiiert ein umfassendes psychologisches Betreuungsprogramm unter Mitwirkung aller betroffenen Mitarbeiter und des Wiener Patientenanwalts." Zitat Ende.

Wir Freiheitliche sind der Ansicht, dass ein umfassendes psychologisches Betreuungsprogramm zu wenig ist. Die Bevölkerung muss erst über die Gesetzeslage informiert werden, vor allem aber muss man der Bevölkerung die Entscheidungsfreiheit zugestehen.

Herr StR Rieder, es ist zu wenig, ein Betreuungsprogramm anzubieten, es muss eine gesetzliche Informationspflicht verankert werden. Diese Informationspflicht hätte bereits in dieser Novelle aufgenommen werden müssen. Die erste Ethikkommission wurde 1980 an den Universitätskliniken in Wien, Graz und Innsbruck eingerichtet. In Wien hat jedes Krankenhaus eine eigene Ethikkommission. In Deutschland existiert eine zentrale Ethikkommission, die sich mit den Grundsatzthemen auseinandersetzt. In Österreich gibt es viele Ethikkommissionen. Eine zentrale Ethikkommission kann sicher keine gesellschaftlichen oder politischen Diskurse ersetzen, sondern nur unterstützen. Gerade bei grundsätzlichen Themen ist es wichtig, eine Diskussion in der Öffent-

lichkeit zu fördern und verschiedene Sichten zu Wort kommen zu lassen. Künftig müssen Patienten spätestens bei der Aufnahme ins Spital über das genaue Leistungsspektrum und die damit im Zusammenhang stehende Ausstattung der Krankenanstalten informiert werden. Diese verstärkte Informationspflicht dient der Qualitätssicherung und dem Bedürfnis des Patienten zu wissen, ob das Spital für einen bestimmten Eingriff geeignet ist. Dr Wilhelm Appel hat vor einiger Zeit einen Spitalsführer herausgebracht: "Willkommen in Wiens Spitälern". Er hat dazu keine Novelle des Krankenanstaltengesetzes benötigt, sondern er hat einen sehr informativen Spitalsführer auf Eigeninitiative erstellt, so dass es vielen Patienten schon jetzt möglich ist, sich über das genaue Leistungsspektrum in den Wiener Spitälern zu informieren.

Wir Freiheitliche hoffen, dass dieser Spitalsführer dazu dient, dass der Patient bereits besser informiert ins Spital kommt und nicht erst bei der Aufnahme informiert werden muss. Die Novelle des Krankenanstaltengesetzes geht leider völlig an den Bedürfnissen des Patienten vorbei, daher können wir auch nicht zustimmen *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. - Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter amtsf StR Dr Sepp Rieder: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Ich fasse das Resümee für mich persönlich aus der Debatte über die Krankenanstaltengesetz-Novelle wie folgt zusammen.

Gerade auch die Freiheitlichen haben diese Gesetzesnovelle, die eindeutig den Patienten mehr Rechte schafft und den Patienten während des Spitalsaufenthalts Geld erspart, abgelehnt, obwohl gleichzeitig - auch davon ist hier gesprochen worden - in dem Programm auf Bundesebene Maßnahmen gesetzt werden, die die Patienten mehr Geld kosten und ihnen zum Teil weniger Rechte einräumen werden. Diese Schlüssigkeit der Position der Freiheitlichen kann ich nicht nachvollziehen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist hier davon die Rede gewesen, dass es in der Gesetzeslage zur Organentnahme eine Änderung geben soll, übrigens eine bundesgesetzliche Regelung. Frau Stadträtin, ich kann dann nur empfehlen, die entsprechenden Initiativen zu überlegen.

Es war hier davon die Rede, dass man die Entscheidungsfreiheit einräumen müsste. Man muss sich klar sein, welchen schlechten Dienst man damit Eltern, Müttern und Frauen erweist, wenn man sie in der extrem schwierigen, psychologisch enorm belastenden Situation, mit dem Tod ihres gerade geborenen Kindes fertig zu werden, auch noch damit belasten will, in demselben Augenblick darüber entscheiden zu müssen, ob mit den Organen des Kindes nicht einem anderen Menschen das Leben gerettet

werden kann. Also, eine solche Zumutung hier zu verlangen, halte ich für einen absolut schlechten Dienst gegenüber den Eltern.

Zweitens, es ist kein Zufall, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Transplantationen in Österreich mit Abstand den größten Wert haben, und zwar weltweit.

Es hängt auch mit dieser Gesetzeslage zusammen und daher läuft die Entscheidung, die von den Freiheitlichen hier vorgeschlagen wird, darauf hinaus, dass es in Zukunft in Österreich weniger Transplantationen, weniger Herz-, weniger Nieren-, weniger Lungentransplantationen und damit auch mehr Menschen geben wird, die deswegen sterben werden.

Und das soll man auch einmal klar sagen, dass die prinzipielle Entscheidung, eben hier in Österreich eine Regelung getroffen zu haben, die all dem entspricht, was hier gefordert worden ist, dem Rechnung trägt.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Herr Stadtrat, geschäftsordnungsmäßig bin ich verpflichtet, jetzt die Behandlung der Tagesordnung zu unterbrechen.

Berichterstatter amtsf StR Dr Sepp Rieder (fortsetzend): Ich komme daher, um diese dramatische Situation zu vermeiden, Frau Präsidentin, auch schon zum Schluss.

Ich ersuche Sie, dem Gesetz die Zustimmung zu geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke. - Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke. Das Gesetz ist somit in erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Wir unterbrechen nun die Behandlung der Tagesordnung und kommen zu dem Verlangen, dass die von Abg Mag Christoph Chorherr sowie Freundinnen und Freunde eingebrachte, an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft gerichtete Dringliche Anfrage, betreffend Auswirkungen auf Wien durch die drohende Isolation Österreichs im Falle einer VP/FP-Koalition", vom Fragesteller mündlich begründet werde.

Nach Beantwortung der Anfrage erfolgt die Debatte über den Gegenstand.

Auf die Verlesung wurde verzichtet.

Für die folgende Begründung der Dringlichen Anfrage sieht die Geschäftsordnung gemäß § 37 Abs. 1 eine Redezeit von 20 Minuten vor. Zur Begründung der Dringlichen Anfrage erteile ich Herrn Abg Mag

Chorherr das Wort.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Es ist ein schwarzer Tag für Österreich, es ist ein schwarzer Tag für Wien. (Abg Johannes Prochaska: Jetzt überhaupt!) Ja, jetzt überhaupt. Ich komme gleich zu Ihnen, Herr Klubobmann Prochaska.

Die vor wenigen Stunden erfolgte Beauftragung einer Regierungsbeteiligung der FPÖ unter maßgeblicher Unterstützung der ÖVP hat zu einer Situation geführt, wie es sie in der Zweiten Republik noch nicht gegeben hat. (Abg Gerhard Pfeiffer: Das ist falsch!) Wer hätte es sich vor einigen Monaten auch nur träumen lassen (Abg Gerhard Pfeiffer: Wir alle!), dass 14 EU-Staaten in einer Solidarität, wie sie noch nie da war, die Beziehungen zu Österreich grundlegend einfrieren.

Erst jetzt vor wenigen Minuten ist eine Eilt-Meldung gekommen, dass die Wiener Börse total abgestürzt ist. (Abg Brigitte Schwarz-Klement: So ein Schmarren!) Ein "Schmarren" sagen die Mitglieder jener Partei, die jetzt der Bundesregierung angehört. Belgien - und das ist nur der Auftakt des wirtschaftlichen Schadens, den diese beiden Parteien Österreich und Wien zufügen - storniert den Auftrag an Steyr-Daimler-Puch. Es häufen sich bereits die Anfragen und es gibt schon erste Stornierungen von Kongressen in Wien, in einer Stadt, die wie keine andere vom Tourismus lebt.

Meine Frage ist deswegen an den Vizebürgermeister gegangen, weil er noch vor wenigen Wochen FPÖ-Chef Haider mit harten Worten kritisiert hat. Er hat ihn als "skrupellos, charakterlos und gewissenlos" bezeichnet.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Wer heute skrupellos, charakterlos und gewissenlos ist, ist diese FPÖ, sind diese FPÖ und diese ÖVP, die Österreich in eine unglaublich schlechte internationale Situation gebracht haben, für die alle Österreicher und Österreicherinnen und vor allem die Mehrheit derer, die die FPÖ nicht in der Regierung wollen, jetzt die Verantwortung und vor allem die Konsequenzen zu tragen haben. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Dieser unermessliche Schaden erwächst aus einer Geisteshaltung, wo erst die verständlichen internationalen Reaktionen auf folgenden Zustand uns zur Vernunft und zur Besinnung bringen sollten - die Selbstverständlichkeit, mit der der Obmann der FPÖ Zitate und Statements gebracht hat, in denen er SS-Veteranen lobt, in denen er die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich lobt, in denen er Aussagen getätigt hat, die ihn in jedem demokratischen Land selbstverständlich von einer Regierung fernhalten würden. Und jetzt geht die Europapartei ÖVP her und befördert diese Partei in die Bundesregierung. Die Konsequenzen wird die Europapartei zu tragen haben.

Es ist schon so weit, dass die ehemalige Europapartei ÖVP jetzt von unverständlichen Reaktionen des "Auslands" spricht. Wer ist das Ausland, meine Da-

men und Herren von der ÖVP? - Waren Sie nicht diejenigen, die früher noch mit Argumenten für die europäische Integration eingetreten sind, weil Sie das Ausland auch als Inland begreifen wollten?

Seien wir froh, wir Demokraten und Demokratinnen in Österreich, dass das europäische Inland Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, einen normalen Standard zur Kenntnis bringt, der zum Glück im Interesse der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung liegt und von dieser auch unterstützt wird.

Deswegen fragen wir jenen Vizebürgermeister, dessen Partei mit überwältigender Mehrheit die FPÖ in die Regierung holt und daher die Hauptverantwortung trägt. Ich lasse Ihnen nicht durchgehen, Herr VBgm Görg, wenn Sie sagen, Sie hätten ohnehin dagegen gestimmt. Es stimmt, Sie haben dagegen gestimmt, was Sie möglicherweise als Privatmann ehrt, was aber auch zeigt, wie irrelevant Sie in der Wiener ÖVP sind.

Welcher andere Parteiohmann ließe sich wenige Stunden nach dieser Aussage von seinem Klubobmann Folgendes ausrichten: Prochaska verwies darauf, dass*man im VP-Landesparteivorstand einhellig der Auffassung gewesen sei, sich nicht gegen die Linie der Bundespartei zu stellen. Görgs Haltung sei angesichts seiner Einstellung gegenüber der FPÖ auf Verständnis gestoßen.

Tatsache ist, dass Sie der Landesparteiohmann einer Partei sind, die in einem Vorstandsbeschluss einhellig nichts dagegen getan hat, die Wählerinnen und Wähler zu verraten, die genau deswegen, genau wegen eines Versprechens, das zum Beispiel die jetzige Ministerin Gehrler abgegeben hat, das der damalige Vizekanzler Schüssel ausgesprochen hat, die ÖVP gewählt haben. Schüssel hat noch vor der Wahl appelliert, ÖVP zu wählen, damit man die Freiheitlichen an der Regierung hindert, und heute sind genau diese Stimmen diejenigen, die die Freiheitlichen in die Regierung holen.

Das ist ein derartiger Schaden auch an Glaubwürdigkeit für die Politik grundsätzlich, aber hoffentlich für die ÖVP bei jeder nächsten Wahl, so dass sie dafür die Konsequenzen zu tragen haben wird. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Ganz kurz möchte ich mich noch mit etwas beschäftigen, wo ich mich - ich gebe es zu - zurückhalten muss, weil mir die Worte fehlen. Da muss eine antretende österreichische Bundesregierung sich vom Präsidenten eine Präambel schreiben lassen, damit man sich zum Rechtsstaat, zu den Menschenrechten, zu Selbstverständlichkeiten bekennt, gleichzeitig aber gehen Schüssel und Haider her und wollen jemand als Mitglied dieser Bundesregierung ernennen, einen Mandatar der FPÖ namens Kabas, der schon in den wenigen letzten Tagen in allem, was er tut und aussagt, sich gegen diese Präambel stellt.

Herr Kabas, Sie waren derjenige, der mit den Überfremdungsplakaten vor der Wahl klare rassistische Politik betrieben hat, und Sie waren derjenige, der

erst vor wenigen Tagen in der Zeitung pauschal Schwarzafrikaner als Süchtler bezeichnet hat.

Herr Kabas, das ist eine derart widerliche Politik und ich will Sie nach Nachdenken hier nur als widerlichen rassistischen Zünder bezeichnen, und ich finde es gut, dass zumindest der Bundespräsident verhindert hat, dass so jemand wie Sie in der Bundesregierung sitzt. *(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPÖ, beim Liberalen Forum sowie des Abg Ing Dr Thomas Geringer.)*

Das wirft ein bezeichnendes Bild auf diesen Politiker und wir sollten darüber nachdenken, was so jemand, der wegen seiner rassistischen Politik nicht der österreichischen Bundesregierung angehören darf, im Wiener Landtag verloren hat.

Deswegen meine Fragen an den Vizebürgermeister, was er in den nächsten Monaten zu tun gedenkt, um diesen unermesslichen Schaden zu beheben, den die ÖVP dieser Stadt zufügt, den man ökonomisch bezeichnen kann, den man aber auch sehr tief empfindet, wenn man heute aus dem europäischen Inland angerufen und gefragt wird, was denn bei uns eigentlich los sei. In allen Nachrichtenstationen und Zeitungen der Welt wird Österreich in einer Weise skizziert, die nicht die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert, die sich explizit gegen die Beteiligung der FPÖ an der Regierung ausspricht. Aber dadurch, dass Sie jemanden, der 26 Prozent der Stimmen auf sich versammelt, der klar rassistische Aussagen getätigt hat, in die Bundesregierung holen, tragen Sie die Mitverantwortung dafür, dass Österreich international zum Paria geworden ist, wofür ich mich zutiefst schäme. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Abschließend, meine Damen und Herren: Es wird darum gehen, vom heutigen Zeitpunkt an mit all jenen Kräften in dieser Stadt und im Land, die eine FPÖ-Regierungsbeteiligung zutiefst ablehnen, einen Politisierungsprozess, einen Diskussionsprozess, einen Handlungsprozess einzuleiten, damit beim ersten möglichen Zeitpunkt, von dem ich hoffe, dass er besser morgen als übermorgen kommen wird, diese Bundesregierung abgelöst wird, mit demokratischen Mitteln bei den nächsten Wahlen, damit dieser unermessliche Schaden, den Sie dieser Stadt zufügen, den Sie mit Ihrer Politik dieser Stadt zufügen und hinsichtlich dessen in seinem gesamten Ausmaß noch nicht einmal abzuschätzen ist, was das für Wien, was das für Österreich, was das für diese Bevölkerung bedeutet, die so zornig, so betroffen und so bestürzt ist, auch durch die Auswirkungen, durch diesen Spiegel, der uns in gewisser Weise vorgehalten wird, so rasch wie möglich beendet wird.

Und ein Letztes noch und damit wende ich mich in dieser öffentlichen Debatte durchaus auch an jene, die FPÖ gewählt haben und von denen immer wieder, auch von öffentlichen Stellen, gesagt worden ist: Ja, Haider ist ein Rassist, aber man darf die FPÖ-Wählerschaft nicht so sehr in eine Richtung drängen, in eine Ecke stellen. Man muss hier auch einmal klar

und deutlich feststellen, dass all jene, die am 3. Oktober FPÖ gewählt haben, eine Mitverantwortung für diese Situation tragen. Die gelben Plakate hingen nicht nach den Reaktionen des Auslands, die Hetzschriften, die an jeden Haushalt gegangen sind, waren bekannt, und wir sollten die Bevölkerung auch so ernst nehmen, dass wir den Menschen zumuten, die Konsequenzen für das zu tragen, was sie gewählt haben. Und wenn heute manche meinen: Ja, das hätten wir eigentlich nicht gewollt, das haben wir nicht gemeint mit unserer Stimme!, dann sollten wir in eine ernsthafte politische Diskussion eintreten, dass in einer Demokratie die Abstimmung für eine Partei auch Konsequenzen hat. Insofern werden wir in den nächsten Tagen und Wochen auch intensiv vor allem mit jungen Menschen sprechen, die im höchsten Maße alarmiert sind und die mit dieser Regierungsbeteiligung nicht zu tun haben wollen, die für ein offenes, multikulturelles, liberales - im Sinne von offenen -, soziales Österreich eintreten. Wir werden auch Nichtwählerinnen und Nichtwähler ansprechen, aber auch jene, die hoffentlich zum letzten Mal FPÖ gewählt haben.

Von Ihnen, Herr VBgm Görg, erwarten wir, dass Sie die Konsequenzen ziehen, dass Sie nicht einfach einmal die Hand heben, sondern dass Sie das auch Ihren acht Abgeordneten im Nationalrat vermitteln, in deren Hand es liegt, nicht diese Regierung zu unterstützen, etwa jemand, der so unglaublich unglaublich ist wie Kollege Morak, der auch gegenüber Zeitungen, gegenüber dem Fernsehen vor den Wahlen gesagt hat: Sollte es zu einer FPÖ-Regierungsbeteiligung kommen, werde ich mein Mandat zurücklegen. *(Abg Dr Wilfried Serles: Hat er schon! - Ironische Heiterkeit bei der FPÖ und ÖVP.)*

Wie schaut dieses Mandat-Zurücklegen aus? *(Abg Johannes Prochaska: Hat er ja!)* - Er wird Staatssekretär in dieser Regierung! Das ist eine derartige Unglaubwürdigkeit, so dass wir Ihnen nur sagen können: Diese Wählerschaft wird Sie die Konsequenzen bei den nächsten Wahlen merken lassen und wir hoffen, dass dieser Schaden, den Sie dieser Stadt zufügen, sobald wie möglich beendet wird. - Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN sowie der Abg Martina LUDWIG.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Danke für die Begründung. - Ich bitte nun Herrn LhptmSt DDr Görg um die Beantwortung der Anfrage.

LhptmSt DDr Bernhard **Görg**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Klubobmann Chorherr!

Ihre Dringliche Anfrage, Herr Chorherr, ist ein Ärgernis, und zwar nicht ein Ärgernis wegen der Intention, die Sie damit verknüpfen - mir ist das klar, da bin ich auch ganz locker -, sondern sie ist ein Ärgernis in erster Linie wegen des Mangels an struktureller Intelligenz. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich das begründen. Es müsste Ihnen eigentlich, nachdem Sie lange genug hier herinnen

sitzen, klar sein, dass es nicht eine Angelegenheit der Vollziehung des Landes ist, wie ich im Bundesparteivorstand der Österreichischen Volkspartei als Landesparteibmann abstimme. Das geht Sie genauso wenig an, wie mich angeht, was Sie heute am Abend essen. *(Abg Mag Christoph Chorherr: Na, das ist ein Politikverständnis! Na wirklich!)*

Sie haben das Instrument der Dringlichen Anfrage gewählt. Dann hätten Sie nicht so blöde Fragen gestellt. Sie hätten ja andere Fragen stellen können. *(Lebhaftes Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP und FPÖ. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Ich komme schon zum politischen Teil, nur keine Sorge! Ich komme noch zum politischen Teil. *(Abg Mag Christoph Chorherr: Sie haben Wien einen so unermesslichen Schaden zugefügt! Sie und Ihre Partei! - Weitere lebhaftes Zwischenrufe.)*

Lieber Herr Kollege Chorherr! *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs** *(unterbrechend)*: Herr LhptmSt Dr Görg hat das Wort, und ich bitte Sie, sich die Beantwortung wenigstens anzuhören.

LhptmSt DDr Bernhard **Görg** *(fortsetzend)*: Sie haben offensichtlich beim Schreiben der Dringlichen Anfrage ein luzides Intervall gehabt und dann sind Sie draufgekommen, den Görg das mit dem Landesparteibmann zu fragen, das haut nicht wirklich hin. Dann haben Sie ihn gefragt, was er als Stadtrat tut, um seine Abgeordneten im Parlament zu beeinflussen.

Auch das ist nicht - ich sage es ganz vorsichtig, ohne Verbalinjurie -Gegenstand der Vollziehung des Landes. Denn ich habe als Stadtrat - das ist keine parteipolitische Funktion, das ist eine politische Funktion - überhaupt keinen Einfluss auf irgendwelche Nationalratsabgeordneten, ganz egal, von welcher Partei.

Das sind einmal zwei Dinge, die es mir wert und wichtig sind, gesagt zu werden, aber ich verstehe Ihre Intention. *(Abg Mag Christoph Chorherr: Wissen Sie, was heute passiert in Europa? Nehmen Sie das wahr?!)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs** *(unterbrechend)*: Würden Sie bitte so lieb sein und sich einmal die Beantwortung anhören. *(Abg Mag Christoph Chorherr: Nein! Ich bin heute nicht lieb!)* Bitte! *(Abg Mag Christoph Chorherr: Ich bin heute ganz und gar nicht lieb!)* Aber es wäre ein Akt der Höflichkeit.

LhptmSt DDr Bernhard **Görg** *(fortsetzend)*: Ich weiß, was in Europa passiert *(Abg Mag Christoph Chorherr: Und Ihnen ist das egal!)*, ich weiß, was in Wien passiert. Das gibt Ihnen aber noch lange nicht das Recht, mir hier in Form des Formalinstruments der Dringlichen Anfrage Fragen zu stellen *(Abg Günter Kenesei: Das ist Ihnen unangenehm!)*, die ich nicht verpflichtet bin zu beantworten. *(Abg Mag Christoph Chorherr: Wir stellen schon die Fragen, die wir wollen, mit Verlaub! - Abg Günter Kenesei: Das ist Ihnen unangenehm! - Weitere lebhaftes Zwischen-*

rufe.) Ja, aber als Landesparteiobmann können Sie mich in dieser Angelegenheit überhaupt nicht fragen. *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Und jetzt frage ich Sie - und ich komme dann schon zur politischen Bewertung -, ... Wie lange habe ich denn Zeit? *(Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Noch 15 Minuten!)* - Okay. Ich komme dann schon noch zur politischen Bewertung. *(Abg Mag Christoph Chorherr: Sie sollen die Anfrage beantworten! - Weitere Zwischenrufe.)*

Zunächst einmal einen guten Rat, Herr Kollege Chorherr. *(Abg Mag Christoph Chorherr: Nein!)* O ja! Horchen Sie! *(Abg Mag Christoph Chorherr: Nein, ich brauche keinen Rat von Ihnen!)* Der kann Ihnen viel Geld sparen, der gute Rat. *(Ruf bei der ÖVP: Er ist nicht lernfähig!)* Sie haben aus meinem "News"-Interview zitiert - so ist es gesagt worden, wie es da drinnen steht - und Sie haben dieses "skrupellos", "gewissenlos", "charakterlos" jetzt eben auf uns hier transponiert. Ich darf Ihnen nur sagen, dass ich von Herrn Dr Haider wegen dieses "News"-Artikels geklagt und in erster Instanz zu einer Strafe von 240 000 € verurteilt worden bin. Also, verwenden Sie das nicht wieder, sonst müsste ich Sie auch klagen, dann müssen Sie auch 240 000 € Strafe zahlen. *(StR Dr Friedrun Huemer: Das ist ja unglaublich!)* Diesen Rat gebe ich Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg Mag Christoph Chorherr: Wo ist die Antwort, Herr Vizebürgermeister?)*

Lassen Sie mich jetzt zur politischen Bewertung kommen. *(Abg Mag Christoph Chorherr: Bitte!)* Es ist überhaupt keine Frage, dass die Situation, so wie sie sich derzeit international und auch national abspielt, um es ganz gelinde zu sagen, unerfreulich, nicht erfreulich ist. *(Abg Mag Christoph Chorherr: Unerfreulich!)* Unerfreulich, ja, da bin ich voll mit Ihnen. Ich hoffe, aber ich kann nicht einmal die Garantie abgeben, dass diese unerfreuliche Situation in den nächsten Monaten verschwinden wird. *(Abg Dr Wolfgang Alkier: In den nächsten Monaten gibt es einen Rücktritt!)* Ich kann Ihnen nur eines ganz klipp und klar sagen, auch wenn Sie es nicht gerne hören: Ich selbst werde alles tun, obwohl ich ein entschiedener Gegner dieser Koalition gewesen bin, dass diese Koalition Erfolg hat, und zwar deshalb, weil ich an die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes denke. Es wäre sehr schlecht, wenn diese Koalition keinen Erfolg hätte.

Und wenn Sie heute, Herr Mag Chorherr, hier herausgehen und uns als ÖVP beschuldigen, was wir diesem Land angetan haben, dann frage ich Sie, Herr Kollege Chorherr: Warum haben Sie sich eigentlich nicht aufgeregt, wie Herr Kollege Van der Bellen, Ihr Klubobmann im Nationalrat, in den letzten Wochen immer wieder ganz cool gesagt hat, es gibt nur eine einzige logische Regierung im Moment, die ist schwarz-blau. Er hat nicht gerufen: Das darf nicht sein! Da wird es Proteste geben, der Wirtschaftsstandort wird leiden! *(Abg Mag Christoph Chorherr:*

Aha, der Van der Bellen hat das getan! Er hat die Stimme abgegeben!) Er hat, und zwar aus ganz eigensüchtigen parteipolitischen Motiven, Schwarz-Blau herbeireden wollen, damit Sie dann auftreten und in dieser Sache einen ungeheuren Wirbel machen können. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN. - StR Dr Friedrun Huemer: Das ist wirklich unglaublich!)*

Ich kann nur eines mit Bestimmtheit sagen *(Abg Mag Christoph Chorherr: Zur Geschäftsordnung! Kommen Sie zur Beantwortung!)* - ich komme schon dazu, ich habe ja Zeit, ich habe mir das von der Frau Präsidentin bestätigen lassen, dass ich Zeit habe -, ich kann Ihnen jedenfalls eines ganz klipp und klar sagen: Was ich dazu beitragen kann, werde ich tun - ich habe in den letzten Jahren, seit ich in diesem Amt bin, einiges beigetragen -, dass die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit dieser Stadt ausgebaut wird respektive erhalten bleibt. *(StR Dr Friedrun Huemer: Das hätten Sie sich auch sparen können! Jetzt ist das alles vertan!)*

Wir haben gemeinsam mit dem Koalitionspartner sehr viel unternommen, um diese wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. *(Abg Mag Christoph Chorherr: Das hat nichts mit der Anfrage zu tun!)* Wir haben Initiativen gesetzt im Bereich des Verkehrswesens, denn ohne ein ordentliches Verkehrssystem kann es keine entsprechende wirtschaftliche Kraft geben. Wir haben viel getan im Bereich des Bürokratieabbaus. Wir haben sehr viel getan im Bereich der Telekommunikationseinrichtungen, um diese zu erleichtern, billiger zu machen et cetera. *(StR Dr Friedrun Huemer: Sie wollen überhaupt nicht verstehen, was das Thema ist!)* Diesen klaren Kurs werden wir fortsetzen. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf des Abg Günter Kenesei.)*

Es ist völlig absurd - völlig absurd! -, auf Grund der momentanen Lage - und die ist sehr unerfreulich, meine Damen und Herren - den Schluss zu ziehen: Diese Stadt wird nachhaltig und lang anhaltende negative wirtschaftliche Konsequenzen zu tragen haben. Auch wenn ich weiß, dass wir in der nächsten Zeit wahrscheinlich mit Kongressabsagen zu rechnen haben, auch wenn ich annehme, dass wir zumindest kurzfristig im Tourismus Einbußen haben werden *(Abg Günter Kenesei: Und keine Aufträge!)*, ist es sehr kühn zu sagen, wir werden langfristige Nachteile haben, zumal ja auch in diesem Regierungsprogramm, das ÖVP und FPÖ beschlossen haben, Dinge enthalten sind, die den Wirtschaftsstandort Österreich und den Wirtschaftsstandort Wien stärken werden. *(Abg Günter Kenesei: Das wird aber niemand interessieren, was dort drinnen steht!)* Es ist völlig falsch, Herr Kollege Kenesei, das Bild aufrechtzuerhalten *(Abg Günter Kenesei: Da können Sie viel hineinschreiben, wenn niemand mit Ihnen redet!)*, Österreich und Wien würden langfristig durch diese neue Konstellation einen Schaden erleiden.

Jetzt frage ich Sie noch etwas, Herr Kollege

Chorherr und meine Damen und Herren von den Grün-Alternativen: Wo sind Sie denn gewesen, wie es darum gegangen wäre, Anträge zu stellen, dass der Herr Nürnberger einen Pakt unterschreibt, den er mit ausverhandelt hat? - Da habe ich nichts von Ihnen gehört. Sie haben nur geschrien: Rot-Schwarz - ein Wahnsinn! Das ist ein Abgesang!, et cetera et cetera. Wo sind Sie denn gewesen und haben gesagt: Herr Nürnberger unterschreiben Sie doch, denn wir haben Angst, dass sonst Schwarz-Blau kommt!? - Nichts habe ich von Ihnen gehört. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das muss ich auch an die Adresse der Sozialdemokratie hier in diesem Raum sagen, meine Damen und Herren: Ich glaube - ich bin sicher, Sie alle sind sicher hier in diesem Raum -, dass uns das, was Österreich derzeit international und auch national erlebt, erspart geblieben wäre, wenn ein Verhandler von Ihnen, der drei Monate lang mit der ÖVP auf Treu und Glauben verhandelt hat, wo dann ein Pakt ausgearbeitet worden ist, von dem Ihr Parteivorsitzender gesagt hat, an diesem Pakt werde kein Punkt und kein Beistrich mehr verändert, unterschrieben hätte und wenn nicht einer der Chefverhandler dann hergegangen wäre und gesagt hätte, er unterschreibt diesen Pakt nicht. *(Abg Mag Sonja Wehsely: Das wollten Sie auch erreichen!)*

Ich habe gehört - auch das an die Adresse der Sozialdemokratie -, dass Sie heute einen Antrag vorbereiten, dass diese Republik vor Schwarz-Blau geschützt werden soll. *(Abg Johann Driemer: Vor Blau!)* Meine lieben Damen und Herren, ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn Sie die gleiche Energie verwendet hätten, die Sie jetzt für das Schreiben dieses Antrags verwendet haben, um sicherzustellen, dass Ihre ganze Partei den Vertrag und den Pakt, den wir ausverhandelt haben, auch tatsächlich mitträgt *(Abg Günter Kenesei: Das ist eine Chuzpe!)*, hätten wir uns solche Debatten erspart. *(Abg Johann Hatzl: Das ist eine arge Verdrehung!)* Aber die stören mich gar nicht, es ist zum ersten Mal eine Dringliche Anfrage an mich; das stört mich überhaupt nicht. - Wir hätten uns die Fernsehberichte, die Sanktionsmaßnahmen, die angedroht werden, und auch kurzfristig potentielle wirtschaftliche Konsequenzen für die Republik und für die Stadt Wien erspart. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg Mag Christoph Chorherr: He! He! Das ist keine Anfragebeantwortung! - Weitere lebhaftes Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Ich danke für die Beantwortung. *(Abg Mag Christoph Chorherr: Aber er hat überhaupt nichts beantwortet!)*

Geschäftsordnungsgemäß möchte ich festhalten, dass ausschließlich die Vollziehung des Landes Wien Gegenstand von Dringlichen Initiativen sein kann. Da Sie aber kaum Fragen gestellt haben, die sich auf die Vollziehung beziehen, sind die Fragen beantwortet. *(Abg Günter Kenesei: Zur Geschäftsordnung!)*

Bitte sehr. 5 Minuten.

Abg Günter **Kenesei** *(GRÜNE)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es liegt mir fern, sowohl die Präsidentin des Wiener Landtags als auch den stellvertretenden Landeshauptmann zu kritisieren, ich möchte aber nur darauf hinweisen, dass Herr StR Görg diese Dringliche Anfrage in keinsten Weise so beantwortet hat, wie es laut Geschäftsordnung vorgesehen ist.

Auch wenn Sie meinen, Frau Präsidentin, dass hier nicht die richtigen Fragen gestellt wurden, erinnere ich in diesem Zusammenhang nur - vielleicht haben Sie es noch nicht gelesen - an die erste Frage.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs** *(unterbrechend)*: Kein Debattenbeitrag! Bitte zur Geschäftsordnung.

Abg Günter **Kenesei** *(fortsetzend)*: Wie können Sie es als Zukunftsstadtrat von Wien verantworten, die drohende Isolation Österreichs mit all ihren wirtschaftlichen Folgen auf den Wirtschaftsstandort Wien hinzunehmen? - Auf diese Frage hat es keine Antwort gegeben.

Welche Konsequenzen ziehen Sie als Wiener Stadtrat daraus, dass der ÖVP-Bundesvorstand gegen Ihre Stimme den Koalitionsvertrag mit der FPÖ gebilligt und damit in Kauf genommen hat, dem Wirtschaftsstandort Wien schweren Schaden zuzufügen?

Ich weiß schon, dass es unangenehm ist, für eine ÖVP mit schwindender Wählerunterstützung, sich jetzt an die Kittelfalten der FPÖ zu heften und im Bund noch rasch eine schwarz-blaue Koalition zustande zu bringen, und dass es unangenehm ist ...

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs** *(unterbrechend)*: Herr Abgeordneter, bitte zur Geschäftsordnung und keinen Debattenbeitrag!

Abg Günter **Kenesei** *(fortsetzend)*: Ich rede zur Geschäftsordnung, Frau Präsidentin, und ich erbitte mir auch, diese 5 Minuten zur Geschäftsordnung reden zu können und dass Sie mir zuhören.

Ich weiß schon, dass es unangenehm ist, für einen Landesparteiobmann und für einen, der durchaus immer der Meinung ist, bürgerliche Werte hochzuhalten, wenn er hier jetzt herausgeht und in eine Verteidigungssituation gerät. Nichtsdestotrotz ist es das legitime Recht einer Fraktion, hier Fragen an den Landeshauptmann-Stellvertreter zu richten und wir erwarten uns von der Präsidentin und vom Landeshauptmann-Stellvertreter hier in diesem Hohen Haus, auch dementsprechend diese Dringliche Anfrage beantwortet zu bekommen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als Präsidentin bin ich in keiner Weise gefragt und auch nicht verpflichtet, diese Anfrage zu beantworten.

Ich erteile jetzt Frau Abg Mag Hecht das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg Mag Gabriele **Hecht** *(Liberales Forum)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich halte das, was sich heute hier in diesem Haus abspielt, für einen wirklichen Skandal *(Abg Mag Franz KARL: Ja! - Abg Johannes Prochaska: Jawohl!)*, für

einen demokratischen Skandal. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg Johannes Prochaska: Diese Dringliche Anfrage ist ein Skandal!)*

In Richtung ÖVP: Dass der Herr Vizebürgermeister sich traut, hier ans Rednerpult herauszukommen und hinsichtlich der Anfrage einer Fraktion in diesem Landtag zu sagen, dass sie blöde Fragen gestellt hat *(Abg Dr Matthias Tschirf: Das stimmt nicht!)*, und dass er sich weigert, diese Fragen zu beantworten, das entspricht nicht der Geschäftsordnung des Landtags.

Diese Dringliche Anfrage ist zugelassen worden, deshalb ist sie auch zu beantworten. Ich beantrage daher eine Sitzungsunterbrechung und eine Beratung der Präsidiale zur Klärung dieser Frage. *(Beifall beim Liberalen Forum und bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Ich erteile Herrn Abg Kreißl das Wort zur Geschäftsordnung. *(Lebhafte Zwischenrufe bei den GRÜNEN. - Abg Mag Christoph Chorherr: Eure Bodyguards! Die neuen Bodyguards der ÖVP! - Weitere Zwischenrufe.)*

Abg Michael **Kreißl** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Herr Abg Chorherr hat in seinem Debattenbeitrag den Klubobmann der Wiener Freiheitlichen, Herrn Mag Hilmar Kabas, einen widerlichen rassistischen Zündler genannt. *(Abg Mag Maria Vassilakou: Ja, das ist er!)*

Ich möchte gar nicht näher darauf eingehen, dass die eigentlichen Brandstifter, welche im Grunde zu dieser Situation geführt haben, im Bereich der GRÜNEN zu finden sind, ich möchte nur Sie, Frau Präsidentin, darauf aufmerksam machen, weil ich glaube, dass dieser Ausdruck "widerlicher rassistischer Zündler" von Ihnen nicht wahrgenommen worden ist, und ich würde Sie ersuchen, diesbezüglich einen Ordnungsruf zu erteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Ich werde mir das diesbezügliche Protokoll kommen lassen und werde dann darauf reagieren.

Jetzt unterbreche ich die Sitzung und bitte zu einer Präsidiale.

Bitte bleiben Sie in der Nähe! Es kann kürzer oder länger dauern. Ich kann keine Zeit angeben. Leider!

(Die Sitzung wird um 16.34 Uhr unterbrochen und um 16.52 Uhr wieder aufgenommen.)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen. Wir fahren in der Debatte fort.

Als nächste Rednerin ist Frau Abg Mag Hecht zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr und bemerke, dass die Redezeit mit 15 Minuten begrenzt ist.

Abg Mag Gabriele **Hecht** (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wie die Präsidiale festgestellt hat, waren offensichtlich für die meisten in diesem Haus die Worte von VBgm Görg klar genug. Es wurde interpretiert, dass er die Sorgen um den Wirtschaftsstandort teilt

und dass er offensichtlich dazu nicht mehr zu sagen hat.

Das ist umso trauriger, weil ich glaube, dass man die Sache nicht so leicht abtun kann, indem man sagt, hier werden blöde Fragen gestellt *(LhptmSt DDr Bernhard Görg: Unintelligente!)* - Sie haben gesagt, blöde Fragen -, wenn sich Menschen Sorgen machen, wie es mit dem Wirtschaftsstandort Wien weitergeht.

Eines der beliebtesten Argumente der jetzigen Bundesregierung ist immer: Messen Sie uns nicht an unseren Worten, sondern messen Sie uns an unseren Taten! Und das Erste, was dann sofort als Argument kommt, ist das Regierungsprogramm. Man soll sich doch das Regierungsprogramm durchlesen.

Jetzt sage ich, Papier ist geduldig. In diesem Regierungsprogramm steht sehr viel drinnen, teilweise sehr schwammige, beliebige Dinge, teilweise Dinge, die ähnlich oder sogar gleich auch im rot-schwarzen Regierungspapier gestanden sind, aber ich habe schon sehr viele Regierungspapiere gesehen, unter anderem die in diesem Haus, und ich weiß, was sie wert sind: Vieles von dem, was drinnen steht und was gut ist, wird nie umgesetzt, und vieles von dem, was nicht drinnen steht und was schlecht ist, das passiert.

Insbesondere in diesem Regierungspapier steht in den Bereichen Justiz, Ausländerpolitik und Frauenpolitik einiges, das sehr Böses ahnen lässt, und zwar etwas, was über das hinausgeht, was da drinnen steht, dass wir einen Schritt nicht nur ins letzte Jahrhundert - das wäre ja noch nicht so weit -, sondern noch weiter zurück machen, was die Menschenrechte betrifft, was die Gleichberechtigung der Frauen betrifft, was die Grundrechte betrifft.

Wenn jetzt diese Regierung hergeht und sozusagen einen Vertrauensvorschuss von den Menschen verlangt, dann ist das wirklich eine Überforderung, denn einen Vertrauensvorschuss hat diese Regierung sicherlich nicht verdient, und die Urteile, die Sie Vorurteile nennen, sind Urteile, die Sie sich durch jahrelange Aktivitäten und Aussprüche redlich erworben haben.

Ich halte es wirklich für bestürzend und für einen sehr traurigen Tag, dass heute eine Regierung angelobt worden ist, die sich durch einen unterirdischen Gang davonschleichen muss, dass nach der Angelobung keine Pressekonferenz stattfindet, dass der neue Bundeskanzler nicht bereit ist, wartenden Journalisten Fragen zu beantworten *(Abg Mag Franz KARL: Die hat er doch schon gestern beantwortet! Warum soll er sie heute noch einmal beantworten?)*, dass sich die neue Vizekanzlerin überhaupt nicht äußern will und dass die angekündigte Pressekonferenz nicht stattgefunden hat.

Wenn der Herr Vizebürgermeister heute gesagt hat, ja, ja, er weiß schon, dass die Situation in Europa nicht erfreulich ist, dann sage ich, die Situation in Europa ist nicht nur nicht erfreulich, sie ist katastrophal. Ich glaube, dass wir das heute noch gar nicht

abschätzen können, was das für Österreich bedeutet, was auf uns zukommt und was das auch für den Wirtschaftsstandort Wien bedeutet.

Wenn eine Regierung im Ausland schon eine Stunde nach ihrer Angelobung mit Boykottmaßnahmen, mit dem Abzug von Botschaftern und mit der Stornierung von Regierungsaufträgen beginnt, dann ist das wirklich eine bedrohliche Situation. Die Wiener Philharmoniker haben bereits gesagt, dass sie Absagen von Konzerten befürchten.

Die EU-Kommission hat heute eine Resolution des Europaparlaments begrüßt, die sich gegen rassistische, ausländerfeindliche und beleidigende Äußerungen von Jörg Haider ausgesprochen hat. Diese Resolution wurde heute von der Europäischen Kommission begrüßt.

Und noch eines: Die Europäische Kommission hat dezidiert festgehalten, dass die Interviewaussagen von Jörg Haider in der "Zeit" im Widerspruch zu der von ihm unterzeichneten Präambel der Regierungserklärung stehen. Das ist schon peinlich genug, dass eine Regierung in Österreich im Jahr 2000 angelobt wird, die in einer Präambel vorgeschrieben bekommen muss, dass sie sich zu Selbstverständlichkeiten bekennt, und es ist noch trauriger, dass das von den anderen Staaten in Europa nicht geglaubt wird, weil sie sagen, dass das schon von vornherein im Widerspruch steht mit dem, was bisher gesagt wurde.

Und wenn jetzt plötzlich die Charta für die Menschenrechte in Europa unterzeichnet werden soll, wiewohl das bisher von der FPÖ und von der ÖVP verweigert wurde, dann ist auch das nicht glaubwürdig.

Man kann sich die Ausbrüche anschauen, die Jörg Haider einfach auch zu seiner Rechtfertigung sagt, wenn er meint, in Kärnten hat er eine gute Nachbarschaftspolitik gemacht, da hätten alle sehen können, dass er kein "Slowenenfresser" ist, wenn er sagt, es gibt eine "Aufgeregtheit im europäischen Hühnerstall, obwohl der Fuchs noch gar nicht drinnen ist", wenn er sagt, niemand hat sich zum Beispiel aufgeregt, dass in Italien ein Kommunist Ministerpräsident geworden ist, wenn er zur Vergangenheitsbewältigung sagt, die ständige Beschäftigung mit dem Gestern und das ewige Sich-im-Kreis-Drehen ist den Deutschen durchaus eigen, der Österreicher hat eine andere Mentalität, oder wenn er zum gleichen Thema sagt, diese ganze Entschuldigerei für die Vergangenheit führt letztlich nur dazu, dass in der Bevölkerung Emotionen aufkommen und gefragt wird: Was soll das Ganze eigentlich noch nach so vielen Jahrzehnten?

Und da wundert man sich und da glaubt man an Verschwörungstheorien, wenn das Ausland protestiert, wenn dort noch nicht vergessen wurde, dass Haider vor der SS gesagt hat, dass er froh ist, dass es in dieser Welt noch anständige Menschen gibt, die einen Charakter haben und die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und dieser

Überzeugung bis heute treu geblieben sind. Das ist eine Basis, meine lieben Freunde, hat er zu den Mitgliedern der Waffen-SS gesagt, die auch an uns Junge weitergegeben wird. Und er hat noch betont: Aber wir sind ja geistig den anderen überlegen und das ist etwas sehr Entscheidendes.

Und ich finde es wirklich grenzenlos abstoßend, wenn jetzt von der ÖVP und von der FPÖ versucht wird, die Schuld an dem Schaden, der für Österreich entsteht, gerade im Entstehen ist und schon entstanden ist, jenen in die Schuhe zu schieben, die aufstehen und gegen so eine Regierung protestieren. (StR Karin Landauer: *Gewaltfrei sollte man aufstehen!*) Ich habe protestiert und ich habe gewaltfrei protestiert. Ich war bei diesen Demonstrationen und die meisten Menschen, die dort waren, haben gewaltfrei demonstriert. (StR Karin Landauer: *Was sich heute abgespielt hat, war nicht mehr gewaltfrei!*) Ich bin genauso bereit, jederzeit jede Gewaltaktion, auch bei dieser Demonstration, zu verurteilen. (StR Johann Herzog: *Da werden Sie noch Gelegenheit haben!*) Ich unterstütze das nicht und ich finde das auch nicht richtig. Aber jetzt die ganze Kundgebung und den ganzen Protest auf das zu reduzieren, dass da einige gewalttätige Gruppen am Werk sind, das ist einfach unredlich. Dass man jetzt versucht, all jenen, die gegen rassistische Äußerungen, die gegen Hetze von Menschen gegen Menschen auftreten, die das einfach aussprechen, die vor der Gefahr warnen, die mit dieser FPÖ verbunden ist, denen jetzt die Schuld in die Schuhe zu schieben, dass sie daran beteiligt sind, dass Österreichs Ruf im Ausland beschädigt ist, das ist wirklich niederträchtig. Das ist eine Art von Schuldumkehr, die einfach nicht zulässig ist, denn den Stoff für diese Kritik im Ausland, den bringt Jörg Haider selbst. Und mit jeder Rechtfertigung, die er versucht, unterstützt er noch mehr die Vorwürfe, die gegen ihn bestehen. (Beifall beim Liberalen Forum.)

In einer heutigen Aussendung hat die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit festgestellt, dass die gut dokumentierten Aktivitäten und Statements der FPÖ im vollkommenen Gegensatz zu dem stehen, was in der Charta der europäischen Parteien für eine nicht-rassistische Gesellschaft steht und dass es deshalb nicht glaubwürdig ist, wenn plötzlich in der Präambel zu dieser Regierungserklärung eine derartige Deklaration enthalten ist. Und ich möchte nur gerne wissen, wie diese Regierung jetzt, wenn wir sie an ihren Taten messen sollen, reagieren wird? - Es steht nämlich in dem Regierungspapier drinnen, dass diese Regierung die Bemühungen der in Wien angesiedelten EU-Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unterstützt. Und das wird gleich das Erste sein, woran man diese Regierung messen kann, ob nach dieser harten Kritik, nach dieser scharfen Verurteilung der EU-Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, diese Zeile im Regierungspapier auch wirklich umgesetzt wird.

Das Problem, das wir mit dieser Regierung haben, ist, dass wir einen Bundeskanzler haben und einen ehemaligen Außenminister, der seine Regierungskollegen nicht einmal verteidigen kann, weil er offensichtlich sehr schlechte Kontakte zum Ausland hat. Denn wenn jetzt unterstellt wird, das Ganze ... *(StR Johann Herzog: Lesen Sie die "Presse" von gestern! Das wäre sehr empfehlenswert! Da steht es glasklar drinnen!)* Ich sage Ihnen etwas: Wenn es stimmt, dass das von Österreich aus initiiert wurde, ist es genauso ein Skandal. *(StR Johann Herzog: Dann sagen Sie es endlich!)* Ich halte auch das für absolut schädlich. *(StR Johann Herzog: Nicht herumreden! Jetzt reden Sie schon eine Viertelstunde! Sie brauchen so lange Zeit dafür!)* Aber erstens habe ich dafür keine Beweise. Wenn es jedoch stimmt, ist es im vollen Umfang zu kritisieren, und ich werde so etwas sicher nicht verteidigen. *(StR Johann Herzog: Die Staatsfunktionäre, die sich nicht durchgesetzt haben, die sind das!)* Aber den Stoff dafür hat Jörg Haider geliefert, denn selbst wenn so eine Bestellung gekommen wäre, hätte sie nichts genützt, wenn nicht genug Stoff da gewesen wäre.

Und der Herr Schüssel kann leider niemanden verteidigen und er kann auch leider nichts bestellen, denn der hat selbst seine Ehre im Ausland schon abgegeben, zum Beispiel wie er den deutschen Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer als "richtige Sau" bezeichnet hat und den schwedischen Minister als "Trottel". Den weißrussischen Präsidenten Lukaschenko hat er als "Kümmeltürken" bezeichnet und einen schwarzafrikanischen Minister als "Bloßfüßigen". Da hat sich eine Paarung gefunden, die ja wirklich zusammenpasst! *(Beifall beim Liberalen Forum und bei den GRÜNEN.)* Und da wundern wir uns jetzt in Österreich darüber, dass das Ausland uns verurteilt!

Und ich sage Ihnen etwas anderes: Ich bin froh darüber, dass die ausländischen Fernsehstationen die Demonstrationen am Ballhausplatz, die heute waren und die in den vergangenen Tagen waren, gefilmt haben und gesendet haben *(Abg Michael Kreißl: Da sehen Sie wenigstens, wer da mitdemonstriert hat! Mitdemonstriert hat die kommunistische Jugend!)*, weil damit ein Signal ins Ausland gesendet werden konnte, dass das nicht das ganze Österreich ist, dass es auch noch ein anderes Österreich gibt! *(Beifall beim Liberalen Forum und bei den GRÜNEN. - StR Walter Prinz: Die kommunistische Jugend war das! - StR Johann Herzog: Kommunisten!)*

Sie können sich erregen, wenn Sie selber am Rednerpult sind, wenn Sie so viel zu sagen haben. Nehmen Sie sich selbst bei der Nase und schauen Sie Ihre eigenen Aktionen an. Während auf der einen Seite eine Charta für die Menschenrechte unterschrieben wird, prescht Ihr Parteivorsitzender vor und erklärt, dass die Schwarzafrikaner alle Drogendealer sind, überhaupt, wenn sie im Designeranzug und mit Aktentasche in Wien unterwegs sind. - Was ist denn

das anderes als Ausländerhetze? *(Abg Dr Herbert Madejski: Statistisch ist das erwiesen!)*

Und wenn gerade Herr Kabas als Minister abgelehnt wurde, so ich sage Ihnen etwas: Das war nicht nur der Herr Bundespräsident, sondern es hat auch ausländische Reaktionen darauf gegeben, und zwar hat es auch von der Europäischen Kommission und von der EU-Rassismusbeobachtungsstelle diese Anmerkung gegeben, dass die ganze Präambel und die ganzen schönen Worte von Jörg Haider in dem Moment wertlos sind, wo er einen Mann als Minister vorschlägt, der so rassistische Plakate in Wien affiziert hat wie der Herr Kabas.

Was ich aber auch noch bei dieser Gelegenheit heute anbringen muss, und das kann ich auch nicht verschweigen, das ist mein Unverständnis gegenüber dem Verhalten unseres Herrn Bundespräsidenten. Ich habe die Haltung des Herrn Bundespräsidenten über lange Fristen hin sehr geschätzt und ich habe gehofft, dass er bis zuletzt standhaft bleibt. Aber dass er auf der einen Seite sagt, dass er dieser Regierung kein Vertrauen entgegenbringt, dass er glaubt, dass diese Regierung für Österreich Schaden verursacht, dass er seinem Amtseid getreu dann nicht nach bestem Wissen und Gewissen handelt, sondern gegen besseres Wissen diese Regierung tatsächlich angelobt, das enttäuscht mich zutiefst! *(Abg Heinz Hufnagl: Das hätte die Nationalratspräsidentin Schmidt ganz anders gemacht!)*

Und wenn der Herr Bundespräsident dann ein Schreiben schickt an ...

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs *(unterbrechend):* Frau Abgeordnete, Ihre Zeit ist schon um!

Abg Mag Gabriele Hecht *(fortsetzend):* Ich komme schon zum Schluss!

Wenn er dann ein Schreiben an Herrn Simon Wiesenthal schickt, in dem er sich sozusagen persönlich davon reinzuwaschen versucht, dass er das getan hat, dann ist mir das zu wenig. Ich hätte mir gewünscht, dass er bis zuletzt konsequent geblieben wäre und diese Regierung nicht angelobt hätte. *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Mag Vassilakou gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Mag Maria Vassilakou *(GRÜNE):* Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Der Herr Vizebürgermeister und Zukunftsstadtrat hat vorhin in dem, was eine Beantwortung unserer Anfrage hätte sein sollen, sinngemäß gemeint - das haben wir gerade gehört -, er teilt irgendwie die Sorge. Das hätte man verstehen können daraus.

Na ja, wenn er die Sorge um den Wirtschaftsstandort Wien teilt, dann wird wohl die ÖVP überhaupt kein Problem haben, den Antrag zu unterstützen, den ich jetzt gleich einbringen werde, denn in diesem Antrag wird um nichts anderes ersucht, als dass der Wiener Landtag diese Sorge, die Sorge, die 14 EU-Staaten zum Ausdruck gebracht haben, die

Sorge, die die USA zum Ausdruck gebracht haben, die Sorge, die so ziemlich jeder anständige Demokrat europaweit in den letzten Tagen zum Ausdruck gebracht hat, teilt. Lauter anständige Demokraten, lauter Politikerkollegen, wie Sie, wie ich. *(Abg Johannes Prochaska: Die Kommunisten, sind das Demokraten?)* Lauter Kommunisten, ja ja. Die kommunistische Präsidentin des EU-Parlaments, die Kommunistin, und und und. *(Abg Johannes Prochaska: Der Herr Baier ist verhaftet worden! - Abg Marco Smoliner: Die aufrechten Demokraten: Le Pen! - Abg Mag Christoph Chorrherr: Lega Nord!)* Der kommunistische Chirac, lauter Kommunisten haben ihre Sorge, stadtbekannte Kommunisten haben ihre Sorge zum Ausdruck gebracht. Und hier wird nichts anderes beantragt, als dass der Wiener Landtag diese Sorge teilt, und es wird nichts anderes beantragt, als dass unser Landeshauptmann in einer Tour durch Europa versucht, Aufklärung zu leisten und vielleicht doch einiges zu tun, um diesen Wirtschaftsstandort zu retten.

So es irgendjemand in diesem Saal gibt, der vielleicht noch Fragen im Zusammenhang mit diesem Wirtschaftsstandort hat, der braucht sich nur zum Ballhausplatz zu bewegen. Ja, das ist ein heißer Standort in Wien geworden. Die Lichtenfelsgasse ist auch ein heißer Standort in Wien geworden. Das ist die Stabilität dieses Landes! Soweit haben Sie es gebracht! Denn Ihnen haben wir es zu verdanken *(Abg Johannes Prochaska: Die Auslagenscheiben einwerfen, die Polizisten verletzen, das sind Ihre Demokraten! Volksdemokraten!)*, dass in diesem Land nach Jahrzehnten eine Regierung, die erste Regierung dieser Republik, unterirdisch zur Angelobung kommen und unterirdisch wieder abrücken musste. Und wissen Sie, vielleicht wäre es eine Idee, bei unserem Umweltstadtrat zu beantragen, die Kanalisation mit roten Teppichen auszulegen, denn diesen Weg wird die Regierung in den nächsten Monaten benutzen müssen. *(Beifall bei den GRÜNEN und beim Liberalen Forum. - Abg Johannes Prochaska: So sind Sie!)* Denn so bald kommt die nämlich nicht an die Oberfläche, da gehört sie auch nicht hin, sie gehört nämlich dort unter die Erde. *(Abg Johannes Prochaska: Ja, so sind Sie!)*

Nun hat Ihr Parteiboss und nunmehriger Vizekanzler gemeint, das alles ist so steril, das sind alles Vorurteile, man möge zunächst einmal *(Abg Johannes Prochaska: Bundeskanzler!)* - Bundeskanzler, Verzeihung, ich kann mich schwer daran gewöhnen, es tut so weh *(Abg Johannes Prochaska: Aber so ist es!)* -, er hat also gemeint, man soll sich nicht auf Vorurteile stützen, er hat gemeint, man soll das Regierungsprogramm abwarten, dann soll man erst urteilen.

Nun haben wir abgewartet und wir haben alle das Regierungsprogramm in Händen. Ich hoffe auch, dass es jeder hier gelesen hat. Und wenn ich da hineinschaue, dann passiert nämlich etwas, was genau das Gegenteil dessen ist, was in den letzten Tagen immer

wieder angekündigt worden ist: Man braucht sich nicht zu sorgen. *(Abg Dr Herbert Madejski: Wo? Auf welcher Seite steht das?)* Nein, dann kommen erst die größten Sorgen, denn dieses Programm, das ist nicht das demokratische Programm eines Landes, das in die Zukunft geht *(Abg Michael Kreißl: Das ist ein falsches Blatt!)*, das ist das Programm eines Landes, das gerade mit Volltempo ins Mittelalter zurückgeht. *(Abg Dr Herbert Madejski: Wo steht das?)*

Ich sage Ihnen zwei Stichworte, liebe Kollegen von der FPÖ, weil Sie sich wundern: Zwangsarbeit, Zwangseindeutschung. *(Abg Heinz Christian Strache: Wo kommt das vor? Wo steht das?)* Zwangsarbeit bei Langzeitarbeitslosen, denn das ist Zwangsarbeit, worum es geht, Zwangsarbeit bei Menschen, die länger arbeitslos sind, bei Menschen, die krank sind, wenn man der Meinung ist, dass diese doch noch zu Arbeiten herangezogen werden können. *(StR Johann Herzog: Sie zitieren falsch! Das muss ein anderes Programm sein!)* Und Zwangsdeutschkurse ... *(Abg Dr Herbert Madejski: Lesen!)* Ich kann lesen, ich kann interpretieren, ich verstehe nämlich noch, was ich lese *(StR Johann Herzog: Sie haben ein falsches Programm gelesen!)*, ich verstehe sehr gut, was ich lese, wenn ich lese von einem verpflichtenden Integrationspackage für AusländerInnen. *(StR Johann Herzog: Vielleicht haben die GRÜNEN ein anderes Programm!)*

Ja, wo sind wir denn? In welchem Land leben wir denn eigentlich *(Abg Dr Herbert Madejski: In Österreich! Gott sei Dank noch in Österreich!)*, wo mündige Bürger noch gezwungen werden können? - Soweit kommt es noch, dass Sie mündige Bürger dieses Landes zu Dingen zwingen wollen. Das ist die Demokratie, so wie Sie sie verstehen. Und das ist die Demokratie, so wie sie diese ÖVP stützt. Und das sind die Urteile, die wir hätten fällen sollen! Das sind die Dinge, auf die wir hätten warten müssen, um festzustellen, dass sich überhaupt niemand zu sorgen braucht, es geht ja alles bestens in diesem Land. Wir sind wirklich hervorragend, wie gesagt, mit Vollgas in die Zukunft unterwegs.

Nun hoffe ich doch sehr, dass die Mehrheit dieses Landtags diese Dinge nicht als Zukunftsoptionen betrachtet. Ich hoffe doch sehr, dass die Mehrheit dieses Landes auch nicht dafür und dazu steht, dass mündige Menschen, wie gesagt, dass Bürger in diesem Land gezwungen werden dürfen, Kurse zu besuchen beispielsweise, dass bürgerliche Freiheiten in diesem Land eingeschränkt werden, sondern dass dieses Land eine weltoffene, menschenwürdige Demokratie bleibt. In diesem Sinne bringe ich meinen Antrag ein und hoffe sehr, dass er unterstützt wird. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Ich möchte nun auch kurz auf Wien zu sprechen kommen. Es gäbe vieles, was man noch zu dem sagen könnte, was vielleicht in den nächsten Wochen und Monaten - hoffentlich nicht allzu lange - zu erwarten sein wird.

Ich kann hier auch aus dem Regierungsprogramm zitieren, das ich nicht gelesen habe und nicht verstanden habe, den Teil, wo es um die vehemente, schonungslose Verfolgung der Illegalen geht - auch etwas, was die ÖVP unterstützt.

Ich darf erinnern oder vielleicht zur Erinnerung diesen Antrag hier zeigen, betreffend papierlose Jugendliche, den Kollege KARL von der ÖVP vor ein paar Monaten noch unterstützt hat. (*Abg Mag Franz KARL: Den unterstütze ich auch weiterhin!*) Das können Sie ja dann gleich sagen, wenn Sie dran sind, denn Sie sind ja unmittelbar nach mir zu Wort gemeldet. - Das waren noch die Zeiten, als nämlich ÖVP und SPÖ und GRÜNE und Liberales Forum mit einem Antrag an den damaligen Innenminister Schlögl herangetreten sind und ersucht haben, illegalen Jugendlichen und Kindern, die in dieser Stadt leben, seit vielen, vielen Jahren, eine Zukunft zu geben und eine Legalisierungsaktion ins Leben zu rufen. Nun ist nur mehr die Rede von schonungsloser Verfolgung. Ich schlage vor, Sie fangen bei den Schulen an, denn da werden Sie sehr, sehr viele Kinder finden, die Sie abschieben können. Da gibt es sehr viele.

Wie dem auch sei: In Wien hat man schon noch eine Chance, einen Standort aus dieser Stadt zu machen. Ich glaube, mit dem Wirtschaftsstandort wird es wohl in den nächsten Monaten noch sehr schwierig sein, den wieder so herzustellen, dass man stolz darauf sein kann und dass man sich nicht sorgen muss. Aber jeder, dem diese Stadt am Herzen liegt, muss doch jetzt daran denken, dass man aus dieser Stadt vielleicht einen Menschenrechtsstandort machen kann. Man kann aus dieser Stadt einen Integrationsstandort, einen Demokratiestandort, einen Standort der Weltoffenheit machen. Man kann doch sein Möglichstes tun - man könnte es tun in den nächsten Monaten -, um etwas Wichtiges zu bewirken, um zu bewirken, dass diese Stadt nicht zu einem provinziellen Kaff inmitten Europas verkommt, sondern eine weltoffene Metropole bleibt, eine Stadt, in der Menschen eine Zukunft haben, eine Stadt, in der jeder Wiener und jede Wienerin, egal vorher sie kommen, dazugehören, eine Stadt, in der man auf den Menschen und seine Freiheiten Wert legt, eine Stadt, in der Kultur, unsere Kultur, nicht mit billiger Deutschtümelei verwechselt wird, und und und. Und für all diese Dinge gibt es hervorragende Ideen und hervorragende Konzepte, die andere Städte längst in die Tat umgesetzt haben.

Und so erging die Aufforderung viel mehr an die Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie. Nun hat man schon eine Chance, in dieser Bundessituation, die durchaus nicht erfreulich ist, ein deutliches Gegensignal zu setzen. Man hat die Möglichkeit zu zeigen, dass die Wiener Politik nicht tot ist, man hat die Möglichkeit, ein deutliches Lebenssignal von sich zu geben, und man hat die Möglichkeit, viele, viele Dinge in den nächsten Monaten zu tun, die Wien genau zu dem Gegenpol machen, zu einem

friedlichen, weltoffenen Gegenpol, verglichen - wie gesagt - mit der Bundessituation, so wie sie auf uns zukommt. Man hat die Möglichkeit, den Gemeindebau zu öffnen, ja, das können wir in diesem Landtag, man hat die Möglichkeit, kommunales Wahlrecht in den Bezirken zu geben für alle Wienerinnen und Wiener, ja, das können wir in diesem Landtag und dazu brauchen wir den Bund nicht. Man hätte die Möglichkeit, ein Wiener Antidiskriminierungsgesetz zu verabschieden, damit wertvolle Kollegen wie der Herr Kabas in Hinkunft vielleicht ein bisschen weniger so agieren können wie in der Vergangenheit, ja, das können wir in diesem Landtag.

Wir hätten aber auch die Möglichkeit, einiges dazu zu tun. Wir könnten Zugang, gleichberechtigten Zugang zu sozialen Leistungen schaffen. Wir könnten endlich die Sozialhilfe so gestalten, dass sie von allen in dieser Stadt bezogen werden kann. Wir könnten, wenn schon von der Bundesregierung verpflichtende Kurse für Menschen gefordert werden, die zuziehen, in dieser Stadt diese Kurse für sie zumindest gratis machen, um vielleicht etwas für diese Menschen zu tun.

Man könnte auch - und das wäre ebenfalls ein deutliches Signal - endlich zweisprachige Schulen in dieser Stadt schaffen, damit man Kindern, wie beispielsweise - und darüber habe ich vor ein paar Monaten hier in diesem Haus gesprochen - Kindern aus der südindischen Provinz Giralda, die eine seltene Muttersprache haben und die Schrift ihrer Sprache nirgendwo lernen können, die Möglichkeit in dieser Stadt doch noch gibt, ihre Muttersprache zu erlernen und vor allem auch schreiben zu lernen und nicht nur Deutsch. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen guten Österreicher misst man nicht daran, ob er nur Deutsch spricht, den misst man schon auch daran, einen begabten Österreicher, vielleicht auch einen Österreicher, der Chancen hat in dieser Welt, auch außerhalb der Grenzen dieses Landes, dass er mehrere Sprachen spricht.

Ich verstehe überhaupt nicht, wie es möglich ist, dass das, was Sie gesagt haben, also man möge nicht vorurteilen, man möge auf dieses Regierungsprogramm warten, dann, wie Sie sagen, wird sich alles lichten, jetzt genau ins Gegenteil umschlägt. Denn hält man dieses Regierungsprogramm in Händen und liest man es, dann kommt man darauf, dass umgekehrt eher das passiert ist, dass hier das Vorurteil zur Regierungspolitik geworden ist. Das ist das, was man hier hat. Alle Vorurteile, die geschürt worden sind, zu Lasten der Schwachen, zu Lasten der Armen, zu Lasten derjenigen in dieser Stadt, die am Allerwenigsten in den letzten Jahren etwas zu sagen hatten, alle diese Vorurteile haben Sie jetzt schön in Maßnahmen niedergeschlagen. Das ist es, wenn das Vorurteil Politik macht.

Und das haben wir Ihnen zu verdanken. Es ist unvorstellbar, wie eine Partei wie die ÖVP, die sich noch dazu auf die Werte des christlichen Abendlan-

des berufen hat, wie heute in der Früh der Kollege Pfeiffer, all diese Werte des christlichen Abendlandes aufgibt und sich einer beispiellosen Barbarei hingibt, als Steigbügelhalter für eine Partei, die für keinen dieser Werte steht, für keinen einzigen dieser Werte steht, nur um endlich den Bundeskanzler zu stellen und ein paar Ministerien noch dazu zu bekommen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Ich denke, die nächsten Monate - wie gesagt - werden schon zeigen, wohin es weitergehen soll. Wir GRÜNE werden uns erlauben, weiterhin zu protestieren. So mancher von uns, wie ich und einige andere Kolleginnen und Kollegen von mir, werden sich auch erlauben, weiterhin zu demonstrieren, gemeinsam mit allen linken gewaltbereiten Terroristen, denn es ist ja auch ein Zeichen für Demokratieverständnis, wenn Sie diejenigen, die dieser Tage auf die Straße gehen und ihren Unmut zeigen, wenn Sie diejenigen, all diejenigen ganz einfach als linke Terroristen, linke Extremisten, Leute, die nicht der Rede wert sind, abtun. Das zeigt auch, wie gesagt, wie viel Sie von Demokratie und von Bürgerrechten verstanden haben. Wir werden das tun, und wir werden vielmehr ab jetzt in jeder Sitzung geeignete Anträge einbringen, damit diese Stadt die Chance hat, Gegensignale zu setzen. Und ich hoffe doch, dass die Kollegen von der Sozialdemokratie sich überwinden werden können, damit diese Stadt, wie gesagt, vielleicht dann wirklich anders wird, denn gerade jetzt muss Wien anders werden. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann Römer: Ich teile Ihnen mit, dass sich Frau Abg Mag Hack wegen Krankheit entschuldigt hat.

Als nächster Redner ist Herr Abg Mag KARL zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Franz KARL (ÖVP): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Hohes Haus!

"Ich habe keine Freude mit der Person Haider. Er ist ein unangenehmer Populist, er nimmt es mit der Wahrheit nicht genau. Aber er ist kein Nazi und kein Faschist. Faschist ist viel eher der Johannes Voggenhuber, der Haider Faschismus vorwirft." *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Marco Smoliner: Eine Verteidigungsrede für Haider?)*

Das sind nicht meine Worte, meine Damen und Herren, das sagt der Architekt Gustav Peichl im links-liberalen "Standard". Und er fährt fort: "Viele zweitrangige Künstler haben durch ihre Proteste Haider aufgewertet. Sie haben ihn zu dem gemacht, der er heute ist." *(Abg Marco Smoliner: Der Haider ist in Koalition mit der ÖVP!)* Ich kann mich mit dem größtenteils identifizieren und ich sage Ihnen: Leider, leider werden diese ungeheuerlichen Auslandsreaktionen den Haider noch stärker machen.

Und Sie, Kollege Chorgherr, tragen auch Ihr Schärflin mit dieser Dringlichen Anfrage zu Haider's weiterem Aufstieg bei *(Abg Mag Christoph Chorgherr: Wer schimpft über die Bundesregierung?)*, einer Anfrage, die eigentlich wegen ihrer Fragen, die alle

nichts mit der Vollziehung zu tun haben, unzulässig wäre. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich erinnere mich an ein Stück von Max Frisch: "Biedermann und die Brandstifter." Das stimmt für Sie. Sie gießen Öl ins Feuer! *(StR Dr Friedrun Huemer: Aber die Brandstifter, das sind Sie!)*

Sie kennen mich alle als Anhänger der SPÖ/ÖVP-Koalition und als ruhigen, kompromissbereiten Menschen. Aber wenn man all die Ungeheuerlichkeiten und Ungerechtigkeiten der letzten Tage Revue passieren lässt, könnte einem schon die Zornesader schwellen.

Ich sage kein Wort zum grünen Antrag, denn der ist ein Ausfluss der Brandstiftung. Ich sage aber doch etwas zum SPÖ-Antrag. Eigentlich müsste heute am Abend der Herr Landeshauptmann und Bürgermeister Häupl zurücktreten, denn seine Fraktion hat ihm mit diesem Antrag das Misstrauen ausgesprochen. Wenn ich mich an seine Wortmeldung hier im Gemeinderat vergangenen Freitag erinnere und dann den Antrag lese, so ist das ein eindeutiger Misstrauensantrag gegen den Herrn Bürgermeister. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg Heinz Hufnagl: Das stimmt überhaupt nicht!)*

Nun, lassen Sie meinem Zorn noch ein bisschen freien Lauf! Das fängt damit an, dass man auf Österreich loszugehen beginnt, bevor die Regierung überhaupt steht, bevor man überhaupt ihr Programm und ihre Personen beurteilen kann. *(Abg Godwin Schuster: Probieren wir das inhaltlich!)* Das geht weiter, indem man auf Dr Schüssel losgeht, ihn Pokerspieler und was weiß ich noch alles nennt und ihm unterstellt, er wolle nur Kanzler werden und alles andere sei ihm egal. *(Rufe bei den GRÜNEN: So ist es!)*

Ich zitiere nochmals einen Kommentar des linken "Standard" vom November 1999: "Wolfgang Schüssel meint es tatsächlich ernst, sagen seine Mitarbeiter beinahe ehrfürchtig. Er spiele nicht und wenn, dann ein größeres Spiel als das kurzfristige um die Kanzlerwürde in Österreich. Ihm gehe es um die Zukunft des Landes, um den richtigen Weg ins nächste Jahrhundert, um historische Weichenstellungen. Um den großen Wurf, den Traum jedes Politikerlebens, einmal die Welt ein kleines Stück in die richtige Richtung zu bewegen." *(Abg Mag Christoph Chorgherr: Hinauswurf aus den zivilisierten Nationen! Das haben wir euch zu verdanken! - Abg Dr Helmut GÜNTHER: Nein, euch!)*

Nun, meinen Vorstellungen entspricht das jetzige Ergebnis nicht. Aber hat man Dr Schüssel eine Wahl gelassen? - Man hat auf ihn ungeheuren Druck ausgeübt, das Oppositionsversprechen zurückzunehmen, denn ohne ÖVP sei das Land nicht regierbar, angefangen vom Genossen Klestil abwärts *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)*, der ORF und die Medien et cetera. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)*

Ich zitiere zum Beispiel Albert Hochleitner, den Generaldirektor von Siemens Austria: "Aber auch wenn die ÖVP knapp hinter der FPÖ auf dem dritten Platz liegt, sollte das kein Anlass sein, in die Opposi-

tion zu gehen. In diesem Fall sollte die ÖVP das Interesse des Staates über die Interessen der Partei stellen."

Dann ließ der Herr Bundespräsident das Land zu Tode sondieren. Als die echten Regierungsverhandlungen begannen, war schon eine gewisse Gereiztheit und Nervosität spürbar. Ein recht gutes Programm, natürlich ein Kompromiss, wurde mit der SPÖ erstellt. Und nach dem Edlinger-Vorschlag zur Erhöhung des Pensionsantrittsalters bei Frühpensionen weigerte sich der Gewerkschafter Nürnberger, das Ausverhandelte zu unterzeichnen. *(Abg Johann Driemer: Mit Recht!)* Was von so einem Pakt zu halten war, war klar: Ein solches Abkommen, wo sich einer weigert, zu unterzeichnen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es sei also eindeutig festgehalten: Die Regierungsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP sind an der SPÖ gescheitert! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann, meine Damen und Herren, blieben nur noch zwei Möglichkeiten: eine SPÖ-Minderheitsregierung oder die jetzt gefundene Lösung. Oder natürlich Neuwahlen! Aber die will und wollte niemand Verantwortungsvoller. Eine Minderheitsregierung war der ÖVP und auch dem Lande nicht zumutbar. Also, blieb uns gar nichts über!!

Und wenn etwas die ganze Angelegenheit beschleunigt hat, dann die ungeheuerliche Einmischung des Auslands. Ab hier gab es kein Zurück mehr. *(Abg Mag Christoph Chorrherr: Was heißt Ausland? Das ist eine Europa-Partei! Was heißt Ausland? - Abg Günter Kenesei: Sind wir nicht bei der EU?)*

Dass diese Sache großteils inszeniert war, ist für mich nach der Behandlung von Kurt Waldheim, eines wirklich honorigen Christdemokraten, ziemlich klar. Aber ich bin überzeugt, dass die Geschichte dem langjährigen Generalsekretär der Vereinten Nationen Gerechtigkeit widerfahren lassen wird!

Was wäre in dieser Situation zu tun?

Erstens: Aufklärung im Ausland. "Mister Europa" Dr Alois Mock hat es im Fernsehen gesagt: Wissen die Ausländer überhaupt, dass die FPÖ von 1983 bis 1986 schon in einer österreichischen Regierung war? *(Abg Heinz Hufnagl: Das war aber eine wahrlich andere FPÖ!)* Ist damals die Welt untergegangen? Ist es damals zu Dingen gekommen, die die Demokratie, die Menschenrechte und die Humanität verletzen? *(StR Dr Friedrun Huemer: Aber aus Fehlern kann man auch lernen und nicht immer wieder das Gleiche machen!)* Oder ist die FPÖ nur gut und erträglich, wenn sie gemeinsam mit der SPÖ in der Regierung ist? - Fast glaube ich, dass das Ausland und auch im Inland das viele so meinen.

Und mich bestätigt Dr Zilk, der eine Konzentrationsregierung vorschlägt. Was ist an einer solchen Regierung besser, als an einer schwarz-blauen? - In ihr wären die Freiheitlichen genauso vertreten.

Oder bedarf es erst des sozialdemokratisch-linken Weihwassers, um die FPÖ-Erbsünde zu tilgen? - Ich betone: Nichts liegt mir ferner als die Verteidigung

der FPÖ oder gar von Jörg Haider. Aber an ihren Taten sollt ihr die Regierung messen, und zwar die FPÖ, aber auch uns, die ÖVP. *(Abg Mag Christoph Chorrherr: Haider hat genug getan! - Abg Günter Kenesei: Haider hat genug angestellt!)*

Ich schlage vor, Dr Mock als Sonderbotschafter auszusenden, um die Wahrheit über Österreich in der Welt zu verbreiten. *(Abg Günter Kenesei: Es wird ihn keiner empfangen! Das ist das Problem!)*

Zweitens: Mäßigung auch im Inland. Meine Damen und Herren! Das Demonstrationsrecht ist mir heilig. Aber bitte stellen Sie sich vor, wir hätten eine rot-grüne Regierung und rechte Kreise gingen auf die Straße. Dann wäre die Hölle los. Es kann aber nicht sein, dass der Terror der Straße in Österreich bestimmen kann und nicht das Wahlvolk. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)*

Auch die Teilnahme des dauergewellten Zuckerbarons und des ehemaligen Bundeskanzlers machen diese Demonstrationen nicht demokratischer.

Auffällig auch bei allen Demonstrationen die Vielzahl der roten Fahnen!

Schlimm, dass man jetzt nicht einmal mehr ins Burgtheater gehen kann, ohne belästigt zu werden! Ich meine, ich hätte mir ja gewünscht, dass das vor drei Jahren passiert wäre, beim Peymann; da hätte man geglaubt, das gehört zum Stück. *(Heiterkeit bei der ÖVP und FPÖ. - Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn dann das Sozialministerium gewaltsam besetzt wird, so sind das wirklich ernste Dinge.

Trotzdem sage ich, meine Damen und Herren, es muss drittens auch eine verbale Abrüstung stattfinden. Wir sollten uns hier im Landtag und auch im Gemeinderat wieder der erfolgreichen Arbeit und der konstruktiven Kritik zuwenden. Die SPÖ/ÖVP-Koalition hat gute Arbeit geleistet und hat noch einiges zu erfüllen.

Wenn Herr Chorrherr unbedingt immer Bundes-themen diskutieren will, dann soll er sich als Bundes-sprecher wieder bewerben. Gegen die Ablöse des sehr honorigen Herrn Prof Van der Bellen, der jetzt auch die Maske hat fallen lassen, habe ich nichts einzuwenden.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit zwei berühmten Zitaten schließen: "Drum ist der Österreicher froh und frank, trägt sein Fehl, trägt offen seine Freuden, beneidet nicht, lässt lieber sich beneiden." *(StR Dr Friedrun Huemer: Sollen wir weinen oder lachen?)*

Und als Zweites: "Der Österreicher hat ein Vaterland und liebt's und hat auch Ursach', es zu lieben."

Meine Damen und Herren! Und dieses Österreich werden wir uns von niemandem mies machen lassen! *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ. - StR Dr Friedrun Huemer: Auch nicht von den Journalisten!)*

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag Kabas zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Hilmar Kabas (FPÖ): Sehr geehrter Herr

Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte diese Dringliche Anfrage vor allem eingangs dazu benützen, Ihnen zu sagen, dass wir Freiheitliche momentan eine wirklich einmalige und noch nie da gewesene Solidarisierung der Bürger mit uns Freiheitlichen erleben. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Godwin Schuster: Das hört man da draußen! Da muss man nur die Fenster aufmachen! - Abg Harry Kopietz: Das hört man gerade!)*

Der Begründer dieser Dringlichen Anfrage will - und das hat er sehr deutlich zum Ausdruck gebracht - den Wählerentscheid aussetzen und er hat schon so eine totalitäre Denkweise, dass er glaubt, er kann bestimmen, wer in einer anderen Partei ein Mandat innehat oder nicht. *(StR Dr Friedrun Huemer: Da gibt es die Präambel!)* Und ich muss ihn aufklären: Das entscheidet in einer Demokratie, in der wir leben, Gott sei Dank leben, immer noch der Wähler. So weit ins Stammbuch des Herrn Chorherr.

Ich möchte heute aus einem Gastkommentar der "Presse" zitieren, und zwar vom Dr Dillesberger, der nicht mehr in der Tagespolitik steht, der unter der Überschrift "Die Saat scheint aufzugehen" Folgendes sagt. *(Abg Dr Elisabeth Neck-Schaukowitz: Vielleicht lesen Sie den Artikel von der ersten Seite, der wäre interessanter!)* Vielleicht hören Sie einmal zu. Sie haben es sicher noch nicht gelesen, weil sonst würden Sie nämlich jetzt noch nicht so laut schreien. *(Abg Dr Elisabeth Neck-Schaukowitz: Ich habe ihn gelesen! Aber der von der ersten Seite ist interessanter!)*

"Die Menschen fragen sich", schreibt Dillesberger, "wieso gerade aus Ländern, die in der Ausländer-, aber auch in der Europapolitik bei weitem nicht so konstruktiv sind wie Österreich, Attacken in noch nie da gewesener Weise auf einen souveränen Staat kommen. Als Zeitzeuge bin ich zur Überzeugung gelangt, dass nun die Saat aufzugehen scheint, die die österreichischen Sozialdemokraten planmäßig seit dem Jahr 1986 gesät haben."

Dessen nicht genug: Agence-France-Presse hat gestern berichtet, dass Klestil sein Einverständnis für die EU-Erklärung vom Montag gegeben habe.

Dänische Zeitungen schreiben sinngemäß, dass der EU-Protest von Klima und Klestil bestellt worden sei. *(Abg Heinz Hufnagl: Das ist die Hauptzentrale Europas anscheinend!)* Das berichten dänische Zeitungen, und zwar der sozialdemokratische dänische Ministerpräsident Rasmussen habe das vom Außenpolitischen Ausschuss des dänischen Parlaments so angegeben.

Das ist die Handschrift der Political correctness, auf Kosten des eigenen Landes, auf Kosten der eigenen Bevölkerung, den Versuch zu machen, seine Macht abzusichern. *(Abg Helga Klier: Kein einziges Mal!)*

Daher wird hier Brandstiftung durchaus von der Vereinigten Linken betrieben. *(Abg Dr Kurt Stürzenberger: Der Chirac!)* Auf den komme ich schon noch,

da werden Sie noch schauen, in welcher Gesellschaft Sie sich jetzt befinden.

Und diese Brandstifter, wie etwa Chorherr, vergießen jetzt Krokodilstränen über den Schaden, den sie angerichtet haben, und freuen sich - weil das kennen wir ja von denen - klammheimlich über ihren miesen Erfolg.

Chorherr hat sich ja schon - wenn Sie sich zurückerinnern - gefreut über die Beschimpfungen von ausländischen Staaten und Medien anlässlich des Wahlergebnisses vom 3. Oktober.

Und besonders hervorgetan hat sich der grüne Eiferer, der Herr Voggenhuber, der in vollkommen unqualifizierter Form in ganz Europa die FPÖ beschimpft hat. *(StR Dr Friedrun Huemer: Er hat Sie nur zitiert!)*

Und die, die diese Saat gesät haben und das Ausland jetzt zu Hilfe rufen, für den linken Machterhalt, befinden sich aber - da komme ich jetzt zu dem Zwischenruf - in wirklich überraschender Gesellschaft. Sie befinden sich da in einer Gesellschaft, die eine Anti-Österreich-Kampagne gestartet hat, etwa in der Gesellschaft des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac. Und da möchte ich Ihnen jetzt Äußerungen zur Ausländerpolitik vom Herrn Chirac vorlesen *(Abg Godwin Schuster: Die haben wir schon gehört!)*, der einer der Einpeitscher und Rädelsführer und Drahtzieher gegen Österreich ist, angestiftet von den Herrschaften, die ich vorher aufgezählt habe.

Chirac sagt etwa: "Eine Bemerkung von Jacques Chirac, meldet die APA und Reuters, über Frankreichs nichteuropäische, mehrheitlich arabische Ausländer als angeblich lärmende, stinkende Wohlfahrtsschnorrer. Chirac hatte am Mittwoch vor R.P.R.-Anhängern unter anderem gesagt: Polen, Spanier und Portugiesen, die in Frankreich arbeiteten, machten weniger Probleme als Moslems und Schwarze, und es sei kein Rassismus, das zu erwähnen. Der französische Arbeiter, der in seiner Sozialwohnung mit ansehen müsse, wie nebenan ein Vater mit vier Frauen und einem Dutzend Kindern mit dem dreifachen Einkommen von der Sozialhilfe lebe, und dann auch noch den Krach und den Geruch zu ertragen habe, werde verrückt. Da sei die Schwelle der Toleranz erreicht, sagt Jacques Chirac. Der konservative Politiker forderte, dass Frankreich die Diskussion über Immigranten, die noch dazu keine Steuern zahlen, rasch eröffne."

Das ist der Herr Jacques Chirac, in dessen Gesellschaft Sie sich befinden und worüber Sie sich klammheimlich freuen, dass er zur Hatz gegen Österreich aufruft. Ich würde mich an Ihrer Stelle für so eine Gesellschaft bedanken. Und Sie nehmen ihn als Hauptzeugen für Ihre Vorgangsweise! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die EU fährt jetzt mit Brachialgewalt und völkerrechtswidrig über ein kleines Land, das angeblich gleichberechtigt in dieser Union ist, drüber. Wirklich tapfer, diese EU. Wie die Massenmorde in Bosnien und im Kosovo begonnen haben, da haben sie sich nicht gemeldet, die Herrschaften *(StR Dr Friedrun*

Huemer: Die sind nicht EU-Mitglieder!), aber jetzt fährt sie über ein kleines Land, weil die Gefahr besteht, dass die Sozialisten von der Macht verdrängt werden.

Das ist die Wahrheit, und das hat Paul Lendvai gesagt. Das ist die Doppelbödigkeit dieser EU. Und darauf beziehen Sie sich jetzt als Ihre Hauptzeugen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und ich sage Ihnen eines: Die Bevölkerung in diesen Staaten ist gegen die Maßnahmen der EU. Das hört man jetzt. Nicht im ORF, der berichtet nur negativ. Aber bei Umfragen in Deutschland beispielsweise wurde festgestellt, dass 76 Prozent der Deutschen gegen die Maßnahmen der EU sind, oder in Dänemark sind es 68 Prozent der Bevölkerung. Also, auch hier setzen sich wieder einmal die Regierenden und Technokraten, die ja mit Ausnahme einer Regierung sonst alle Sozialdemokraten sind, Sozialisten sind, darüber hinweg. *(Abg Heinz Hufnagl: Sie sind ahnungslos! Sie sind wirklich für ein Ministeramt ungeeignet! - StR Karin Landauer: Mein Gott!)*

Wissen Sie, Herr Kollege, das ist Ihr Niveau! Von Ihnen sind wir ja nichts anderes gewöhnt. Ich sage Ihnen nur eines: Es ist sicher nicht ehrenrührig, für ein hohes Staatsamt genannt zu werden. In diese Verlegenheit werden Sie, Herr Hufnagl, ja sicher nie kommen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Aber es ist schon gar nicht ehrenrührig, von diesem Bundespräsidenten abgelehnt zu werden, sondern ganz im Gegenteil, darauf bin ich stolz, weil ich bin für meine Mitbürger eingetreten. Und das nimmt er als Argument und sagt: Nein, kommt nicht in Frage! - Soll sein. Ich bin gerne hier im Gemeinderat und im Landtag dieser Stadt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und es ist so schön, dass ich Ihnen jetzt zum Beispiel sagen kann, weil das erfahren Sie ja nicht, wie etwa die CSU ihr Missfallen darüber ausdrückt, was sich hier, initiiert durch die Sozialistische Internationale, abgespielt hat. Die CSU zum Beispiel redet vom Amtsmissbrauch des portugiesischen Ministerpräsidenten Guterres, da dieser seine Funktion als EU-Ratspräsident und als Präsident der Sozialistischen Internationale verwechselt habe.

Oder aber: D'Alema will Wien, sagt er, unter Quarantäne stellen. Das ist das, worüber Sie sich klammheimlich freuen. Und das ist derselbe D'Alema, der als Jugendführer der Kommunisten den Bruderkuss in Moskau mit Breschnjew getauscht hat. Da sage ich: Von dem lassen wir uns sicher nicht unter Quarantäne stellen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da wird große Toleranz geübt. Aber wenn wir Wiener Freiheitliche uns für die Interessen unserer Mitbürger einsetzen, wenn wir auf Spannungen aufmerksam machen und plakativ "Stopp dem Asylmissbrauch" und "Stopp der Überfremdung", wird nicht inhaltlich diskutiert, sondern es wird das pauschal einfach als ausländerfeindlich dekretiert und von allen anderen nachgeplappert. *(Abg Josefa Tomšik: Dafür haben Sie sich nie entschuldigt!)*

Und jetzt sage ich Ihnen zwei Beispiele, aus denen allein hervorgeht, dass das nicht ausländerfeindlich ist. Andreas Unterberger schreibt am 20. November 1999 in einem Leitartikel in der "Presse" *(Abg Friedrich Strobl: Das ist noch kein Beweis!)*: "Und der weitere Vorwurf an die ÖVP ist die Verwendung des Wortes 'Überfremdung'. Hier gehen die Kritiker nicht auf die Sache ein, sondern darauf, dass das Wort nationalsozialistisch besetzt sei. Der Brockhaus weiß davon freilich nichts, sondern definiert 'Überfremdung' als" - wortwörtlich - "'Veränderung sozialer Lebensformen unter Einführung fremder Einflüsse'."

Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Das schweizerische Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer sagt im Artikel 16 Folgendes: "Die Bewilligungsbehörden haben bei ihren Entscheidungen die geistigen und wirtschaftlichen Interessen sowie den Grad der Überfremdung des Landes zu berücksichtigen." Fürwahr ein faschistisches Land, diese Schweiz. Sie ist nämlich eine der ältesten Demokratien, die wir in Europa haben.

Und Sie sagen: Das alles ist ausländerfeindlich. Das ist Ihre Argumentationslinie! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich hoffe, dass auch die Vereinte Linke jetzt endlich diesen Teil der Demokratie akzeptieren lernt, nämlich dass Demokratie auch Wechsel bedeutet. Nach 30-jähriger sozialistischer Regierung mit einem sozialistischen Bundeskanzler ist es legitim, nach einem Wählerentscheid einen Wechsel herbeizuführen. Mobilisieren Sie - was Sie momentan tun - nicht die Straße, weil da haben Sie heute und gestern gesehen: Da kommt wieder die gewaltbereite Linke, da sind die zertrümmerten Reste, durch den Wähler zertrümmerten Reste des Liberalen Forums, das es ja auf Bundesebene nicht mehr gibt, das sind die GRÜNEN, das sind Teile der SPÖ *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)*, das sind die ehemaligen Opernballdemonstranten und so weiter, die Gebäudestürmer, das Burgtheater, das Hotel Imperial, heute das Sozialministerium. Es ist ein Polizist verletzt worden, ein Journalist ist verletzt worden. Das ist Ihnen alles egal, ich weiß, aber ich sage: Wehren wir den Anfängern dieser gewalttätigen Straßenaktionen! *(Beifall bei der FPÖ.)* Diese Gruppen *(Abg Günter Kenesei: Sie haben leider keinen Erfolg gehabt!)* stellen sich in gewaltbereiter Weise gegen Wählerentscheidungen. Und das ist nicht nur nicht gut, sondern es sollte eigentlich außer Streit gestellt werden, dass das demokratische System von allen positiven Kräften und von allen Parteien - nicht von den GRÜNEN; ihr seid keine positiven demokratischen Kräfte, ihr habt euren Ursprung in der Anarchie - akzeptiert werden sollte.

Wir Freiheitliche werden jedenfalls diese Bundesregierung, soweit sie vernünftige Sachen macht, unterstützen, in Wien weiterhin Opposition machen. Und jedenfalls wissen wir Freiheitliche, dass jetzt schon gesamtösterreichisch viel, viel mehr als 1,3 Millionen Wähler hinter uns stehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Hatzl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Johann Hatzl (SPÖ): Hohes Haus!

Mein Vorredner war sehr tapfer und ich akzeptiere das auch, denn wenn der österreichische Bundespräsident keinen Zweifel daran gelassen hat, was er von der neuen Regierung hält, so ist es auch außerordentlich unangenehm, wenn er sich bei zwei vorgeschlagenen Personen aus Staatsräson extrem ablehnend verhält und keine Berufung vornimmt. Wobei ich sage: Eigentlich müssten Sie, Herr Kabas, noch auf Ihren Bundesparteiohmann böse sein, dass er Sie überhaupt in diese Situation, die sehr unangenehm ist, gebracht hat. *(Abg Mag Hilmar Kabas: Überhaupt nicht! Das war ein Offenbarungseid vom Bundespräsidenten, dass er der Erfüllungsgehilfe vom Klima ist!)* Ich habe den Verdacht, er möchte Sie öffentlich zerstören, und Sie haben mir damit heute auch Leid getan.

Ich sage aber auch dazu: Mich hat eine Bemerkung sehr interessiert, die Sie getroffen haben. Sie sind stolz, von diesem Bundespräsidenten abgelehnt worden zu sein. Wissen Sie, was das im Umkehrschluss heißt für die, die der Bundespräsident aus Ihrer Partei akzeptiert hat? *(Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ und bei den GRÜNEN. - Abg Harry Kopietz: Ein so genannter Selbstfaller! - Abg Mag Hilmar Kabas: Wenn Sie so eine krause Phantasie haben?)*

Und zur ÖVP, um das zu sagen, ich brauche es gar nicht besonders zu erläutern. Beim Kollegen KARL doch auch noch eine Sache dazu. Wenn er sagt: Was blieb der ÖVP überhaupt übrig, als mit der FPÖ eine Koalition einzugehen? - Wissen Sie, ich sage das ganz offen - jetzt denke ich gar nicht an 1995, wo wir uns sehr, sehr zurückgeschraubt haben und eine Parität in der Regierung mit der ÖVP vorgenommen haben, damit das Leiden der ÖVP nach der Nationalratswahl 1995 nicht so stark und so groß ist -: Da hat es nicht nur die Alternative gegeben, entweder Minderheitsregierung oder ÖVP mit der FPÖ, sondern es hat auch die Alternative gegeben, die ÖVP schraubt ihre überzogenen Forderungen zurück, um Österreich vor einer FPÖ-Regierungsbeteiligung zu schützen. Auf diese Alternative ist die ÖVP nicht gekommen und ich sage Ihnen auch warum *(Abg Mag Franz KARL: Es hat ja ein gemeinsames Programm gegeben! Nürnberger hat nicht unterschrieben!)*: Ihr Bundesparteiohmann - und ich sage das ein bisschen später auch noch dazu - hat ein Ziel gehabt, dem hat er alles untergeordnet und geopfert und das hat er letztendlich auch erreicht. Das möchte ich auch in diesem Zusammenhang nicht verschweigen. Also, bleiben wir bei Tatsachen.

Ich bin dem Wiener Vizebürgermeister dankbar, dass er in seiner Beantwortung unsere Sorgen teilt und damit klargestellt hat, dass er sich in Zukunft besonders engagieren und anstrengen wird, um das alles abzuwenden, wovon wir jetzt berechtigt Angst

haben, all die Nachteile für die Stadt Wien und für die Republik Österreich. So habe ich die Antwort verstanden, so war sie auch ausgedrückt und damit ist für mich die Antwort gegeben gewesen.

Noch eine kleine Bemerkung. Herr Kabas, wenn Sie jetzt zum Beispiel an die politische Vergangenheit oder an die Haltung des italienischen Ministerpräsidenten erinnert haben - in Ordnung. *(Abg Mag Hilmar Kabas: Ich war sehr moderat!)* Das heißt dann aber, Sie sprechen manchem oder sehr vielem oder grundsätzlich Verbesserungsmöglichkeiten ab. *(Abg Mag Hilmar Kabas: Das ist schon wieder so ein fauler Umkehrschluss!)* Also, wenn das jetzt so vom Prinzip her Gültigkeit hat, dann, sage ich Ihnen, ist die Unterschrift von Ihrem Bundesparteiohmann unter dieser Präambel unehrlich und die Entschuldigungen sind momentan gegenstandslos und unwirksam geworden *(Abg Mag Hilmar Kabas: Überhaupt nicht! Nur, bei einem sind Sie tolerant, bei anderen überhaupt nicht!)*, weil dann ist die Verbesserungsfähigkeit auch in diesem Bereich nicht gegeben. *(Beifall bei der SPÖ und beim Liberalen Forum. - Abg Mag Hilmar Kabas: Das ist aber sehr kraus! Sie waren schon besser! - StR Johann Herzog: Der Vergleich hinkt! - Abg Mag Hilmar Kabas: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich!)*

Und damit ich es, nachdem ja Dringliche immer eine Zeitknappheit haben, nicht übersehe, sage ich auch ganz offen: Wir werden den Beschlussantrag der Freiheitlichen nicht unterstützen. *(Abg Mag Hilmar Kabas: Weil Sie für die Gewalt der Straße sind!)* Nicht deswegen, weil wir der Meinung sind, es soll die Gewalt der Straße möglich sein. Nein, im Gegenteil: Wir sind sehr der Meinung, dass die Gewalt der Straße, wie Sie es bezeichnen, nicht sein soll. Wir sind auch gegen diese Umgangsformen. *(StR Johann Herzog: "Umgangsformen" ist eine gute Bezeichnung!)* Aber wir lassen uns in einer Resolution Tausende Österreicher, die aus guter Überzeugung gegen diese neue Regierung demonstrieren *(Abg Mag Hilmar Kabas: Gewaltbereit demonstrieren!)*, nicht als radikale und extremistische Gruppierungen verurteilen. Und daher werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen! *(Beifall bei der SPÖ, bei den GRÜNEN und beim Liberalen Forum. - StR Walter Prinz: Dann mischen Sie sich einmal unter die Leute und hören Sie zu!)*

Meine Damen und Herren! Natürlich ist ein Wechsel in der politischen Landschaft legitim. Dieser Wechsel in der politischen Landschaft muss möglich sein, das ist auch kein Zweifel. Aber ich sage Ihnen auch ganz offen, eine ganz persönliche Betrachtung: An und für sich habe ich wohl gesehen, dass bei der Nationalratswahl die bisherige Regierungskoalition weniger Stimmen und Mandate bekommen hat, aber deutlich mehr als ausreichend für eine neue Regierungskoalition. Und wenn ich zusammenrechne, ist die Anzahl der Mandate der SPÖ und der ÖVP größer, als die Anzahl der Mandate der ÖVP und der FPÖ. Also, haben die Österreicherinnen und Österreicher

nicht den Wechsel zur FPÖ gewünscht, sondern sie haben - zwar geschwächt, aber doch - ein sehr klares Zeichen für die andere, die bisherige Regierungsform ausgedrückt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und jetzt komme ich zu dieser sehr persönlichen Bemerkung. Ich nehme zur Kenntnis, dass es in der Geschichte der österreichischen Republik zweimal jetzt möglich geworden ist, dass die stärkste Partei bewusst von der Regierungsverantwortung ausgeschlossen wird. Das eine Mal war es nach der Nationalratswahl am 3. Oktober 1999, wo wir die deutlich stärkste Partei waren. Das zweite Mal, wo es diese Entwicklung in Österreich gegeben hat, war nach der Wahl am 9. November 1930, wo die Sozialdemokratie auch stärkste Partei war und aus einer ähnlichen Regierungskonstellation verhindert wurde, für Österreich tätig zu sein, und die Folgen haben wir dann schmerzhaft gespürt.

Ich bin überzeugt, es wird so nicht sein, aber es ist schmerzhaft genug für die Österreicherinnen und Österreicher *(Abg Mag Hilmar Kabas: Für die SPÖ, das glaube ich Ihnen! Nicht für die österreichische Bevölkerung, sondern für die SPÖ!)*, die in den nächsten vier Jahren - hoffentlich sind es keine vier Jahre - mit dieser Regierung leben müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die heutige Dringliche ist in der Tat dringlich für Wien und Österreich und wir treffen dazu als Wiener Sozialdemokraten eine klare Feststellung. Wir haben in Wien eine Koalition mit der ÖVP. Die funktioniert, auch wenn sie gelegentlich leicht und manchmal auch schwer strapaziert wurde, aber sie funktioniert, sie bringt einiges weiter und wir gehen davon aus, dass diese Koalition auch bis zur nächsten Gemeinderatswahl funktioniert und unter Umständen - das hängt von der Entwicklung der Wahl und der politischen Entscheidungen ab - auch eine Fortsetzung findet. Voraussetzung wird aber für dieses Funktionieren klarerweise sein, dass die Wiener ÖVP, die sich nunmehr durch die Bundesentscheidung in einer veränderten Form vorfindet, nicht aus diesem Wiener Boot aussteigt, nicht diesen Wiener Kurs verlässt *(Abg Mag Franz KARL: Nur wenn Häupl nicht von Hatzl abgelöst wird!)* und ganz einfach nicht die Bundesverpflichtung vor die Wiener Interessen stellt - das ist eine ganz wichtige Sache - und sich daher nicht vom Bundesbazillus anstecken lässt. Ich gehe davon aus, dass Vertragstreue auch Vertragstreue bleibt. In diesem Zusammenhang anerkennen wir durchaus auch die persönliche Haltung des Wiener ÖVP-Parteibosses in seiner Bundespartei.

Dennoch werden wir heute einen Antrag einbringen, um klarzustellen, wie wir die politische Situation einschätzen. Ich darf ihn hier im Anschluss dem Herrn Präsidenten überreichen und um Zustimmung ersuchen.

Meine Damen und Herren! Jetzt noch einige Fakten zur neuen politischen Entwicklung: Wenn Öster-

reich Schaden nimmt, nimmt auch Wien Schaden, Wien noch in verstärktem Maße, denn wir alle überhören und vergessen nicht, was es in der Vergangenheit an politischen Äußerungen von Vertretern beider Parteien - auch anderer Bundesländer - gegeben hat, von wo man sich Geld holen soll oder wo ganz einfach zu viel zugeordnet wurde. Da war Wien immer die Adresse. Wir haben daher die Sorge, dass diese neue Regierung in diesem Zusammenhang entsprechend agiert. Diese Sorge kann uns auch ein neuer Bundeskanzler nicht nehmen, selbst wenn er Wiener ist.

Noch einmal eine Bemerkung zu dieser politischen Entwicklung: Ich habe am Wahlabend, als das Ergebnis feststand und der Bundesparteiboss der ÖVP gemeint hat, die ÖVP gehe in Opposition, bei meinen Freunden die Meinung vertreten, die einzige Partei, die sicher in der Regierung ist, wird die ÖVP sein, denn sie wird es sich aussuchen und der Verlockung sicher erliegen, wenn sie so nahe die Wurst des Bundeskanzlers vor der Nase *(Abg Heinz Hufnagl: In der Schüssel hat!)* und vor dem Mund hat. Wir alle wissen, dass bei dem üblichen Ablöseschlachtritual, das es bei der ÖVP nach nicht glücklich ausgegangenen Bundeswahlen gibt, ein Bundesparteivorsitzender politisch hingerichtet wird. Dass er das vermeiden wollte, liegt auf der Hand. Ich meine, dass ihm daher Österreich, Europa, die Wirtschaft und die Menschen in diesem Land egal waren, sogar sein eigenes Image ihm egal war, wahrscheinlich sogar ein Teil seiner Selbstachtung, um sich mit der Freiheitlichen Partei und mit Jörg Haider einzulassen und eine gemeinsame Regierung zu bilden!

Meine Damen und Herren! Das muss man auch unter dem Gesichtspunkt betrachten, welchen Partner die Bundes-ÖVP besitzt, nämlich einen Partner, der ungeniert in der Öffentlichkeit Dinge plakatiert, die sich durch ein neues Regierungsprogramm jetzt klar und deutlich als extremste Wahllügen dokumentieren und darstellen!

Meine Damen und Herren! Wenn die FPÖ jahrelang und intensiv vor der Wahl meint, die FPÖ zu wählen, heißt billigerer Strom, und jetzt gibt es eine Strompreiserhöhung durch maximale Erhöhungen von Steuern, dann ist das eine Wahllüge!

Meine Damen und Herren! Wenn die FPÖ mit dem Generalsekretär und Autofahrersprecher und anderen auftritt und sagt, dass es für die Melkkuh der Nation, die Autofahrer, keine Belastungen mehr geben darf, und jetzt gibt es um rund 5 Milliarden S zusätzliche Belastungen im Regierungsprogramm, dann ist das die Wahllüge Nummer zwei! *(Abg Gert Wolfram: Wieso muss denn jetzt gesparrt werden?)*

Wenn es darum geht, dass die Freiheitlichen beklagen, dass man den Rauchern das Geld aus der Tasche nimmt *(StR Karin Landauer: Das haben Sie sicher noch nie gehört!)*, und jetzt gibt es die Entscheidung - egal, wie man zu den Rauchern steht -, dass es zu einer Erhöhung kommt, dann ist das der

Griff in die Tasche und die Wahllüge Nummer drei!

Wenn die Freiheitlichen auftreten und sagen, es muss in der Landwirtschaft gerechte Umverteilungen geben, und jetzt gibt es ein Regierungsprogramm mit Geschenken für Großbauern, dann ist das die Wahllüge Nummer vier!

Meine Damen und Herren! Wenn die Freiheitlichen auftreten und sagen, die SPÖ bricht Versprechungen bei Pensionszusagen, und jetzt gibt es ein Programm, das extremer ist, als das vorher mit uns verhandelte, dann ist das die Wahllüge Nummer fünf der Freiheitlichen Partei! *(StR Karin Landauer: Also, das stimmt auch nicht, Herr Klubobmann!)*

Wenn die Freiheitliche Partei zum Beispiel beim Verkauf von Billa ans Ausland klagend auftritt, und jetzt privatisiert man total nach Auffassung der FPÖ *(Abg Dr Herbert Madejski: Im Inland!)* und weiß, dass das in hohem Maße ins Ausland gehen wird und Arbeitsplätze kostet, sind das die Wahllüge Nummer sechs und die Wahllüge Nummer sieben!

Meine Damen und Herren! So lässt sich das dokumentieren. *(StR Johann Herzog: Dokumentieren kann man es nicht! Das sind nur Vermutungen für die Zukunft!)* Ich halte es mit einem Artikel der "Salzburger Nachrichten", der klar und deutlich gesagt hat: "Er hat euch doch belogen!" - Ich empfehle Ihnen, das aus neutraler Hand ganz einfach nachzulesen. *(Beifall bei der SPÖ und bei den GRÜNEN.)*

Meine Damen und Herren! Die nächsten Wahllügen sind auch dokumentierbar, wenn man sich in Wirklichkeit auf Kosten der Schwächsten und Ärmsten bereichert! *(Abg Dr Helmut GÜNTHER: Auf Grund Ihres Finanzministers!)* Der Selbstbehalt bei den Ärzten heißt, die Menschen werden kränkeln, sie werden kürzer leben und sie werden sich den Arzt durch Ihre politischen Entscheidungen und durch Ihre Maßnahmen, wo Sie die ÖVP am Nasenring gegen die Österreicherinnen und gegen die Österreicher, gegen die Kranken und gegen die Schwachen führen, nicht leisten können! *(StR Karin Landauer: Wissen Sie überhaupt, was Sie da sagen? Das darf ja nicht wahr sein!)* Das sind die Wahllügen Nummer acht bis unendlich! *(Abg Michael Kreißl: Wieso sind wir so verschuldet?)*

Das muss heute klar und deutlich festgestellt werden. *(Beifall bei der SPÖ und bei den GRÜNEN. - Aufregung bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Mir kann es recht sein, wenn sich zwei finden, wo einer sagt, der Schüssel sei wahrscheinlich nur ein Busek mit Mascherl oder wo einer meint, außer Mascherl tragen könne der Schüssel nichts, auf keinen Fall Verantwortung übernehmen. Wenn der Haider über den Schüssel als "Gaudihit 1995" und "Mascherlträger" redet und sagt: "Was ist das für ein Mensch? Wenn ich auf den Berg gehe, kommt der bestenfalls auf einen Hügel mit seinen politischen Möglichkeiten", und wenn in gleicher Art und Weise Schüssel über Haider redet, ist das eine lustige Koalition mit einem gewaltigen Ver-

trauen. Es ist schade, dass sich jemand in dieser Republik so erniedrigt hat, mit jemand anderem, den er bisher offensichtlich genau eingeschätzt hat, aus persönlichem Eigenwillen und aus persönlicher Eitelkeit dieses Land zu ruinieren und in eine bedenkliche Zukunft zu führen! *(Beifall bei der SPÖ und bei den GRÜNEN.)*

Meine Damen und Herren! Wir sind davon überzeugt, dass es für beide Regierungsparteien in Wien schwierig ist, auf der Wiener Ebene einen guten und ordentlichen Kurs in Zukunft zu fahren. Wir sind aber davon überzeugt, dass wir diesen Kurs fahren und weiterentwickeln können. Aber ich sage klipp und klar dazu, wir verstehen unsere Aufgabe als Wiener SPÖ auch darin, dafür zu sorgen, dass dieser für die Österreicher extrem schlechte Spuk möglichst bald beendet wird *(StR Karin Landauer: Das ist nur Ihr Wunschdenken!)* und dass durch die entsprechenden Aufklärungen, auch durch die politisierte Meinung der Öffentlichkeit, jene in der ÖVP wieder zum Umdenken gezwungen werden, die sich auf so ein Abenteuer eingelassen haben, den Bundeskanzler formell zu stellen, aber Haider regieren zu lassen. Das, meine Damen und Herren, ist in Wirklichkeit politisch geschehen. Diese Klarheit der politischen Botschaft werden wir in den nächsten Tagen, in den nächsten Wochen, solange bis sich das politisch wieder verändert hat, einbringen, damit die Augen geöffnet werden und all jene, die FPÖ gewählt haben - aus guten Gründen, wie sie glaubten - draufkommen, dass das die größte Lügenpartei in Wahlversprechen ist, die es bisher in der Zweiten Republik gegeben hat! *(Beifall bei der SPÖ. - StR Walter Prinz: Sie sind der größte Lügner! Und noch dazu ein Zündler!)*

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Smoliner zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Marco **Smoliner** *(Liberales Forum)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Wir haben vier Monate gebraucht, um eine Regierung für diese Republik zu finden. Nach vier Monaten wurde eine Regierung von einem Bundespräsidenten angelobt, der dabei - und das formuliere ich jetzt ganz krass - zumindest an die Grenze seines Amts-eids gegangen ist. Denn wenn ein Bundespräsident bei seiner Amtsübernahme unter Eid erklärt, dass er sein Amt nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen wird, dann sind seine Aussagen zu dieser schwarz-blauen Regierung, die er im Vorfeld und in Presseaus-sendungen getätigt hat, ein deutlicher Beweis dafür, dass er nicht nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat. Wenn er glaubt, dass er dabei den Interessen Österreichs nützt, dann irrt er sich, genauso wie sich der Herr Bundeskanzler irrt, wenn er glaubt, dass er mit seiner Regierung Österreich nützen wird.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich ein bisschen die Gründe erläutern. Es ist schließlich nicht

nur so, dass Protest aus dem europäischen Inland - das sage ich ganz bewusst - deswegen kommt, weil irgendjemand darum gebeten hätte. Es wird nicht deswegen gegen Jörg Haider protestiert, weil irgendein österreichischer Politiker im Ausland gesagt hat: "Bitte boykottiert uns doch, damit wir uns gegen den Haider wehren können, damit wir Verbündete haben."

Meine Damen und Herren! Die Aussagen, die von diesem jetzigen - Gott sei Dank noch immer - Landeshauptmann, aber leider mittlerweile einer Regierungspartei, von Jörg Haider, seit Jahren und Jahrzehnten gekommen sind, liegen auf dem Tisch. Sie sind entweder gar nicht, schwammig oder zu oft widerrufen worden. Auf jeden Fall, meine Damen und Herren, hat sich die Freiheitliche Partei, weil wir schon bei Gewaltbereitschaft sind, von der gewalttätigen Sprache ihres Bundesparteibosses - einen neuen Beweis für diese Sprache finden wir hier - in keinsten Weise entfernt, wenn ich zum Beispiel daran denke, dass wir heute einen Antrag der Freiheitlichen vor uns liegen haben, in dem jene Zehntausende Demonstrantinnen und Demonstranten, die gegen diese Regierung demonstrieren, als "radikale und extremistische Gruppierungen mit gewalttätigen Kundgebungen" bezeichnet werden.

Vor einigen Jahren hat der FPÖ-Obmann zu Menschen, die sich bewusst und beruflich dem Massenmord gewidmet haben, in Krumpendorf gesagt, dass sie anständige Menschen sind, die einen Charakter haben, die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und die ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind. Das, meine Damen und Herren, ist die Wertepyramide, von der sich die FPÖ bis jetzt noch nicht entfernt hat. Da brauchen wir uns nicht darüber zu wundern, wenn im so genannten Ausland, in Europa, in den Vereinigten Staaten, Regierungen ... *(Mehrere sozialdemokratische Abgeordnete stehen hinter den Sitzreihen beisammen und besprechen etwas mit ihrem Klubobmann Abg Johann Hatzl.)* Es tut mir Leid, wenn ich die Klubszitzung der Sozialdemokraten unterbrechen muss. Ich versuche, mich kurz zu halten.

Dann braucht man sich nicht darüber zu wundern, wenn in Europa und in Übersee Regierungen, Diplomaten und Wirtschaftstreibende Angst vor dem bekommen, was in Österreich vorgeht.

Aber es gibt noch einen zweiten, ziemlich europäischen Grund, warum Europa protestiert. In vielen europäischen Ländern hat man einen braunen Rand, rechtsradikale Kleinparteien, Gruppierungen, die seit Jahren zündeln, die von sozialen Ungerechtigkeiten profitieren und daraus politisches Kapital schlagen. Einzig und allein in Österreich ist eine solche Partei größer geworden. Meine Damen und Herren, Europa hat Angst, dass die Regierungsbeteiligung der FPÖ in anderen europäischen Ländern als Beweis für die angebliche Regierungsfähigkeit von rechtsradikalen Gruppierungen und von gewaltbereiten Gruppierungen

herhalten wird. Deswegen ist es nicht nur verständlich, sondern sogar notwendig, dass diese Länder ihre Bedenken, ihre Ängste und ihren Protest für das, was zurzeit in Österreich vorgeht, scharf und deutlich formulieren.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Wolfgang Schüssel sieht sich zurzeit offenbar als der Dompteur von Jörg Haider, als der Erste, der es geschafft haben will, mit einem rechtsradikalen Parteichef fertig geworden zu sein, als der Erste, der es geschafft hat, Haider zu zähmen und aus der FPÖ eine staatstragende Partei zu machen. Wolfgang Schüssel irrt sich gewaltig! Er irrt sich gewaltig und dauerhaft! Diese FPÖ, mit der er sich ins Bett gelegt hat, wird ihn in der gesamten Legislaturperiode schwer bedrücken. Leider hat man das während der Koalitionsverhandlungen verdrängt und wird es vielleicht noch ein bisschen länger verdrängen können, aber der Herr Bundesparteiboss Schüssel ist schon jetzt in der Situation, dass er ständig verbale Ausritte von Jörg Haider rechtfertigen muss. Er wird noch viel öfter in diese Lage kommen. Es gefällt ihm schon jetzt nicht mehr und es wird ihm dann noch viel weniger gefallen. Das Ausland wird auf uns schauen. Europa wird auf uns schauen und sich vielleicht sogar eine Legislaturperiode lang - ich hoffe, dass es nicht so lange dauern wird, zumindest keine vier Jahre - fragen, was mit uns los ist. Wir werden vielleicht sogar einige Jahre lang damit leben müssen, dass wir europaweit und weltweit isoliert sind.

Dafür, dass ein Bundeskanzler Schüssel auf eine solche Regierung stolz ist, schäme ich mich! - Danke. *(Beifall beim Liberalen Forum und bei den GRÜNEN. - Abg Michael Kreißl: Das wird er aushalten!)*

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Tschirf zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

An einem solchen Tag ist man vor allem darüber betroffen, wenn man Freude an einer Eskalation feststellt *(Abg Mag Gabriele Hecht: Wer freut sich denn?)*, weil das ist das Schlimmste *(Abg Marco Smoliner: Sehen Sie hier irgendjemanden, der sich freut?)*, was in einer Republik geschehen kann. *(Abg Mag Christoph Chorgherr: Wer freut sich?)* Man möge nur in der Geschichte Österreichs - gerade in der Zwischenkriegszeit - genau nachlesen. *(Abg Marco Smoliner: War das eine Jubelrede von mir oder was?)* Demokratie heißt, dass man Spielregeln einhält. Demokratie heißt, dass man sich im Diskurs mit verschiedenen politischen Entwürfen auseinander setzt. Demokratie heißt aber auch, dass man Mehrheiten akzeptiert.

Es ist keine Frage, dass ich mir ein anderes Wahlergebnis am 3. Oktober gewünscht hätte, eine stärkere Volkspartei und einen schwächeren Jörg Haider. Keine Frage, das wollten wir auch. Der Wähler hat aber anders entschieden. *(Abg Mag Christoph Chor-*

herr: Er wird noch ganz anders entscheiden, was Sie betrifft!)

Wenn man vergleicht, so gab es in den mehr als 50 Jahren dieser Zweiten Republik nunmehr die zweite Situation, dass nach Jahrzehnten, in denen eine Partei den Bundeskanzler gestellt hat, eine andere an die Reihe gekommen ist. Das war 1970, wie die SPÖ neue Strukturen und Konturen schaffen wollte und sich, damit sie das herbeiführen konnte, der Mehrheit mit Hilfe der FPÖ bedient hat. Die FPÖ des Jahres 1970 war die FPÖ unter einem Parteiboss Friedrich PETER, ich erinnere daran, ehemaliger SS-Offizier. *(Abg Dr Wilfried Serles: Aber ein anständiger Mensch!)* Es klingt daher doch ein hohes Maß an Scheinheiligkeit durch, wenn das heute plötzlich anders gesehen wird, als 1970 oder auch 1983, wie sogar eine Koalitionsregierung zwischen SPÖ und FPÖ geschaffen worden ist. *(Abg Kurt Wagner: Herr PETER ist zum Unterschied von Herrn Haider ehrbar! Das muss man sich schon anschauen!)*

Ich glaube, wenn hier der Zwischenruf kommt, sollte man wirklich sehr sorgsam damit umgehen, weil man auch die Lebensgeschichten hernehmen sollte. Unlängst hat Helmuth Thoma in einer Sendung in einem deutschen Fernsehprogramm sehr klar dargestellt, wie sich diese FPÖ entwickelt hat und dass es keineswegs so ist, dass sie vorher so gut waren und jetzt so böse sind, sondern wann sie gut und wann sie böse sind, ist halt eine Frage des machtpolitischen Kalküls. *(Abg Johann Hatzl: Herr Tschirf, wie ist das mit einer anderen Sache? Noch vor Weihnachten hat es Äußerungen gegeben, dass der ÖAAB die Opposition und auf keinen Fall mit der SPÖ regieren will! Wie erklären Sie mir das?)*

Darauf kann ich gerne eingehen. *(Abg Johann Hatzl: Das war schon die Richtung, wohin es gehen soll!)* Das Problem, das hier besteht - das möchte ich schon sagen -, war, dass Anfang Dezember ein Maximalprogramm der SPÖ vorgelegt wurde, aus dem erkennbar war, dass gar nicht der Wille bestand, tatsächlich zu einer Einigung zu kommen. Das, was Ende November, Anfang Dezember, wie die Gespräche begonnen haben, zusammengestoppelt wurde, ist nicht in die Richtung gegangen, sich zu einigen. *(Abg Johann Hatzl: Oh doch!)* Das ist ganz klar. Das ist auch nachvollziehbar.

Ich habe leider nur 15 Minuten Zeit. Dadurch besteht das Problem, dass ich noch einiges an Botschaften anbringen möchte und nicht nur auf Zwischenrufe eingehen kann. *(Abg Johann Hatzl: Ihr Bundesobmann beim ÖAAB war mit seiner Organisation an dieser Form der Regierung gut beteiligt!)*

Wenn hier meine Partei angesprochen wird, dann möchte ich die heutige "Frankfurter Allgemeine" mit ihrer Überschrift "Die guten Europäer" zitieren. Ich glaube, die "Frankfurter Allgemeine" ist eine Zeitung mit großem Renommee. Darin steht ganz klar: "... dass eine ausgewiesene demokratische und pro-europäische Partei wie die ÖVP von einer Welle der

Hysterie ..." und so weiter. Hier wird dargestellt, wie das Ganze tatsächlich in Europa gesehen wird und wie auch die Haltung der Österreichischen Volkspartei und des Bundesparteibosses der ÖVP gesehen wird, als eine Haltung eines Europäers, wie man ihn in der österreichischen Innenpolitik sonst kaum wo sieht. *(Abg Johann Hatzl: Das stimmt schon, nur anders!)*

Nun zu den GRÜNEN: Ein Ja zu Demonstrationen ist selbstverständlich, aber sicherlich nicht zu Gewalttätigkeiten. Das reicht von der Opernballdemonstration, wo es grüne Verwicklungen gegeben hat, bis zu Ebergassing. Daher ist die Kritik an dem, was sich heute abspielt, wenn Herr Mag Baier heute im Sozialministerium festgenommen worden ist, doch etwas, was einem zu denken geben sollte. Das sind Momente der Eskalation, die nicht herbeigeführt werden dürfen. Hier geht es auch darum, in welcher Art und Form wir damit umgehen.

Zum Liberalen Forum: Auch da möchte ich darauf hinweisen, dass es ein Verteidigungsminister der FPÖ war, der dem Herrn Reeder den Handschlag gegeben hat und heute beim Liberalen Forum ist. Ich glaube, heute ist Frischenschlager einer Ihrer ideologischen Obergurus oder bis vor kurzem gewesen.

Ich möchte daher, weil so viel hier zitiert und zu Europa gesagt wurde, eine Zeitung heranziehen, die eine ausgewiesene liberale Zeitung ist und sich heute dazu geäußert hat, nämlich die "Neue Zürcher". Die "Neue Zürcher" schreibt in ihrem heutigen Leitartikel "Sozialdemokraten und Machtwechsel": "In fast allen Ländern der Europäischen Union regieren Sozialdemokraten, so stand es selbstbewusst zu lesen im Blair-Schröder-Papier zum dritten Weg. Eine nicht zu bestreitende Tatsache. Bisher war das auch kein Problem, bei dem man sich länger aufhalten musste. Wenn sich nun aber ein Land anschickt, den Trend zu korrigieren und nach freien und offenen Wahlen eine sozialdemokratische Regierungspartei nach langen Jahren der Pfründeherrschaft endlich in die Opposition zu werfen, so wehren sich die Genossen in europäischer Regierungsstellung." *(Abg Mag Christoph Chorgherr: Aber es wehren sich nicht nur die Genossen! Das haben Sie schon mitbekommen!)*

Bitte, das sagt die "Neue Zürcher" von heute. *(Abg Mag Christoph Chorgherr: Es sind nicht nur die Genossen! Es wehren sich auch etliche Konservative!)* Ich glaube, die "Neue Zürcher" ist eine Zeitung, die auf rund 200 Jahre liberale Tradition zurückblickt *(Abg Mag Christoph Chorgherr: Das habe ich schon verstanden!)*, gerade in den schwierigsten Zeiten. *(Abg Mag Christoph Chorgherr: Es wehren sich aber nicht nur die Sozialdemokraten! Es wehren sich auch viele konservative Freunde in ganz Europa gegen das, was Sie machen!)* Bitte zuhören! *(Abg Mag Christoph Chorgherr: Da fällt Ihnen nichts dazu ein, dass es nicht nur die Sozialdemokraten sind!)* Bitte zuhören! *(Abg Mag Christoph Chorgherr: Was sagen Sie dazu, dass etliche Konservative gegen diese Politik eintreten?)* Es

ist offensichtlich dem Klubobmann der GRÜNEN nicht möglich, zuzuhören, was die "Neue Zürcher Zeitung" als eine objektive Beobachterin der Situation heute darstellt.

Es geht weiter: "Was immer mit dieser Wertegemeinschaft gemeint sein mag, eine exklusiv sozialdemokratische oder sozialdemokratisch definierte kann sie nicht sein. Europa lebt nicht nach den Vorschriften eines rosaroten Katechismus. Die EU ist weder eine linke Internationale noch ein christlicher Ortsverein."

Dann geht es weiter: "Die Türkei sollte, wenn sie grundlegende Bedingungen erfüllt, Mitglied werden und Österreich ohne die Drohgebärden schlechter Verlierer eine Regierung bilden können." - Ich glaube, dieser Satz sagt klar und deutlich, worum es geht. Es geht darum, dass man Kritik sehr ernst nimmt, aber dass es nicht so sein kann, dass einem etwas aufgezungen wird.

Dann geht es weiter: "Wenn die Union sich künftig darauf kaprizieren sollte, Disziplinarverfahren für schlechtes Betragen und Werteabweichungen einzuführen, wäre sie bald nur eine hohle pharisäerhafte Institution." - Das schreibt heute die "Neue Zürcher". Das ist etwas, was, glaube ich, auch dazugesagt werden sollte, wie Europa und die Welt die Situation sehen.

Die Österreichische Volkspartei ist jene Partei, die die Grundwerte hochhält. (Abg Dr Wolfgang Alkier: Glauben Sie das?) Das drückt sich in den Inhalten klar aus. Das drückt sich auch in dem aus, was wir in dieses Regierungsübereinkommen eingebracht haben, was uns sicherlich in keiner Weise in ein schlechtes Licht rücken wird. (Heiterkeit bei der SPÖ, da gerade zu diesem Zeitpunkt die Beleuchtung für die Fernsehkameras abgeschaltet wird. - Abg Dkfm Dr Ernst Maurer: Das war jetzt aber nicht die Sozialistische Internationale!)

Gerade Klubobmann Hatzl hat sehr viel über das besondere Klima gesprochen, das in Wien besteht. Dann ist eines sicherlich nicht diesem Wiener Klima entsprechend, nämlich der Antrag, der hier gekommen ist. (Abg Johann Hatzl: Mir fällt der 1. Mai ein! Da war Ihnen unser Ziel vehement egal!) Dieser Antrag ist in wesentlichen Teilen äußerst bedenklich und in jenem Stil, wie auch der ehemalige Stadtrat dieser Stadt, Edlinger, mit seinem Vergleich mit der Wurst, der ÖVP nichts anderes geziemt hat, als dass sie Diebe wären. (Abg Gerhard Göbl: Mundraub!) Das ist das, was zum Ausdruck gekommen ist.

Das ist nicht das Ziel, wie man miteinander umgeht. So kann man das nicht. Es ist daher kein Wunder, wenn das nicht weitergegangen ist. (Abg Johann Hatzl: Herr Tschirf, bleiben wir bei der Wahrheit! Es gab vor kurzem im Rechnungshofausschuss einen Bericht über den Bundesvollzug! Wer, glauben Sie, hat am meisten ausgegeben und ist kritisiert worden? Gehrler und Fasslabend! Das war es, was Edlinger gemeint hat! - StR Karin Landauer zu Abg

Johann Hatzl: Deswegen haben wir aber nicht ein so hohes Defizit!)

Ich möchte, wenn das Ihre Diktion ist, dass nach 30 Jahren sozialdemokratischem Finanzminister - nachdem ein Desaster hinterlassen wurde (Aufregung bei der SPÖ. - Abg Johann Hatzl: Ich habe gar nicht gewusst, wie Sie Ihre 13-jährige Mitverantwortung beurteilen!), wo der Wunsch besteht, dass das endlich entsprechend anders geführt wird (Abg Johann Hatzl: 13 Jahre Mitverantwortung der ÖVP!) - es letztlich nur darum geht, Macht auszuüben, sagen, dass das nicht der Fall ist. (Abg Johann Hatzl: Herr Tschirf, Sie wissen aber schon, dass die Regierung einstimmig handelt!) Herr Klubobmann Hatzl, in den 13 Jahren hat nie die ÖVP das Finanzministerium geführt, Sie wissen genau, dass 70 Prozent des Personals, also zwei Drittel ... (Abg Johann Hatzl: Sie wissen, dass die ÖVP daran beteiligt war! Und dann fällt Ihnen das nicht auf!) Sie wissen ganz genau, welche Möglichkeiten der Finanzminister hat und wie weit er im Stande ist, sehr wohl etwas vorbeizuspielen. (Abg Mag Christoph Chorcherr: Nur wenn man so unfähig ist, sich dauernd etwas vorbeispielen zu lassen!) Es geht eben darum, dass wir auch die Verantwortung haben wollen und das ist unter den letzten Bedingungen, nachdem herausgekommen ist, in welchem Zustand die Finanzen sind, nicht möglich gewesen. (Abg Johann Hatzl: Und dann schickt man die gleichen Leute in die neue Regierung! - Abg Mag Christoph Chorcherr: Darum überlassen Sie das Finanzministerium der FPÖ!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war daher notwendig, die Schritte zu setzen, die Bundeskanzler Schüssel gesetzt hat. Wir sind zuversichtlich, dass mit dem Programm auch jene notwendigen Weichenstellungen erfolgen, damit wir aus dem Finanzdesaster herauskommen, in das uns sozialdemokratische Finanzminister 30 Jahre lang hineingeführt haben! (Beifall bei der ÖVP. - Abg Dkfm Dr Ernst Maurer: Wer war denn Vizekanzler?)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Serles zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wilfried Serles (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die GRÜNEN profilieren sich selten mit wirtschaftspolitischen Aktivitäten in diesem Landtag. Auch heute war das wirtschaftspolitische Thema, vor das die GRÜNEN ihre Dringliche Anfrage gestellt haben, in Wahrheit bloß politische Zielscheibe für die verbalen Farbbeutel des grünen Klubobmanns, die die Freiheitliche Partei und der Klubobmann der Freiheitlichen Partei abbekommen sollten.

Meine Damen und Herren! Wir haben von den GRÜNEN in diesem Landtag schon einiges erlebt. Wir haben den Herrn Pilz mit seinen radikalen, teilweise kabarettreifen Auftritten erlebt. Wir haben außerhalb dieses Hauses vor kurzem den Herrn Voggenhuber in seiner ganzen Breite, mit seiner ganzen verbalen Ra-

dikalität, erlebt. Und wir haben heute den Herrn Chorcherr in einer seltenen Aufgeregtheit erlebt. Diese Aufgeregtheit wurde nur übertroffen durch den sozialistischen Klubobmann. Diese Aufgeregtheit, die sich vor dem Hintergrund von radikalen Auseinandersetzungen auf den Straßen Wiens ereignet, zeigt, dass die Linke in diesem Land - ich meine damit SPÖ und GRÜNE - demokratische Prozesse negiert, ganz einfach nicht zur Kenntnis nehmen will und durch den Druck der Straße verhindern will! *(Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Das ist ja ungeheuerlich, was Sie behaupten! - Abg Dr Helmut GÜNTHER zu Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Nein, das ist die Realität!)*

Die Linke in diesem Land - ich meine damit SPÖ und GRÜNE - hat zum wiederholten Mal bewiesen, dass sie demokratische Wahlen nicht zur Kenntnis nimmt und entweder im Vorfeld von demokratischen Wahlen - ich meine die Causa Waldheim - oder nach demokratischen Wahlen - ich meine die aktuelle Situation - den Ruf Österreichs im Ausland durch gezielte Fehlinformationen, durch gezielte Desinformationen, systematisch ruiniert! *(Abg Harry Kopietz: Das glauben Sie ja selber nicht! Das ist unglaublich! - Abg Dr Helmut GÜNTHER zu Abg Harry Kopietz: Herr Kopietz, Sie sind auch schon lange in der Politik! Sie brauchen nur zurückzudenken!)*

Herr Kopietz, wirklich neu in diesem Land - ich war selbst darüber überrascht - ist eine neue politische Dimension. Herr Kopietz, wirklich neu ist die Tatsache, dass der Bundespräsident dieser Republik - ich habe in Erinnerung, dass er einst Kandidat einer christlich-sozialen Partei war - durch gezielte Indiskretionen - das ist präzise dokumentiert -, die an dänische Tageszeitungen weitergegeben wurden, auf eine gemeinsame Resolution der 14 EU-Partner Österreichs für den Fall eines Eintritts der Freiheitlichen Partei in eine Bundesregierung gedrängt hat und damit, meine Damen und Herren, im Ergebnis diesem Land schweren Schaden zugefügt hat! Der Herr Bundespräsident hat damit erreicht, dass Österreich als gleichberechtigter Partner der Europäischen Gemeinschaft behandelt wird wie ein Protektorat einer europäischen Großmacht! Der Herr Bundespräsident, meine Damen und Herren, hat damit erreicht, dass Österreich - ein Asylland mit Tradition, das seine Hilfsbereitschaft gegenüber seinen ungarischen Nachbarn, gegenüber seinen tschechischen Nachbarn, gegenüber den Bosniern und den Kosovo-Albanern vielfach bewiesen hat - heute in Europa als Hort des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit verteufelt wird! Der Herr Bundespräsident hat damit erreicht, dass Österreich - ein Land mit strengem Verbotsgesetz, einer gewachsenen parlamentarischen Demokratie, wo Gott sei Dank weder Asylantenheime brennen noch Neonazis auf den Straßen marschieren - international als Hort des Nazismus diskreditiert wird! Wenn wir daher, meine Damen und Herren, heute über die Folgen dieser verhängnisvollen Entwicklung für den Wirtschaftsstandort Wien diskutie-

ren, dann muss im Interesse der historischen Wahrheit festgehalten werden, dass der schwere politische Schaden, der für Österreich damit international entstanden ist, nicht zuletzt dadurch hervorgerufen wurde, dass führende Repräsentanten dieser Republik den Boykott Österreichs durch Europa herbeigeredet haben! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Johann Hatzl: Das ist "Haltet den Dieb!"-Methode!)*

Meine Damen und Herren! Was in Dänemark undenkbar wäre, nämlich dass das dänische Staatsoberhaupt, die dänische Königin, gemeinsam mit dem dänischen Ministerpräsidenten die Europäische Union bittet, das eigene Land zu boykottieren, ist in Österreich offensichtlich traurige Realität! *(Abg Johann Hatzl: Sie wissen, dass das, was Sie sagen, falsch ist!)* Sie müssen die Wahrheit aushalten, auch wenn es wehtut! Sie müssen die Wahrheit ertragen, auch wenn es wehtut! *(Abg Dipl Ing Rudolf Schicker: Das ist wirklich ungeheuerlich!)* Im Interesse der historischen Wahrheit ist es geboten, diese Dinge in diesem Gemeinderat zu sagen, damit sie in das Protokoll Eingang finden, damit sich auch unsere Enkel und Urenkel noch daran erinnern. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Kurt Wagner: Das ist eine freiheitliche Rede, die der Haider geschrieben hat!)*

Gerd Bacher hat es vor kurzem in einem Gastkommentar in der "Presse" *(StR Karin Landauer: Ich glaube, die lesen nicht die "Presse"!)*, die sich als bemerkenswert konservative Zeitung in diesem Land etabliert hat und nicht zuletzt dadurch ihre Auflagezahlen hat, auf den Punkt gebracht: "Die Krise ist hausgemacht, eine endlose Geschichte sich überschätzender Politiker und Mediosi, von Realitätsverlust und gezielter Fehlinformation, von Seilschaften persönlicher Aversionen, Phrasendrescherei und zeitraubender Amts- und Verfassungsgymnastik. Ein Land stellt sich in seiner ganzen Kleinheit und Stillosigkeit vor."

So viel nur an die Damen und Herren von den GRÜNEN und von der SPÖ zu ihrer geheutelten Sorge zum Wirtschaftsstandort Wien.

An die Adresse der SPÖ und an die Adresse der GRÜNEN: Kultivieren Sie nicht Vorurteile, sondern diskutieren Sie Ergebnisse der Regierungspolitik, wenn sie vorliegen! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Johann Hatzl: Die gibt es ja schon, Herr Serles!)* Ergebnisse gibt es noch keine! *(Abg Johann Hatzl: Die gibt es schon! Natürlich gibt es die!)* Ergebnisse einer Regierungspolitik gibt es noch keine! *(Abg Johann Hatzl: Ein Regierungsprogramm ist bereits ein Ergebnis!)* Es gibt ein Regierungsprogramm. Darüber kann man reden. *(Abg Johann Hatzl: Ein Regierungsprogramm ist bereits ein Ergebnis!)* Aber es gibt keine Ergebnisse dieser Regierung, weil sie erst seit heute im Amt ist! *(Abg Johann Hatzl: Wenn nicht ein Regierungsprogramm ein Ergebnis ist, dann weiß ich nicht! - Abg Franz Ekkamp: Über 100 Seiten!)*

Zweitens, Herr Hatzl, an Ihre Adresse: Hören Sie mir zu, Herr Hatzl! Leisten Sie persönlich einen Bei-

trag zur politischen Stabilität in diesem Land! Stärken Sie die politische Stabilität in Österreich und damit einen wichtigen Faktor für den Wirtschaftsstandort Wien! *(Abg Johann Hatzl: Das will ich tun! Da bin ich dabei!)* Ich nehme Sie beim Wort! *(Abg Johann Hatzl: Da bin ich dabei!)* Ich nehme Sie beim Wort! *(Abg Johann Hatzl: Da bin ich dabei, weil ich vehement diese Regierung bekämpfe!)* Stärken Sie die politische Stabilität dadurch, Herr Hatzl, dass Sie die roten Fahnensträger von der Straße und von der Bühne des Burgtheaters zurückbeordern! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Drittens, meine Damen und Herren, adressiert an die GRÜNEN und an Ihren Klubobmann, Herrn Chorherr: Wenn vermummte Demonstranten mit Farbbeuteln werfen, dann gefährdet das die politische Stabilität! Leisten Sie einen Beitrag zur politischen Stabilität in diesem Lande, dass die GRÜNEN wieder auf den Boden der Normalität zurückkehren! Mit Khol würde ich fast sagen, kommen Sie zurück in den Verfassungsbogen dieser Republik! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich erlaube mir daher, heute einen Beschlussantrag einzubringen, den ich danach dem Herrn Präsidenten überreichen werde. *(StR Karin Landauer: Der Frau Präsidentin! - Abg Josefa Tomsik: Um solche Kleinigkeiten kann man sich nicht kümmern!)* Der Frau Präsidentin, pardon. *(Abg Dr Wolfgang Alkier: Das ist die Frauenpolitik der neuen Koalition!)*

"Der Wiener Landtag möge beschließen:

Der Wiener Landtag verurteilt Gewalt in der Politik. Der Wiener Landtag verurteilt deshalb die gewalttätigen Kundgebungen radikaler und extremistischer Gruppierungen, die das Ziel verfolgen, die Demokratie in Österreich zu destabilisieren und demokratische Entscheidungen durch Gewalt auf der Straße zu ignorieren."

In formeller Hinsicht verlangen ich und die unterzeichneten Abgeordneten die sofortige namentliche Abstimmung dieses Antrags. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Am Abend dieses heutigen Tages bleibt dreierlei festzuhalten:

Erstens: Notwendig sind Besonnenheit und Verantwortungsbewusstsein für unsere Heimat. Dies gilt für diejenigen, die Regierungsverantwortung tragen - mögen sie nun alt oder neu in dieser Funktion sein -, genauso wie für diejenigen, die als Opposition die Regierenden kritisieren.

Zweitens: Notwendig ist eine Wiederkehr der Vernunft bei unseren europäischen Partnern. Es gibt dafür erste hoffnungsfrohe Anzeichen. Niemand kann ernsthaft beabsichtigen, Österreich in Europa und international politisch zu isolieren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Drittens - und damit möchte ich schließen -: Notwendig ist ein neuer Mindestkonsens in dieser Republik *(Abg Kurt Wagner: Auf einmal!)*, der darin besteht, dass sich die Parteien nicht gegenseitig nerven, sondern zum Wohle dieses Landes arbeiten! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Ilse Forster: Jetzt kann ich aber wirklich nur mehr lachen! - Abg Johann Hatzl: Ein*

Fiakerpferd hat weniger Scheuklappen als der Kollege Serles!)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Stix zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger Stix: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Es gehört zur Demokratie, dass man sich durchaus offen auseinander setzt. Es gibt mehrere Zugänge. Ein Zugang ist - ich gebe zu, ich sehe das persönlich mit Erstaunen und weiß nicht, mit lachenden oder mit weinenden Augen oder mit meinem dritten Auge, denn eines stimmt -, der Bundeskanzler und Parteiobmann Schüssel hat die Haider-FPÖ gebeugt. Das muss man sich bewusst machen. Schüssel hat die Haider-FPÖ gebeugt. Die Haider-FPÖ hat ihre Anti-EU-Politik aufgegeben.

Schüssel hat die Haider-FPÖ gebeugt. Die Haider-FPÖ hat die Anti-EU-Osterweiterungspolitik aufgegeben. Schüssel hat die Haider-FPÖ gebeugt. *(Abg Mag Gabriele Hecht: Doch nur am Papier!)* Ich freue mich schon, Frau Kollegin Hecht, wie Mag Kabas seinen Wählern und Wählerinnen erklären wird, dass die FPÖ jetzt für die Türkei in der EU ist.

Schüssel hat die Haider-FPÖ gebeugt. Wenn ich daran denke, im Wahlkampf gab es noch ein Wahlversprechen - dazu komme ich noch ausführlicher, Kollege Hatzl hat schon damit angefangen -, Pensionsgarantien in die Verfassung zu schreiben. Jetzt hat er sich in etwa auf den Stand der rot-schwarzen Sichtweise bei den Pensionen begeben.

Schüssel hat die Haider-FPÖ auch in der Frage der Integrationspolitik gebeugt, denn das, was ich gelesen habe - ich habe es mir nur aus dem Internet heruntergeladen -, war anders als das, was ich in den letzten Jahren gehört habe.

Ich muss jetzt sagen, der arme Mag Kabas - ich will nicht heucheln, er ist wirklich nicht mein Freund, wie vielleicht der eine oder andere mitbekommen hat - wurde derartig im Regen stehen gelassen, dass ich überrascht bin.

Ich bin überrascht und will gar nicht moralisieren. Ich bin kein Gutmensch im PC-Jargon. Ich bin ein guter alter Freiheitlicher, der guten alten Freiheitlichen à la Broesigke und Hirnschall. Ich bemühe mich, einen aufgeklärten Humanismus auch über meine niedrigen Instinkte siegen zu lassen *(Abg Brigitte Schwarz-Klement: Das wäre sonst eh traurig!)*, zumindest ab und zu.

Ich bin durchaus der Meinung des Kollegen Serles, dass wir als Wiener Landtag alles tun sollten, was eine klare Ablehnung jeder Gewalttätigkeit, sei sie von links, von rechts, von oben, von unten oder von wo auch immer, sein soll. Das ist die gute alte FPÖ.

Ich habe aber auch kein Problem im Sinne eines Ordoliberalismus, eines aufgeklärten Humanismus, zu sagen, lieber Klubobmann Chorherr, natürlich hat die GAL hier ein Fragerecht und die Frage ist legitim. Ich bitte aber um Verständnis dafür, dass ich bei der

Formulierung des Antrags nicht mitstimmen kann. Andere freie Mandatare werden sich anders entscheiden, aber ich kann nicht mitstimmen, weil ich glaube, dass LhptmSt DDr Görg das falsche Ziel ist, und darf das wieder ein bisschen historisch begründen.

Weil ich aus der alten FPÖ komme, die sich als bürgerlich-liberal, als rechts-liberal betrachtet, als national-liberales Bildungsbürgertum, wenn Sie wollen, weiß ich, wie sehr wir im Prinzip über die Busek-ÖVP gespottet haben, dass sie, wenn sie "bürgerlich" sagt, "bürgerliche Feigheit" meint.

Man kann jetzt der Meinung von LhptmSt DDr Görg sein oder auch nicht, aber feig war er wirklich nicht, wenn ich das so salopp sagen darf, ganz egal, ob man seine Auffassung teilt oder nicht.

Lassen Sie mich weiter im vergangenen Jahrhundert kramen. Wie die gute alte FPÖ in der Regierung war, war ich selbst Zeitzeuge. Ich war damals Sekretär für Logistik und Personalstruktur, das waren Zeitsoldaten und Einführung vor Kostenrechnung beim damaligen blauen Verteidigungsminister. Das war der schon genannte LIF-Mandatar und LIF-Akademiechef Dr. Friedhelm Frischenschlager. Ich gebe zu, ich habe auch viele Verstrickungen familiärer Art. Mein Vater war damals dritter Nationalratspräsident und Tiroler FPÖ-Chef. Er war im Koordinationsausschuss der Koalition, also im politischen Kern. Ich erzähle das deshalb, weil ich von dort eine Menge fähiger Kolleginnen und Kollegen kenne, die heute in ähnlichen Funktionen bei uns sind, der Ministerialrat Dr. GÜNTHER, damals noch Rat oder Oberrat, Dr. Serles, DDr. Schock.

Habe ich irgendjemand vergessen? - Ja, Mag. Kabas. Herr Mag. Kabas war damals jener Linksliberale - was völlig in Ordnung ist -, der als Steger-Aufsichtsrat dafür gesorgt hat, dass Androsch die CA bekommt. Das war gegen meinen Willen, aber es hat innerparteilich eine Mehrheit gehabt. Somit hat er dies vollzogen, so wie er heute Parteiaufträge vollzieht.

Möglicherweise muss er sich dazwischen geändert haben, so wie sich andere geändert haben, wie auch Jörg Haider, der also ein-, zweimal in die Regierung gekommen wäre. Es war reiner Zufall, dass Jörg Haider nicht Justiz- oder Verteidigungsminister geworden ist, "nur" Staatssekretär wollte er dann nicht werden. Deshalb ist schließlich Ferrari-Brunnenfels Staatssekretär geworden. Es wäre also durchaus denkbar gewesen, dass Sie jetzt eine Situation ... (Abg. Brigitte Schwarz-Klement: Das hat aber mit dem Thema nichts zu tun!) Ist es dir unangenehm, Brigitte? (Abg. Brigitte Schwarz-Klement: Das Thema!) Du warst doch damals auch dabei! Oder warst du damals gerade bei einer anderen Partei? (Heiterkeit bei der SPÖ.) Okay, das ist eine andere Frage. Das ist ja legitim. Man kann sich irren und man kann auch auf Irrtümer draufkommen.

Jörg Haider, der, glaube ich, wohl Thema - wenn ich deine Dringliche Anfrage richtig verstanden habe -

heute ist, nämlich bei der Frage der Auswirkungen in dieser Koalition, gemessen an anderen Koalitionen, nicht zuletzt an den FP-Koalitionen. Ich bekenne mich dazu. Die Koalition war eben damals die SPÖ/FPÖ-Regierung, die gemeinsam mehr oder minder erfolgreich aktiv war. So schlecht war es aus meiner Sicht auch nicht. Es werden zwar wahrscheinlich DDr. Görg oder Prochaska anderer Auffassung sein, aber so schlecht waren wir nicht. Doch das ist eine andere Geschichte.

Jörg Haider war links von Dallinger. (Abg. Johann Hatzl: Sozialsprecher!) Jörg Haider, richtig! (Amtsf. StR Mag. Brigitte Ederer: Das ist schon lange vorbei!) Richtig! Ich behaupte nicht, dass er immer links von Dallinger war. Aber in der ganzen Zeit, in der ich ihn gekannt habe - und ich kenne ihn seit meinem 10. Lebensjahr -, war er links von Dallinger.

Das haben auch die bürgerlichen Medien so gesehen. Im "Kurier" ist er immer so adressiert worden.

Als er Skrinzi gekillt hat und mit einem Skrinzi-Mandat als FPÖ-Sozialsprecher drinnen gesessen ist, war er natürlich links von Dallinger.

Ich gebe zu, dann hat er ein bisschen die Folklore gewechselt und angefangen, sich in die Mitte zu bewegen. Er hat dann Bücher geschrieben, zu denen ich stehe. 80 Prozent der Bücher, würde ich sagen, sind klassische rechtsliberale Inhalte. Darin bezieht er sich auf Immanuel Kant, auf Friedrich August von Hayek, auf Viktor Frankl. Darauf beziehe ich mich auch.

Jetzt werden Sie fragen: Ist das jener Jörg Haider? - Ja, er ist es schon. Er hat nämlich in der Zwischenzeit ein Spitzentrio gehabt - damit kommen wir zur eigentlichen Problematik -, das Sie alle kennen, plakatiert bei den Nationalratswahlen 1990, also ein gutes Jahrzehnt jetzt her, Jörg gemeinsam mit Heide Schmidt und Norbert Guggerbauer.

Das Problem mit dem Jörg Haider ist, ich bitte, mir zu glauben -, er ist kein Nazi, kein Rassist, kein Faschist oder sonst etwas, sondern wenn er morgen in Ottakring glaubt, er kann mit einer türkischen Graue-Wölfe-Liste Bezirksvorsteher werden, dann wette ich darauf - vielleicht tue ich ihm Unrecht - eine Kiste guten Sekts, französischen oder nicht französischen (Abg. Paul Zimmermann: Das würde ich nicht machen!), das ist momentan eine heikle Geschichte, das gebe ich schon zu, also von mir aus einen Riesenberg Kasnudln, dass er als Chef dieser türkischen Liste kandidiert. (Abg. Paul Zimmermann: Oder Schweizer Edamer!) Schweizer Edamer wäre möglich! Warum nicht?

Die "Neue Zürcher" ist eine ordentliche liberale Zeitung. Dazu bekenne ich mich schon.

Das Problem ist, Jörg Haider war seither für und gegen die EU, für die EU als Obmann wegen Maastricht. Er war für und gegen die römisch-katholische Kirche. Sie wissen, wie er für das Christentum einerseits war und andererseits knapp eine Woche vor dem Parteitag geschrieben hat, er sei kein Betrüder

und einen Riesenkrieg angefangen hat. Vielleicht hatte er gerade keine Audienz bekommen. Er war für und gegen die Maastricht-Kriterien. Er war für und gegen das Sparen bei Pensionen.

Ich bin nicht immer der Auffassung von Klubobmann Hatzl, wie Sie das wahrscheinlich nicht sonderlich überraschen wird, aber ich bin froh, dass Klubobmann Hatzl heute weniger mit der Faschismuskeule herumgewunken hat, denn ich glaube, der ehemalige Chefredakteur vom "profil" - auch ich bin Antifaschist, das teile ich mit Herrn DDr Schock seit meiner Studentenzeit - und Buchautor Graf Czernin - "Die Haider-Macher" - hat, glaube ich, Recht, dass man Jörg Haider überhaupt erst in die Situation gebracht hat, dass er der innenpolitische Jolly Joker für und gegen alles sein kann.

Jeden von uns würden Sie mit dem nassen Fetzen hinausschlagen. Kollege Chorherr, wenn LhptmSt DDr Görg zwei Schwenks macht, von denen Haider am Tag drei macht, dann würden Sie ihn wahrscheinlich auf offener Bühne durch die spontane Erregung der werktätigen Massen hinausblasen. Da braucht man überhaupt nichts Gewalttätiges zu machen. Also, so ist es, wenn das sonst irgendjemandem passiert.

Jörg Haider, der heute Gegenstand der Anfrage ist - das unterscheidet ihn von LhptmSt DDr Görg -, wurde durch diese Faschismuskeule immunisiert, durch die "Haider-Macher" und da hat Graf Czernin wirklich Recht.

Er konnte daher in einem Grenzbereich agieren und diesen ausreizen, was eine Summe unterschwelliger Unklarheiten gebracht hat.

Natürlich hat er Unrecht, wenn er die jetzige belgische Regierung als korrupt und in den Kinderschänderskandal verwickelt bezeichnet. Genau die Regierung ist jetzt an der Macht in Belgien, weil sie die Alternative zur vorhergehenden Regierung war, ohne mich jetzt in Belgien einmischen zu wollen. Natürlich würde er es sich niemals gefallen lassen, in der Größenordnung Kärntner Landeshauptmann - französischer Präsident, wenn beispielsweise Mag Kabas als Wiener Landesparteiobmann es wagen würde, dem Kärntner Landeshauptmann in einer vergleichbaren Form an das Bein zu treten. Da hat der Chirac geradezu gentlemanlike gehandelt.

Ich entschuldige nicht die internationale Vorgangsweise gegen Österreich. Die ist völlig undiskutabel. Aber Jörg Haider war in einer vergleichbaren Situation. Wenn er sich beklagt, Österreich wurde nicht gehört, stimmt das. Das ist eine Sauerei und man muss dagegen auftreten, und zwar mit aller Vehemenz. Aber Sie alle kennen mein Schicksal, wie dieser berühmte Demokratievertrag gekommen ist. (*Abg Johann Hatzl: Knebelungsvertrag!*) Ich will ihn aus meiner Sicht nicht Knebelungsvertrag nennen und ich will mich nicht überbewerten. Ich weiß schon, im "NEWS" bin ich der 920-wichtigste Österreicher, knapp vor Jeannine Schiller, Kurt Waldheim

und - bitte nicht lachen - auch vor dem Pepi Cap (*Amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Das ist schon okay!*), aber mein Schicksal ist bedeutungslos im Vergleich zum Schicksal, wie es wir als Österreicher und als Wienerinnen und Wiener jetzt aushalten müssen. Ein zuständiges Gremium hat mich aber auch nicht gehört. (*Abg Mag Franz KARL: Ach so, das war ein Schönheitswettbewerb!*) Die Jeannine Schiller schlägt mich schon in der Dicke der Lippe, auch wenn ich manchmal vielleicht eine dicke Lippe riskieren mag. Das will ich gar nicht beschönigen. Wir sind schließlich freie Mandatarinnen und Mandatare.

Aber ganz im Ernst, wenn man sagt, Österreich ist nicht gehört worden, weder Mag Kabas - dessen Mut ich akzeptiere, dass er heute, in dieser Situation, hier herausgeht, was nicht lustig ist, das verstehe ich - noch Dr Jörg Haider waren bis heute in der Lage, mit mir Auge in Auge zu diskutieren, was damals eigentlich passiert ist. Bis heute. Und ich bin nicht in Paris. Wenn ich in Paris wäre, würde ich meinen dortigen Aufenthalt sogar abbrechen und zurückkommen. Ich würde sogar nach Kärnten oder in die Parteizentrale oder nach Mauer zum Kollegen Kabas fahren.

Warum bringe ich den Knebelungsvertrag? - Dieser Knebelungsvertrag hat etwas gebracht und damit bringe ich das, glaube ich, in die richtige Dimension. Ich bin dafür, dass wir gemeinsam alles tun, um die ungerechtfertigten Angriffe gegen Österreich zurückzuweisen. Ich bin auch dafür, dass wir alles tun, um Jörg Haider klar zu machen, dass er in vielen Bereichen nicht ganz unschuldig ist, was aber keinen ungerechtfertigten Angriff gegen Österreich entschuldigt. Aber es gibt jetzt eine sehr simple Möglichkeit und wenn das mein Opfer wert war, dann habe ich es gerne gebracht. Es gibt eine sehr simple Möglichkeit. Wir wissen, dieser Knebelungsvertrag hat ein wunderschönes Instrument und ich möchte mich gleich beim guten alten freiheitlichen Volksanwalt Jossek entschuldigen, nicht weil er nicht Verteidigungsminister geworden ist - er wäre wahrscheinlich ein ganz guter geworden -, sondern weil ich ihm jetzt fürchterlich viel Arbeit mache. Sie wissen, nach diesem Knebelungsvertrag - und dazu rufe ich auf, um es in die richtige Dimension zu bringen - kann man gebrochene Wahlversprechen einklagen, meine Damen und Herren. Man kann sie einklagen. Ich schlage daher vor, dass wir die ganze Liste - bei Klubobmann Hatzl waren es, glaube ich, die Nummern eins bis acht bis unendlich, aber auch ein paar andere habe ich schon gehört - jetzt beim Kollegen Jossek einklagen.

Ich bin davon überzeugt, wenn ich jetzt aufzähle, was man alles einklagen kann, dann brauche ich noch einmal 20 Minuten. Das wäre ein zu langer Abschlussatz, aber ich bin davon überzeugt, meine Damen und Herren, dass wir damit in der realistischen Dimension der österreichischen Innenpolitik sind. Da sieht man, was Jörg Haider wirklich kann

oder nicht kann. Da sieht man, ob es Schlüssel gelungen ist, Jörg Haider nicht nur zu beugen, sondern Jörg Haider sogar zu zähmen. Schauen wir es uns an!

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Alkier zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wolfgang Alkier (*Liberales Forum*): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist uns in den letzten Tagen immer wieder der "demokratische Wille Österreichs erklärt worden. Wir in Österreich lassen uns nichts hineinreden, wir Österreicher haben entschieden".

Überlegen wir uns einmal, was wirklich entschieden worden ist. Die Mehrheit der ÖsterreicherInnen hat sich das, was heute stattgefunden hat, nicht gewünscht. Die Mehrheit der ÖsterreicherInnen hat am 3. Oktober einer Österreichischen Volkspartei zum letzten Mal die Stimme gegeben, weil diese behauptet hat, sie ginge in Opposition, wenn sie Dritte werde und nicht behauptet hat, sie mache mit der FPÖ eine Koalition. Und die Mehrheit der ÖsterreicherInnen hat der FPÖ eine Stimme gegeben, weil sie es gewohnt war, dass sie es mit einer lautstarken Opposition zu tun hat. Aber die FPÖ hat vorher nicht gesagt, sie werde dieses Mal als Regierungspartei kandidieren und in dieser Form ein drittes Sparpaket machen. Das heißt, wir haben zum ersten Mal eine Regierung, die von einer Mehrheit der ÖsterreicherInnen nicht gewünscht wird. (*Abg Johannes Prochaska: Und dem Liberalen Forum hat die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher gar keine Stimme gegeben!*)

Das ist eine andere Sache, die mich nicht belustigt. Da gebe ich Ihnen schon Recht, nur Sie können meiner Aussage nicht widersprechen. Diese Regierung, eine Regierung aus ÖVP und FPÖ, hat keine Mehrheit in der österreichischen Bevölkerung! (*Abg Johannes Prochaska: Aber geh'!*) Fragen Sie Ihre Klientel! (*Abg Gerhard Pfeiffer: Eine Mehrheit hat die Sozialdemokraten nicht gewählt! Darum geht es!*) Fragen Sie Ihre Klientel, die am 3. Oktober noch ein letztes Mal ÖVP gewählt hat, ob sie das unter der Voraussetzung, dass es zu so einer Regierung kommt, dass es zu einer Regierung kommt, die das Land spaltet, dass es zu einer Regierung kommt, die uns isoliert, noch einmal tun würde! (*Abg Barbara Schöfnagel: Das Volk hat eigentlich gewählt, dass Sie weg sind!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es gäbe noch genügend Möglichkeiten und Varianten einer Regierungsbildung auf Grund des demokratischen Wahlergebnisses, das derartige Mehrheitsverhältnisse gebracht hat, ohne dass Österreich nunmehr gespalten werden und in die Isolation kommen müsste. (*Abg Gerhard Pfeiffer: Das wäre nicht notwendig, wenn Sie die Horden zurückrufen!*) Was wäre zum Beispiel mit der Variante einer ÖVP-Minderheitsregierung? (*Abg Johannes Prochaska: Mit*

Ihrer Unterstützung, wenn Sie nicht im Parlament vertreten sind?) Nein, mit der Unterstützung von Parlamentariern. Sie haben mit der SPÖ einen Pakt ausgemacht, wo Sie gesagt haben, inhaltlich stehen Sie in voller Länge dazu. (*Abg Johannes Prochaska: Aber die SPÖ nicht!*) Inhaltlich gibt es da überhaupt nichts zu tun.

Da hat es, nur ein Problem aus Ihrer Sicht gegeben. Der Eine hat nicht unterschrieben und deshalb, weil der Eine nicht unterschrieben hat, ist die Pensionsregelung nicht gekommen, bei der es um zwei Jahre geht. Nun haben Sie etwas unterschrieben, wo es eben um 18 Monate geht. Wenn das der einzige Fallpunkt für eine derartige Regierung ist, dann kann es ja kein Problem sein. Eine ÖVP-Minderheitsregierung zum Beispiel würde Ihnen den Kanzler geben. Ich könnte mir vorstellen, dass die SPÖ jene Anliegen der Regierung, die auch von ihr getragen wurden, unterstützt. (*Abg Gerhard Pfeiffer: Herr Alkier, hören Sie doch endlich auf!*) Es gäbe hier einige Varianten (*Abg Mag Franz KARL: Vielleicht bildet ein neuer SPÖ-Parteivorsitzender eine SPÖ-Minderheitsregierung!*), nur das, was wir im Moment erleben, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der größte Schaden, den es je für diese Republik gegeben hat und er wird wahrscheinlich jeden Tag ärger werden, solange diese Regierung im Amt ist! (*Abg Gerhard Pfeiffer: Das, was Sie machen, ist eine schreckliche Zeitvergeudung!*)

Es liegt nicht am Programm. (*Abg Johannes Prochaska: Ihre Prophezeiungen werden sich nicht erfüllen!*) Es liegt nicht an diesem Regierungsprogramm. Das Programm ist zum größten Teil von dem abgeschrieben, was Sie als ÖVP eben mit der SPÖ paktiert haben. Deshalb würde nicht so eine Aufregung in der Welt entstehen.

Es liegt auch nicht notwendigerweise an den derzeitigen Personen, weil bei der ÖVP ist es personell eine Null-Erneuerung und bei der FPÖ darf man im Moment ohnedies nichts sagen, solange man nicht instruiert ist. Also, die Personen, die in der Regierung sind, sind nicht das Problem. (*Abg Mag Franz KARL: Also, wo ist denn das Problem?*) Das Problem ist, wir kommen aus dieser Nummer nicht heraus, wenn diese Regierung nicht im Interesse Österreichs freiwillig demissioniert und die Wege für neue Formen einer Regierungsbildung wieder freigibt. (*Abg Gerhard Pfeiffer: Aufhören!*) Bei dem, was wir jetzt erleben, muss Ihnen doch klar sein, dass das wirklich ein Schaden ist, der durch nichts - durch absolut nichts - wieder gutzumachen und zu vertreten ist. (*Abg Gerhard Pfeiffer: Was Sie von sich geben, ist trostlos!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bringen deshalb einen Beschlussantrag ein, der lautet:

"Die aktuelle internationale und nationale Eskalation anlässlich der heutigen Regierungsangelobung war wohl vorhersehbar. Sie führt zu einem unermesslichen Schaden für unser Land. Noch wurden nicht alle Möglichkeiten, die eine Alternative zu einer FPÖ-

Regierungsbeteiligung wären, ausgeschöpft. Um weiteren Schaden für unser Land, sowohl nationale Polarisierung als auch Isolation durch EU und internationale Staatengemeinschaft, abzuwenden, fordert der Wiener Landtag die Bundesregierung auf, umgehend freiwillig zurückzutreten und den Weg für neue Regierungsbildungen freizugeben."

Der Antrag lautet also: "Der Wiener Landtag appelliert an die neue Bundesregierung, im Interesse Österreichs sofort wieder zurückzutreten." (*Abg Mag Franz KARL: Da klatschen nicht einmal die eigenen Leute! Der nächste Antrag wird sein, dass der Landtag an die Frau Präsidentin appelliert, dem Herrn Alkier sein Bier zu bezahlen!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben hier ein freies Mandat. Es gab genug ÖVP-Abgeordnete, die gesagt haben, mit dieser FPÖ nie und nimmer. Ich hoffe, Sie nützen bei dieser Abstimmung Ihr freies Mandat! (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner ist Herr Abg Driemer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Johann Driemer (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine geschätzten Damen und Herren!

In meiner mehr als 27-jährigen Tätigkeit als Arbeitnehmerinteressenvertreter muss ich heute schärfstens zurückweisen, dass man eine nicht unterfertigte, nicht ausgehandelte Koalitionsvereinbarung zum Anlass nimmt, aufgefordert zu werden, sich zu entschuldigen, dass es nicht zu einer Koalition zwischen den Sozialdemokraten und der ÖVP gekommen ist! Ich weise diese Unterstellung auf das Schärfste zurück! (*Abg Mag Franz KARL: Da kommt das schlechte Gewissen durch!*)

Wir haben uns als Arbeitnehmerinteressenvertreter sehr deutlich artikuliert, dass wir diese Inhalte, die eindeutig gegen die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Österreich und in Wien gehen, ablehnen. Das war der Grund und wir bleiben auch dabei. Ich sage das sehr deutlich, damit hier nicht Gewerkschafter, die sich nicht zu Wort melden können, bezichtigt werden, die Schuldigen zu sein (*Abg Mag Franz KARL: Nürnberg ist schuldig!*), dass es nicht zu einer Koalition zwischen SPÖ und ÖVP gekommen ist, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich glaube, meine Damen und Herren, dass in diesem Raum sicherlich niemand sitzt, der nicht mit Sorgen erfüllt die Entwicklung auf der internationalen Ebene und innenpolitisch verfolgt. (*Abg Mag Franz KARL: Es stellt sich aber die Frage, woher diese Entwicklung kommt!*)

Herr Mag KARL, wenn Sie hier vom Podium aus den Herrn Bundespräsidenten als "Genossen" bezeichnen, haben Sie sich, glaube ich, versprochen. (*Abg Mag Franz KARL: Nein, ich habe mich nicht versprochen!*) "Leidgenossen" müsste man sagen, weil unser Bundespräsident hat genau erkannt, in welche Situation die Republik Österreich kommen

könnte. (*Abg Mag Franz KARL: Ich habe nur an die Pepi Tomsik gedacht, die immer gesagt hat, "Genosse" sei ein Ehrentitel!*) Man muss ihm das auch einmal zugute halten. Er hat versucht, eine ordentliche Regierung auf demokratischer Basis zu unterstützen. (*Abg Johann Hatzl: So ist es! Aber Klestil war nie Mitglied der SPÖ!*) "Leidgenossen" habe ich gesagt.

Geschätzte Damen und Herren! Kein Mensch in diesem Raum hat Freude an einer Eskalation. Ich habe das heute so vernommen, als ob wir uns im Hinblick auf diese, wie ich meine, wichtige Dringliche Anfrage freudestrahlend zum Wort melden. Wir haben uns gerade als Wiener Abgeordnete und Gemeinderäte auch mit dieser Frage sehr ausführlich zu beschäftigen und wir haben unseren Beitrag zu leisten, damit nicht noch größerer Schaden entsteht. Man müsste aber die Wurzeln dieser Ursachen beseitigen. Die Wurzeln dieser Ursachen sind uns hinlänglich bekannt, meine Damen und Herren. (*Abg Mag Franz KARL: Die liegen bei der SPÖ, die uns das nicht vergönnt hat! - Abg Johannes Prochaska: Sie können nicht verlieren!*)

Ich halte hier noch einmal sehr deutlich fest, wenn uns vom Herrn Kollegen Tschirf unterstellt wird, die Linke - ich nehme an, Sie meinen damit auch die Sozialdemokratie (*Abg Mag Franz KARL: Teile!*) - ignoriert demokratische Wahlen, so müssten gerade Sie wissen - lernen Sie Geschichte, dann werden Sie es wissen -, dass gerade wir Sozialdemokraten jene waren, die die Demokratie als eines der höchsten Güter in den Vordergrund gestellt haben. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg Michael Kreißl: Aber nur solange sie Ihnen dient!*)

Meine Damen und Herren! Es sind wirklich Folgen für den Wirtschaftsstandort Wien eingetreten. (*Abg Barbara Schöfnagel: Die Gewerkschaft ist schuld daran!*) Hier sind wirklich schwer wiegende Folgen eingetreten und es ist nicht absehbar, inwieweit diese negativen Folgen noch eskalieren können. (*Abg Dr Herbert Madejski: Das haben Teile von Ihnen angezündet!*) Auf Grund dessen brauchen wir uns nicht in unterirdischen Gängen zu verstecken. Wir gehen aufrecht auf der Straße und können auch mit den Menschen reden. (*Abg Johann Hatzl: Sehr richtig!*)

Sie spielen sich immer als Anwälte der kleinen Leute auf. Wenn Sie dieses Belastungspaket goutieren und als FPÖ unterschreiben, dann sind Sie nicht mehr die Anwälte der kleinen Leute (*Abg Johann Hatzl: Das waren sie nie! - Abg Michael Kreißl: Wer hat denn das Budgetdefizit verursacht?*), weil Sie haben deutlich gehört, welche Belastungen auf die Menschen zukommen! (*Beifall bei der SPÖ. - Abg Michael Kreißl: Das Budgetdefizit haben ja Sie verursacht! - StR Johann Herzog: Belastungspartei!*)

Geschätzte Damen und Herren! Es gehört auch als Interessenvertreter der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen dazu, dass man bei dieser Diskussion und bei dieser Scheinheiligkeit, die an den Tag gelegt wird (*Abg Dr Matthias Tschirf: Das ist das Problem!*), den

Menschen Versprechungen vortäuscht und andere Belastungen für diese Menschen mit der Unterschrift besiegelt. *(Abg Mag Franz KARL: Genau das!)*

Nun, geschätzte Damen und Herren, auch ein Wort an Kollegen Dr Serles: Ich glaube, er sieht nicht, was in diesem Belastungspaket tatsächlich beinhaltet ist. *(Abg Michael Kreißl: Warten Sie einmal ab!)* Er sieht das nicht *(Abg Heinz Christian Strache: Er sieht Ihren Scherbenhaufen!)*, wenn er hier sagt, man müsste die Ergebnisse der Regierungsarbeit abwarten und sollte dann erst über diese Ergebnisse diskutieren. *(Abg Michael Kreißl: Diskutieren wir über das Budgetdefizit!)* Meine Damen und Herren der FPÖ, wir wollen das jetzt diskutieren, weil es bekannt ist und wir diese Wirkungen kennen, die auf die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit diesem Belastungspaket niederprasseln. *(Abg Dr Herbert Madejski: Das liegt ja schon vor!)* Nicht nachher, wir werden uns vorher zu Wort melden und das tun wir auch! *(Abg Dr Herbert Madejski: Sie haben bereits genug Zeit gehabt!)*

Sie brauchen sich wirklich nicht zu rühren. Gerade mir brauchen Sie das nicht zu unterstellen. Ich wäre sehr froh gewesen, wenn gerade Ihre Herren der FPÖ bei manchen Themen, die die Menschen und die Arbeitnehmer betroffen haben, uns unterstützt hätten. Das haben Sie aber nicht gemacht! *(Abg Michael Kreißl: Beim Konsum beispielsweise!)* Sie machen keine Politik für den Menschen! *(Abg Johann Hatzl: Haargenau das ist es!)* Sie machen Politik für Politiker und Politikerinnen! Das sage ich Ihnen hier! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, ich habe das missverstanden, wenn wir alle von Dr Serles von diesem Podium aus aufgefordert worden sind, in den Verfassungsbogen zurückzukehren. *(StR Johann Herzog: Die GRÜNEN hat er angesprochen!)* Sie haben es nicht sehr deutlich gemacht. *(Abg Dr Herbert Madejski: Lesen Sie es im Protokoll nach!)* Sie haben es nicht sehr deutlich gemacht. Ich erinnere hier nur daran, dass es Politiker einer politischen Fraktion gibt, die sehr wendig mit diesen Aussagen der Verfassungsbögen umgehen. Ich erinnere an den Klubobmann Khol der ÖVP, der immer wieder gesagt hat, die FPÖ sei außerhalb des Verfassungsbogens und daher könne er mit dieser Partei in keine Regierung eintreten. Das sollten Sie nicht uns vorwerfen, sondern in den eigenen Reihen sehen, wer sich außerhalb des Verfassungsbogen bewegt oder wer sich auf diesen Verfassungsbogen beruft.

Meine Damen und Herren! Es ist auch notwendig, darauf einzugehen, dass LhptmSt DDr Görg davon überzeugt ist, dass die ÖVP Wien einen Beitrag zum Erfolg dieser Regierungskoalition auf Bundesebene leisten wird. Ich frage mich, ob das wirklich Ihr Ernst ist, Herr LhptmSt DDr Görg? Haben Sie auch die Sonnenbrille auf und sehen Sie nicht, was auf die Menschen mit dieser Belastung zukommt? - Überlegen Sie sich das noch einmal! Wir können einer sol-

chen Regierung mit diesen Belastungsinhalten als Arbeitnehmervertreter keinesfalls die Zustimmung geben und Sie sollten diese Forderungen auch nicht vertreten!

Was mir heute in dieser Diskussion über den Standort Wien abgeht, ist, dass wir in Wien in der Koalition am besten Weg sind, ausgezeichnete Beschäftigungsverhältnisse zu haben. Das Jahr 1999 hat einen Zuwachs an Beschäftigung von 10,9 Prozent gebracht. In diesem Raum ist gerade von der FPÖ immer wieder diskutiert worden, dass wir falsche Wirtschaftspolitik machen *(Abg Dr Herbert Madejski: In Wien!)*, dass die Beschäftigung im Argen liegt. Wenn Sie so auf Bundesebene mit der Fernwirkung auf die Stadt Wien weitermachen, dann werden wir diese positiven Beschäftigungseffekte in einiger Zeit nicht mehr haben. Auch hier liegt die Verantwortung darin, mitzutun.

Ich habe in diesem so genannten Koalitionspaket keine einzige Silbe ausformuliert vernommen, die wirklich in Richtung der Beschäftigung, in Richtung der Beschäftigung der älteren Menschen, in Richtung aber auch der besseren Beschäftigungsmöglichkeit der Jugend geht. Ich habe keine Passage darin gefunden. Wo ist hier der Weitblick der Wirtschaftspartei? Wo ist hier der Weitblick des Anwalts der kleinen Leute? Wo ist hier der Weitblick - so wie es festgeschrieben ist -, den Menschen eine sozial gute Basis und Grundlage zu geben? - Geben Sie uns die Antworten! Sie reden darüber und reden eigentlich an den Menschen, an den Themen und Problemen der Menschen vorbei, sehr geehrte Damen und Herren!

Lassen Sie mich noch auf einige Dinge eingehen, die, wie ich glaube, auch zu diesem Thema "Wirtschaftsstandort Wien - Soziale Grundlage für die Menschen, die in dieser Stadt leben" dazugehören. Wenn Sie aufmerksam die Inhalte des ärgsten Belastungspakets, das die Zweite Republik tragen wird müssen, analysiert haben, dann wird Ihnen aufgefallen sein, dass es unschlüssig ist, dass es unausgewogen ist und dass es unsozial ist. *(Abg Dr Herbert Madejski: Ihr Belastungspaket war ärger!)* Ich werde Ihnen an Hand eines Beispiels sagen, dass es unausgewogen und unsozial ist.

Das Hinaufsetzen des Pensionsalters um eineinhalb Jahre bedeutet mehr Arbeitslosigkeit *(Abg Dr Herbert Madejski: Ihr Belastungspaket war schlimmer!)*, gleichzeitig das Ausräumen des Arbeitslosenversicherungs fonds und gleichzeitig - jetzt kommt es - eine Absenkung des Arbeitgeberbeitrags zur Arbeitslosenversicherung. *(Abg Johann Römer: Edlinger wollte zwei Jahre! Und Sekanina hat mitverhandelt bei den zwei Jahren!)*

Meine Damen und Herren! Da haben Sie sich wirklich disqualifiziert, weil das ist wirklich das, was wir nicht brauchen. Wenn schon das Anfallsalter zu überlegen ist, weil auch die Lebenserwartung der Menschen - Gott sei Dank - gewachsen ist, dann habe ich mir von den Experten auf ÖVP-Seite, aber auch von

den so genannten Experten in der FPÖ erwartet, dass sie schlüssige Überlegungen anstellen. Sie waren aber sehr rasch, nicht? - In einer Woche war dieses Koalitionspaket fertig. In Wahrheit ist es so, dass es von langer Hand vorbereitet gewesen ist (*Abg Johann Hatzl: So ist es!*) und nur ein Grund gesucht worden ist, aus den Gesprächen mit den Sozialdemokraten auszusteigen und die so genannte "neue Politik" durchzusetzen! (*Abg Johann Römer: Sie wissen wieder mehr!*) Sie sehen, was Sie angestellt haben! Sie von der FPÖ sehen, was Sie angerichtet haben! Wir werden alle Hände voll zu tun haben, damit wir hier Schadensminimierung betreiben! (*Abg Mag Franz KARL: Wir müssen den Brand löschen, den wir gelegt haben!*)

Wenn Sie meinen, dass Sie den Brand gelegt haben (*Abg Mag Franz KARL: Nein, Sie!*), dann ist das Ihre Angelegenheit. (*StR Karin Landauer: Sie haben ihn gelegt!*) Wir haben keinen Brand gelegt. Das kann ich Ihnen versichern! Die Brandstifter sitzen ganz woanders! (*StR Karin Landauer: Sie brauchen nur die dänischen Zeitungen zu lesen!*) Ganz woanders sitzen die Brandstifter! Versprechungen nicht einzuhalten, den Menschen Unwahrheiten zu sagen, das ist die FPÖ-Politik! (*Abg Mag Hilmar Kabas: Sie hetzen die Leute auf! Warten Sie auf den Kreißl! Sie rüsten für Demonstrationen auf!*)

In einer demokratischen Republik ist es zulässig (*Abg Mag Hilmar Kabas: FSG, lieber Herr!*) zu demonstrieren. (*Abg Mag Hilmar Kabas: Das haben wir heute gesehen, wie Sie aufrüsten! Gesundheitsschäden bei Polizisten, Gesundheitsschäden bei Journalisten und Sachbeschädigung! Das ist Ihre Politik!*)

Lieber Herr Mag Kabas, regen Sie sich nicht so auf! (*Abg Mag Hilmar Kabas: Unglaublich ist das! Unglaublich! Warten Sie, was der Kreißl zu sagen hat!*) Herr Mag Kabas, wir haben ihn schon öfters ausgehalten, wir werden ihn auch heute aushalten, nur er muss aufpassen, denn er ist heute zwiespältig, er ist so genannter Interessenvertreter, ist Politiker und hat jetzt eine neue Funktion dazubekommen, die er natürlich nicht unbegründet bekommen hat. (*Abg Mag Hilmar Kabas: Warten Sie ab!*) Wahrscheinlich sind deftige Aussagen dazu geeignet, dass man bessere Positionen in der FPÖ erreicht! Da muss man den Wortschatz entsprechend formulieren, weil sonst ist man natürlich unten durch! (*Abg Johann Römer: Du hast ja auch zwei Interessen! Arbeitnehmervertreter- und SPÖ-Interessen!*)

Geschätzte Damen und Herren! Ich wollte Ihnen meinen Unmut als Interessenvertreter und als Abgeordneter sagen, weil Österreich ein anerkannter Staat in Europa und auf der Welt gewesen ist. (*Abg Dr Herbert Madejski: Dann ruinieren Sie ihn nicht!*) Da müssen Sie sich mea culpa an die Brust klopfen! Sie selbst haben mitgewirkt, dass es zu dieser Situation gekommen ist!

Ich möchte zum Schluss kommen, geschätzte Damen und Herren, und nochmals an uns alle appel-

lieren, weil das einfache meine Art ist, weil ich immer das Trennende, Verzeihung, das Gemeinsame vor das Trennende gestellt habe. (*Abg Mag Franz KARL: Freud'scher Versprecher!*) Als Interessenvertreter kommt auch der Freud'sche Versprecher vor, ist aber nicht ausgesprochen worden. Wie gesagt, ich möchte noch einmal an Sie appellieren. Wir müssen an die Ursache herangehen und die Ursache ist die, dass man mit aller Kraft versucht hat, eine Regierung von ÖVP und FPÖ zu bilden, um dem jetzigen Bundeskanzler Schüssel diese Position entsprechend zuzugestehen. - Ich danke Ihnen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf abschließend für meine Fraktion noch bemerken, dass wir den Beschluss- und Resolutionsantrag des Liberalen Forums ablehnen werden. Das ist nicht Angelegenheit des Landtags in Wien, sondern darüber soll das Parlament entscheiden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner ist Herr Abg Kreißl zum Wort gemeldet. (*Abg Heinz Hufnagl: Der neue starke Mann der FPÖ!*) Ich erteile es ihm.

Abg Michael Kreißl (FPÖ): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte nicht sonderlich auf die Polemik meines Vorredners eingehen, auch nicht auf diesbezügliche polemische Zwischenrufe. (*Abg Erich VALENTIN: Das ist auch besser so!*) Ich möchte eigentlich nur darauf eingehen, was sich in den letzten Tagen in Wien abgespielt hat: Gewaltbereite Demonstrationen, wo heute im ORF der Reporter vor Ort mitteilte, dass hauptsächlich kommunistische Organisationen und weiters die Sozialistische Jugend am Werk wären. Es wurden Farbbeutel geworfen. Es wurde versucht, mit Steinen zu werfen. Es wurde ein Polizist - beziehungsweise glaube ich sogar zwei - verletzt. Und es wurde ein Journalist verletzt.

Meine Damen und Herren! Wo kommen wir denn da hin, wenn man das als Demonstrationsfreiheit bezeichnet? Wo kommen wir denn da hin, wenn die Gewalt gegen demokratisch legitimierte Regierungen auf der Straße gesät wird? - Es werden Bundesministerien besetzt und dort Akten aus den Fenstern geworfen! Meine Damen und Herren von den Sozialisten und von den GRÜNEN, wo soll das bitte enden?

Nachher versichern uns mit ganz treuerherziger Miene sowohl der Klubobmann der SPÖ als auch die GRÜNEN und andere Redner der Sozialisten, dass sie mit dieser Gewalt überhaupt nichts zu tun haben wollen. Sie seien eigentlich dafür, diese Eskalation zu beenden und sicher nicht daran interessiert, dass auf der Straße Politik gemacht wird. Jetzt sage ich - und ich bin mir durchaus dessen bewusst, dass ich vielleicht einen Ordnungsruf bekomme -, meine Damen und Herren von den Sozialisten, das, was Sie gesagt haben, ist eine Lüge!

Ich möchte einen Brief der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, unterzeichnet von Herrn Richard Holzer, dem Vorsitzenden der Fraktion Sozialistischer Ge-

werkschafter in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, vorlesen und man soll sich das bitte genau anhören, wenn man sagt, dass man nicht zu Demonstrationen aufruft, dass man die ganze Situation im Interesse unseres Staates befrieden möchte. Hören Sie genau zu, meine Damen und Herren von den Sozialisten, was darin steht: "Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Auf Grund der politischen Situation ist es unumgänglich, die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen zu gewerkschaftlichen Maßnahmen zu treffen. Daher ergeht das Ersuchen, der Bundesfraktion bis 18.2.2000 mitzuteilen, mit wie viel Kolleginnen und Kollegen ihr auch innerhalb kürzester Zeit zu Demonstrationen kommen könnt beziehungsweise welche Mittel, Transparente, Fahnen, Megaphone ihr in eurem Bereich zur Verfügung habt." (*Amtsfr StR Mag Brigitte Ederer: Na und?*) Passen Sie genau auf, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ und bei den GRÜNEN.* - *Abg Harry Kopietz: Verurteilen Sie die Demonstrationsfreiheit?*) Beruhigt euch! Beruhigt euch! Es ist schlimm genug! (*Abg Harry Kopietz: Das aber auch!*) Beruhigt euch! (*Abg Günter Kenesei: Was ist daran schlimm?*) Wisst ihr was, zuerst auf staatstragend machen und nachher so reagieren, das ist wirklich ... (*Abg Günter Kenesei: Was ist denn?* - *Abg Mag Hilmar Kabas zu Abg Günter Kenesei: Ihr seid Terroristen! Schaut euch an!*)

So, jetzt hört ihr einmal auf und hört weiter gut zu! (*Abg Mag Hilmar Kabas zu Abg Günter Kenesei: Gesindel! Gesindel!* - *Abg Ilse Forster: Also bitte!*) Offensichtlich, meine Damen und Herren (*Abg Kurt Wagner: Herr Mag Kabas hat Abgeordnete beschimpft!*), wissen Sie gar nicht, was in dem Brief steht, beziehungsweise einige Ihrer Kollegen, die von angeblicher Befriedung dieser Situation sprechen. Ich lese jetzt weiter. Passt auf, damit ihr wenigstens wisst, wovon wir reden! (*Abg Godwin Schuster: Herr Mag Kabas hat "Gesindel" gesagt!* - *Abg Günter Kenesei: Herr Mag Kabas hat uns beschimpft!* - *Abg Mag Hilmar Kabas zu Abg Günter Kenesei: Was will er noch, der Wurstel?*)

Es geht weiter: "Die derzeitige politische Situation ist sicher die schwierigste in der Geschichte der Zweiten Republik. Daher ist es notwendig, ständig, auch abends und auch am Wochenende, erreichbar zu sein." (*Beifall bei Teilen der SPÖ.* - *Abg Johann Driemer: Was ist daran verwerflich!*) Es wird ebenso um die Zahl jener GenossInnen ersucht, sehr geehrte Damen und Herren. (*Abg Godwin Schuster: Wo ist jetzt die Kritik an dem?*)

Das kann ich Ihnen sehr wohl sagen, sehr geehrte Damen und Herren. Genauso wie der Bundespräsident und der Bundeskanzler versucht haben, von außen Einfluss auf dieses Land zu nehmen, unser Land von außen als mies hinzustellen, wird es im Kleinen von der Gewerkschaft gemacht. Genauso versucht die Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter, die Straße gegen eine demokratisch gewählte Regierung zu mobilisieren. (*Abg Ilse Forster: Das wird*

nicht wahrer, wenn Sie es wiederholen!) Das ist niederträchtig und in höchstem Maße abzulehnen! (*Beifall bei der FPÖ.* - *Abg Godwin Schuster: Das kann ich nur mehr lustig finden!*)

Herr Kollege Schuster, wenn Sie das auch noch lustig finden, dann ist das Ihre Sache! (*Abg Godwin Schuster: Wenn Sie eine Einladung zur Demonstration kritisieren, dann sind Sie für ein Demonstrationsverbot! Das ist es!*) Das ist eine Einladung, die Straße gegen eine Regierung zu mobilisieren, die erst heute ausgerufen worden ist. (*Abg Günter Kenesei: Ausgerufen wurde gar nichts!*) Angelobt, ist mir auch recht! (*Abg Günter Kenesei: Das war sehr schwierig! 1938 ist ausgerufen worden!*) Wenn wir bitte hier sind, dann möchte ich auch ersuchen ... (*Abg Dr Herbert Madejski zu Abg Günter Kenesei: Ein Kommunist! Und die Kommunisten sind ausgerufen worden!*) Wisst ihr was, es ist müßig, darüber zu diskutieren! Dieser Brief bezeugt - da brauchen wir gar nicht mehr weiterzureden - das wahre Gesicht der SPÖ! (*Beifall bei der FPÖ und des Abg Marco Smoliner.*) Klatschen Sie dafür, Herr Kollege Smoliner! Das ist korrekt! Klatschen Sie! Es freut mich, dass diesmal auch Herr Kollege Smoliner mit mir einer Meinung ist.

In diesem Zusammenhang würde mich noch interessieren, sehr geehrte Frau Präsidentin, was - Sie haben es mir schon oben gesagt - mit dem von mir ersuchten Ordnungsruf gegenüber Kollegen Chorherr passiert. (*Abg Mag Christoph Chorherr: Nicht Kollege!*) Gegenüber Herrn Chorherr, ist mir auch recht. (*Abg Mag Christoph Chorherr: Nicht Kollege!*) Der Herr Kenesei bezeichnet mich immer als Kollegen (*Abg Günter Kenesei: Nein, ganz sicher nicht!*), also habe ich das auch so gemacht. Bitte, Frau Präsidentin. (*Beifall bei der FPÖ.* - *Abg Mag Hilmar Kabas: Kommunisten kann man wirklich nicht als Kollegen bezeichnen!*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung, die ich sofort aufrufen werde. - Bitte, Herr Kollege Wagner.

Abg Kurt Wagner (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, in diesem hohen Haus - das ist auch innerhalb der Fraktionen außer Streit gestellt - steht es jedem Mandatar und jeder Mandatarin frei, dass man mit jemandem, und zwar nicht nur von der eigenen Fraktion, per Du ist, nur bei öffentlichen Diskussionen hier verwehre ich mich dagegen, wenn eine Fraktion generell mit dem Du-Wort angesprochen wird.

Herr Kreißl, Sie sind auf Grund meines Demokratieverständnisses der Letzte, dem ich erlauben würde, mit mir per Du zu sein! (*Beifall bei der SPÖ.* - *Abg Mag Hilmar Kabas: Aber wirklich nicht! Haha!*)

Frau Präsidentin, ich möchte Sie auffordern, dass hier wirklich darauf geachtet wird, dass die Würde dieses hohen Hauses auch eingehalten wird! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Betreffend die

diversen Ordnungsrufe steht es dem Präsidenten frei, gemäß § 2 Abs. 5 dies auch am Beginn der nächsten Sitzung zu tun. Ich habe mich dafür entschieden.

Die nächste Rednerin ist Frau Abg Tomsik. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Josefa Tomsik (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das erste Mal in meinem Leben habe ich Angst. (Raunen bei der FPÖ.) Nicht um mich persönlich. Frau Kollegin, mich als Heuchlerin zu bezeichnen, ist fast ein Schimpfwort von Ihrer Seite! (StR Johann Herzog: Das haben wir schon gehört, Frau Kollegin! - Abg Michael Kreißl: Jetzt kommt der Kindergarten!) Ich sage noch einmal, ich habe Angst (Abg Dr Herbert Madejski: Sie fürchtet sich schon!), nicht um mich, sondern um meine, unsere Kinder und Enkelkinder. (Aufregung bei der FPÖ.) Diese Angst war bei mir leicht im Unterbewusstsein, aber jetzt kommt sie herauf. (StR Johann Herzog: Müssen wir uns vor Ihrer gescheiterten Politik noch nachträglich fürchten?)

Sie lügen da - auch ein Ordnungsruf von mir aus -, denn es gibt eine Aussendung der SJ Wien von Thomas Landgraf von - Sie sind ja sonst immer so fix, Herr Kreißl - 17.53 Uhr, worin er sagt: "Gewalt schadet den berechtigten Protesten." Der Vorsitzende der SJ Wien distanziert sich am Freitag auf das Schärfste von Ausschreitungen (StR Johann Herzog: Zuerst dazu aufrufen und sich nachher davon distanzieren! Das kennen wir!), die es am Rande der Demonstration gegen die heute angelobte FPÖ/ÖVP-Regierung gegeben hat. (StR Johann Herzog: Das kennen wir schon! Erst zündeln und dann dementieren! Dann war man es nicht!) Die Demonstrationen gegen diese im In- und Ausland umstrittene Regierung sind berechtigt und notwendig. Bedauerlicherweise werden diese Proteste von einigen wenigen Gewalttätern (Abg Michael Kreißl: Genug sind das!), die einige Fahnen und andere Gegenstände der SJ Wien entwendet haben, in Misskredit gebracht. (Abg Michael Kreißl: Hunderte besetzten heute das Sozialministerium!) Landgraf appelliert an die Demonstranten, die berechtigten Proteste auch in den nächsten Tagen friedlich verlaufen zu lassen. Thomas Landgraf ist ein junger Mann - Sie alle hier sind ein bisschen älter -, aber er zeigt mehr Herz und mehr politischen Verstand als mancher der Abgeordneten in diesem Hause. (Abg Michael Kreißl: Das ist richtig!) Das möchte ich hier und deutlich zum Ausdruck bringen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir hören jetzt den ganzen Tag, dass natürlich die SPÖ an den Demonstrationen schuld ist. Die ÖVP beweint das nur mit einem Auge. Tränen, weil wir nicht mit ihr den Koalitionspakt abgeschlossen haben. Sie zitiert immer wieder den Vorsitzenden der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter, Rudolf Nürnberger, dass dieser schuld sei. (Abg Mag Franz KARL: Ja!)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, machen

Sie nicht den Fehler, dass Sie glauben, Sie können die sozialistische Fraktion der Gewerkschaft - ich rede nicht vom ÖAAB oder von der AUF - und die Partei auseinander spalten (Abg Mag Franz KARL: Das kann man nicht! Das geht gar nicht!), weil Sie das immer wieder, wie eine Tretmühle, wiederholen. (Abg Mag Franz KARL: Die sind verschweißt wie Pech und Schwefel!) Sie meinen, wenn Sie das noch lange sagen, glauben es die Leute auch noch. Aber das tun sie nicht.

Wenn hier Kollege Kreißl den Vorsitzenden der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter der öffentlichen Bediensteten zitiert, weil er zu einer berechtigten Demonstration aufruft (Abg Mag Franz KARL: Weswegen?), dann frage ich mich, ob ich das ÖVP/FPÖ-Regierungsübereinkommen falsch gelesen habe. (Abg Michael Kreißl: Weswegen demonstrieren Sie überhaupt? Das wissen Sie ja gar nicht!) Wahrscheinlich gibt es schon ein Demonstrationsverbot (Abg Dr Herbert Madejski: Weswegen demonstrieren Sie überhaupt?), eine Forderung, die vor 100 Jahren hier gestellt wurde! (Abg Michael Kreißl: Sie zündeln!)

Wenn ich jetzt bedenke, dass Sie hier ständig das Zündeln angreifen, dann muss ich sagen, Sie lesen die Aussagen, die seit Jahren von Ihrem Parteiführer und von anderen Mitgliedern Ihrer Partei getätigt werden, nicht. Diese sind uninteressant, das ist schon klar! (Abg Ilse Forster: Nein, sie finden es okay!) Man kann sich immer wenden, man ist demokratisch und für die Aufarbeitung der NS-Zeit. Man habe gehört, das größte Verbrechen war die Nazizeit, aber wenn man ein bisschen etwas von den Nationalsozialisten übernimmt, Sprachregelungen, dafür habe man sich entschuldigt, aber das habe man nicht ernst gemeint. Das ist Ihre Auffassung von sehr vielem. (Abg Dr Herbert Madejski: So soll es auch bleiben!)

Kollege Madejski, diese Auffassung wird mir niemand nehmen. Eines habe ich nie gehabt, das habe ich schon gesagt und ich sage es wieder: Angst und Geld habe ich noch nie gehabt. (Abg Dr Herbert Madejski: Sie haben doch gerade zuvor gesagt, dass Sie Angst haben!) Da habe ich keine Befürchtungen. (Abg Dr Herbert Madejski: Das war in Ihrer Einleitung! Aber ich glaube sowieso nicht, dass Sie Angst haben!)

Sie sagen, wir - auch die Gewerkschafter - sollen doch abwarten, was diese Regierung durchführen wird. Sie legen ein Regierungsprogramm von 128 Seiten vor und sagen, man soll abwarten. Was meinen Sie jetzt? Ist das Regierungsprogramm nur vorgelegt worden und dann vergessen wir das, was darin steht? Ist das eine Möglichkeit? Oder meinen Sie wirklich, dass die Menschen Ihnen das glauben? - Zu uns kommen sehr viele Menschen und sagen, dass sie das nicht wollten, selbst wenn sie Protestwähler waren, weil sie geglaubt haben, die FPÖ könnte sie in irgendeinen Himmel heben. Das wissen die Menschen jetzt, dass das für sie nicht gut war.

Eines möchte ich auch sagen: Sie sind doch für eine gemeinschaftliche Partei aller Menschen, aber ich habe darin kein Wort über Frauen gelesen. *(StR Karin Landauer: Dann haben Sie schlecht gelesen!)* Ich habe schon über Frauenpolitik etwas gelesen, nämlich dass man den Karenzurlaub für alle Frauen, die in Österreich wohnen, einführen will. *(Abg Heinz Christian Strache: Sie lesen nur in der Zeitung!)* Ich habe es schon gelesen, glauben Sie mir das. *(Abg Gerhard Pfeiffer: Frau Kollegin Tomsik, das ist wortident mit dem SPÖ/ÖVP-Regierungsprogramm!)* Ich habe von der Frauenpolitik gesprochen! *(Abg Gerhard Pfeiffer: Wortident mit dem SPÖ/ÖVP-Regierungsprogramm!)* Sie wissen wahrscheinlich nicht, dass Frauenpolitik auch Gesellschaftspolitik ist! *(StR Karin Landauer: Sie haben vergessen, was Sie geschrieben haben! Sie können das Bild darüber legen!)* Aber vielleicht könnte es sein, dass ich das falsch gelesen habe! *(Abg Heinz Christian Strache: Sie haben das gar nicht gelesen!)*

Hören Sie mir jetzt zu, Herr Kollege Kreißl, weil Sie haben zuerst etwas Falsches gesagt! *(Abg Michael Kreißl: Ich habe jetzt überhaupt nichts gesagt!)* Wenn das stimmt, dann war es der Kollege Serles. *(Abg Michael Kreißl: Er hat auch nichts gesagt!)* Bei Ihnen weiß man nie, wer was genau sagt, weil Sie im Grunde genommen alle das Gleiche sagen, einer ein bisschen schärfer, einer ein bisschen weniger scharf! *(Abg Harry Kopietz: Aber intelligent ist der Kollege Kreißl schon, wenn er nichts sagt! - Abg Michael Kreißl zu Abg Harry Kopietz: Sehen Sie, das habe ich von Ihnen gelernt!)*

In diesem Abkommen ist enthalten, dass ab 1.10.2000 - wenn das falsch geschrieben ist, sagen Sie es mir dann - im Quartal das Pensionsalter um zwei Monate hinaufgesetzt werden soll. *(Abg Kurth-Bodo Blind: Das ist ja die Edlinger-Rede! Haben Sie das vergessen!)* Dann haben Sie es nicht gelesen! *(StR Johann Herzog: Ist Edlinger schon vergessen?)* Im Übereinkommen der Sozialdemokraten mit der ÖVP ist eine Pensionsregelung gestanden, aber auf Zeit gesehen und noch nicht heuer, dass das Pensionsalter um zwei Monate hinaufgesetzt wird. Das werden Sie gut bei denjenigen Frauen vertreten, die am 1. Oktober 55 Jahre alt sind, wenn Sie ihnen dann sagen, dass sie jetzt auf jeden Fall um zwei Monate länger arbeiten müssen. Es wird wirklich gut sein und das werden alle verstehen! *(Abg Kurth-Bodo Blind: Heucheln Sie nicht schon wieder!)* Herr Blind, hören Sie mir zu! Ich heuchle nicht! Hören Sie mir zu! *(Abg Kurth-Bodo Blind: Nicht heucheln!)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs *(unterbrechend)*: Die Frau Kollegin hat ihre Zeit. Bitte nehmen Sie sie ihr nicht!

Abg Josefa Tomsik *(fortsetzend)*: Wenn Sie hier den Selbstbehalt verteidigen, haben Sie natürlich gesagt, darin steht, 20 Prozent sind das Höchste und die Sozialversicherungsträger sollen sich das dann ausmachen. Aber umgekehrt sollen Sozialversicherungsträger zusammengeführt werden. Wer macht

sich das dann aus? *(Abg Mag Franz KARL: Abwarten!)* Ich frage Sie: Wer macht sich das aus?

Dieser Selbstbehalt in der Krankenversicherung bis zu 20 Prozent ist mit ein Grund, dass vor allem Frauen, Alleinerzieherinnen mit Kindern, Frauen, die schon älter sind, die noch nicht das Einkommen haben, eine Forderung, die laut Ihrer Meinung natürlich für den kleinen Mann ... *(Abg Michael Kreißl: Schauen Sie sich die BVA an!)* Aber vielleicht meinen Sie, nur für den kleinen Mann und die kleine Frau ist gar nicht gemeint. Das ist natürlich eine Möglichkeit.

Sie sind für die Arbeitsplätze. Mein Kollege Driemer hat es schon gesagt, aber ich möchte es trotzdem sagen, bis zum Jahr 2003 sollen 6 000 ÖBB-Bedienstete eingespart werden, sollen 9 000 öffentlich Bedienstete eingespart werden, sollen in der Arbeitslosenversicherung Langzeitarbeitslose zu Denkmalwäschern, Papierlaufklaubern oder sonst irgendetwas herangezogen werden. Mit einem 20-prozentigen Bonus sollen öffentliche Körperschaften dies bezahlen. Das ist dann das Land, das das bezahlen soll.

Für mich als Frau ist noch viel ärger, dass Sie als Beispiel geben, man könnte auch in der Sozialpflege, in der Altenpflege, Langzeitarbeitslose verwenden. Ich mache Sie darauf aufmerksam - vielleicht haben Sie es vergessen -, in dieser Altenpflege, in der Sozialpflege, sind vor allem Frauen beschäftigt. *(StR Karin Landauer: 80 Prozent werden in der Familie betreut!)* Die sind jetzt bei den verschiedenen Organisationen als Heimhilfe, bei Essen auf Rädern, bei Reinigungsdiensten und so weiter beschäftigt. Wenn wir dann die Langzeitarbeitslosen für diese Tätigkeit heranziehen, haben wir keine Arbeitslosen, weil da werden die Frauen zwar momentan Kurzarbeitslose, aber in eineinhalb Jahren sind sie dann Langzeitarbeitslose.

Ich denke, wenn es stimmt, dass Sie wirklich erst vor wenigen Tagen die Regierungsverhandlungen mit der ÖVP aufgenommen haben, dann sind Ihnen da sehr viele Fehler passiert, weil das ist kein Papier für die kleine Frau oder für den kleinen Mann, das ist ein Papier für Großbauern und für Großindustrielle. *(StR Walter Prinz: Blödsinn! - Abg Heinz Christian Strache: Das glauben Sie ja selber nicht!)* Wenn Sie mir sagen, ich bin eine Heuchlerin, dann muss ich sagen, Sie haben Ihr eigenes Papier nicht gelesen oder es handelt sich um lauter Missverständnisse *(Abg Mag Franz KARL: Oder es stimmt!)* oder es stimmt, was sehr viele sagen, dass man erst warten muss, was diese Regierung macht, weil das Regierungsprogramm kann man wegschmeißen, da alles, was darin enthalten ist, nicht stimmt! Wenn das Ihr Zeichen der Demokratie ist, dann muss ich sagen, es kommt wirklich Nacht über Österreich! *(Abg Mag Franz KARL: Es ist auch schon halb acht Uhr!)*

Zum Schluss möchte ich noch sagen, es war heute die derzeitige Präsidentin des Bundesrats anwesend, die in letzter Zeit sehr viel in der Welt herumge-

fahren ist, aber nicht weil sie fahren wollte, sondern weil die Regierungsverhandlungen so abgeschlossen wurden beziehungsweise zuerst die Sondierungsgespräche. Sie ist im Rahmen des Nationalratspräsidenten zum Teil gefahren, damit Österreich vertreten ist. (Abg Mag Franz KARL: Wer ist denn das überhaupt?) Jetzt könnte man sagen ... (Abg Dr Herbert Madejski: Wer ist das bitte?)

Die Frau Anna Elisabeth Haselbach. Die kennen Sie nicht? (Abg Mag Franz KARL: Doch, aber dass sie Präsidentin ist, wusste ich nicht! - Abg Dr Herbert Madejski: Ich kenne sie nicht!) Das ist schon klar. Das war nur eine Frage. Das kann ja sein. Ich meine, die Anna Elisabeth Haselbach wird bestimmt nicht böse sein, wenn Sie sie nicht kennen, Herr Kollege.

Sie wurde vom 5. Oktober an überall gefragt, was es geben wird, wie die Regierung in Österreich aussehen wird. Sie hat überall gesagt, das werden die demokratischen Kräfte hier bringen. Wenn Sie nach dem 5. Oktober in den Ländern, wo sie war, schon gefragt wurde, was sie zu einer Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen Partei FPÖ sagt, hat sie gemeint: "Ich persönlich bin nicht sein Freund. Ich kann es mir auch nicht vorstellen. Aber was die Demokraten entschieden haben, nämlich die 27 Prozent, das ist nicht vom Tisch zu wischen." (Abg Dr Wilfried Serles: Die Zeit!) Tun Sie nicht so deuten! (Abg Dr Wilfried Serles: Ich zeige Ihnen nur an, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist!)

Das muss ich Ihnen noch sagen. Jetzt könnten Sie heute aufstehen und sagen, sie hat auch dagegen gesprochen (Abg Michael Kreißl: Lesen Sie die Zeitung!), genauso wie Sie meinen, Klestil oder Klima haben irgendwen in Europa, in Amerika oder in Israel dazu bringen können, dass sie das durchführen. (Abg Michael Kreißl: Lesen!)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs** (unterbrechend): Frau Kollegin, Ihre 15 Minuten sind um.

Abg Josefa **Tomsik** (fortsetzend): Meine Damen und Herren, ich sage es Ihnen noch einmal: Wenn das Regierungsprogramm der ÖVP und FPÖ, so wie es aufliegt, sowieso nichts wert ist, dann brauchen wir uns auch nicht mehr zu fürchten. (Beifall bei der SPÖ. - Abg Kurth-Bodo Blind: Was ist Sozialisten? Haben Sie keine Angst mehr?)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Abg Schöffnagel gemeldet. Ich erteile ihr das Wort, 5 Minuten längstens. - Frau Abg Schöffnagel hat das Wort.

Abg Barbara **Schöffnagel** (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich werde Sie nicht lange aufhalten. Meine tatsächliche Berichtigung soll nur zeigen, wie ernst wir die vorhergehende Wortmeldung von meiner Kollegin Tomsik nehmen können.

Wenn sie zum Beispiel - als einziges Beispiel, das ich als Frauensprecherin hier zitieren möchte - behauptet hat, in der Regierungsvereinbarung seien die Frauen überhaupt nicht erwähnt, so kann ich Ihnen

ein paar Stichworte - wenn Ihnen das genügt - vorlesen. (Abg Josefa Tomsik: Ist das ein eigenes Kapitel?) Das ist ein eigenes Kapitel: "Politik für Frauen". (Abg Heinz Christian Strache: Frau Tomsik, ich zeige es Ihnen! Seite 37!) Das ist die Überschrift und da gibt es eine ganze Menge von verschiedenen Punkten. (Abg Johann Hatzl: Wovon es sehr viele schon gibt!)

Das beginnt mit der "Gleichberechtigung und Partnerschaft von Frau und Mann". Es geht weiter mit "Frauen in Bildung und Ausbildung, denn die Ausbildung ist die beste Frauenförderung". (Abg Johann Hatzl: Reden wir über das Kleingedruckte!) Dann geht es weiter mit "Frauenförderungen in Betrieben - ein Gewinn für die Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer". Weitere Punkte: "Neue Chancen für die Arbeitnehmerinnen durch neue Technologien", "Die Unternehmensgründungen für Frauen erleichtern". (Abg Johann Hatzl: Es geht nicht um Überschriften, sondern um das Kleingedruckte!) Genau das wollte ich Ihnen vorlesen. Ich bin gerne bereit dazu. Aber das ist einfach ein Teil davon, was ich hier dezidiert festhalten möchte.

Wir haben auch noch über die Frauen in der Phase der intensiven Kinderbetreuung ein eigenes Kapitel, wo wir den Frauen ermöglichen, neben der Karenzzeit in einem gewissen Ausmaß arbeiten zu können. Wir haben ein eigenes Kapitel mit Frauen im Alter, für die Pensionsbegründungen in der Kindererziehungszeit, was ein sehr wesentlicher Punkt für viele Frauen ist. Es geht weiter: "Die Frauen im öffentlichen Leben", "Die Frauen und Sicherheit" und "Beratung und Service für die Frauen". Das heißt, alleine an diesen einzelnen Punkten, die ich Ihnen jetzt genau vorgestellt habe (Abg Johann Driemer: Nur Überschriften!), in den Überschriften - wenn Sie wünschen, bin ich aber gerne bereit, mich zu Wort zu melden und das noch genau zu besprechen (Abg Johann Hatzl: Wir kehren gesellschaftlich um 40 Jahre zurück!) -, kann man eindeutig sehen, wie ernst wir die vorhergehende Wortmeldung nehmen können, nämlich überhaupt nicht ernst!

Wenn die anderen Kapitel von Ihnen genauso behandelt wurden, dann kann ich wirklich sagen: "Gute Nacht, Österreich", wenn solche Politiker hier tätig sind! (Beifall bei der FPÖ. - Abg Kurt Wagner: Ist das der neue Stil?)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über die Beantwortung der Dringlichen Anfrage ist somit beendet.

Wir haben aber einige Anträge abzustimmen, vier Stück an der Zahl. Ich bitte um Aufmerksamkeit. Ich stimme sie in der Reihenfolge des Einbringens ab.

Der erste Antrag, den ich zur Abstimmung bringe, ist der Beschluss- und Resolutionsantrag der GRÜNEN, betreffend die drohende FPÖ-Regierungsbeteiligung. Es wird in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung dieses Antrags beantragt.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit und damit abgelehnt.

Der zweite Antrag, den ich zur Abstimmung bringe, ist der Beschluss- und Resolutionsantrag der Abgen Johann Hatzl, Josefa Tomsik, Johann Driemer, Godwin Schuster und Harry Kopietz. Es wird in formeller Hinsicht ebenfalls die sofortige Abstimmung dieses Antrags beantragt. Der Betreff steht hier nicht, aber es geht ebenfalls um die Regierungsbildung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Mehrheit und damit angenommen. (Abg Mag Franz KARL: Der Linksblock!)

Der nächste Beschluss- und Resolutionsantrag ist von den FPÖ-Abgeordneten Mag Hilmar Kabas und Dr Wilfried Serles, betreffend Gewalt in der Politik. Hier wird in formeller Hinsicht die namentliche Abstimmung dieses Antrags beantragt.

Ich bitte die Schriftführer, den Aufruf der Abgeordneten vorzunehmen und die Abgeordneten bitte ich, mit Ja oder Nein laut und deutlich zu antworten.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Schwarz-Klement.

Abg Brigitte Schwarz-Klement (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Dr Alkier.

Abg Dr Wolfgang Alkier (Liberales Forum): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Amhof.

Abg Nikolaus Amhof (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Bayr.

Abg Petra Bayr (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Mag Becher.

Abg Mag Ruth Becher (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Beer.

Abg Kurt Hermann Beer: Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Blind.

Abg Kurth-Bodo Blind (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Mag Bolena.

Abg Mag Alexandra Bolena (Liberales Forum): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Mag Chorrherr.

Abg Mag Christoph Chorrherr (GRÜNE): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Driemer.

Abg Johann Driemer (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Ekkamp.

Abg Franz Ekkamp (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Forster.

Abg Ilse Forster (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Fuchs.

Abg Georg Fuchs (ÖVP): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Fürnkranz-Markus.

Abg Patrizia Fürnkranz-Markus (ÖVP): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Göbl.

Abg Gerhard Göbl (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Dr GÜNTHER.

Abg Dr Helmut GÜNTHER (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Dr Hahn.

Abg Dr Johannes Hahn (ÖVP): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Präsidentin Hampel-Fuchs.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Ich stimme aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen nicht mit.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Harwanegg.

Abg Volkmar Harwanegg (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Hatzl.

Abg Johann Hatzl (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Mag Hecht.

Abg Mag Gabriele Hecht (Liberales Forum): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Hufnagl.

Abg Heinz Hufnagl (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Hundstorfer.

Abg Rudolf Hundstorfer (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Jerusalem.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Juznic.

Abg Peter Juznic (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Mag Kabas.

Abg Mag Hilmar Kabas (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Mag KARL.

Abg Mag Franz KARL (ÖVP): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Kenesei.

Abg Günter Kenesei (GRÜNE): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Klicka.

Abg Marianne Klicka (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Klier.

Abg Helga Klier (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Klucsarits.

Abg Rudolf Klucsarits (ÖVP): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Kopietz.

Abg Harry Kopietz (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Kovacic.

Abg Susanne Kovacic (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Mag Kowarik.

Abg Mag Helmut Kowarik (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Kreißl.

Abg Michael Kreißl (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Lakatha.

Abg Ingrid Lakatha (ÖVP): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Mag Lapp.

Abg Mag Christine Lapp (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Lettner.

Abg Ursula Lettner (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg

LUDWIG.

Abg Martina LUDWIG (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Dr LUDWIG.

Abg Dr Michael LUDWIG (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Dr Madejski.

Abg Dr Herbert Madejski (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Malyar.

Abg Martina Malyar (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Dkfm Dr Maurer.

Abg Dkfm Dr Ernst Maurer (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Dr Mayer.

Abg Dr Alois Mayer (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Frau Abg Dr Neck-Schaukowsch.

Abg Dr Elisabeth Neck-Schaukowsch (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Mag Neuhuber.

Abg Mag Alexander Neuhuber (ÖVP): Ja.

Schriftführerin Abg Inge Zankl: Herr Abg Oxonitsch.

Abg Christian Oxonitsch (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Ich erspare mir das Wort "Abgeordnete" und setze mit dem Aufrufen fort.

Pfeiffer.

Abg Gerhard Pfeiffer (ÖVP): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Polkorab.

Abg Rosemarie Polkorab (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Prochaska.

Abg Johannes Prochaska (ÖVP): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Ramharter.

Abg Karl Ramharter (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Rehse.

Abg Klemens Rehse (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Reinberger.

Abg Brigitte Reinberger (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Mag Reindl.

Abg Mag Thomas Reindl (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Reiter.

Abg Günther Reiter (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Rogelböck.

Abg Hubert Rogelböck (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Römer.

Abg Johann Römer (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Dipl

Ing Dr Rothauer.

Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer (ÖVP): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Dr Salcher.

Abg Dr Andreas Salcher (ÖVP): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Sander.

Abg Jutta Sander (GRÜNE): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Saßmann.

Abg Gerold Saßmann (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Dipl Ing Schicker.

Abg Dipl Ing Rudolf Schicker (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Schieder.

Abg Andreas Schieder (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Schmalenberg.

Abg Heidrun Schmalenberg (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Schöfnagel.

Abg Barbara Schöfnagel (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Schuster.

Abg Godwin Schuster (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Dr Serles.

Abg Dr Wilfried Serles (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Smoliner.

Abg Marco Smoliner (Liberales Forum): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Stark.

Abg Rudolf Stark (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Steiner.

Abg Gertraud Steiner (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Dr Stix.

Abg Dr Rüdiger Stix: Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Strache.

Abg Heinz Christian Strache (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Strobl Friedrich.

Abg Friedrich Strobl (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Strobl Walter.

Abg Walter Strobl (ÖVP): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Dr Stürzenbecher.

Abg Dr Kurt Stürzenbecher (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Themel.

Abg Gerda Themel (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte Schwarz-Klement: Tomsik.

Abg Josefa Tomsik (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: Dr Tschirf.

Abg Dr Matthias **Tschirf** (ÖVP): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: Dr Ulm.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (ÖVP): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: Mag Unterreiner.

Abg Mag Heidemarie **Unterreiner** (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: VALENTIN.

Abg Erich **VALENTIN** (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: Mag Vassilakou.

Abg Mag Maria **Vassilakou** (GRÜNE): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: Vettermann.

Abg Heinz **Vettermann** (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: Wagner Josef.

Abg Josef **Wagner** (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: Wagner Kurt.

Abg Kurt **Wagner** (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: Mag Wehsely.

Abg Mag Sonja **Wehsely** (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: Wicke.

Abg Frigga **Wicke** (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: Winklbauer.

Abg Renate **Winklbauer** (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: Wolfram.

Abg Gert **Wolfram** (FPÖ): Ja.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: Woller.

Abg Ernst **Woller** (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: Zankl.

Abg Inge **Zankl** (SPÖ): Nein.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: Zimmermann.

Abg Paul **Zimmermann** (SPÖ): Nein.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Gibt es jemanden, der nicht aufgerufen wurde? - Es wurden alle aufgerufen. Dann bitte ich, das Ergebnis festzustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Antrag ist mit 51 Stimmen abgelehnt worden. 40 Stimmen haben mit Ja gestimmt und 51 mit Nein. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich habe noch einen Antrag, über den wir abstimmen müssen, und zwar einen Beschluss- und Resolutionsantrag des Liberalen Forums. Es ist ein Appell des Wiener Landtags an die Bundesregierung, und zwar beinhaltet er die Aufforderung, dass die Bundesregierung zurücktreten soll. In formeller Hin-

sicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit und damit abgelehnt.

Damit ist die Dringliche Anfrage beendet.

Ich nehme die Tagesordnung wieder auf.

Wir kommen zur Postnummer 6.

Ich darf die Berichterstatterin, Frau amtsf StR Mag Ederer, bitten, die Verhandlung einzuleiten. - Bitte.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Brigitte **Ederer**: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bitte um Zustimmung.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die Einleitung ist erfolgt. - Gemäß § 30 c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Frau Abg Mag Hecht ist zum Wort gemeldet. - Bitte.

Abg Mag Gabriele **Hecht** (Liberales Forum): Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ich kann es sehr kurz machen. Wir werden diesem Geschäftsstück unsere Zustimmung geben. Es handelt sich ja nur um eine technische Änderung des Gesetzes.

Wir wollen aber auf eines hinweisen: Nachdem es sich hier um eine Besteuerung der Rundfunkgebühren handelt, meinen wir, dass eine Zweckwidmung des Kulturförderungsbeitrags nur für Zwecke der Altstadterhaltung nicht richtig ist.

Wir würden das gerne auf die Unterstützung neuer Medien erweitern, insbesondere auf innovative Projekte der österreichischen Filmwirtschaft, und zwar zusätzlich zu den Mitteln des Wiener Filmfinanzierungsfonds. Gerade in diesem Bereich ist es notwendig und wichtig, dass sich Wien stärker positioniert und mehr Budgetmittel zur Verfügung stellt.

Wir stellen daher den Antrag, dass der § 9 des Kulturförderungsgesetzes wie folgt lauten soll:

"Das Erträgnis der Abgabe ist für kulturelle Zwecke, insbesondere für die Altstadterhaltung, für die Filmwirtschaft sowie für innovative Projekte neuer Medien, zu verwenden."

Ich würde mich über die Zustimmung zu diesem Zusatzantrag sehr freuen. (Beifall beim Liberalen Forum.)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Dieser Zusatzantrag ist nicht ausreichend unterstützt.

Ich bitte deshalb jene Damen und Herren, die diesen Zusatzantrag unterstützen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Damit ist er ausreichend unterstützt und wird in Behandlung genommen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre deshalb die Verhandlung für geschlossen und erteile der Frau Berichterstatterin das Schlusswort.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich gehe davon aus, dass es sehr viel Sinn macht, dass hier Mittel für die Altstadtterhaltung und vor allem für schützenswürdige Denkmäler verwendet werden. Das denkt auch der Kulturstadtrat - wir haben das alles im Finanzausschuss lange und ausführlich diskutiert -, es ist in seinem Sinne, wie die Mittel hier verwendet werden.

Ich möchte darum bitten zu akzeptieren, dass bei knappen Budgetmitteln der Filmfinanzierungsfonds von 45 Millionen S im Jahr 1999 auf 110 Millionen S im Jahr 2000 erhöht worden ist. Ich würde jeden Vergleich annehmen, den es international gibt, denn das ist eine Steigerung um mehr als 100 Prozent in einer Zeit, in der budgetäre Knappheit herrscht. Ich gehe davon aus, dass damit die Filmindustrie in Wien gut dotiert ist und Möglichkeiten vorfindet, um sich zu entwickeln.

Daher bitte ich Sie, diesem Antrag nicht näher zu treten. - Danke.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Es liegt ein Zusatzantrag des Liberalen Forums vor, den ich jetzt zur Abstimmung bringe. Die Frau Berichterstatterin empfiehlt die Ablehnung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Somit ist das Gesetz in erster Lesung beschlossen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Dieses Gesetz ist in zweiter Lesung ebenfalls mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Danke, Frau amtsführende Stadträtin.

Die Postnummer 7 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes betreffend die Änderung des Gesetzes über die Regelung der Benützung von Straßen durch abgestellte mehrspurige Fahrzeuge.

Die Berichterstatterin hiezu ist ebenfalls Frau amtsf StR Mag Brigitte Ederer. - Ich bitte.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte um Zustimmung.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Gemäß § 30 c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Pfeiffer.

Abg Gerhard Pfeiffer (*ÖVP*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich am Ende eines langen Tages, der sehr spannungsgeladen begonnen hat und der doch in einer sehr ausführlichen und, wie ich glaube, sehr ordentlichen Diskussion sehr viele Potentiale abgebaut hat, bemerken, dass ich gerne noch einige mahnende Worte zur Einstellung verschiedener Menschen im Gesetzwerdungsprozess und insbesondere zu den Stellungnahmen im Begutachtungsverfahren, speziell auch zu diesem Tagesordnungspunkt sagen möchte.

Ich glaube, dass - wie Klubobmann Hatzl gesagt hat - eine ordentliche Koalitionsarbeit sicherlich auch nur in einem ordentlichen Umgangston miteinander funktionieren kann. Die Bedingungen des Klubobmanns haben wir uns angehört. Ich denke daher, dass die verschiedentlich allzu schnoddrige Beantwortung von Begutachtungen beziehungsweise Anträgen nicht unbedingt erforderlich ist. Ich glaube, dass man hier auf die Legisten und auf diejenigen, die diese Beantwortungen schreiben, durchaus Einfluss nehmen kann, damit sie dem Rechnung tragen, dass sie hier einer gesetzgebenden Versammlung gegenüberstehen.

Lassen Sie mich auch ein paar Worte der Ankündigung sagen. Wir wollen im Bereich des Parkometergesetzes neue Initiativen setzen, die zu einer Änderung des Schwerpunkts führen. Denn der Schwerpunkt sollte unserer Überzeugung nach grundsätzlich der Wirtschaftsverkehr sein - dieser ist notwendig, den braucht jeder Mensch -, im Gegensatz zur Priorität des ruhenden Verkehrs der Anrainer. Denn es kann nicht so sein, dass die Laterndl-Garage im Mittelpunkt der Interessen des gesamten Parkometergesetzes steht.

Lassen Sie mich auch einige wenige Worte zur Vereinfachung für den Bürger sagen und auf den unseligen Parkschein zurückkommen, der für das 10 Minuten lange gebührenfreie Abstellen verwendet wird. Ich darf noch einmal in Erinnerung bringen, dass die von unserem Abg Dr Wawra bereits im Jahre 1995 entworfene Uhr eigentlich den gleichen Zweck erfüllt, aber nicht die Kosten des Drucks erforderlich macht, auch nicht die Kosten der Verteilung und nicht die Kosten des Abfalls. Sie bringt keine Ressourcenvergeudung und Beschwerlichkeit für den Bürger mit sich.

Lassen Sie uns bitte bei der nächsten Änderung des Parkometergesetzes auf diese Uhr wieder Bezug nehmen! Ich halte das für sinnvoll. Es hat sich herausgestellt, dass es wirklich lächerlich ist, dass man Scheine extra ausfüllt und anschließend wegwirft, wenn eine solche Uhr den gleichen Zweck erfüllt. (*Abg Günter Kenesei: Man kann sie ja aufheben!*) Wer alle 10 Minuten zum Auto rennt, um die Uhr umzustellen, der kann auch alle 10 Minuten zum

Auto rennen und einen neuen Zettel ausfüllen. Das hat an sich keine wie immer geartete Sinnfälligkeit.

Lassen Sie uns daher beim nächsten Parkometergesetz nicht nur Kosmetik auf Grund einer Änderung im Bundesgesetz betreiben, sondern auch neue Schwerpunkte im Verkehrskonzept überlegen. Hierfür sind Korrekturen empfehlenswert - ich habe es gesagt, den Wirtschaftsverkehr betreffend - sowie neue Schwerpunkte in der Verkehrspolitik, die die ursprünglichen Aufgaben des Straßenraums wieder in den Vordergrund stellen sollen. Das ist die Mobilität, aber nicht der ruhende Verkehr und nicht die Laterndl-Garage. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Frau Berichterstatterin das Schlusswort. - Sie verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Das ist einstimmig - ist das richtig? *(Abg Johann Römer: Jawohl!)* - in erster Lesung angenommen. *(Abg Johannes Prochaska: Das letzte Mal!)*

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung einstimmig beschlossen. - Danke.

Die Postnummer 8 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz vom

11. November 1960, womit der Bundespolizeidirektion Wien auf dem Gebiet der Straßenpolizei Aufgaben der Vollziehung übertragen werden, geändert wird. Der Berichterstatter hiezu ist Herr Abg Hufnagl. Ich bitte um die Einleitung.

Berichterstatter Abg Heinz Hufnagl: Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Ich bitte um die Beschlussfassung des letzten heute von der Tagesordnung her abzuarbeitenden Geschäftsstücks, des beschriebenen Gesetzes. - Ich danke.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Es liegen mir keine Wortmeldungen vor.

Ich komme deshalb gleich zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Dieses Gesetz ist ebenfalls einstimmig in erster Lesung angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen. - Es erfolgt kein Widerspruch.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch in zweiter Lesung ist dieses Gesetz einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Weg bekannt gegeben werden.

Ich wünsche allen, die auf Urlaub fahren, eine schöne Urlaubswoche. *(Abg Ilse Forster: Auch!)*

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 20.09 Uhr.)

